Johann Jacob Moſer,

Königlich-Däniſcher Etats-Rath,

von der

Landes-Hoheit
in
Juſtiz-Sachen,

Nach denen Reichs-Geſezen und dem Reichs-Herkommen, wie auch aus denen Teutſchen Staats-Rechts-Lehrern und eigener Erfahrung;

Mit beygefügter Nachricht von allen dahin einſchlagenden öffentlichen und wichtigen neueſten Staats-Geſchäfften, ſo dann denen beſten, oder doch neueſten, und in ihrer Art einigen, Schrifften davon.

Franckfurt und Leipzig,
1773.

Vorrede.

Forderiſt beziehe ich mich in Anſehung diſes Tractats auf die der Abhandlung **von der Landeshoheit in Regierungs-Sachen** beygefügte Vorrede:

2. Habe ich zu melden, daß in meinem Tractat **von der Teutſchen Juſtiz-Verfaſ-**

ſung das erſte Buch mit gegenwärtiger Schrifft mit gutem Nuzen könne verbunden werden.

3. Seynd die hierinn angeführte Säze und Anmerckungen bloß zur Probe mit einigen Beyſpilen belegt: Dann, wann ich alles hätte anführen wollen, was in dergleichen Fällen zwiſchen Landesherrn und ihren Landſtänden in Juſtizſachen verhandelt worden iſt, würden bloß die **Chur-Sächſiſche**, abſonderlich aber die **Oſtfrieſiſche**, dergleichen Landtagsſachen, diſen gegenwärtigen Tractat bey nahe noch ſo ſtarck gemachet haben; welches aber meinem Plan entgegen geweſen ſeyn würde.

* * *

Denen, welche gerne wiſſen möchten, aus was für Theilen **mein neues Teutſches Staatsrecht** beſtehe, und wie ſelbige auf einander folgen, dienet diſes zur Nachricht: 1. Von

Von Teutſchland und deſſen Staatsverfaſſung überhaupt. 2. Von dem Röm. Kayſer, Röm. König, und denen Reichsvicarien. 3. Von denen Kayſerlichen Regierungsrechten und Pflichten. 4. Von denen Reichsſtänden, der Reichsritterſchafft, auch anderen Unmittelbaren. 5. Von der Reichsverſammlung. 6. Von denen Reichstags-Geſchäfften. 7. Von der Teutſchen Religions-Verfaſſung. 8. Von der Teutſchen Juſtiz-Verfaſſung. 9. Von der T. Lehens-Verfaſſung. 10. Von der T. Crays-Verfaſſung. 11. Von dem Reichsſtändiſchen perſönlichen Staatsrecht. 12. Von dem Reichsſtändiſchen Familien-Staatsrecht. 13. Von der Reichsſtände Landen, Landſtänden ꝛc. 14. Von der Landeshoheit überhaupt. 15. Von der Landeshoheit im Geiſtlichen. 16. Von der Landeshoheit im Weltlichen. 17. Von den Rechten der Teutſchen Unterthanen. 18. Von der Reichsſtättiſchen Regiments-Verfaſſung. 19.

Teutſches Nachbarliches Staatsrecht. 20.
Teutſches Auswärtiges Staatsrecht.

Davon ſeynd dermalen gedruckt: Nro. 1 2. 3. 4. 6. 13. (etwas von 16.) 18. 20.

Der Tractat von der Landeshoheit im Weltlichen beſtehet aus 9. Theilen: 1. von Regierungs- 2. Juſtiz- 3. Militar- 4. Steuer- 5. Cameral- 6. Policey- und 7. Gnaden-Sachen, 8. von Sachen, ſo der Unterthanen Perſonen und Vermögen, wie auch 9. Erde und Waſſer ꝛc. betreffen. Zu allen 9. Theilen kommt ein Hauptregiſter. Dermalen iſt davon gedruckt: Nro. 1. 2. und 3.

Innhalt.

Erſtes Capitel:

Von der Juſtiz=Verwaltung überhaupt. , , S. 1.

Zweytes Capitel:

Von denen verſchidenen Gattungen der Gerichtbarkeit. , S. 44.

Drittes Capitel:

Von denen Juſtiz=Collegiis und Gerichten. , , S. 75

Viertes

Viertes Capitel:

Von der Art und Weiſe, in Juſtiz-Sachen zu verfahren. S. 197.

Fünftes Capitel:

Von Collegien zu Rechtsbelehrungen. . . S. 264.

Erſtes Capitel.

Von der Juſtiz-Verwaltung überhaupt.

Innhalt.

§. 1. Die Juſtiz-Verwaltung, §. 2. iſt ein Landesherrliches Recht, §. 3. und Pflicht, §. 4. auf Anruffen, §. 5. oder auch von Amtswegen, §. 6. in Anſehung der Unpartheylichkeit, §. 7. der Geſchicklichkeit, §. 8. und der Beſchleunigung. §. 9. Verbottenes Verfahren des Regentens, wider Recht, §. 10 und unter dem Schein Rechtens. §. 11. Nicht Geſtattung Anderer Verfahrens mit Gewalt, §. 12. oder unter dem Schein Rechtens. §. 13. Landes-Freyheiten und Beſchwerden. §. 14. Verſagte Juſtiz, §. 15. verzögerte, §. 16. übel verwaltete. §. 17. Arten der Juſtiz-Verwaltung. §. 18. Cabinets-Juſtiz. §. 19. Commißionen. §. 20. Verſuch der Güte. §. 21. Concurrenz der Landſtände. §. 22. Oberaufſicht des Kayſers. §. 23. Mehreres remiſſive.

§. 1.

Die Verwaltung der Gerechtigkeit beſtehet hauptſächlich darinn, 1. daß alle Mitglidere des Staats bey denen ihnen zuſtehenden Rechten und Beſizungen geſchützet, 2. wann ſie darinn wider- Die Juſtiz-Verwaltung.

widerrechtlich geſtöhret oder deren entſezet worden, ihnen wiederum zu dem ihrigen verholffen, ſo dann 3. die zwiſchen denſelben entſtehende Streitigkeiten: wer? und wie fern ein oder der andere Theil zu etwas berechtiget ſeye oder nicht? entſchieden, auch denenſelben würcklich darzu verholffen, und 4. endlich die Verbrechen auch von obrigkeitlichen Amts wegen abgeſtraffet werden.

Diſen Zweck zu erhalten hat man zweyerley Mittel, welche auch beyde zugleich gebraucht werden müſſen, indeme eines ohne das andere nicht beſtehen kan. Solche ſeynd: 1. Geſeze, ſo dann 2. Gerichte: Von jenen iſt in dem Tr. von der Landeshoheit in Regierungs-Sachen, Cap. 4. gehandelt worden; von diſen hingegen iſt allhier zu reden.

§. 2.

Iſt ein Landesherrliches Recht.

Diſes hohe und ſich weit erſtreckende Recht der Juſtizpflege iſt ein Hauptſtück derer Teutſchen Reichsſtände Landes-Hoheit, und wie man in Abſicht auf unſer ganzes Teutſches Reich zu ſagen pflegt: Der Kayſer ſeye die Quelle aller Gerichtbarkeit; ſo gilt unſtreitig eben diſes auch in Anſehung des Landesherrns eines jeden Landes oder Gebiets, dermaßen, daß entweder alle und jede Gerichtbarkeit darinn von ihme allein, oder doch in ſeinem Namen, verwaltet wird; oder wann auch Landſaßen, Communen, ꝛc. eine eigene Gerichtbarkeit über ihre Unterthanen haben; ſo bekommen ſie 1. ſelbige von ihm, 2. behält doch der Landesherr die Ober-Aufſicht darüber, und 3. die, ſo ſich von ſolchen Untergerichten beſchwert zu ſeyn erachten, können ſich an den Landesherrn und deßen Gerichte wenden.

Solche Rechte erhält ein jeder geiſt- und weltlicher Reichsſtand in dem Augenblick, da ihme die Regierung anfällt; mithin auch noch vor der ihme von denen Unterthanen leiſtenden Huldigung.

Der Fürſt zu Oſtfrießland und ſeine Landſtände ſtritten zwar An. 1662. und 63. darüber: Ob ein neuer Regent befugt ſeye, dem Hofgericht vor eingenommener Huldigung ein neues Sigel überreichen und die Proceſſe unter ſeinem Namen ausgehen zu laſſen? und die Stände verlangten, das Hofgericht ſolle indeſſen ſeine Proceſſe in des Hofrichters oder einem anderen Namen ausgehen laſſen; man konnte es auch zu keinem Vergleich darinn bringen: Die Stände hatten aber offenbar unrecht.

§. 3.

§. 3.

Eben ſo wohl aber, als die Juſtizpflege ein vorzügliches Recht eines Reichsſtandes iſt und bleibet, iſt es auch eine derer vorzüglichſten Pflichten eines Regentens, daß er und diejenige, ſo in ſeinem Namen Antheil an der Regierung des Landes haben, darauf ſehen und halten, daß Jedem im Lande Recht und Gerechtigkeit angedeyhe. Das erfordert der Zweck, warum die Menſchen ſich in bürgerliche Geſellſchafften zuſammen begeben, Regenten über ſich erwählet oder angenommen, und denenſelbigen ſo groſſe Beſoldungen geſchöpffet haben; das verlanget die heil. Schrifft von denen, welche ſie als GOttes Wort erkennen; und das wollen unſere Teutſche Reichs Grundgeſeze in vilen Stellen. Und Pflicht.

In dem Reichs-Abſchied von 1654. §. 163. werden Churfürſten und Stände erinnert: Ihnen die förderliche und gleiche Adminiſtration der Juſtiz beſten Fleiſſes angelegen ſeyn zu laſſen: und diſes bey der Gelegenheit, da Klagen vorgekommen, daß bey der Churfürſten und Ständen Gerichten, oder nachgeſezten Obrigkeiten, denen klagenden Parthien, und ſonderlich Fremden und Entſeſſenen, in wichtigen Sachen, ſub prætextu Impoſſibilitatis, oder Unvermögenheit des Beklagten, ſchlechte oder gar keine Ausrichtung beſchehe.

Einige Landſtände haben ſich in denen mit ihren Regenten geſchloſſenen Landesverträgen auch noch eigene verbindliche Verſicherungen, für ſich, auch ihre Erben und Nachkommen, darüber ausſtellen laſſen, z. E.

In denen Br. Wolfenbüttelischen Landesfreyheiten von 1770. Art 13. wurde verſprochen: Der Juſtiz ſolle ihr ſtracker Lauff gelaſſen werden.

Und in dem Braunſchweigiſchen Landtagsabſchid von 1770. wurde Art. 11. zugeſagt: Die heilſame, GOtt wohlgefällige Gerechtigkeitspflege Jedermann, mit gleich durchgehender Unpartheylichkeit, ſo geſchwind, und mit ſo wenigen Koſten, als möglich ſeye, angedeyhen zu laſſen.

Von Oſtfrießland werden wir unten Cap. 4. §. 3. eben dergleichen vernehmen.

Ereignet ſich ein Mangel daran, und es kommt darüber zu Klagen an einem höchſten Reichsgericht, werden die Landesherrn, wie

billig, durch Urtheil und Recht angehalten, daß ſie diſer ihrer Pflicht ein Genügen leiſten. Z. E.

In Sachen der Lippiſchen Landſtände gegen Lippe-Detmold, ſprache das Cammergericht An 1746. „ 7. Die Juſtiz-Pflege hat die Landes-Herrſchafft, denen Reichsgeſezen und Lippiſcher Land- und Hofgerichts-Ordnung, auch ſonſtiger wohl hergebrachter Landesverfaſſung, gemäß, durch die dazu verordnete Juſtiz-Collegia und Inſtanzen unpartheilich und unbeeinträchtigt adminiſtriren zu laſſen, die allda anhängige oder dahin gehörige Sachen nicht zu avociren, noch weniger der Gräflichen Rent-Cammer eine ganz unzuläßig und unbefugt ſich anmaſſende Cognition in Juſtizſachen fürterhin zu geſtatten, vilmehr denen Gerichten ihren ſtarcken Lauff zu laſſen, dieſelbe unter keinem Schein, ſo lang ſie ſich denen Rechten und denen Ordnungen gemäß verhalten (bevorab ungehörter Dingen,) durch Inhibitiones, oder ad nuda narrata partium erſchleichende immediate, und theils gegen einander lauffende, Reſolutionen zu hindern; am allerwenigſten aber Rechtskräfftig gewordene Judicata durch neuerlich anordnende Commiſsionen in neue Unterſuchung und Rechtfertigung ziehen, und die bereits vollzogene Executionen ſuſpendiren, oder gar aufheben zu laßen, ſondern all ſolche Reichsgeſez- und Landesverfaßungswidrige Vorgänge abzuſtellen, und, nach eigenem Anerbieten und Erklärung, - - hierunter uneingeſtellte Remedur zu verſchaffen.“

Eine beſondere Stelle findet man auch in K. Ferdinands I. Theilung vom Jahr 1554. unter ſeinen Prinzen, da es heißt: „Aus den obangeregten chriſtlichen billigen Urſachen, ſollen und wollen auch Ihre Liebden, ſamtlich und Ihr Jeder inſonderheit, halten und führen in allen ihren Landen rechte und ungefährliche Gericht, und das Recht veſtiglich üben und beſchirmen; doch zu Zeiten mit der Barmherzigkeit und Milde gemiſcht, nach Gelegenheit der Läuff, in billigen und möglichen Sachen, als je ſolches mit GOtt und mit Glimpf oder Fug ſeyn mag; ohne Gefährde.“

Ob das allgemeine und Teutſche Staatsrecht einem Landesherrn erlaube, des gemeinen Beſtens halber, den Lauff der Juſtiz zu hemmen? unterſucht Herr Vicecanzl. STRUBEN (1) und bejahet es auf gewiße Weiſe.

Herr

(1) in ſeinen rechtl. Bedenck. 3. Theil, S. 47.

Herr Hofrath von SELCHOW (1) faſſet deſſen Meinung kurz alſo zuſammen: Es iſt unverantwortlich, das gemeine Beſte der Convenienz einiger Burger aufzuopfern, und, um ihnen zu dem ihrigen zu verhelffen, den Staat in Gefahr zu ſezen, groſſen Schaden zu leiden; welches in allen Fällen ſtatt findet, wenn der Gebrauch des ſtrengen Rechts vermuthliche nachtheilige Würckungen für den Staat nach ſich ziehet. Jedoch kan der Unterthan, welchem die rechtliche Hülffe des gemeinen Beſtens halber verſagt wird, von dem Staate ſeine Schadloshaltung fordern, wenn ſeine Forderung klar, zu ſelbiger ſonſt nicht zu gelangen, und das gemeine Weſen im Stande iſt: den Bürger zu vergnügen.

§. 4.

Ordentlicher Weiſe nun muß freylich ein Reichsſtand darum erſuchet werden, wann er Jemanden das Recht ſolle wiederfahren laſſen, und es iſt bekannt, daß es heißt: Wo kein Kläger iſt, da iſt auch kein Richter. Hat einer, der ſich von einem Dritten beleidiget zu ſeyn glaubt, oder Streit mit ihme hat, ſich nicht an ſeiner Behörde gemeldet; ſo kan er auch nicht ſagen, daß ihme die Juſtiz verſagt oder auch nur verzögeret worden ſeye. Das gilt aber allein von beſonderen Rechtsfällen. Auf Anruffen.

So richtig hingegen diſes iſt; ſo muß doch auch in der Art der Ausübung diſes Rechts nicht gegen die Landesverfaſſung angeſtoſſen werden.

Der Regent muß dahero die Juſtizſachen ihren beſagter Landesverfaſſung gemäſſen Gang gehen laſſen, und darf ſelbige nicht entweder ſelbſt vor ſich unmittelbar ziehen, noch Anderen geſtatten, ſich ordentlicher Weiſe an ihn zu wenden; geſchiehet es aber dennoch, muß er die Sachen gehöriger Orten hin verweiſen: Wiewohl auch diſe Regel ihre Abfälle leidet.

Der Recurs ad manus, oder unmittelbar an den Landesherrn, wird in Bayern (2) vermöge Churfürſtlicher Decreten vom 10ten Febr. 1648. und 2. Maj. 1750. §. 12. nur alsdann geſtattet, wann

 1. die

(1) in der juriſt. Bibl. 3. Band, S. 233.
(2) Anmerck. ad Cod. Jud. Bav. Cap, 16, §. 4. p. 226.

1. die Juſtiz denegirt oder protrahirt wird, oder 2. die Dicaſterien nicht in denen Schrancken derer ihnen vorgeſchribenen Ordnungen verbleiben; welchen Falles Vorſehung gethan wird, reſp daß bey der behörigen Stelle die Juſtiz ſchleunig und unpartheyiſch adminiſtrirt, oder das, was der Ordnung zuwider iſt, auf thunliche Weiſe abgeſtellet werde.

§. 5.

Oder auch von Amtswegen.

Hingegen iſt ein Regent auch von Amtswegen ſchuldig, ohne von denen Landſtänden, oder anderen einzelen Perſonen, daran erinneret zu werden, darnach zu ſehen, und darüber zu halten, daß es im ganzen an der Juſtizpflege nicht ermanglen möge. Zu ſolchem Ende hat er nicht nur die zu derſelben Verwaltung benöthigte Perſonen und Collegia anzuordnen und ſelbige, auch das ganze Land, mit Amts-Inſtructionen, Ordnungen und Geſezen zu verſehen, ſondern auch ſelbſt die Ober-Aufſicht darüber zu haben, und durch ſeine Collegia und Beamte darauf halten zu laſſen, daß nicht nur gute Ordnungen gemacht, ſondern denenſelben auch würcklich nachgelebet, und diejenige, ſo durch Unterlaſſung oder Begehung dawider handlen, gehörig beſtraffet werden.

§. 6.

In Anſehung der Unpartheylichkeit.

Diſe Pflicht hat drey Hapttheile, nemlich 1. dafür zu ſorgen, daß die Gerechtigkeit unpartheyiſch verwaltet werde; mithin Niemand weder zu lieb, noch zu leid, aus Freund- oder Feindſchafft, Menſchen-Furcht oder Gefälligkeit, oder anderen unlauteren und Neben-Abſichten. Und weil abſonderlich Geſchencke, oder andere Hoffnung, etwas für ſich oder die Seinige zu gewinnen, oder einen Schaden von ihnen abzuwenden, der meiſten Menſchen Gemüth ſehr ſtarck neigen kan; ſo hat ein Regent auf alle nur mögliche Weiſe zu trachten, daß eines Theils diſer Peſt des gemeinen Weſens vorgebogen, anderen Theils aber auch die Uebertrettungs-Fälle an allen, ſo Antheil daran haben, auf das ſchärffeſte angeſehen werden.

§. 7.

Der Geſchicklichkeit.

2. Ein Richter muß nicht nur ehrlich und gewiſſenhafft ſeyn, ſondern auch ſelber wiſſen, was recht oder unrecht ſeye. Freylich iſt es eine noch unentſchidene Aufgabe: Ob es einem Staat nicht fürträglicher ſeye, wenige Geſeze haben und rechtſchaffene Leute in vorkommenden Fällen nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen nach der natür-

natürlichen Billigkeit ſprechen zu laſſen? Wie vile tauſend Proceſſe und Ungerechtigkeiten würden verhütet: Indeſſen iſt doch auch wahr, und aus der Erfahrung alter und neuer Zeiten bekannt, daß offt nicht aus Bosheit, ſondern aus Unverſtand und Vorurtheilen, tolle Urtheile an nideren Gerichten gefället worden ſeynd, und daß mehrmalen in peinlichen Sachen unſinnig zu Werck gegangen worden iſt. Ein Regent hat alſo dafür Sorge zu tragen, 1. daß alle Gerichte, ſo vil möglich, mit Perſonen, ſo dem Richteramt gewachſen ſeynd, beſezet werden; 2. daß die Gerichte, welche keine Rechtsgelehrte Beyſizere haben, angewiſen werden, in ſchweren bürgerlichen, abſonderlich aber in peinlichen Sachen, entweder gar nicht ſelbſt zu ſprechen, oder doch ſich zuvor Rechtens belehren zu laſſen.

So werden in Würtemberg ordentlicher Weiſe zwar alle peinliche Sachen vor denen Stattgerichten verhandelt, die geſchloſſene Acten aber alsdann zur Juriſten-Facultät zu Tübingen, und darauf zur Regierung eingeſandt, die Urthel allda oder vom Geheimen Rath, oder dem Herzog ſelbſten, reſp. beſtättiget oder abgefaßt, und alsdenn an das Stattgericht zur Eröffnung und Vollſtreckung überlaſſen:

Und ſo fragen eben diſe Gerichte in Concurs- und anderen wichtigen Fällen entweder bey beſagter Juriſten-Facultät, oder bey einem einzelnen Glid derſelbigen, oder bey ihrem eigens darzu angenommenen Statt-Conſulenten, an, welche etwa geſchickte Advocaten, oder andere Rechtsgelehrten ſeynd.

§. 8.

Endlich und 3. hat ein Landesherr auch darauf zu ſehen, daß die Rechts-Sachen und Streitigkeiten baldmöglich zu Ende gehen; vorzüglich aber diejenige, welche vor anderen einen rechtlichen Vorgang haben, beſonders wo Gefahr oder Schaden auf dem Verzug hafftet, z. E. in peinlichen Concurs- Handlungs- Wechſel- Policey-Sachen, u. d. Iſt es nicht unverantwortlich, wann Gefangene, (wo offt noch oben darauf die That ſelber ganz klar iſt,) wohl Jahr und Tage, auch noch länger, hingeſezet werden, biß ihre Sache zu Ende gehet? wann Concurs-Proceſſe 20. 30. 50. Jahre herumgeſchleppet werden, da indeſſen die Maſſa wohl noch gar ſich ſelbſt verzehret? u. ſ. w.

Und der Beſchleunigung.

Auf

Auf der anderen Seite aber iſt eben ſo wohl auch zu verhüten, daß die Juſtiz-Pflege nicht überſchnellet werde. Die Abſicht, die Proceſſe abzukürzen, iſt löblich und gut: Aber es laſſen ſich unmöglich alle Sachen auf einerley Weiſe behandlen, und es können durch Uebereilung der Parthien eben ſo ſchreyende Ungerechtigkeiten begangen werden, als durch die Nachläßigkeit in Abthuung der Rechtshändel. Ueberhaupt werden böſe Menſchen auch durch die beſte Geſeze nicht gut gemacht, und wann man nicht darauf hauptſächlich ſiehet, rechtſchaffene Richter und Sachwaltere zu haben; ſo kommt nichts weiteres heraus, als daß, nicht die Gerechtigkeit, ſondern die Ungerechtigkeit, auf einen kürzeren Fuß verwaltet wird; davon die Parthien und das gemeine Weſen den Schaden eben wohl genug empfinden.

Es ſtehet auch einem Landesherrn frey zu verordnen, daß vorzüglich gewiſſe Sachen ſchleunig, und bloß mit Beobachtung der weſentlichen Stücke eines Proceſſes, reſp. proviſorie, oder auch endlich, entſchiden werden, z. E. Alimenten- Criminal- Handlungs- Wechſel- u. d. Sachen.

Eine Chur-Bayriſche Verordnung von 1767. 7. Maj. wegen förderlicher Juſtizpflege gegen die, welche Handelsleute und Handwercker durch Borgen und verweigerende Zahlung in Schaden ſezen, liſet man bey Herrn GEGEL (1).

Ein Chur-Pfälziſcher Befehl wegen Beförderung derer Criminal-Proceſſe von 1766. 11. Nov. iſt auch bey Herrn H. R. GEGEL (2) anzutreffen.

§. 9.

Verbottenes Verfahren des Regentens wider Recht.

Wie nun alſo der Regent darzu beſtellet iſt, Jedermann in ſeinem Land Recht und Gerechtigkeit angedeyhen zu laſſen; alſo ſchicket es ſich für ihne ſelbſt am allerwenigſten, wann er in ſelbſt eigener Perſon dagegen handelt; welches auf verſchidene Weiſe geſchehen kan; wann er nemlich, aus eigener Bewegung, und in eigener Perſon, Sachen begehet, welche wider Recht und Billigkeit anſtoſſen, Jemanden in eigener Perſon vergewaltiget, oder ungerechte Befehle ertheilet, oder auf die von ſeinen Collegiis ihme geſchehende Anträ-

(1) in ſeiner Samml. Landesh. Verordn. 2. Theil, S. 135.
(2) l. c. 1. Theil, S. 71.

Anträge in Juſtiz-Fällen und Sachen Reſolutionen ertheilt, welche zu ſcharf, zu gelind, oder ſonſten eines Dritten Gerechtſamen nachtheilig ſeynd.

§. 10.

Noch unverantwortlicher aber iſt, wann man ſelbſt die äuſſerliche Form der Juſtiz-Pflege darzu mißbraucht, unerlaubte Neben-Abſichten damit zu bedecken, oder dadurch zu erreichen, z. E. wann man eine Perſon, unter dem Vorwand begangener Verbrechen, gefangen ſezt, und Jahr und Tage, oder auch mehrere oder vile Jahre, ſizen läßt, ohne es zu unterſuchen, oder die Unterſuchung zu Ende zu bringen, damit, wie bey manchen Catholiſchen Inquiſitions-Gerichten, der Geplagte, um nur ſeiner Qual los zu werden, ſelber Sachen angebe, die er nie gethan hat, oder damit er währender Zeit der Gefangenſchafft aus dem Wege komme, und in diſem oder jenem, was indeſſen vorgenommen wird, nicht hinderlich ſeye, ꝛc. Und unter dem Schein Rechtens.

So auch, wann man unnöthige, weitläufftige und koſtbare Commißionen erkennet und den Beſchuldigten zum Vorſchuß der Koſten anhält; da man doch nicht im Sinn hat, der Commißion ihren Gang zu laſſen, ſondern nur den Beſchuldigten durch die ſchwere Koſten müde machen und dadurch zu dem bey der ganzen Sache habenden Zweck gelangen will:

Anderer, aus der betrübten Erfahrung bekannten, Fälle von Ungerechtigkeiten zu geſchweigen.

§. 11.

Damit ſeynd aber eines Regentens Pflichten noch nicht erfüllet; ſondern er ſolle auch nicht geſtatten, daß Andere, ohne ſein Veranlaſſen, mit Gewalt und mit Beyſeitſezung des Wegs Rechtens gegen ihres Gleichen oder Geringere verfahren, und es iſt allemal ein Anzeigen einer nicht zum beſten beſtellten Regierung, wo man in einem Land von dergleichen Beyſpilen höret, z. E. von Duellen, oder daß ein Hof-Bedienter, Officier, ꝛc. welcher ſich beleidiget zu ſeyn erachtet, andere Leute inſultiren oder übel behandlen, und ſich alſo ſelber vermeintliche Satisfaction verſchaffen darff, u. d. Nicht-Geſtattung Anderer Verfahrens mit Gewalt.

So haben wir zwar auch vile Landesherrliche Edicte, u. d. wider die Selbſthülffe, Selbſtrache, Rencontres, Duelle, u. d. und doch wird gemeiniglich, aus einem wider alle Vernunfft ſtreitenden und gegen das Geſez, auch die Ehre des Geſezgebers ſelbſten, an-

ſtoſſenden grundfalſchen Begriff von der Ehre, ſchlecht darüber gehalten.

§. 12.

Oder unter dem Schein Rechtens. Eben ſo wenig ſolle ein Regent ſeinen untergebenen Juſtiz-Collegiis, Gerichten, Commiſſarien, u. ſ. w. geſtatten, daß ſie in Juſtiz-Sachen entweder partheyiſch, oder tumultuariſch, oder ſonſten illegal, verfahren, oder ſolche ſchwere Geld- oder andere Straffen anſezen, welche gegen denen Verbrechen keine Proportion haben, u. ſ. w. z. E.

An. 1721. 27. Jul. ergienge eine K. Preußiſche Verordnung gegen den Mißbrauch der Arreſte und ſuchende Soldatenwache in Civilſachen.

Doch nicht nur beſagte Collegia ꝛc. allein, ſondern auch die privat-Perſonen, ſollen die ihnen in gewiſſer Maaſſe freygelaſſene auſſergerichtliche Rechtshülffsmittel nicht mißbrauchen.

Dahin gehören die in vilen Landtagsabſchiden befindliche Klagen über den Mißbrauch deter Pfandungen, u. d.

§. 13.

Landes-Freyheiten u. Beſchwerden. Indeſſen erſiehet man dennoch aus denen öffentlichen Handlungen, denen Sprüchen derer höchſten Reichsgerichte, wie auch denen Landes-Verträgen und Freyheiten, daß mehrmalen entweder würcklich dergleichen Unordnungen und Mißbräuche in Juſtiz-Sachen vorgekommen, und bald von denen Landſtänden und Unterthanen geſammter Hand, bald von einzelnen Perſonen, bald dem Landesherrn, bald einem höchſten Reichsgericht, klagend vorgeſtellet worden seynd, oder daß man doch vernünfftige Urſachen zu haben geglaubet hat, zu beſorgen, daß etwas ſolches geſchehen möge, und zu verhüten geſuchet hat, daß das mögliche nicht in das würckliche ausbreche.

Die Tyroliſche Landſtände baten An. 1711. Vorſehung zu thun, daß in Rechtsſachen die unbillig- und beſchwerliche Zehrung und Sportuln durch Beſtimmung billiger Tag- und Mahl-Gelder abgeſtellt; jede Parthie mit ihrer Handlung und Strittſache vor ihrem Foro und Inſtanz nach billiger Ordnung gelaſſen, Niemand durch unnothwendige fiſcaliſche Proceße ohne genugſam erweisliche Urſach beſchweret, die wider Ritter und Adel zu ertheilen nothfallende Commißionen tauglichen, und der beklagten Parthie im Stand gleichen,

Subjectis committirt, und endlich die ſo groſſe Anzahl der Advocaten, mittelſt Erwählung der tauglichen und in dem Landſtatuto mehrers practicirten, auch zu Unruhen und Rechtsſtritten weniger geneigten, reduciret werde.

Ferner baten ſie: Jede Parthie bey ihrer erſten Inſtanz zu laſſen, und die Sachen, wider die Ordnung und ohne genugſame Urſach, von da nicht ab, oder die Proceß (wie wohl öffters geſchehen,) gar auſſer Lands zu ziehen; hingegen die ehedem zu Bozen üblich geweßte adeliſche Hofrechte, oder das, in deren Surrogatum, ſchon vormals in Vorſchlag gekommene Aſſeſſorat, (durch welches die ſelbiger Enden geſeſſene vilfältige Ritterſchafft und Adel zu allen vier Marcktzeiten des Jahrs eine ganz ſchleunig- und gute Juſtiz, ohne ſonderen Koſten und Entgelt, genoſſen habe,) wiederum aufzuſtellen und zu introduciren.

Weiter klagte ein Landgericht 1. über unnöthige Unkoſten, 2. daß der Fiſcus mit bey denen Zeugen-Verhören ſize, und ſelbige von ihme, tanquam parte, unfüglich examiniret werden wollen.

In der Bayriſchen Ritterſchafft Landshutiſchen Diſtricts Beſchwerden vom Jahr 1499. kommt viles von Juſtiz-Sachen vor, ſo ich aber nicht hieher ſezen will. (1.)

Die Erledigung derer Chur-Sächſiſchen Landesgebrechen von 1612. enthält unter dem Titul von Juſtiz-Sachen 33. §§. (2.)

Die von 1661. aber 154 §§. (3.)

In dem Chur- und Märckiſchen Landtagsabſchid von 1653. wurde verſprochen: Es ſollen unerkannten Rechtens keine präjudicirliche Inquiſitionen angeordnet werden. Ferner: „wir wollen jedermänniglich gerne zu ſeiner Defenſion verſtatten und Niemanden, cauſa neque audita neque cognita, mit einiger Straffe belegen laſſen.“

In dem Braunſchweigiſchen Landtags-Abſchid zu Gandersheim von 1601. wurde bedungen: „Zum 27ſten: hat mehr-hochgedachter Fürſt, Herzog Heinrich Julius ꝛc. ſich ferner in Gnaden erbotten, daß S. F. G. ex cauſa civili vel ob leve aliquod delictum

 Die

(1) v. Biblioth. hiſtor. Gœtting. Part. I. pag. 281. ſqq.
(2) v. LUNIGS Corp. Jur. Saxon. Tom. I. p. m. 173. ſqq.
(3) ibid. p. 211. ſqq.

die Landſtände oder derſelben Diener inaudita cauſa nicht überfallen, noch beſtricken, viel weniger rechtlicher Ordnung, wohl hergebrachten Privilegiis, und Gebrauch zuwider prägraviren laſſen, darentgegen aber zu ihnen ſich verſehen wollen, es werde es ein jeder alſo anſtellen, daß S. F. G. in zuläßigen Fällen, wann die kundbar oder S. F. G. ſich der vorher ſattſam erkundiget, zu ſolchen Mitteln zu ſchreiten nicht vonnöthen haben mögen. "

In dem Hanöveriſchen Landtags-Abſchid von 1639. wurde verſprochen: Daß Niemand mit extraiudicial-Decreten, Mandaten, Reſcripten, oder wie es ſonſten Namen haben möchte, beſchweret werden ſolle.

In der **Münſteriſchen** Erklärung der Landesfreyheiten von 1570. heißt es: „ Und als Wir - - Unſern von der Ritterſchaft, auch andern Burgern Unſerer Statt und Stätte des Stiffts Münſter nicht weniger, als den Geiſtlichen, mit beſondern Gnaden gewogen; ſo ſollen noch wollen Wir und Unſere Nachkommen noch Unſers oder Deren jederzeit Amtleute, noch ſonſten Jemand von Uns- oder Derentwegen, einigen von Adel in Unſerm Stifft Münſter, noch in den andern diſes Stifft Münſters Stätten, ſo gewöhnlichermaſſen zu Landtagen verſchriben, geſeſſen und wohnhafft, angreiffen, oder an ſeiner Perſon, oder ſeinen Gütern, keine Gewalt, oder Thathandlung, fürnehmen, noch fürnehmen laſſen, oder ſonſt in andere Wege am Leib oder Gut ihnen Abbruch, Schaden, oder Nachtheil zufügen; ſondern alle und jede von Adel und geſchworene Bürger, wie vorgemeldet, gegen welche Wir Spruch und Forderung zu haben vermeinen möchten, ſollen und wollen Wir mit gebührlichen Rechten beſprechen, zur Antwort und gebührlicher Defenſion gnädiglich verſtatten und alſo des Rechtens Ausganges gewärtig ſeyn, und ſie über das keineswegs beſchweren; es wäre dann, daß Jemand gedachter von Adel, oder geſchworener Bürger, auf ſcheinbarer oder notoriſcher That in Maleſizſachen, ſo Leibesſtrafen auf ſich trügen, befunden, oder ſonſten ſolcher und dergleichen Maleſizſachen, oder auch anderer Gewaltthaten und Entſezung überwiſen wären; wider welche Wir und Unſere Nachkommen Uns den Anfang (Beyfang) und gebührlich Einſehen fürbehalten wollen. "

Die

Die Marckgräflich-Brandenburgiſche Ritterſchafft in Francken hat auf dem Landtag An. 1534. gebeten, einen beſchuldigten Theil jederzeit zur Verhör kommen zu laſſen.

Die Br. Wolfenbütteliſche Landesfreyheiten von 1770. enthalten Art. 20. „Der gnädigſte Landesherr werden Dero getreue Stände, oder derſelben Diener, ex cauſa civili, ungehörter Sachen niemals überfallen, noch beſtricken, vil weniger rechtlicher Ordnung, auch wohlhergebrachten Privilegien und Gebrauch zuwider, prägraviren laſſen: Se. Durchl. verſehen Sich dahingegen auch zu getreuen Ständen, es werde ein jeder derſelben es alſo anſtellen, daß Höchſtdieſelben in zuläßigen Fällen, wenn die kundbar, oder ſolche vorher ſattſam erkundiget worden, zu ſolchen Mitteln zu ſchreiten, nicht vonnöthen haben mögen.“

In denen Mecklenburgiſchen Reverſalien von 1572. lautet es: „Hätten Wir Jemanden von Unſern Unterthanen zu belangen, und ſolches nicht offenbare höchſtſträfliche Fälle beträffe, in welchen vom gefänglichen Angriff, nach Verordnung der Rechte, der Anfang gemacht wird; ſo ſoll wider denſelbigen nicht mit gewaltſamer That, oder vom Zugriff und Einziehung der Güter, oder Execution, ſondern Citation zu Verhör- und Erkundigung der Sachen, verfahren werden; wie ſolches in göttlichen, natürlichen und beſchribenen Rechten verſehen, damit eines Jedern Einrede und Entſchuldigung angehöret, Beweis aufgenommen und ordentlich darüber erkannt werde.“

Deter Mecklenburgiſchen Stände um das Jahr 1684. geführte judicialia Gravamina, nebſt denen Herzoglichen Reſolutionen darauf, ſeynd beym LÜNIG (1) zu leſen.

Unter Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg klagte deſſen Ritter- und Landſchafft bey dem Reichs-Hof-Rath (2): „1. Vermöge der Landes-Reverſalien ſoll, auſſer offenbaren peinlichen Fällen, wider niemand mit gewaltſamer That, Zugriff, Einziehung der Güter, noch der Proceß mit der Execution angefangen werden. 2. Hierwider iſt bißher in Mecklenburg gar ſehr gehandelt, und zwar ſchon bey der Regierung des Herrn Herzog Friderich Wilhelms ...

B 3 6 Für-

(1) von der landſäß. Ritterſch. Tom. 2. p. 417. ſqq.
(2) KLÜVERS Beſchr. Mecklenb. T. 3. p. 253.

6. Fürnemlich aber iſt während der Regierung des jezigen Herrn Herzogs Hochfürſtl. Durchl. dawider verfahren; als 7. durch Arreſtirung derer Burgermeiſter, Rath und 400. Männer der Statt Roſtock, 8. Gefangenhaltung derer vier Membrorum von der Ritterſchafft zu Roſtock, 9. Belegung der Ritterſchafft mit Rußiſcher Armee, 10. Wegnehmung der Ochſen, Kühe, und anderes Viehes von den Gütern, 11. Wegſchleppung der Bedienten, auch wohl adelicher Perſonen, von denen Gütern, 12. Declarirung der Land-Räthe und Deputirten für Rebellen, 13. Anſtellung eines fiſcaliſch-peinlichen Proceſſes wider dieſelbe, und zugleich geſchehenen Wegnehmung deren Güter, 14. Occupirung aller übrigen adelichen Güter, 15. Verjagung der Ritterſchafft aus dem Lande, 16. und der adelichen Wittwen und Fräulein von ihren innhabenden Gütern, 17. Forcirung der adelichen Unterthanen zu Kriegs-Dienſten, und 18. zum Schanzen und Fortifications-Bau, 19. Viſitirung des Ritterſchafftlichen Einnehmers Stohlmanns Behauſung, 20. Gefangennehmung des Ritterſchafftlichen Einnehmers Eylers, 21. Durchſuchung der Burgermeiſterin Dieſtern, des Land-Syndici und deſſen Schwieger-Sohns Häuſer, 22. Verbrennung der von denen Land-Räthen und Deputirten verfertigten Schrifften, 23. deren Abſezung und 24. Caßierung des wohlhergebrachten Landes-Siegels, auch Obtrudirung eines andern, und durch dergleichen mehrere gewaltſame Proceduren. 25. Worauf endlich das Kayſerliche Conſervatorium, woraus man künfftige Sicherheit hoffe, erfolget: Weßwegen 26. damit vorberegte gewaltſame Proceduren und angeſtellte Proceße hinfüro nicht zum Vorwand der Thätlichkeiten dienen mögen; 27. Gebeten werde, alles vorerwehnte ausdrücklich zu caßiren, und zu verfügen, daß in Zukunfft nach dem Innhalt des Aſſecurations-Receſſes ſtricte verfahren werden möge.“

Der Reichs-Hofrath erlieſſe auch darauf mehrere nachdrückliche Verordnungen, welche zum Theil unten vorkommen werden.

In dem hierauf An. 1755. geſchloſſenen Erb-Vertrag handelt der 21ſte Art. vom Juſtizweſen, von §. 381. biß 433. auf eine überaus merckwürdige und gegenwärtige Materie gar ſehr erläuternde Weiſe: Es iſt aber allzuweitläufftig, als daß es hier Plaz finden könnte; doch werde ich hernach ein und anderes an bequemen Orten daraus anführen.

Von

Von der Oſtfrieſiſchen Landſtände Beſchwerden in Juſtiz-Sachen, und was darüber theils vor denen Reichsgerichten, theils vor denen General-Staaten, über 100. Jahre lang geſtritten, gehandelt, entſchiden oder verglichen worden iſt, findet man biß auf das Jahr 1720. ausführliche Nachrichten in H. von BRENNEISENS Oſtfrieſiſcher Hiſtorie und Landes-Verfaſſung; (1) denen ſodann in Anſehung der neueren Zeiten die anderwärts (2) angezeigte beederſeitige Wechſelſchrifften beyzufügen ſeynd. Ich will daraus hier nur ſo vil melden.

In denen Concordaten von 1599. lieſet man: „Wie dann auch ferner Unſere getreue Landſtände und Unterthanen ſich deſſen gegen Uns gewißlich verſehen ſollen, daß Wir durchaus nicht gemeinet, Jemand, was Würden, Standes oder Weſens der ſeye, in Unſern ſelbſteigenen ſo wenig, als in Parthey-Sachen, ungehört und unerlangten unpartheyiſchen Rechtens, an ſeinen Gütern, Recht und Gerechtigkeit, deren Poſſeßion vel quaſi wider Recht zu turbiren, vil weniger zu entſezen; ſondern Wir verſprechen hiemit, daß Wir einen jeden bey gleichmäßigen ordentlichen Rechten laſſen, ſchüzen und handhaben wollen:

So ſoll auch in der Canzley- und Untergerichts-Ordnung mit allem Ernſte geboten werden, daß bey den Verbrechungen der Unterthanen, welche nicht am Leib und Leben zu ſtrafen, diſe Moderation gebraucht werde, damit diejenigen, welche genugſam begütert, oder bürgliche Caution leiſten können, mit gefänglicher Hafft verſchonet, und nach Landrecht jederzeit geſtrafet werden.“

An. 1611. wurde wieder verglichen: „Niemand ſoll aus ſeiner Poſſeßion auſſer Form Rechtens geſezet werden.“

An. 1619. verlangten die Stände an die General-Staaten: „Laut 47. und 48. Art. der Concord. und 26. Art. Oſterhuſ. Accords, Niemand aus ſeiner natürlichen Poſſeßion, ob ſchon dieſelbe ſtreitig, de facto zu verſtoſſen, und dann allererſt auf die Juſtiz zu verweiſen; ſondern einen Jeden, biß in ſummariiſſimo oder ordinario zu Rechte ein anderes erkannt worden, dabey zu laſſen, auch diejenige, ſo dawider aus allen Ständen beſchweret, zu reſtituiren.“

Die

(1) z. E. Tom. 2. p. 751. ſqq.
(2) im Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. p. 1206. ſqq.

Die General-Staaten reſolvirten darauf: „Es ſoll der Herr Graf erinnert werden, daß Jhro Liebden (wider den Jnnhalt des Oſterhuſiſchen Accords Art. 26.) Niemand ohne förmliche Rechtsproceduren aus der Poſſeßion ſezen möge: „ Und ſollen die Herrn Hofrichter und Aſſeſſores erinnert werden, daß ſie die klagende Partheyen, ſo nach dem Jahr 1611. depoßidirt, oder in ihrer Poſſeßion turbiret worden, oder auch noch depoßidirt, oder in ihrer Poſſeßion ohne rechtliche Form turbiret werden würden, bey Zeiten mit behöriger Proviſion der Juſtiz verſehen, und wider des Herrn Grafen Fiſcal und andere Beamte auch Mandata de non turbando erkennen ſollen; und ſolches, nach Beſchaffenheit der Sachen, auf ſolche Art und Weiſe, wie das Kayſerliche Cammergericht zu Speyer vor Aufrichtung der Concordaten und des Oſterhuſiſchen Accords, Mandata wider den Herrn Grafen zu erkennen, und noch täglich im Heil. Reiche ſolche Mandata wider höhere und gleiche Standesperſonen zu verleyhen befugt geweſen iſt. “

Der Graf antwortete: „ Jhro Gnaden haben Sich niemals geſperret, Jemanden, welcher in Poſſeſſorio, ſive adipiſcendæ, ſive retinendæ, ſive recuperandæ, zu klagen gehabt, vor dem Hofgerichte in Rechten zu antworten, und Sich in caſum Succumbentiæ zu conformiren; (nach dem 26. Art. Oſterhuſiſchen Accords;) wäre alſo dieſe Apoſtill, wie auch angehängte Vermahnung an Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren gar nicht vonnöthen geweſen: Was aber anlanget den Proceſſum Mandatorum; da hat man Gräflichen Theiles ſuſtiniret und geſchrieben, daß Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren, als Jhro Gnaden Unterthanen und nachgeordnete Richter, wider Jhro Gnaden und in Dero Sachen Mandata ausgehen zu laſſen, (quod Superioritatis atque hac in parte Cæſaris eſt) nicht befugt noch mächtig, ſondern in Jhro Gnaden Sachen nicht mehr, als vor willkührliche und austrägliche Richter, zu halten ſeyen; und will man ſich dißfalls auf alle unpartenyiſche und des Röm. Reichs Gelegenheit und Status kundige Rechtsgelehrten und Practicos beruffen haben: Nichts deſtoweniger haben Jhre Gnaden endlich nachgegeben, daß Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren in Jhrer Gnaden Sachen wider Dero Beamten und Officiers Mandata ausgehen laſſen mögen; jedoch, wie ſonſten ordinair geſchieht, in Jhrer Gnaden Namen: Aber damit iſt man noch nicht fridlich. “

Anno

Anno 1662 wurde wieder geklagt: „Nachdem, wider den 48ſten Art. derer Concordaten, begüterte Leute in civil- und criminal-Sachen, (ſo jedoch am Leben nicht ſtrafbar,) in gefängliche Hafft genommen, und wider dieſelbe, aus unerheblichen Urſachen, ungewöhnliche Inquiſition- und andere Proceſſe zum öfftern angeſtellet werden; :c. daß diſes abgeſchafft, und Niemand, welcher geſeſſen iſt, oder Caution ſtellen kan, in obgedachten Sachen, auſſer des Hofgerichts Cognition, eingezogen werden mögen: Da aber dem ohngeachtet, das contrarium unternommen würde, daß alsdann das Hofgericht Mandata de relaxando, und ſonſt, erkennen, &c, non obſtante Reviſione vel Transmiſſione Actorum, auf das kräfftigſte fortſezen möge. Norder Exec. Receß Art. 8. & 14. pag. 103. Verſ. Und dann endlich. “

Man vergliche ſich endlich An. 1663. dahin: „Es ſoll Niemand einiges Criminis wegen, es ſey dann aus wichtigen Indiciis, apprehendiret werden; wovon der Beweis in 4. oder aufs äuſſerſte in 6. Tagen nach der Apprehenſion dem Hofgerichte, (da der Gefangene, oder deſſen Bevollmächtigter, ſolches erſuchen würde,) eingeliſert werden ſoll, damit bey ſelbigem judiciret werden möge, ob nicht der Gefangene, unter ſattſamer Caution, relaxiret werden müſſe; welchem Spruch denn bey der Canzley ohne Reviſion oder Appell pariret und nachgelebet werden muß, auch keine Verſchickung geſuchet werden. “

Anno 1699. wurde zwiſchen dem Fürſten und ſeinen Landſtänden von neuem verglichen: „Es ſoll auch, 12tens, wider Niemanden einige widerrechtliche Executionen und gewaltſame Actus, unter keinerley Prätext, vorgenommen werden. “

In Würtemberg wurde Anno 1514. in dem Tübingiſchen Vertrag beſchloſſen: „Es ſoll auch Niemand in peinlichen Sachen, wo es Ehre, Leib oder Leben antrifft, anders, dann mit Urtheil und Recht, geſtraffet oder getödtet, ſondern einem Jeden nach ſeinem Verſchulden Rechts geſtattet werden; es wäre dann in Fällen, darinn die Kayſerliche Rechte, anders zu thun, zulaſſen: Und mit Gefängniß und Frag (Tortur,) ſoll es, wie von Alter herkommen iſt, gehalten werden. “

Anno 1520. wurde diſes alſo erläutert: „Und als im Vertrag ein Articul begriffen ſtehet, wie es in peinlichen Sachen, Ehr,

Leib oder Leben antreffend, gehalten werden ſoll mit Urtheilen und Straffen, und aber die Landſchafft begehrt, und unterthäniglich gebeten hat, denſelben Articul zu leutern, in maſſen wie hernach folgt: Und alſo ob Sach were, daß iemand berichtiget würde in Sachen, die ihn ſein Leib und Leben betreffen möchten, wo dann die That und der Schub offenbahrlich am Tag gelegen, oder es erſcheinten ſich ſolch kräfftig beweißlich Anzeigung und Vermuthungen, daraus man ſich einer Sachen Uebelthat zu derſelben Perſon gnugſam verſehen möchte, daß denn gegen denſelben verſchuldten Perſonen mit peinlicher Gefängnüß und Frag mög fürgangen und gehandelt werden, doch mit rechtlicher Vorerkantnuß, in maſſen wie im nechſten Articul hernach unterſchiedlich geſchriben ſteht, darin auch allwegen Geſtalt und Gelegenheit der Perſonen und Sachen ſollen angeſehen und betrachtet werden. So aber die That und Bezig nit offenbahr am Tag lägen, ſondern der beſchuldiget das in Läugnen und Abred ſtünde, und es erfinde ſich bei den Amptleuthen und Gerichten, deß Flecken, darinnen er ſeine Wohnung gehabt, daß dieſelb Perſon eines ehrlichen Herkommens und Wohlhaltens bishero geweſt wäre, dardurch man ſich derſelben Beſchuldigung kräfftiglich zu ihr nicht verſehen möchte, daß denſelben unverleumbden Perſonen mit gewaltiger That in peinlicher Frag nichzig ſolte fürgenommen, ſonder zuvor rechtlich darinn erkant werden ob derſelbig Verdacht zu peinlicher Frag gnugſam, oder nicht, und ob hart, oder mildiglich damit ſolte gehandelt werden, und was alſo rechtlich erkant, daß dann darnach ſolchem gemäß fürgangen und alſo gegen denſelben unverleumbdten Perſonen ihrem Gut, Leib, oder Leben weiters nicht dann mit rechtlicher Erkäntnüß, wie obſteht, gehandelt werden, und ob es wer umb Sachen, die mit Geldt wolten geſtrafft werden, daß dann niemands, der das Recht mit Leuthen oder mit Güthern zu verbürgen hett, darum gefänglich angenommen, ſonder, nach gethaner Bürgſchafft, anderſt nit, dann rechtlich gegen ihnen gehandelt werde; Es were dann der Handel dermaſſen geſtalt, daß ſich darumb zu rechten nicht gebühren wolt, als umb offenbahre Leichtfertigkeit und dergleichen Sachen, ſo alle Straffe des Thurms erfordern, darin ſollen und mögen die Thäter angenommen, und nach Geſtalt und Gelegenheit der Sachen und Perſonen zimlich, wie ſich, ihrem Verſchulden nach, gebührt, geſtrafft werden, wo es auch Geiſtlich Per-

ſonen

ſonen antreff, gegen denſelben ſoll auch nit anders dann mit Recht, und vor ihrem ordentlichen Richter gehandelt werden: Uf ſolches haben wir diſen Articul der Leuterung alſo zugeben, nachdem derſelbig den Rechten und der Vernunfft gemäß vorkommt."

Der Landtagsabſchid von 1599. beſagt: „Nachdem auch, fürs dritt, Unſere gehorſame Prälaten und Landſchafft unterthänig angebracht, als ſolte mit etlichen maleſiziſchen Perſonen nicht, wie es bißhero in diſem Unſerm Herzogthum löblich herkommen, procediret worden ſeyn; dahero ſie Uns des Tübingiſchen Vertrags, wie nicht weniger der beſchribenen Kayſerlichen Rechten und peinlichen Halsgerichts-Ordnung gehorſamlich erinnert, und gebeten, daß hinführo denſelben gemäß möcht procedirt werden: Hierauf wollen Wir es in ſolchen peinlichen Sachen, bey obvermeldtem Vertrag, (vermög Unſerer gemeiner Landſchafft deshalben gegebener Confirmation,) bewenden und Niemand dawider beſchweren laſſen."

Die Würtembergiſche Landſtände brachten An. 1764. unter ihre Landesbeſchwerden, die mit verſchidenen Perſonen vorgenommene Beſtrafung mit hartem Veſtungs-Arreſt, Zuchthaus und anderem, ohne rechtliches Vorerkenntniß; gegen den Tübingiſchen Vertrag und nachgefolgte Landes-Compactaten.

Der Herzog antwortete: Dieſer ganze Punct betreffe das Exercitium der Jurisdiction und Juſtizadminiſtation, welches unwiderſprechlich unter die Landesherrliche Regalien und Rechte gehöre, ohne daß die Landſtände dabey zu concurriren haben, ꝛc. Er werde aber Selbſt und durch ſeine Collegia niemalen anderſt, als in behöriger rechtlicher Ordnung, (wie es nach dem hierunter quoad cauſam & perſonam bey ſingulis caſibus zu machen habenden Unterſchid, ſo wohl dem Tübinger Vertrag ſelbſten, in denen dahin gehörigen Fällen, als auch denen ſonſtigen allgemeinen Rechten und Obſervanz gemäß,) gegen ſeine Unterthanen und ihre Vergehungen verfahren laſſen.

In dem An. 1770. getroffenen Vergleich lautet es: „Ad Grav. 3. von rechtlichem Verfahren in beſchuldigten Verbrechen.

§. 1. Was wegen des Verfahrens in peinlichen Sachen, ſo wohl wegen der Strafe, als auch wegen der peinlichen Frage oder Tortur, in dem Tübinger Vertrag de 1514. nebſt deſſen Erläuterung de An. 1520. enthalten, dabey ſolle es fürohin ſein Verbleiben

 haben,

haben, mithin gegen keinen Landes-Unterthanen, in Sachen, welche Ehr, Leib, Leben, Haab und Gut betreffen, anderſt, als nach Maasgab erſagter Landesverträge und der peinlichen Halsgerichts-Ordnung, verfahren, demnach mit keinen andern, als von denen Herzoglichen Collegiis oder behörigen Inſtantien erkannten Commiſſionen, oder vorläufigem Anſaz groſſer Geldſummen, nicht fürgegangen, auch in Fällen, wo der Landesregent, nach denen Reichs- und Landesgeſezen, ſich der Perſon eines Landesunterthanen zu verſichern berechtiget iſt, ein jeder nach der mit ihme, in Gemäßheit derſelben, vorgenommenen Gefängniß, oder Arreſtirung, nicht allein vor ſeiner ordinari-Inſtanz, oder, im Fall derſelbe unter einem Foro privilegiato, oder auch immediate unter dem Landesfürſten ſtünde, vor ſolchem Foro privilegiato, oder letzteren Falles vor einem deshalb beſonders anzuordnenden Judicio, jedesmalen in Zeiten, und ohne einigen Verzug genugſam gehört, folglich hienach die rechtliche Erkenntniß ratione Torturæ vel pœnæ ertheilt, ſondern auch hiebey demſelben, auf ſein Verlangen, die Defenſio pro avertenda Inquiſitione, denen Rechten nach geſtattet, und, wann ſich in der Folge ergeben würde, daß die vorgewendete Urſachen zu einem Verfahren mit Gefängniß oder Arreſt von Rechtswegen ſich nicht qualiſiciret hätten, die behörige Satisfaction gegeben werden.

§. 2. So dann ſollen und werden auch denen zur Landſchafft gehörigen und andern in Officio publico ſtehenden Perſonen ihre Amts-Verrichtungen und die Pflichten halber machende Vorſtellungen, wann ſie in geziemendem unterthänigſten Reſpect verfaſſet ſind, nicht zum Verbrechen angerechnet werden; und, wann auch einiger Exceß ihnen dabey zu Schulden käme, gegen ſie jedoch diſerhalb nicht, (wann durch ſie, oder die Ihrige, oder die Landſchafft, Caution geleiſtet wird,) mit perſonal-Arreſt verfahren, noch dieſelbe unter diſem Vorwand ſo gleich an Leib, Ehre, Haab oder Gut, angegriffen, ſondern legali modo, und ſo, wie in §. præc. hierinn bereits proſpiciret iſt, wider ſie verfahren werden; wie dann auch Se. Herzogliche Durchl. zu werckthätiger Bezeugung aller Unpartheylichkeit, in diſem Fall gnädigſt geſtatten wollen, daß die Acta, auf Begehren des Beklagten, an eine unpartheyiſche Facultät zum Spruch verſchickt, und das von dar eingehohlte Urthel publiciret und vollſtrecket werden ſolle.

§. 3.

§. 3. Ihro Herzogl. Durchl. geben, in Conformität des bißher angezogenen die gn. Verſicherung, daß alle auf Veſtungen, im Zuchthaus, oder anderem Verhafft, ohne vorgängig-rechtliche Unterſuchung, befindliche Perſonen innerhalb 14. Tagen nach Schlieſſung diſes Vergleichs, wo nicht ohnentgeltlich, doch, nach Beſchaffenheit der Umſtände, gegen gebührliche Caution, losgelaſſen, oder, wann Ihro Herzogl. Durchl ſelbige nicht gänzlich freyſprechen wollen, ihnen ſchleunige und unpartheyiſche Juſtiz widerfahren laſſen, und die, ſo ſich zu gefänglichem Verhafft qualificiren, biß zu baldmöglichſtem Ausgang ihrer Sache, nicht mit ungewohnlicher Härte tractirt, ſondern, wie es ſonſten im Röm. Reich üblich, in leidentlichem Verhafft gehalten werden ſollen.

§. 4. Der Indemniſations-Punct vor die Landſchafft-Einnehmere, Magiſtraten und Commun-Vorſtehere, auch ganze Communen, wegen der bey Gelegenheit der bißherigen Landes-Irrungen angeſezten und von ihnen beygetribenen Geldſtrafen, Commiſſions-Koſten, und anderen Schäden, bleibt biß zu Endigung des ganzen Verglichswercks ausgeſezt, wo alsdann, und wann man ſonſten in dem Verglich übereingekommen, ſich auch hierüber auf beeden Seiten eine annehmliche Auskunfft finden laſſen wird; wo inzwiſchen jedoch in Anſehung derjenigen Strafen, ſo noch nicht eingezogen ſind, von Sr. Herzogl. Durchl. bereits die Verfügung beſchehen, daß deren Execution ſiſtirt bleiben ſolle."

§. 14.

Ueberhaupt theilen ſich die Mißbräuche in Juſtiz-Sachen in drey Fälle; davon in dem Tr. von der Teutſchen Juſtiz-Verfaſſung mit mehrerem gehandelt worden iſt; dahero ſie hier nur kurz zu berühren ſeynd. Nemlich: *Verſagte Juſtiz.*

1. In die verſagte Juſtiz: wann in Juſtiz-Sachen a) verbotten wird, Vorſtellungen zu thun; b) wann man (ohne oder gegen das Verbott,) um Juſtiz bittet, die Schrifft aber nicht angenommen, oder doch wieder zurückgegeben wird, ohne eine Antwort darauf zu ertheilen; c) wann eine abſchlägige Antwort gegeben wird.

Uebrigens ſcheinet es widerſinniſch zu ſeyn, und es iſt doch wahr, daß es auch eine löbliche Verſagung der Juſtiz gibt. Man ſehe davon unten Cap. 4. §. 1.

§. 15.

Verzögerte.

2. Die verzögerte Juſtiz. Diſes kan wieder auf verſchidene Weiſe geſchehen; a) entweder, wann eine Sache ligen gelaſſen und nicht an die gehörige Inſtanz verweiſen wird; oder b) wann in einer Sache ein eigenes Gericht angeordnet werden ſolle, und ſolches (der gemeinen Meinung nach,) nicht innerhalb eines Monaths geſchiehet, oder c) wann die Sache, alles Betreibens ohnerachtet, nicht befördert, noch zum Ende gebracht wird.

In denen Münſteriſchen Landesfreyheiten von 1570. heißt es: „Wie Wir denn auch das Recht dißfalls (in Maleſizſachen,) nicht verziehen, ſondern, auf des Gefangenen, oder Ueberwiſenen, oder deren Freundſchafft, Anhalten, in vierzehen Tagen den näheſten an Hand nehmen, und unverzüglich befodern ‥ wollen; ohne Gefährde.“

§. 16.

Uebel verwaltete.

3. Gibt es eine übel verwaltete Juſtiz; a) wann aus Unverſtand, oder Partheylichkeit, oder andern unlautern Abſichten, in der Sache ſelbſt, oder in der Behandlungsweiſe, offenbar gefehlet wird, und die weſentliche Stücke des rechtlichen Verfahrens hintangeſezet werden, oder gegen den klaren Sinn und Buchſtaben der Rechte geſprochen wird.

b) Gehöret hieher, wann zwar nicht denen natürlichen oder gemeinen Rechten, wohl aber denen zwiſchen Herrn und Land errichteten Verträgen, oder verglichenen Ordnungen, zuwider gehandelt oder geſproch n wird; es mag nun die Art, zu verfahren, oder die Sachen ſelbſten, betreffen, und entweder bloß gegen den Sinn und Zweck, oder auch gar gegen den klaren Buchſtaben, beſagter Verträge ꝛc. anſtoſſen.

c) Weiter wird die Juſtiz übel verwaltet, wann man Jemand vor einem Gerichte belanget, vor welchem er nicht zu ſtehen ſchuldig iſt, oder eine Sache von dem Gerichte, dahin ſie gehöret, abfordert und an ein ungebührliches Ort verweiſet.

Daher heißt es in den Münſteriſchen Landesfreyheiten von 1570. §. 13. „In civil- und bürgerlichen Forderungen wollen Wir, und Unſere Nachkommen, einen jeden Unſers Stiffts Münſter Unterthanen insgemein vor dem Gericht beſprechen und antworten laſſen, welchen er nach deſſen Privilegio und Unſern publicirten Ordnungen

nungen gehörig und unterworffen iſt; und ſollen Wir, oder Unſere weltliche Richter, Niemand davon wiſſentlich ziehen, oder abmahnen. "

d) Sonderlich wird auch die Juſtiz übel verwaltet, wann man zu ſcharff verfähret, civil-Sachen als peinliche behandelt, u. d. Einiges davon iſt ſchon oben vorgekommen, und §. 22. ſehe man noch mehreres davon.

§. 17.

Arten der Juſtiz-Verwaltung.

Die Art und Weiſe, wie Teutſche Landesherren die Juſtiz zu adminiſtriren pflegen, iſt mancherley.

Ueberhaupt verwalten ſie das Richter-Amt ſelbſten, oder überlaſſen es Anderen.

Ein Landesherr überläſſet Anderen die Gerichtbarkeit entweder nur als Werckzeugen, ſolche in des Herrns Namen auszuüben, oder eigenthümlich, ſie in eigenem Namen zu gebrauchen: Jenes iſt etwas perſönliches und zeitliches; diſes ein der Familie oder dem Gut anklebendes und beſtändiges Recht.

Das leztere kan wiederum auf verſchiedene Art geſchehen: Entweder nemlich muß die Gerichtbarkeit zu Lehen empfangen werden, oder ſie wird dem Landſaſſen ꝛc. erb- und eigenthümlich zugeſtanden.

1. In älteren Zeiten ſaſſen die Landesherrn öffters in Perſon zu Gericht. (1) Manchmalen konnte es gut ſeyn, manchmal ſchädlich, manchmal gleichgültig: Damals aber ware die ganze Rechtsgelehrſamkeit und Art, Gerichte zu halten, in einer ganz anderen Verfaſſung, als heut zu Tag; es iſt auch ſolche perſönliche gerichtliche Landesherrliche Juſtiz-Adminiſtration nach und nach ganz abgekommen.

Die Holſteiniſche Landſchafft bate noch An. 1590. daß ihre gnädigſte und gnädige regierende Herrn Selbſt in eigener Perſon, ſo vil möglich, den Rechtstagen beywohnen mögen:

Es wurde aber in der Herrſchafftlichen Reſolution übergangen: Auf die Landſchafftliche wiederhohlte Bitte hingegen erklärte ſich Herzog Philipp: Er ſeye erbötig, wann die Ordnung an ihm ſeyn werde, alsdann dem Landgericht perſönlich beyzuwohnen, ſo ferne er

(1) v. der Tr. von der Landeshoh. in Regier. Sach. S. 4.

er nicht daran durch Leibesſchwachheit, oder ſonſten ehehafftiglich, verhinderet werde.

Wie durch eine Kayſerliche Commißion An. 1593. dem Grafen zu Oſtfrießland, und, auf deſſen Befehl, ſeinen Söhnen, ausdrücklich vorbehalten worden ſeye, dem Hofgericht in Perſon beywohnen zu dörffen, ſiehe hernach Cap 3. §. 9.

In eigener Perſon geſchiehet es doch auch noch jetzo abermalen auf verſchidene Art; wann nemlich z. E. ein Herr entweder die an ihne gebrachte wichtige Juſtiz-Sachen allein, oder mit Zuziehung ſeiner Conferenzräthe, oder in ſeinem Geheimenraths-Collegio, reſolvirt, oder ſelber jezuweilen einem Juſtiz-Collegio, Hof-oder Reviſions-Gericht, ꝛc. beywohnet.

In Bayern ſtehet, vermög der erkl. Landesfr. Part. 1. Art. 6. der Landesherrſchafft allerdings frey, einen Rechtshandel, aus bewegenden Urſachen, von der ordentlichen Obrigkeit ab- und für ſich, oder dero Räthe, zu ziehen.

Was noch An. 1746. der Reichs-Hofrath denen geſammten Grafen zu Löwenſtein wegen perſönlicher Adminiſtration der Juſtiz aufgegeben habe, werden wir hernach vernehmen.

2. Durch Collegia geſchiehet es, wann entweder eigene Juſtiz-Collegia oder Canzleyen angeordnet ſeynd, oder denen Regierungs- oder Hofraths-Collegiis einige Theile der Juſtiz-Pflege, abſonderlich die auſſergerichtlich zu verhandlende Juſtizſachen, überlaſſen werden.

3. Haben wir in dem Tr. von der Landeshoh. in Regier. Sachen Cap. 2. vernommen, daß wohl überall gewiſſe Gattungen von Landesherrlichen Beamten anzutreffen ſeynd, welche den Auftrag haben, Rechtsſachen gütlich zu vermittlen, in deſſen Entſtehung aber einen amtlichen Spruch darinn ergehen zu laſſen.

4. Und hauptſächlich aber ſeynd zu denen Rechtsſachen in ganz Teutſchland eigene Gerichte beſtellt; von denen hernach Cap. 3. umſtändlich wird geredet werden.

Wie einiger ſolche Gattungen reſp. mit einander zu verbinden und zu ſubordiniren ſeyen, lehret der Würtembergiſche Landtags-Abſchid von 1583. allwo es lautet: „Iſt von Uns, mit Gutachten Unſerer getreuen Landſchafft, dahin geſchloſſen: Daß in allen fürfallenden Strittigkeiten, und welche zu rechtlichem Proceß, conſe-

quenter

quenter auch einiger Weitläufftigkeit, zu gerathen, das Anſehen haben möchten, bevorab in den vilfältigen Schmachſachen, von Unſern Amtleuten und Gerichten jeder Ort, forderiſt mit beſtem Fleiß die Güte verſucht, und, wie die Parthien, der verſtandenen Erbar- und Billigkeit nach, zu gleichmäßiger Einigkeit zu bringen und zu vertragen, unterſtanden werden: Auf den Fall nun gebührende Folge und Willfahren bey ihnen gefunden; ſo hätte es bereits ſeinen Effect und geſuchte Endſchafft erreicht: 2. wo nicht, und die Sach etwas wichtig, auch eines Theils unbillig Vorhaben ſcheinbarlichen, ſelbiges mit guten Umſtänden zu Unſerer Canzley, befundenen Dingen nach ex officio darinn Beſcheid zu geben, berichtet, 3. oder aber, da die Sachen in einem oder anderem Fall etwas zweifentlicher, alsdann allererſt zu dem ordentlichen Wege rechtlichen und ſchleunigen Austrags gewiſen werden.“

§. 18.

Hingegen iſt der ganzen Reichsverfaſſung zuwider, daß die Cabinets-Reichsſtände die Juſtiz aus dem Cabinet adminiſtriren; das iſt, Juſtiz. Parthieſachen unmittelbar vor ſich ziehen, und ſelbige, mit oder Vernehmung des Gegentheils, ſo entſcheiden, daß es die Rechtskrafft eines gerichtlichen Spruchs erlange.

Der Freyherr von CRAMER (1) führet den Saz aus: Nulla admittuntur Reſcripta Principum quoad vires & reſpectum rei judicatæ, quæ ex Cabinetto promanant.

In einem gewiſſen Reichs-Hofraths-Gutachten (2) wird als eine Irregularität bey dem Verfahren erſter Inſtanz in einer ſicheren Sache geahndet: „Daß, da, nach des Königs in Preuſſen allgemeinen Juſtizordnung vom 21. Jun. 1713. §. 2. die rechtliche Handlungen nicht an den König, oder Dero Geheimde Räthe gebracht, ſondern bey denen ordentlichen Gerichten gelaſſen, auch dahin zu Fortſezung ihres richtigen ungehinderten Lauffs gewiſen werden ſollen;

(Similiter Jure civili vetitæ ſunt, extra caſum Appellationis, Relationes Magiſtratuum, *Nov. 125.* quamvis Canonico Jure, (quod

(1) Obſ. 691. Tom. 2. Part. 2. p. 297.

(2) Samml. von R. Hofr. Gutacht. 6. Theil, 75. S.

(quod in Principum Curiis valere tradit SCHILTER *Exerc. ad Pand. 1. th. 18. ſq.*) denuo permittantur, *c. 68. X. de Appellat.*)

Gleichwol, ſelbiger heilſamer Ordnung zuwider, gegenwärtige bey der Magdeburgiſchen Regierung anhängige Rechtsſache von dem König durch Dero Geheimde Räthe in Berlin tractiret und erörtert worden. "

§. 19.

Commißionen. Commißionen seynd Landesherrliche Aufträge an einzelne oder mehrere Perſonen, entweder gewiſſe Gattungen von Geſchäfften zu übernehmen, oder auch einzelne Sachen nach der ertheilten Vorſchrifft zu behandlen.

Wann ein Landesherr dergleichen Commißionen zu dem Ende ernennet, um eine Sache, welche nicht wohl von einem Gericht in Corpore berichtiget werden kan, zu unterſuchen und über den Erfund Bericht (allenfalls auch mit Gutachten,) zu erſtatten, mithin die Sache vorzubereiten, daß hernach von der ordentlichen Inſtanz deſto leichter und ſicherer geſprochen werden könne, kan man ſich einer ſolchen Commißion meiſtens nicht wohl entziehen; abſonderlich wann der Herr die Koſten biß zum Ausgang des Rechtens vorſchieſſet.

So auch, wann die Commißion den Proceß nur inſtruiren, die geſchloſſene Acten aber hernach an auswärtige unpartheyiſche Rechtsgelehrte zum Spruch Rechtens verſchicken ſolle.

Ingleichem, wann zu Entſcheidung des Streits gewiſſe ſolcher Sachen, worüber geſtritten wird, kundige Perſonen erfordert werden; welchen Falles denenſelbigen auch wohl überlaſſen werden kan, den Spruch in der Hauptſache ſelber zu thun; jedoch ſalva Appellatione an das nächſte höhere Gericht.

Selbſt die Reichsgerichte ſprechen zuweilen in Streitſachen auf Anordnung einer Commißion. Z. E. in Sachen: Triebs contra Solms-Braunfels, wurde um Erkennung einer unpartheyiſchen Commißion ex officio am Cammergericht gebeten: Anfangs erfolgte An. 1725. 8. Aug. das Decret: „ Noch zur Zeit abgeſchlagen; ſondern mag Supplicantens Principal, ob er will, zuforderiſt nochmalen, daß vor allem die angefangene Reviſion ſeiner Hütten-Rechnung zum Ende gebracht, ſo dann, deme vorgangen, auch deſſen übrige

übrige Bau- und Prätenſions-Rechnungen, abgethan, und zu dem Ende eine unpartheyiſche Commißion niedergeſezet werden mögte, bey beklagtem Herrn Grafen anſuchen: Auf den Fall aber, da ſolche Commißion inner 14 Tagen von Zeit erwehnten Geſuchs nicht eröffnet, oder in deren Vollführung einiger Saumſal unterlauffen ſollte; ſo wird, in Gefolg obiger Decreten, auf ferneres Anruffen, alsdann ferner ergehen, was recht iſt.“

Den 10. Nov. diſes Jahres aber wurde ferner geſprochen: Es werde nunmehro eine unpartheyiſche Commißion erkannt, und beeden Theilen hiemit auferlegt, hierzu unpartheyiſche, in Bau- und Hüttenrechnungs-Sachen erfahrene, dem Kayſerl. Cammergericht nicht verwandte, Perſonen, innerhalb 14 Tagen von Inſinuation diſes, vorzuſchlagen; widrigen Falles auf des gehorſamen Theils Anruffen ferner ergehen ſolle, was recht iſt.

Nachdeme nun die Commißion nidergeſezt worden, und ihren Bericht erſtattet, ergienge am Cammergericht An. 1756. 13. Febr. in einigen Puncten eine definitiv-Urthel, mit dem Anhang: „Ferner wird beyden Theilen, Falls ſie einander in puncto Gegenforderungen und Schadenrechnungen Spruchs und Forderungen zu erlaſſen nicht gemeint, weitere Handlung zu pflegen, auch allenfalls zu völliger Liquidmachung derer hinc inde geforderter Poſten neue Commiſſarios in Vorſchlag zu bringen, aufgegeben; worauf ſodann ergehen ſoll, was Recht iſt.“

Es können aber dergleichen Commißionen auch, ſchon oben berührter maſſen, auf das allerärgſte mißbraucht, und, unter dem Schein der Juſtiz-Adminiſtration, die gröſte Ungerechtigkeiten ausgeübet werden: wann ſich dahero etwas dergleichen zuträget, iſt Niemand ſchuldig, ſich vor einer ſolchen Commißion einzulaſſen; ſondern er kan ſich darüber höherer Orten beſchweren.

Und eben ſo wenig kan ein Landesherr einer Commißion auftragen, in der Sache zu ſprechen, wann es nicht mit der Parthie gutem Willen geſchiehet, ſondern dieſelbige ſich zum Weg Rechtens an ihrer ordentlichen Inſtanz erbietet, oder ſich auf ſolche beruffet.

Von Chur-Sachſen ſchreibet WABST (1): „In denen vorigen Zeiten ſind zu denen Commiſſions- Vormundſchaffts- und

(1) von der Chur-Sächſ. Juſtiz-Verfaß. p. m. 267.

Perſon, (wie diſes Mittel vor deſſen nützlich im Lande practiciret worden,) angenommen, mit Pflichten beleget, und dem Ordinario Einer, oder Beyde, nach Befindung, adjungiret, einem jeden aber vor ſeine Mühe jährlichen 200. Thl. aus der Steuer von Unſerm Deputat gewiſſes Dienſtgeld, und täglich, wenn er zu verrichten reiſete, darzu er ſeine eigene Pferde und Wagen zu gebrauchen, 2. Thl. Auslöſungsgeldere vor alles gereichet werden; dafür ſie, auf gn Anordnung, allen und jeden Verrichtungen, ſo in Commißions-Vormundſchaffts- und anderen dergleichen Juſtitien-Sachen in Crayſen vorfallen, beyzuwohnen, auch angeregte 2. Thl. Auslöſungsgeldere die Parthenen, wenn Einer oder Beyde ex officio zugeordnet, zugleich, da aber Einer oder Beyde ausgebeten werden, der Impetrant allein, zu bezahlen ſchuldig ſeyn ſollen.

Nachdem dabey, zum 42ſten, die Stätte noch diſe Beſchwerung führen, daß, wenn Bürger und Einwohnere wider Bürger und Einwohnere, oder Fremde wider Bürger Commißionen auswürcketen, die Schöſſere des Directorii und derer Sportuln ſich anmaſſen, und gar nicht aufs' Rathhaus kommen wollten: Wie Wir nun allbereit durch Unſere Canzler und Räthe dergleichen Commißionen halber zwiſchen etlichen Schöſſern und denen Räthen diſe Weiſung thun laſſen, daß nemlich in ſolchen Actionibus perſonalibus & realibus, da erwehnter Rath ordinarius Judex, der Schöſſer aber demſelben adjungiret, die Commißionen auf dem Rathhauſe, dahin Bemeldter ſich zu begeben ſchuldig, verrichtet werden, und, nebſt dem Directorio, die Acten daſelbſt verbleiben ſollen; als wollen Wir nunmehro diſe rechtmäßige Deciſion ingemein auf alle Unſere Beamte und Stätte gezogen, beſagten Beamten aber ernſtlich injungiret haben, denen Commißionen fleißiger, als biehero geſchehen, in Perſon beyzuwohnen, und nicht durch ihre Schreiber und Andere verrichten zu laſſen; denen Räthen in Stätten auch bey ſolchen Adjuncturen an Ausfertigung derer Citationen, Sportuln und andern, keinen fernern Eintrag zu thun, noch ſonſten unnöthigen Streit, bey Vermeidung unnachläßlicher Strafe, zu erregen. “

Der Chur- und Märckiſche Landtags-Abſchid von 1653. enthält vilerley von Commißions-Sachen (1).

Anno

(1) v. LÜNIG von der landſäß. Ritterſch. Tom. I. p. 898. ſq.

Anno 1716. 31. Mart. ergienge eine K. Preußiſche Verordnung wegen der Commißionen und der Commiſſarien Eyd und Pflicht; deme den 5. Jun. eine Erklärung wegen des Mißbrauchs der Commißionen und Commißions-Eyde folgte.

Anno 1723. (1) verurtheilte eine Königlich-Preußiſche Commißion einen von Pfuhl, der Wiedereinlöſung des Mannsfeldiſchen Amts Polleben ſtatt zu geben; der Kayſer aber reſcribirte den 21. Mart. 1724. dem König: Weil, vermög der Rechte und der verbeſſerten Magdeburgiſchen Proceß-Ordnung, Niemanden wider Willen das Beneficium primæ Inſtantiæ benommen und er dagegen für eine Commißion gezogen werden könne; als möchte der König der Commißion befehlen, den Appellanten mit weiterer Vorladung zu verſchonen, und den Gegentheil anweiſen, die habende Anſprüche vor der Landesregierung zu Magdeburg auszuführen, und darüber ordentliche Entſcheidung auszuwarten.

Anno 1726. 7. Mart (2) reſcribirte der Kayſer in Sachen: aus dem Winckel contra die Magdeburgiſche Kriegs- und Domainen-Cammer, (deren Commißion etliche ſteuerfreye Güter hatte catraſtriren wollen,) dem König abermalen: Der Supplicant ſeye nicht ſchuldig geweſen, die nidergeſezte Commißion wider ſeinen Willen zum Richter zu erkennen; wann dahero der Fiſcal die Steuer-Freyheit in Zweifel ziehen zu können vermeinte, ſolle er, nach Anleitung der Magdeburgiſchen Gerichts-Ordnung, die Sache bey der Landes-Regierung einführen und des Rechtens erwarten.

Den 30. Apr. 1726. (3) wurde in Sachen: Von Alvensleben contra die Magdeburgiſche Cammer dem König nochmalen auf gleiche Weiſe reſcribirt, und es, der in denen Commiſſariats-Beſcheiden befindlichen Einwendungen und Principiorum regulativorum ungehindert, dabey gelaſſen, daß der Fiſcal, wofern er die Supplicanten nicht unbeſprochen laſſen wolle, ſeine Action bey der Landes-Fürſtlichen Regierung, (als wohin die Direction und Entſcheidung dergleichen Sachen lediglich gehöre,) anſtellen, biß zu ausgeſprochenem End-Urtheil aber die Supplicanten und ihre Unterthanen

(1) Merckw. R. Hofraths-Concluſ. Tom. 3. p. 170.
(2) ibid. Tom. 2. p. 368.
(3) ibid. p. 638. ſqq.

thanen bey dem Genuß der hergebrachten alten Freyheit von Contributionen fridlich und ungekränckt bleiben laſſen ſolle.

In Sachen: Baſel contra Baſel, erkannte der Reichs-Hofrath An. 1736. 10. Jan. „Es ſtünde zwar dem Herrn Biſchoffen, als Landesherrn, frey, in Sachen, wo es deren Natur und Eigenſchafft, oder Abkürzung dererſelben, alſo erforderte, Commißionen auf dem Land anzuordnen; jedoch wäre denen Hofräthen, als Commiſſariis, ein gewiſſes Quantum auf zwey oder drey Pfund loco des Diätengelds anzuſezen, auch die ernſtliche Verſehung dahin zu thun, daß die hierzu gebrauchende Räthe die Commißionen ohne Noth nicht verzögern oder verlängern ſollten.“

Und nochmals: Der Kayſer verſehe Sich, es werde der Fürſt die Unterthanen bey denen im Lande angeordneten Commißionen, oder ſonſten, mit übermäßigen Taxen, oder anderen unnöthigen Koſten, nicht beſchweren laſſen.

Anno 1734. 5. Jul. wurde dem Würtembergiſchen Regierungs-Raths-Collegio von dem Herzog befohlen: Es ſolle in Sachen, welche ex officio nicht ausgemacht werden können, ſondern ſich ad Judicem qualificiren, die Remißionen ſogleich, ohne Decernirung ſumtuoſer Commißionen und anderwärtigen Aufenthalts, verfügen.

Und in dem Würtembergiſchen Erbvergleich von 1770. wurde Cl. 1. Grav. 3. §. 1. beliebt: Es ſolle in peinlichen Sachen mit keinen andern, als von denen Herzoglichen Collegiis, oder behörigen Inſtanzien, erkannten Commißionen fürgegangen werden.

Eine Art von Commißionen iſt auch, und dahero das von diſen geſagte auch auf ſolche applicabel, wann zwar keine eigene oder formliche Commißion in einer Juſtizſache angeordnet, hingegen dieſelbe zu eben diſem Ende, ja wohl gar, um darinn zu ſprechen, vor ein Landesherrliches Collegium oder Deputation gezogen wird, wo ſie ſonſt nicht hingehörte. Z. E.

In dem Chur- und Märckiſchen Landtagsabſchid von 1653. heißt es: „Zum 47ſten: weil die Streitigkeiten zwiſchen den Beamten und denen von der Ritterſchafft und ihren Unterthanen insgemein alſo beſchaffen, daß die Amts-Cammer, allein zu cognoſciren und partes Judicis zu verwalten, nicht hat; ſo haben wir Unſern Geheimden Räthen befohlen, thun ſolches auch hiemit repetiren, daß

daß ſie ſolche Sachen, ehe ſie zum Proceß kommen, in Verhör nehmen, etliche von den Amtsräthen, am allermeiſten aber aus dem Cammergericht, mit zu ſich ziehen, und alſo conjunctim, wofern es ohne Proceß und Weitläufftigkeit geſchehen kan, decidiren: Sollten aber wegen Gränz- und Jagd-Sachen Streitigkeiten vorgehen; muß jedesmal, nebſt den Obbemeldten, auch der Ober-Jägermeiſter mit darzu gezogen werden, welcher Unſer Churfürſtliches Intereſſe wird in Acht zu nehmen wiſſen. "

Ob, wann ein Landesfürſt zur Entſcheidung einer Sache Commiſſarios ſpeciales anordnet, von diſer ihren Urtheln an die höchſte Reichsgerichte, ohne einen ſaltum zu begehen, appelliret werden könne? unterſucht der Freyherr von CRAMER (1), ſagt ja, und bringt eine Cameral-Urthel von 1748. bey.

§. 20.

Daß ein Regent ſeinen zur Juſtiz-Pflege verordneten Collegiis und einzelnen Perſonen aufgebe, vor allen Dingen zwiſchen ſtreitenden Parthien die Güte zu verſuchen, iſt denen natürlichen und gemeinen Rechten gemäß: Offt haben die Parthien keinen böſen Willen, aber ſie ſeynd zu unverſtändig, ſich das Factum klar vorzuſtellen, oder ſie wiſſen nicht, was Rechtens iſt, oder ſie ſeynd durch gewinnſüchtige Advocaten aufgehezt, u. ſ. w. wann nun ein ehrlicher unpartheyiſcher Richter ſie liebreich und gründlich belehret, ſtehen ſie ab, oder vergleichen ſich: Es geſchiehet dahero zuweilen auch, daß die Landſtände ſelbſt verlangen, der Landesherr möchte befehlen, daß in Rechtshändeln von dem Richter forderiſt die Güte verſuchet werde. Verſuch der Güte.

Aber ich habe ſchon anderwärts erinnert, daß auch diſe allerlöblichſte Anſtalt, und ſo auch die von theils Regenten ausdrücklich zu diſem Zweck angeordnete beſtändige Commißionen, auf das allerärgſte mißbraucht werden können und würcklich mißbraucht worden ſeyen, daß man formliche Concußionen gebraucht die Gegen-Parthien derer, welche Geld gegeben haben mit Gewalt zum Vergleich nöthigen wollen, ungleich höhere Koſten verurſacht hat, als die ganze Sache

(1) in ſeinen Nebenſt. 21. Th. 120. S.

Sache werth wäre, und ſie zu'ezt dennoch zum Proceß verwiſen hat. ꝛc. Alles diſes nun reſp. zu verhüten und zu beſtraffen, iſt abermalen eine Landesherrliche Pflicht, add. Cap. 4. §. 5.

§. 21.

Concurrenz der Landſtände.

Wo Landſtände seynd, haben ſelbige wohl überall das Recht, für die Erhalt- und Verbeſſerung des Juſtizweſens mit-beſorget zu seyn, und zu ſolchem Ende auf Land- oder Ausſchuß-Tägen dem Regenten die benöthigte Vorſtellungen zu thun, und Handlungen mit ihme darüber zu pflegen.

Man ſehe auch den Freyherrn von CRAMER (1) „von dem Recht der Landſtände, dem Verfall des Juſtizweſens abzuhelffen.“

Von Chur-Sachſen heißt es an unten (2) angezeigtem Ort: „Betreffend ‥ V. Handlung des Rechts und der Gerechtigkeit; ‥ ſo würde allzuweitläufftig fallen, davon ſpecialiter zu handlen; alldieweilen faſt keine Landes-Verſammlung gehalten worden, daß nicht dergleichen Materien ſollten in Propoſition und Deliberation gekommen seyn.“

Von Mecklenburg ſchreibt Herr H. R. JARGOW (3): „Es iſt unſtreitig eine Materia Comitialis in Mecklenburg die Erhalt- und Verbeſſerung des Juſtizweſens. Die Ausübung der höchſten Gerichtbarkeit in diſen Landen iſt zwar allerdings ein Regale und hohes Vorrecht, welches denen Landesherren privative zuſtehet: ‥ wir finden aber, daß auf denen An. 1572. ingleichem An. 1606. und demnächſt An. 1609. und An. 1610. gehaltenen Landtägen ratione der Verbeſſerung des Juſtizweſens, auch Einricht- und Verbeſſerung des Hofgerichts verſchidenes abgehandelt und geſchloſſen worden:“ welches er darauf mit Auszügen aus denen Landtags-Handlungen mit mehrerem beſtärcket.

Daß auch eben diſes auch von allen anderen Landen zu ſagen seye, wo ſich Landſtände befinden, werden die hernach folgende Beyſpile erweiſen.

§. 22.

(1) in ſeinen Nebenſt. 64. Th. 65. S.

(2) Ausf. Nachr. von Chur-Sächſ. Land-ꝛc. Täg p. m. 40.

(3) in den Anmerck. zu Struvens Diſcurs von Landſtänd. p. m. 194.

§. 22.

So gar werden alle Kayſere darauf verpflichtet, die Oberaufſicht darüber zu tragen, daß deme nachgelebet werde, und es iſt nicht nur auf den Kayſer Selbſt und allein, ſondern auch auf die Reichsſtände mit gemeint, wann es in der Wahl-Capit. Art 16. §. 1. heißt: „Wir ſollen und wollen ... im Römiſchen Reich Fride und Einigkeit pflanzen, Recht und Gerechtigkeit aufrichten, und verfügen, damit ſie ihren gebührlichen Gang, dem Armen wie dem Reichen, ohne Unterſchid der Perſonen, Standes, Würden und Religionen, .. gewinnen und haben, auch behalten, .. möge.“ Oberaufſicht des Kayſers.

Wann dahero Landſtände und Unterthanen Beſchwerden in Juſtizſachen haben, und keine Hülffe bey ihren Landesherrn erlangen können, ſuchen und finden ſie ſolche, nach Befinden, bey einem höchſten Reichsgericht.

Und ſo iſt auch denen Unterthanen erlaubt, wann eine Sache an einem Reichsſtändiſchen Gericht allzulang aufgehalten wird, an einem Reichsgericht um Promotorialien zu bitten; davon in dem Tr. von der Teutſch. Juſtiz-Verfaſſung das mehrere vorkommt.

Denen bereits vorgekommenen Beyſpilen von diſer Art will ich hier, zur Probe und zum Beweis meiner Säze, noch folgende beyfügen.

In Sachen: von Steinen contra Neeſen ꝛc erkannte der Reichs-Hofrath An. 1754. 9. Sept. „Decernuntur pleni Appellationis Proceſſus, ſed, ſuſpenſa eorundem expeditione, reſcribatur dem Jülich- und Bergiſchen Geheimen-Rathscollegio: Jhro Kayſerliche Maj. hätten aus dem eingelangten Bericht und Gegenbericht mißfälligſt wahrgenommen, daß, ſo wohl der daſigen ſelbſteigenen Landesverfaſſung, als auch der allgemeinen Proceßordnung, zuwider, die Sache von dem daſigen Hofraths-Collegio, als ordentlicher Jnſtanz, ab- und zum Cabinet gezogen, dann von dorten zu dem Geheimenraths-Collegio verwiſen worden: ... Jm übrigen .. befehleten Jhro Kayſerliche Maj. gedachtem Geheimenraths-Collegio, die ganze Sache zu daſigem Hofraths-Dicaſterio lediglich zu remittiren; wobey diſem ſo dann autoritate Cæſarea, wie hiemit geſchiehet, aufgetragen wird, .. cauſa inſtructa die verhandelte Acta zu einer auswärtigen Univerſität pro ferenda Sententia zu verſchicken, die eingeſchickte Urthel ſo dann gehörend publiciren zu laſſen,

mithin, wie diſes alles geſchehen, an Kayſerliche Maj. ſeiner Zeit allerunterthänigſt zu berichten.“

In Sachen: Baſel contra Baſel, heißt es in einem Reichs-Hofraths-Concluſo vom 10. Jan. 1736. „So vil den gleich Anfangs eingeklagten punctum Juſtitiæ überhaupt anbetreffe; ſo würden Ihro Kayſerliche Maj. Krafft tragenden allerhöchſten Kayſerlichen Amts, alle Reichs-väterliche Obſorge allen Fleiſſes dahin wenden, damit, gleichwie im ganzen heil. Röm. Reich, alſo auch beſonders in dem dahin gehörigen uralten Reichs-Biſthum Baſel, die gleich durchgehende Juſtiz denen Stifft-Baſeliſchen Landſtänden und Unterthanen bey allen Vorfallenheiten unpartheyiſch und recht, auch Reichs-Conſtitutionsmäßig angedeyhen möge.“ ꝛc.

Als An. 1749. und 1750. gegen den Freyherrn von Hammerſtein zu Geßmold im Hochſtifft Osnabrück unter Biſchofflichen Namen allerley Gewaltthätigkeiten ausgeübet wurden, erhielte er am Cammergericht zwey Mandata S. C. dagegen: Der Churfürſt zu Cölln, als Biſchoff zu Osnabrück, aber nahme ſeinen Recurs an den Reichsconvent, allwo ein Schrifftwechſel darüber geführet wurde (1). Indeſſen fuhre das Cammergericht fort, und truge die Execution Preußen, als Cleve, und Chur-Pfalz, als Jülich, auf: Als aber dieſelbe die Execution nicht vollſtrecken wollten, biß der zu dem Reichsconvent genommene Recurs erörtert ſeye, tranſcribirte das Cammergericht die Commiſsion auf Chur-Braunſchweig. Chur-Cölln wandte ſich deßwegen von neuem an den Reichsconvent; (2) welches einen abermaligen Schrifftwechſel nach ſich zoge. (3)

Das Cammergericht erkannte An. 1761. (4) in Sachen: Rheinfelder contra die Brandenburg-Onolzbachiſche Regierung, Promotoriales an diſe Regierung, mit dem Anhang: Man verſehe ſich zu ihr, ſie werde den Rheinfelder den an das Cammergericht genom-

(1) ſ. mein Staatsarch. 1752. 2. Band, S. 503. 1753. 2. Band, S. 622. 1754. 1. Band, S. 635.

(2) cit. Staatsarch. 1754. 1. Band, S. 912.

(3) 1754. 2. Band, 561. S. 1755. 1. Band, S. 281. 955. 2. Band, S. 403.

(4) v. Freyh. von CRAMER Nebenſt. 60. Th. 103. S.

nommenen Recurs nicht entgelten, ſondern, ihne ſeine Rechtsſache ohngeſtöhrt ausführen zu laſſen, von ſelbſten geneigt ſeyn.

Einen ausnehmenden Beweis und Probe davon geben ferner ab die in denen Mecklenburgiſchen Landes-Irrungen in Juſtiz-ſachen ergangene Reichs-Hofräthliche Erkenntniſſe. Einen Auszug davon findet man in dem Vorbericht zu denen *juſtiſſimis deciſionibus Imperialibus in cauſis Mecklenburgicis* Edit. 1746. *p.* 265-328. unter folgenden Rubriquen: Tit. 1. Von der Adminiſtration der Juſtiz insgemein; 2. von den Untergerichten; 3. von den Juſtiz-Canzleyen; 4. von dem Conſiſtorio; 5. von dem Land- und Hof-gericht; 6. von der Fürſtl. Rentcammer; 7. von dem Fürſtl. Geheimen Raths- oder Regierungs-Collegio, wie auch der Lehnkammer, oder Lehnscanzley; 8. von Advocaten und Procuratoren; 9. von Notarien; 10. von der Appellation ſowohl überhaupt, als an das Land- und Hofgericht inſonderheit, ingleichem vom Succumbenz- oder Legegeld; 11. von dem Recurs an Kayſerliche Majeſtät und der Appellation an die höchſte Reichsgerichte; 12. von Kayſerlichen Erkenntniſſen und Verordnungen ꝛc.

Unter anderem wurde an den Kayſerlichen Commiſſarium in Mecklenburg den 30. Oct. 1732. reſcribirt: „Weilen die Juſtiz im Lande, nach ſelbſt eigener Anzeige der vormaligen Kayſerlichen Commißion, in äuſſerſten Verfall gerathen; als haben Wir Dr. Lbden die Wiederaufrichtung und nothdürftige Beſtellung derſelben hiermit gnädigſt committiren wollen, daß Dieſelbe das geſammte Juſtizweſen, denen gemeinen Rechten und zuforderſt beſonderen Landes-Verfaſſungen gemäß, = = dirigiren und beſorgen ſolle.“

Anno 1735. 2. Maj. wurde ihme ferner reſcribirt: „Uebrigens iſt von Ihro Kayſerl. Majeſt. Ihme ohnedem bereits den 30. Oct. 1732. aufgegeben worden, mit Ritter- und Landſchafft zu überlegen, wie dem Verfall und der Unordnung bey dem Juſtizweſen gänzlich vorgebeuget, und wie die geſammte Juſtiz-Collegia ſo eingerichtet werden können, daß, denen gemeinen Rechten und zuforderſt denen Landesverfaſſungen gemäß, die heilſame Juſtiz künfftighin im Land adminiſtriret werden könne; wobey es alſo gelaſſen wird.

Und durch die Reichs-Hofraths-Concluſa von 1733. 28. Apr. 25. Jun. 7. Sept. auch 1735. 25. Sept. wurde dem Kayſerlichen

Commiſſario befohlen: Die Wiederherſtellung der Juſtiz im Lande auf dem Landtag in Propoſition und Berathſchlagung zu bringen: Es wurde auch An. 1736. 11. Sept. an denſelben reſcribirt: „Wie dann übrigens die von Ihm eingekommene Relationes ſelbſt genugſam zeigen, daß nicht die Ritterſchafft Urſach ſey, daß die Juſtiz im Lande nicht eher hergeſtellet worden, ſondern vilmehr diejenige böſe Rathgeber, welche verurſachet, daß Er, gegen die klare Landesordnung, und die auch poſt rem judicatam ergangene Kayſerliche Erkenntniſſe, der Ritter- und Landſchafft ihre Rechte bey Wiederherſtellung diſer Juſtiz Collegiorum aufs neue in Zweifel ziehen, und Vorſchläge thun wollen, welche denenſelben è diametro zuwider ſind.“

Von einem Cameral-Proceß in Sachen: Weber contra Naßau-Dillenburg, Mandati, de non impediendo proſecutionem litis in Camera Imperialis pendentis, abſtinendo ab injuſta executione, reſtituendo pecunias interea fortiter vi extortas & reſarciendo omnia damna data, cum cauſatis expenſis, kan bey Herrn Geh. Juſt. Rath PÜTTER (1) nachgeſehen werden.

Als der Herzog zu S. Weimar einem von Marſchall ein Gut gewaltthätig wegnahme, truge der Reichs-Hofrath An. 1743. dem Ober Sächſiſchen Crayßausſchreibamt auf: Den Herzog zu Abtretung des Guts und Wiedererſtattung derer entzogenen Nuzungen anzuhalten, auch den von Marſchall, erforderlichen Falls vi Commiſſionis Cæſareæ bey dem ruhigen Beſiz ſeines Guts kräfftigſt zu manuteniren.

In Sachen: Lauin contra Sachſen-Weimar und Eiſenach reſcribirte der Kayſer dem Herzog An. 1742. 26. Jul. unter anderem: „Nachdem Ihro Kayſerliche Majeſt. (nach ſehr genauer der Sache Unterſuch- und Erwägung,) nicht befinden könnten, wie der gegenwärtige Caſus, - - nach Geſtalt derer denuntiirten Beſchuldigungen, ad cauſam criminalem, oder ad inquiſitionem ſpecialem, qualificiret, oder wie gegen den Imploranten Lau, ſine antecedentibus legitimis indiciis, gleich mit einer ſo ſchweren gefänglichen Hafft, indem er doch ein im Land angeſeſſener Mann iſt, auch die Sache ſelbſt aus denen eingeſchickten Schrifften noch zur Zeit nicht ſo criminal

(1) in der Erläut. des Proceß. beyder R. Gericht. p. m. 81.

nal anſcheinet, der Anfang gemacht, und derſelbe noch darzu, ob⸗ ſchon er ohne diß mit allerhand gefährlichen Leibes⸗Zuſtänden be⸗ laden, auch nach der Hand in einem ſo harten Gefängniß ſchon ſo vile Monathe eingeſperrt, und, aller Reichs⸗Vicariats⸗ auch nachhero Kayſerlicher Verordnungen ohnerachtet, biß auf diſe Stun⸗ de nicht losgelaſſen, ja nicht einmal mit ſeiner rechtmäßigen Defen⸗ ſion gehöret werden mögen; ſo könnten Ihro Kayſerliche Majeſtät (aller ohngegründeten Einwendungen ohngehindert, Sich nicht ent⸗ brechen, zu Handhabung der GOtt⸗geheiligten Juſtiz, und Rettung eines ohne diß ſo lange inhafftirten kräncklichen Mannes, diſes weitere Kayſerliche Reſcript zu erkennen, und dem Herrn Herzog ernſtlich aufzugeben, daß Derſelbe denen vorigen Kayſerl. Verord⸗ nungen nachleben, mithin den obberührten Lauen, gegen Caution, (jedoch daß diſer Punct die forderſamſte Loslaſſung nicht aufhalte,) alſofort ſeiner hart⸗ und beſchwerlichen Verhafft entledigen, auch ſein und ſeines Weibes Vermögen von dem angelegten Arreſt be⸗ freyen laſſen, nicht weniger inskünfftige ſeinen Räthen und Beam⸗ ten, daß gegen ihn und ſein Weib mit ohnbefugten oder unnöthi⸗ gen Verſtrickungen verfahren werde, nicht verſtatten, ſondern ihm auf alle imputirte Verbrechen ſeine rechtliche Defenſion freylaſſen, und, cauſa legaliter inſtructa, die Acta in des Lauen, oder ſeines Mandatarii, Gegenwart inrotuliren, und ſo dann ſelbige auf eine unpartheyiſche Juriſten⸗Facultät, wohin die Sache vorhero nicht verſchickt geweſen, oder gegen welche er etwan expreſſe nicht prote⸗ ſtirt, zum Spruch Rechtens verſende; ⸗ ⸗ damit widrigen Falls nicht nöthig ſeye, die Arreſt⸗Entlaſſung und legale Unterſuchung der Sa⸗ che dem König von Pohlen und Churfürſten zu Sachſen, als Ober⸗ Sächſiſchen Craysausſchreibenden Fürſten, zu übertragen; wiewohl Ihro Kayſerliche Majeſtät Sich deſſen lieber entübriget ſehen möch⸗ ten, und das Vertrauen hätten, es werde der Herr Herzog es nicht ſo weit kommen laſſen, ſondern vilmehr, die Befolgung derer in hac cauſa ergangenen recht⸗ und billigmäßigen Kayſerlichen und Reichs⸗Vicariats⸗Verordnungen forderſamſt zu veranſtalten, von ſelbſt geneigt ſeyn. “

In Sachen: **Hohenlohe⸗Pfedelbachiſche Unterthanen des Amts Meinhard contra Hohenlohe⸗Pfedelbach,** reſcribirte der Kay⸗ ſer diſem Fürſten An. 1747. 28. Apr. „ Zumalen aus des Fürſtens eigenen

eigenen Exhibitis erhellet, wie daß deſſen Beamte, in einer bey dem Evangeliſchen Conſiſtorio anhängigen Kirchenſtuhlſache proviſorie zu erkennen, ſich zur Ungebühr angemaſſet; als würde Demſelben hiemit aufgegeben, daß er ein ſolches ſeinen Beamten nachdrücklichſt verweiſe, und für das künfftige unterſage. " Ferner: Er ſolle H. G. U. einen ſalvum Conductum von und zum Recht ertheilen, gegen denſelben legaliter verfahren, ſo dann die Acta auf eine unpartheyiſche Juriſten-Facultät zum Spruch Rechtens ſchicken, das allda ausgefallene Urthel aber vorhero an den Kayſer verſchloſſen zu Deſſen gerechteſter Entſchlieſſung einſchicken.

Die Lippiſche Landſtände klagten beym Cammergericht An. 1739. (1) über den äuſſerſten Verfall des Juſtizweſens im Land: Die Regierung ſelbſt klagte, daß, ungehört des Richters und der Gegen-Parthie, vile immediate Reſolutionen ertheilt, die Sache an andere nicht darzu autoriſirte Departements zur Unterſuchung verwiſen, inhibitoria und caſſatoria Reſcripta gegen offenbar in der Landesordnung gegründete und in Krafft Rechtens ergangene Beſcheide ertheilt, die bey Hof ertheilte Reſolutionen ſo gar durch militariſche Executionen vollſtreckt, dieſelbe aber zu keiner Regiſtratur, ſondern alles in völlige Confuſion gebracht, annebſt die Juſtiz-Collegia zum Geſpött gemacht, und die Unterthanen unter ſich ſelbſten in Bewegung gebracht würden, da auf ſolche Weiſe Niemand ſeines erſtrittenen Rechtens geſichert ſeyn könnte; bey der Gräflichen Rent-Cammer würden vilfältig Juſtizſachen, und ſo gar diejenige, welche bey ordentlichen Gerichten theils rechthängig, theils abgeurtheilt geweſen, zur neuen Unterſuchung und willkührlichen Verordnung widerrechtlich gezogen, und die Unterthanen, wann ſie allda nicht erſchienen, mit Arreſten und militariſchen Executionen bedrohet und beſtraft; einer habe durch einen achttägigen Arreſt zum Vergleich gezwungen werden wollen, wie man dann ihne auch der gerichtlich beſtättigten Hypothec de facto entſezet; auch das Hofgericht habe ſich über die Juſtizhemmung, mit Anführung viler beſonderen Fälle, namentlich auch darüber beſchwert, daß die klagende Parthien durch ernennende Commißionen vom Hofgericht abgezogen würden: Ob man auch gleich die Advocaten über dergleichen gebrauchte, oder denen

(1) v. Freyh. von CRAMERS Nebenſtund. Part. 64. p. 66. ſqq.

nen Parthien angerathene, unordentliche Wege geſtraft; ſo würden doch höherer Orten ſo wohl denen Parthien, als Advocaten, die Strafen nachgeſehen, und die Executionen inhibirt.

Gräflicher Seits antwortete man: 1. Diſer Punct gehe die Landſtände gar nichts an, ſondern denen angeblich Gravirten bleibe allenfalls der Recurs an die Reichsgerichte bevor; 2. die Agnaten hätten diſen Puncten auch bey dem Reichs-Hofrath eingeklagt, allwo man denſelben dahin beantwortet! wann ſich ein Unterthan über die Dicaſterien beſchwere, werde ein Bericht erfordert; in caſibus protractæ Juſtitiæ denen Gerichten ſchleunigſte Rechtshülffe anbefohlen; denen Armen zum Beſten Commißionen gratis nidergeſezt; wofern je wider der Herrſchafft Intention etwas verſehen würde, wolle man ſo gleich ohne Schwürigkeit remediren; die gewinnſüchtige Schrifftenſteller ſollen dahin angewiſen werden, daß ſie die Unterthanen nicht zu unordentlichem Suppliciren veranlaſſen, auch die Suppliquen von denen Concipiſten unterſchriben, widrigen Falles aber die Advocaten exemplariſch beſtraft werden; hingegen verſehe ſich die Herrſchafft auch zu dero Juſtizräthen, daß ſie ohne Nebenabſehen und Partheylichkeit pflichtmäßig verfahren würden.

Das Cammergericht ſprach darauf An. 1746. 16. Jul. wie ſchon oben angeführet worden iſt.

Ferner klagten ſie über die in das Land ausſchickende grundverderbliche militariſche Executionen: An. 1719. 24. und 25. ſeyen zwar die Gräfliche Reſolutionen auf die von denen Landſtänden deßwegen gethane Vorſtellungen dahin ergangen: Daß die militar-Executionen, auſſer in caſu oppoſitionis, gänzlich abgeſchafft, hingegen die Beamte angewiſen werden ſollten, mit denen Executionen der Ordnung nach zu verfahren, alſo, daß die Beamte ohne Vorwiſſen der Regierung keine Soldaten zur Execution gebrauchen, noch auch die Regierung ſolche ohne ſonderbare Nothwendigkeit erkennen ſollte; es werde aber nicht darüber gehalten, und werde zulezt denen Unterthanen kein Keſſel oder Pott mehr im Hauſe bleiben.

Das Cammergericht ſprache darauf An. 1746. 16. Jul. „ 12. Iſt das Land mit militariſchen Executionen, auſſer in caſu oppoſitionis, gänzlich zu verſchonen. “

Gegen die Grafen von Löwenſtein erkannte der Reichs-Hofrath An. 1746. 16. Jan. unter anderen:

„ 3. Fiat Reſcriptum an geſammte fünf Grafen zu Löwenſtein-Wertheim, ſequentis tenoris: Ihro Kayſerliche Maj. hätten mißfälligſt vernommen, daß durch eigenmächtiges und widerrechtliches Verfahren ſein, des Grafen Wilhelm Heinrichs, in der ganzen Grafſchafft es ſo weit gekommen ſeye, daß in Civilibus denen nothleidenden Parthien die behörige Juſtiz nicht adminiſtriret würde, in Criminalibus aber die Delicta ununterſucht und unbeſtraft erliegen blieben: dabey alles in gröſter Unordnung und Confuſion ſich befinde: Gleichwie nun Ihro Kayſerliche Maj. dergleichen verderbliches Unweſen längerhin nicht nachſehen könnten auch von unpartheyiſcher Adminiſtrirung der Juſtiz das Wohl und Uebel des ganzen Landes abhange, und bey deſſen Abgang der völlige Zerfall nothwendig erfolgen müßte; als befehleten Ihro Kayſerliche Maj. allergnädigſt, daß geſammte fünf Brudere, wann vorhero die übrige von dem älteren Bruder darzu eingeladen worden, wochentlich wenigſtens zweymal perſönlich zuſammentretten, über die gemeinſchafftliche von ihnen, Condominis, zu reſolvirende Vorfallenheiten ordentlich deliberiren, alsdann per Majora den Schluß machen, und diſe auf ſolche Weiſe per Majora gemachte Concluſa an ihre Dicaſteria, Beamte, oder wo die Sache ſonſten, ihrer Eigenſchafft nach, hingehöret, zur Execution dirigiren, und, wie ſolches von ihnen befolget worden, oder an wem es im Gegentheil hafſte, in termino duorum menſium allerunterthänigſt anzeigen ſollen.

4. Fiat Decretum an die gemeinſchafftliche Gräflich-Löwenſteiniſche Canzley zu Wertheim, des Innhalts: Daß ſie in allen dahin gehörigen Vorfällen und Parthie-Sachen die Gottgefällige Juſtiz unpartheyiſch adminiſtriren, ſonderheitlich die annoch zurückſeyende ſchwere Inquiſitions-Fälle, der Ordnung nach, behörig unterſuchen, und an denen ſchuldig Befundenen, pro re nata, nach rechtlicher Erkenntniß, die etwa andictirte Straf unweigerlich vollziehen, und daran durch einſeitige Befehle ein- oder des andern Condomini ſich nicht ſtöhren laſſen, ſondern, wie ſolches geſchehen, längſtens in Zeit zweyer Monathen anhero berichten ſollen, ꝛc. “

In Sachen der Unterthanen des Gerichts Gründau gegen den Grafen zu Yſenburg-Meerholz ſprache der Reichs-Hofrath An. 1751. 12. Oct. Er ſeye ſchuldig, die denen Unterthanen durch ungebührliche Execution, auch ohnjuſtificirliche Pfandungen, zugezoge-

ne

ne und von ihnen reſp. auf 774. fl. taxirte Schäden, nach vorgängiger darüber coram Commiſſione Cæſarea zu pflegender Liquidation, erfolgter Moderation, und von denen damnum paſſis geleiſtetem Juramento in litem, cum Intereſſe, zu erſezen.

Das Cammergericht erkannte An. 1765. (1) in Sachen: Marthen contr. Jörges: „ Dann iſt denen Thanniſchen Ganerben, daß ſie in Juſtizſachen ihre Vota Majora in ein förmliches Decret bringen, und ſolches, nicht aber ſingula Vota, denen Partheyen verkünden, auch ihre privat-Bediente vor ihren Gerichten nicht advociren, und künfftig ihre Gerichtbarkeit legaliter und ordentlicher, als in diſer Sache geſchehen, verwalten laſſen ſollen, hiermit anbefohlen "

Man ſehe aber auch des Freyherrns von CRAMER (2) Abhandlung: Von der Menge Exempeln derer Beſchwerden wegen verweigert-oder verzögerter Juſtiz, im Gegentheil aber auch Seltenheit der dabey vorkommenden Condemnatorie-Urtheln.

§. 23.

Von denen zugleich in das Juſtizweſen und Gnadenrecht einſchlagenden Sachen, z. E. der Strafen Milderung oder Nachlaß, der Verbrechen Abolition, denen Freyſtätten, Moratorien ꝛc. wird in dem Tr. von der Landeshoheit in Gnadenſachen geredet werden. Mehreres remiſſive.

Wer ferner gerne noch mehrere, als die hernach vorkommende, beſondere Fälle wiſſen möchte, worinn und wie ſich die Landeshoheit in Juſtizſachen äuſſere, der darff nur die Sammlungen der Chur-Brandenburg-Chur-Braunſchweigiſchen und anderer Stände Geſeze und Ordnungen durchgehen; ſo wird er eine Menge einzelne Edicte, u. d. antreffen, welche ihme ein Genügen leiſten werden:

Und wer noch mehr, als hernach davon gemeldet wird, davon Nachricht haben will, was die Landſtände hin und her als Beſchwerden in Juſtizſachen angeſehen, oder wo ſie geglaubet haben, daß ſie auch etwas darzu zu ſprechen hätten, der ſchlage die im Druck vorhandene Landesbeſchwerden und Deſiderien derer Mecklenburgiſchen und anderer Landſtände nach; ſo wird er ſeine Begierde ſtillen können.

F 2 Ein

(1) v. Freyh. von CRAMERS Nebenſt. 52. Th. 62. S.
(2) l. c. 66. Th. 147. S.

Ein mehreres von der verſagt- und verzögerten Juſtiz, wie auch von denen in Juſtizſachen begangenen Nullitäten, kommt in dem Tr. von der Teutſchen Juſtizverfaſſung vor.

Endlich ſo enthält auch der Tr. von der Landeshoheit in Regierungsſachen Cap. 1. allerley, ſo hieher miteinſchläget.

Zweytes Capitel.

Von denen verſchidenen Gattungen der Gerichtbarkeit.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Vor-Erinnerung. §. 3. Der Gerichtbarkeit Theile. §. 4. Gemeineſte Gattungen. §. 5. Peinliche Gerichtbarkeit. §. 6. Schrifften. §. 7. Namen. §. 8. Wer ſie habe? §. 9. Gattungen. §. 10. Fälle. §. 11. Theile. §. 12. Grade. §. 13. Zeichen. §. 14. Privilegirte peinliche Inſtantien. §. 15. Wie zu verfahren, wann man die peinliche Gerichtbarkeit nicht hat. §. 16. Malefiz-Gerichtbarkeit der Landſaſſen. §. 17. Beſondere Gattungen. §. 18. Cent. §. 19. Einiges remiſſive. §. 20. Bürgerliche Gerichtbarkeit. §. 21. Wer ſie habe. §. 22. Gattungen. §. 23. Fälle. §. 24. Theile. §. 25. Grade. §. 26. Vogtey. §. 27. Hofmarcksgerechtigkeit. §. 28. Andere beſondere Gattungen. §. 29. Gemeinſchafftliche Gerichtbarkeit. §. 30. Concurrirende Gerichtbarkeit. §. 31. Colliſion der Gerichtbarkeiten. §. 32. Prorogirung der Jurisdiction. §. 33. Privilegia de non evocando, §. 34. Beſonders wider die niedere, §. 35. und die höchſte Reichsgerichte. §. 39. Mehreres remiſſive.

§. 1.

Schrifften. Derer hieher gehörigen Schrifften iſt eine groſſe Menge, welche in denen Juriſtiſchen Bibliothequen nachgeſehen werden können: Ich begnüge mich, hier folgender zu gedencken.

ENGEL-

ENGELBRECHT (Ge.) de Jurisdictione Superiori, ſive alta, & inferiori, ſive baſſa, ſecundum mores Germanorum. Helmſtedt, 1709. Halle, 1738. 4.

GRIBNERI (Mich. Henr.) Diſſ. de juribus Principum regalibus, quæ vulgo, ſed perperam, ad Jurisdictionem referuntur; in ſeinen *Opuſc. Select. Jur. publ. T. 1. n. 4. p. 118.*

HILDEBRANDS (Henr.) Jurisdictio univerſa, ſecundum mores hodiernos compendioſe conſiderata. Altorff, 1714. 4. Jena, 1738. 4.

Er handelt darinn unter anderem: Cap. 3. de Jurisdictione in excellentiori ſenſu, dependente, reſpectu cujuscunque Territorii; Cap. 4. de Jurisdictione in ſenſu vulgari accepta, ſive ſubordinata, eccleſiaſtica & conſiſtoriali, Cap. 5. de academica, Cap. 6. de criminali, Cap. 7. de contentioſa ordinaria, inferiori, baſſa atque vogtejica, Cap. 8. de voluntaria, Cap. 9. de privilegiaria, Cap. 10. de mandata, Cap. 11. de prorogata, Cap. 12. de feudali, Cap. 13. de foreſtali, Cap. 14. de mercatoria, Cap. 15. de opificiaria, Cap. 16. de militari, Cap. 17. de aulica, Cap. 18. de Judaica. Er meldet aber ſelbſt am Ende, daß noch mehrere Arten hätten können nahmhafft gemacht werden, als die tutelaris, metallifodinaria, ſalinaria &c.

HOETTEL (Joh. Paul.) Diſſ. de antiqua ac hodierna forma Jurisdictionis. Altorff, 1737. 4.

de KETTELHODT (Car. Gerdr) Diſs. de Principe in cauſa propria jus dicente. Jena, 1758. fol. auch Jena und Schleiz, eod. 4. v. H. Weidlichs Nachr. von Rechtsgel. 3. Theil, 316. S.

PUFFENDORFF (Frid. Eſa.) de Jurisdictione Germanica. Lemgo, 1740 8.

SüNDERMAHLER (Joh. Jac. Joſ.) Poteſtas judiciaria S. R. I. Principum; in ſeinen *Opuſc. n. 2.*

§. 2.

Es iſt forderiſt überhaupt zu bemercken, daß es ganz etwas anderes iſt um die Gerichtbarkeit ſelbſten, in ſo ferne ſie einem Landesherrn zuſtehet, und um den Modum, oder in ſo ferne der Landesherr ſolche Anderen überläßt, oder ſelber ausübet, aber nach Beſchaffenheit Vor-Erinnerung.

heit der Perſonen oder Sachen, diſe oder jene Art erwählet, ſich derſelbigen zu bedienen; als wodurch gar mancherley Gattungen von Untergerichtbarkeiten entſtehen.

Es kommt mithin auf eines jeden Landes beſondere Verfaſſung, Verträge und Herkommen, oder, wo ein Herr nicht daran gebunden iſt, auf ſeine willkührliche Verordnung an, wie die Landesherrliche Gerichtbarkeit ausgeübet werden ſolle.

§ 3.

Der Gerichtbarkeit Theile.

Die denen Landesherrn zuſtehende Gerichtbarkeit ſelbſt kan auf mancherley Weiſe eingetheilet werden, z. E. in die geiſtliche und weltliche; in die bürgerliche und peinliche: Und jede derſelbigen hat wieder ihre beſondere höhere oder nidrigere Grade.

Ordentlicher Weiſe und meiſtens ſeynd dieſelbige beyſammen, und ſtehen Niemanden, als allein dem Landesherrn, zu; abſonderlich in denen Landen, wo keine Landſaſſen vorhanden ſeynd, da man in dem ganzen Land von keiner anderen Gerichtbarkeit etwas weißt, als welche der Landesherr hat.

In denen Landen hingegen, wo landſäßige Erzbiſchöffe, Biſchöffe, Prälaten und andere Clöſter, Ritterorden, Societäten, Spitäler, ꝛc. ſodann dergleichen Fürſten, Grafen, Freyherrn, Edelleute, Stätte, bürgerliche Perſonen ꝛc. vorhanden ſeynd; da iſt die Gerichtbarkeit gar offt getheilt, und zwar ſo, daß der Landesherr die hohe Gerichtbarkeit hat, die Landſaſſen hingegen die nidrige; welches aber wiederum auf gar ſehr verſchidene Weiſe geſchehen kan; davon in dem Tr. von den Rechten der Unterthanen ein mehreres vorkommen wird.

Andere Gattungen der getheilten Gerichtbarkeit werden aus dem folgenden Capitel zu erſehen ſeyn.

§. 4.

Gemeineſte Gattungen.

Da von der geiſtlichen Gerichtbarkeit ſchon anderwärts (1) geredet worden, und es alſo hier allein um die weltliche Gerichtbarkeit zu thun iſt; ſo bleibe ich auch bloß bey derſelbigen ſtehen.

Die gemeineſte und ſchicklichſte Eintheilung derſelbigen nun iſt in die 1. peinliche und 2. bürgerliche.

Pein-

(1) im Tr. von der Landes-Hoh. im Geiſtl.

* * *

Peinliche Gerichtbarkeit.

§. 5.

Die peinliche Gerichtbarkeit iſt das Recht, in Sachen, welche dem Beklagten an das Leben, oder die Ehre gehen, oder eine ſchwere Leibesſtraffe betreffen, zu erkennen, und die Urthel zu vollſtrecken. Peinliche Gerichtbarkeit.

Herr Prof. MEISTER (1) lehret: In Teutſchland rechnete man ehedem nur ſolche Verbrechen zur peinlichen Gerichtbarkeit, wofür der Thäter den Tod, oder eine Pein am Leibe, mit Ausſchlieſſung der Strafe zu Haut und Haar, erleiden mußte: Diſer Begrif iſt aber in denen neueren Zeiten verändert worden; daher man in Sachſen diejenige Sachen, welche die Todesſtrafe, oder eine in Sachſen eingeführte Leibesſtrafe, angehen, dahin rechnet; auſſerhalb Sachſen aber ſolche Verbrechen, welche eine Lebens- oder Leibesſtrafe, oder eine andere, welche denen Leibesſtrafen gleich geſchäzet wird, nach ſich ziehet.

In dem Bayriſchen Codice criminali von 1751. Cap. 1. heißt es;

„ §. 1. Es ſeynd nicht alle Frevel und ſtrafbare Thaten für criminal zu achten, ſondern nur jene, welche entweder mit Leibs- oder Lebensſtrafe angeſehen, oder ſonſt ſo beſchaffen ſeynd, daß ſie von Rechts- oder Gewohnheits-wegen ad Forum criminale gehören. ⸗ ⸗

§. 5. Die Strafen der Criminalverbrechen gehen theils an Leib, Ehr und Gut, theils gar an das Leben. ⸗ ⸗

§. 8. Strafen, welche zwar an den Leib, nicht aber an das Leben gehen, ⸗ ⸗ beſtehen theils in dem Staub-Beſen, theils in Aufbrennung des Buchſtabens B. welch beeden die offentliche Vorſtellung auf dem Pranger, ſamt der ewigen Landsverweis- und Urfedsabſchwörung, oder Condemnation ad Opera publica allzeit anhängig iſt. ⸗ ⸗ ⸗

§. 9. Von denen geringeren Criminal-Strafen, welche weder an Leib noch Leben gehen, ſeynd meiſtentheils folgende im Gebrauch: a) Verweiſung aus einem Burgfrids- Gerichts- Rentamts-

(1) v. H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 1. Band, 740. S.

amts-Diſtrict, oder gar aus dem Land. b) Verweiſſung an ein gewiſſes Ort, um allda zu verbleiben, und ohne Erlaubniß nicht auszutretten. c) Da man für ehrlos declariret wird, mit oder ohne offentlichen Anſchlag. d) Gefängniß, oder Opera publica auf gewiſſe Zeit. e) Vorſtellung auf dem Pranger, oder auf Schrägen an der Kirchthür, oder offentlichen Schandſäulen, f) Confiſcation der Güter, g) Geldſtraf, h) Waſſerſchnellung, i) Caſſation, k) Statt- oder Hausarreſt, l) Kirchenſtrafen, oder Pœna canonicæ, u. d. "

Vile groſſe Herrn haben in unſern Tagen Lebensſtraffen auf ſolche Verbrechen geſezt, die in vorigen Zeiten, oder in andern Landen, vil gelinder beſtraffet worden ſeynd, oder noch werden.

Mehreres hievon kommt hernach vor.

§. 6.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften:

ENDTER (Joh. Paul) de ſymbolica poſſeſſione Jurisdictionis criminalis, von Malefiz- und Freyß-Zeichen. Altorff, 1712. 4.

GOECKEL (Lud.) de forma Jurisdictionis criminalis apud Germanos. Altorff, 1735. 4.

HOFFMANN (Chriſtian. God.) de origine, progreſſu & natura Jurisprudentiæ criminalis Germanicæ. Leipzig, 1722. 4.

KRESS (Joh. Paul.) de variis Jurisdictionis criminalis in Germania generibus. Helmſtatt, 1730. 4.

MüLLER (Petr.) Diſſ. de Jurisdictione criminali. Jena, 1685. 4.

Von Würtemberg.

GERSTLACHERS (Carl Frid.) Abhandlung von den mancherley Arten der peinlichen Gerichtbarkeit, wie auch der ehemaligen Geſtalt des peinlichen Proceſſes in Würtemberg, ſtehet vor dem 2ten Buch ſeiner Samml. einzeln. Würtemberg. Geſeze ꝛc. Stuttgart, 1760. 8.

§. 7.

Namen. Die Namen, womit die peinliche Gerichtbarkeit in älteren, mittleren, neueren und jezigen Zeiten belegt worden iſt, oder noch belegt wird, ſeynd, zumalen in teutſcher Sprache, mancherley, als: Die hohe Obrigkeit, die hohe maleſiziſche Obrigkeit, die malefiziſche Obrigkeit, der Blutbann, der Bann, über das Blut zu richten,

das

das Halsgericht, die hohe fraiſsliche Obrigkeit, die fraiſsliche Obrigkeit, die Ober-Gerichte, Halsgericht zu Haut und Haar, u. ſ. w.

§. 8.

Wer die peinliche Gerichtbarkeit habe? muß auf doppelte Art beantwortet werden; nemlich 1. in Abſicht auf den Kayſer, ſo dann 2. in Abſicht auf den Landesherrn. Wer ſie habe.

In älteren Zeiten wurde dafür gehalten, daß der Blutbann im ganzen Reich Niemanden zuſtehe, als 1. allein dem Kayſer, und 2. wem Derſelbige ſolchen verleyhe, oder ihn ſonſt darüber privilegire. Z. E.

Kayſer Friderich III. privilegirte die Marckgrafen zu Baden An. 1455. Wer einen Frevel in ihren Landen begehen würde, ſolle vor deren Gerichten belangt, und von denſelben die Urthel abgefaſſet werden.

Als auch die Reichsſtände in ihren Landen nach und nach die Landeshoheit erhielten, wurde doch dafür gehalten, daß wenigſtens die nidrigere Sorten derſelben, die Prälaten, Grafen, Herrn und Reichsſtätte, den Blutbann nicht ausüben dörfften, ſie ſeyen dann von dem Kayſer damit belehnet. Man ſehe Herrn G. R. R. BUDERS Vorrede de cura ac cautione, quam in concedendo Banno Sanguinis adhibuerunt Reges noſtri. (1)

Dahero kommt es, daß, (wie wir in der Materie von den Reichs-Lehen hören werden,) noch heutiges Tages vile neue Fürſten, Prälaten, Grafen, und Andere welche ſonſt nichts von dem Kayſer und Reich zu Lehen empfangen, doch den Blutbann zu Lehen tragen.

So auch, wann ein geiſt- oder weltlicher Churfürſt oder Fürſt einzelne Reichs-unmittelbare Orte an ſich bringt, darff er deßwegen den Blutbann darinn nicht, wie in ſeinen andern Landen, ausüben; ſondern er muß ihn entweder ſich vom Kayſer und Reich zu Lehen ausbitten, oder ſich deſſen enthalten. So ergienge noch An. 1765. 9. Dec. eine paritori-Urthel gegen den Herrn Probſten zu Elwangen dahin: Daß er, Einwendens ungeachtet, den lehenbaren Blutbann bey dem Schloß und Dorff Heuchlingen Fiscali offen zu laſſen, und, ſich deſſelben zu enthalten, ſchuldig ſeye, ꝛc.

Wie

(1) vor ENGELBRECHTS Tr. de Servitut. Jur. publ.

Wie ferne die Mitglidere der Reichs-Ritterſchafft den Blutbann haben oder nicht? davon ſehe man anderwärts (1) nach.

In Abſicht auf den Landesherrn aber iſt ordentlicher Weiſe mit der Landeshoheit auch die peinliche Gerichtbarkeit verbunden:

Die Art, ſelbige auszuüben, aber kommt auf die Landes-Verfaſſungen, oder auch den freyen Willen des Landesherrns, an.

Z. E. in Würtemberg, wird es, ſchon oben gemeldeter maſſen, ſo gehalten, daß die Regierung den peinlichen Proceß erkennt, darauf wird er vor einem Stattgericht biß zum Schluß geführt; die Acten werden alsdann an die Juriſten-Facultät zu Tübingen überſchickt, von derſelben an den Maleſiz-Richter zurück- von diſem aber an die Herzogliche Regierung verſandt, von derſelben Gutachten erſtattet, und endlich die Herzogliche Reſolution von der Regierung an das Maleſizgericht ausgeſchriben, von diſem aber publicirt und exequirt.

In denen Landen, wo ſich Landſaſſen befinden, ſeynd öffters vile derſelben, geiſt- und weltlichen Standes, zu dem Blutbann berechtiget, Krafft Lehenbrieffe, oder anderer einem gewiſſen Stand allgemeiner, oder auch einzelner Perſonen eigener Freyheiten, oder auch bloſſen alten Herkommens.

Doch pflegen auch ſolchen Falles Abfälle von der Regel ſtatuirt und die peinliche Gerichtbarkeit allein dem Landesherrn vorbehalten zu werden, wann ein Verbrechen die Majeſtät oder Landeshoheit verlezet.

Es können aber auch Streitigkeiten darüber entſtehen. z. E.

Der Fürſt zu Oſtfrießland bate am Reichs-Hofrath An. 1691. „Daß Burgermeiſter und Rath zu Norden, (als welche, und zwar ſub Præſidio des Droſten oder Amtsverwalters daſelbſt, nur mit der Civil-Jurisdiction, ſalva tamen Appellatione an die hohe Gerichte, als die Hofcanzley und das Hofgericht, beneficiret worden,) ſich der Criminalſachen Cognition, mit allem, was davon dependiret, dem Herkommen gemäß, gänzlich entäuſſern, und die von ihnen etwa, aus ſelbſteigenem Antrib, inflagranti Crimine, oder aber auf gnädigſten Befehl des Landesfürſten, apprehendirte Delin-

(1) in meinem Tr. von den T. Reichsſtänd. ꝛc. S. 1285.

Delinquenten, auf Fürſtliches Anſchreiben und Ordre, alſofort überliefern, und ſich auf keinerley Weiſe und Wege ſperren ꝛc.

Die Kayſerliche Reſolution darauf aber lautete: Es werde der Statt Norden anbefohlen, die Appellation an den Fürſten keineswegs zu hindern ꝛc.

Mehreres davon kommt in dem Tr. von den Rechten ꝛc. der T. Unterthanen vor.

§. 9.

Auch gibt es mancherley Gattungen der peinlichen Gerichtbarkeit in Teutſchland, ja wohl in einerley Land. KRESSENS Diſs. de variis Jurisdictionis criminalis in Germania generibus, Helmſtätt, 1730. 4. enthält wenig practiſches, und thut dem Titul gar kein Genügen. Gattungen.

Zu einer Probe kan man des geſchickten Herrn Hofraths *GERSTLACHERS* obenangezeigte Abhandlung von den mancherley Arten der peinlichen Gerichtbarkeit, wie auch der ehemaligen Geſtalt des peinlichen Proceſſes in Wirtemberg (1) nehmen.

Die peinliche Gerichtbarkeit kan uneingeſchränckt oder eingeſchränckt ſeyn:

Eingeſchränckt kan ſie ſeyn entweder in Anſehung anderer Reichsſtände, oder Anderer, die auch einen Theil daran haben; oder auch der Landſaſſen, Stätte, Univerſitäten ꝛc. ihre in Anſehung des Landesherrns.

Die Einſchränckung findet ſtatt, in Anſehung der Verbrechen ſelbſt, der Perſonen der Verbrecher, der Unterſuchung, Entſcheidung und Vollſtreckung der Urthel, wie auch des Orts, wo die Gerichtbarkeit ausgeübet wird; davon Herr Prof. MEISTER (2) umſtändlich gehandelt hat.

Die Eintheilung in die patrimonial- oder eigenthümliche, ſodann die perſonal- oder Amts- criminal-Gerichtbarkeit, iſt nicht recht ſchicklich; dann jene betrifft das Recht ſelbſt, diſe aber nur den modum an.

(1) vor dem 2ten Buch ſeiner Samml. einzeln. Würtemb. Geſeze ꝛc.
(2) in ſeiner Einleit. zur peinl. Rechtsgelehrſ. 1. Band, 12. Hauptſt. S. 569. u. f.

In Oeſterreich (1) wird die peinliche Gerichtbarkeit eingetheilt in die hohe und nidere: Jene begreiffet die Beſtraffung dererjenigen Verbrechen, welche eine öffentliche Leibs- oder Lebenſtrafe nach ſich ziehen; diſe hingegen die übrige peinliche Sachen. Die leztere iſt der Grundgerichtbarkeit anhängig; es wäre dann, daß ein oder anderer Grundherr von dem Landesherrn auch mit der hohen peinlichen Gerichtbarkeit begnadiget worden wäre.

Die Haupt-Eintheilung der peinlichen Gerichtbarkeit iſt in vilen (nicht allen,) Teutſchen Landen 1. in die allgemeine malefiziſche Obrigkeit, welche alle peinliche Fälle unter ſich begreifft, und 2. in die particulare, ſo ſich nur auf gewiſſe Fälle erſtrecket; wohin die Cent- und mittel-Fraißliche Obrigkeit gehören.

§. 10.

Fälle. Was zur hohen oder peinlichen und hinwiederum zur nideren oder bürgerlichen Gerichtbarkeit gehöre? darinn kommen die Teutſche Landesgeſetze in manchem überein; in manchem hingegen seynd ſie auch ſehr unterſchiden: Dahero man ſich in beſonderen Fällen nach jeden Landes und Orts Rechten und Herkommen richten muß.

In einer Cameral-Urthel von 1683. in Sachen Bamberg und Langheim contra Brandenburg-Bayreuth heißt es: „Daß der Herr Beklagte, ſo wohl auf ermeldtem Münchshof, als deſſen Gütern, und von dahin gehörigen Leuten, begangene Malefiz- und mißthätige Verbrechen, welche, vermög der Rechten, gemeiner Reichs-Halsgerichts-Ordnung, auch Landsbräuchlicher Gewohnheit, dem Fraiſchherrn zu coerciren zuſtändig, auch was demſelben anhängig, als: Brand, Diebſtahl, Bedrohung und Abſag zu brennen, Nahm, Raub, Plackerey, Mord, und Zettergeſchrey, Feindsbrieff, Befehdung, Hexerey, Zauberey, Vergifftung, Ehebruch, Nothzucht, Raptus, unnatürliche Vermiſchung und Unkeuſchheit, Blutſchand, doppelte Ehe-Verlobung, Meineid, Sigel- und Brief-Verfälſchung, Verrätherey, Fridbruch, Unterſchleiff ſchädlicher Leute, falſche Münz, falſche Gezeugniß, unrechte Ellen, Maaß und Gewicht, Auflauff, Aufruhr, famos Libell, Depopulatio Agrorum, und in gemein alle Uebel- und Unthaten, die gegen den Verbrechern, auch deren Helffer, und diejenige, ſo Rath, Unterſchleiff

(1) BANNIZA von den Oeſterreich. Gerichtsſtell. p. m. 26.

ſchleiff und Beyſtand darzu gethan, oder Andere dergleichen bezüchtiget, und nicht wahr machen können, Straffen an Leib, Leben, Glidern, ewiger oder auf gewiſſe Zeit und Jahre geſtellter Gefängniß, Landes- Statt- Marck- und Flecken-Verweiſung auf ſich tragen; dann Würff, Hieb, Schüß, Stich und Schläge, ſo Lebensgefahr, den Tod, Lähmung, Abnehmung eines oder mehr Glider, oder auch ſchädliche Verkrüppelung des Leibes, mit ſich bringen; ferner Scham-Wunden, da einem ein Aug verlezt, oder gar verderbt, da Naſen, Ohren, Hand, Fuß, oder ein ander Glid, geſtümmelt, oder abgehauen, Beinbruch, Herzſtoß, allerhand flieſſende Stich und Wunden, Bezüchtigung und Schmähung zum Maleſiz gehöriger Sachen, auch atrociores injuriæ, da die beharret, und entweder Beſtraffung an Leib, Leben, Glidern, Verweiſung, oder ſonſt Verbüſſung mit Geld, oder beſtimmter Zeit im Gefängniß, nach ſich führen; ingleichem da in Rainungs-Sachen die Marckſtein gefährlicher Weis verrückt, verſezt, und gar ausgeworffen, oder in Zehend- Gült- Reichung, und dergleichen real-Præſtationibus, die bißherige Schuldigkeit betrüglicher oder ſonſt argliſtiger Weiſe unterſchlagen, entwehret, böslich vorenthalten und nicht gereicht, abgetragen und verſchwigen; item wider gemein publicirte Decreta und Policey-Verfaſſungen, wie auch der Dorffſchafften und andere gemeine gute Ordnungen boshafftiglich gehandelt würde, zu beſtraffen und zu coerciren habe.“

Die Chur-Sächſiſche Landes-Ordnung von 1543. und 55. hat einen eigenen Titul: Was zu Ober-Nieder-und Erbgerichten gehöre.

Die Sachſen-Coburgiſche Landesordnung von 1566. beſtimmet Tit. 21. was den Ober-und Erb-Gerichten anhange.

Die Sachſen-Waimariſche Landsordnung handelt Tit. 26. auch davon.

Die Magdeburgiſche Policey-Ordnung Cap. 58. redet von den Ober-oder peinlichen und Hals-auch Erb-und Unter-Gerichten;

So auch die Anhaltiſche Landesordnung Tit. 13.

Herzog Julius zu Braunſchweig ſolle folgende Verordnung haben ergehen laſſen:

„ 1. Gehören zu den obern oder Hals-Gerichten nachgeſchriebene Fälle, als: Kezerey, Zauberey, Kirchenbrechen, Blutſchande, Nothzucht, Fridbruch, Ehebruch, Mord, Mordbrand, Vergifften, Verrathen, Meineyde, Aufruhr, Aufläuffe, item Jungfrauen oder Wittiben entführen, mit zweyen Weibern ſich verheurathen, mit unvernünfftigen Thieren Unkeuſchheit treiben, Pfluge und Mühlen berauben, Verweiſung und Verbietung der Gerichte und Stätte, item wann einer den andern mit gewaffneter Hand in dem Seinen ſuchet, in willens ihn zu tödten, allen Diebſtahl über vier Silbergroſchen werth, Diebe hauſen und herbergen, Diebſtahl verhehlen und verbergen, Abſchneidung oder Verderbung männlicher Glider oder Weiberbrüſte, item wider ſeinen Erbherrn oder Obrigkeit rathen und helffen, todte Cörper begraben, oder aufheben, Schmach, die peinlich verklaget werden, item hohe und befridete Perſonen, die im Regiment ſeyn, ſchelten und injuriiren, item ob einer an befreyeten Oertern, als aufm Schloß, Rathhaus, oder in der Kirchen, ſchmähete, die Leute wegführen und verkauffen, item falſche Brieffe einem andern zu Händen machen, Brieffe fälſchen, mit Auslöſchung oder anderer Geſtalt, falſche Siegel und Pittſchäffte, item falſche Münzen machen, dieſelben wiſſentlich ausgeben, oder darzu helffen und rathen, Münz (groß und klein) beſchneiden, ſchmelzen, oder zerbrechen, item wann ſich Jemand für einen Fürſten, Grafen, Herrn, oder einen würdigern Stand ausgibt, auch einiger Meiſterzunffts, deß er nicht iſt, betrüglich berühmet, oder Jemand ſeinen Namen, Wappen, Gemarck, oder Zeichen, dem Andern zum Schaden verändert, wann einer Ein Ding Zweyen verkaufft oder verſezt, oder eines Brieffes Innhalt, dem Andern, ſo er zuſtehet, zu Schaden, dem Widertheil offenbaret, item da ein Richter oder Amtmann, um Giffs, Gaben oder Verheiſſung willen etwas thut, das nicht recht iſt, oder das unterläſſet, was er hätte thun ſollen, item Hausfridebrechen, Thüre oder Fenſter freventlicher Weiſe beſchädigen, oder ausſchlagen und werffen, peinliche oder ſcharffe Fragen, gezogene Meſſer oder Waffen, damit einer den andern verwundet, gelähmet, oder gewürget, item Mahlbaüme oder Mahlſteine abhauen oder auswerffen, neue Zöll auffſezen, Teiche abſtechen, zergraben, oder darzu helffen und rathen, ſchändliche Schrifften dichten, anſchlagen oder Anderen offenbaren, verächtliche Uebelthäter oder Mißhändler wiſſent-

wiſſentlich herbergen und unterſchleiffen, item Wunden die offen oder ſonſt Beulen ſind, und darnach aufbrechen und Wunden werden, ſtoſſen tretten oder werffen, davon einer ſtirbt oder gelähmet wird, Hand, Finger, Bein, Fuß oder Zähne abſchlagen, Hausfride brechen, Statt- oder Schloß-Mauren bey Nacht zerbrechen, item Schmachklagen, da Jemand zu ſeinen Ehren peinlich angeklaget wird. Alle ſolche und dergleichen, auch höhere und gröſſere, Mißhandlungen gehören in die Ober- und Halsgerichte, ſollen auch durch dieſelbe gewroget und geſtraffet werden.

Was aber kleine und geringe Fälle ſind, die ſollen in die Nider- und Erb-Gerichte gehören, und durch dieſelbe geſtraffet oder gerechtfertiget werden; als nemlich Haar-rauffen, Schläge, die nicht tödtlich ſeyn, noch Lähmen bringen, darum auch keine Wunde wird, als braun und blau, Naſenbluten, Maulſtreiche, Zähnbluten, ſo die nicht wackeln, oder andern blutrůſten, mit Nägeln gekrazt, oder ſonſt verlezt, dadurch keine Wunden oder Lähme erfolget, Lügenſtraffen, ſchlechte Schmähworte, die nicht an freyen Oertern, oder hohen befreyten Perſonen geſchehen, unzüchtig muthwillig Geſchrey, Meſſer-zucken dadurch kein Mord geſchiehet, Meſſer und verbottene Waffen tragen, verbottene Waaren feil haben, verbotene Spil treiben, Diebſtahl, ſo unter vier Silbergroſchen ſeyn, item Geböthe der Einlager, u. d. item alle bürgerliche Sachen, als Schulden, Gülten, Pfändungen, Güter, ligend oder fahrend, (ſtehend,) bewegelich oder unbeweglich, die betreffen vil oder wenig, alle bürgerliche Sachen, die nicht von peinlichen herflieſſen.

Was aber Sachen ſeyn, Geldbuß oder Abträge belangend, ſo von peinlichen Sachen herrühren, (als, wann eine peinliche Sache, mit Zulaſſung der Gerichte und Verwilligung des verlezten klagenden Theils, oder aus andern Urſachen, bürgerlich wird, oder aber, daß ſich ein Mord, Lähme, oder anders, nicht aus Vorſaz oder Argeliſt, ſondern aus Unfleiß und Verwahrloſung, zutrüge, daß ſie zu Rechte zu einem bürgerlichen Abtrag gelaſſen wird,) ſolche Fälle, ob ſie wohl zu Geldbuſſe gereichen, gehören ſie doch zu dem Ober- oder Halsgerichte; derhalben ſie durch dieſelbe geſtrafft und die Straffen eingenommen werden.

Hätten aber Unſere Aemter, oder deren Einer oder mehr, der die Halsgerichte hat, etliche Fälle in die Nidergerichtbarkeit gehörig, oder

oder hinwieder derjenige, dem die Nidergerichte zuſtändig etliche Fälle in die Halsgerichte gehörig, über in Rechten verjährete Zeit ruhiglich hergebracht oder geübt, bey dem=oder denſelben ſollen ſie, ungeachtet diſer Unſerer Ordnung, nochmals gelaſſen werden. "

Herr Conſ. Rath GRUPEN hat (1) aber von den Ober= und Nidergerichten, ad Conſtitutionem Henrici Julii de An. 1596. gehandelt, eine neue richtigere Abſchrifft beygebracht, und zugleich gezeigt, daß ſelbige nicht vom Herzog Julio, ſondern Heinrich Julio, herrühre, faſt gänzlich aus der Leipziger Information und Coburgiſchen Landesordnung genommen, übrigens aber nicht formlich bekannt worden ſeye, und folglich, da ſie ein bloſſes Project gebliben, für keine verbindliche Landesordnung angeſehen werden könne; zumal da ſelbſt ihr Gerichtsgebrauch nicht durchgängig zu erweiſen ſtehe.

§. 11.

Theile. Die peinliche Gerichtbarkeit beſtehet aus verſchidenen Theilen, welche ſeynd: 1. Die Beyfahung 2. die Unterſuchung: Ob eine Sache peinlich ſeye, oder wenigſtens anſcheine, oder nicht? 3. Die Erkennung des peinlichen Proceſſes; 4. die Führung deſſelbigen; 5. die Dictirung der Tortur; 6. die Fällung der Urthel, und 7. deren Vollſtreckung. Nicht alle Stücke ſeynd allemal beyſammen, ſondern es gibt Collegia, Gerichte, Landſaſſen, ꝛc. welche einiges davon haben, anderes aber nicht; Und die es haben, beſizen es bald als bloſſe Werckzeuge der Gerichtbarkeit ihres Herrns, bald in eigenem Namen.

Naſſau=Saarbrücken und Wadgaſſen verglichen ſich An. 1729. alſo: „ Wegen Angriff und Auslieferung der Delinquenten, welche in einem derer Clöſterlichen Dörffer und deren Diſtricten verbrochen, und daſelbſt nicht ſo fort ergriffen werden, ſollen ſelbige von der Regierung zu Saarbrücken mit Mannſchafft, gegen Erſtattung der Captur= und Azungs=Koſten, dem Clöſterlichen Gericht und Gefängniß überlifert: Wo hingegen aus andern Fürſtlichen Landen ein Delinquent in die Cloſters=Dorffſchafften ſich retiriren würde, ſoll ſelbiger gleichfalls ausgefolgt, und die Abhohlung deſſen aus dem Ort der Gefängniß vom Herrn Prälaten gegen gleichmäßige Erſtat=

(1) in ſeinen Anmerck. aus den Teutſch. ꝛc. Recht n. 26. S. 409. ſ. H. von Selchow juriſt. Bibl. 1. Band, S. 274.

Erſtattung der Captur- und Azungs-Koſten, nicht gehindert werden.“

§. 12.

Ferner gibt es auch verſchidene Grade der peinlichen Gericht- Grade.
barkeit: Einige haben nur die erſte Unterſuchung, und müſſen ſo dann das weitere ſeiner Behörde überlaſſen: Andere können den Proceß ſelber führen und eine Urthel fällen; müſſen ſie aber von dem Landesherrn beſtättigen laſſen: Wieder Andere können zwar Urtheile fällen und vollſtrecken; aber ſelbige nicht mildern noch verwandlen, ſondern diſes kommt dem Landesherrn zu.

§. 13.

Die öffentliche Zeichen der peinlichen Gerichtbarkeit ſeynd Stock Zeichen.
und Galgen. Wer jene hat, braucht über diſe keine beſondere Belehnung, ob ſie gleich mehrmalen in denen Lehenbrieffen als ein beſonderes Recht ausgedrücket werden; wie dann hinwiederum ihrer auch in manchen Lehenbrieffen nicht namentlich gedacht wird.

§. 14.

Es gibt endlich auch noch hin und her allerley privilegirte Inſtantien in peinlichen Sachen: Derer Reichsſtände und anderer Unmittelbaren hier nicht zu gedencken, noch auch derer Catholiſchen Geiſtlichen; ſo haben dergleichen z. E. etwa die von Adel, die Geiſtliche, die dem Hofſtab oder der Landesregierung unmittelbar unterworffene Perſonen, die Univerſitäts-Verwandte, die Militar-Perſonen, gewiſſe Fremde, ſo ſich in einem Land nidergelaſſen haben, Bergwercksverwandte, u. ſ. w. von denen Herr Prof. MEISTER (1) gehandelt hat. Privilegirte peinliche Inſtantien.

Die Schleßwig-Holſteiniſche Ritterſchafft (2) drunge von 1610. an auf die Befügniß, aus ihren eigenen Mitteln ein beſonderes Criminalgericht anzulegen, vor dem ſie in peinlichen Fällen beurtheilt würden, unter dem Vorwand, daß ſie in ſolchen Sachen nicht unter dem Landgerichte ſtünden: Es wurde ihnen aber An. 1615. gänzlich abgeſchlagen: In der revidirten Landgerichts-Ordnung von 1636. hingegen wurde ſie zwar in peinlichen Fällen von dem Landgericht nicht gänzlich befreyet, jedoch, nach den Umſtänden der

(1) am angef. Ort, S. 689. u. f.
(2) H SCHOTTS Critik, 3. Band, 269. S.

der Zeit, und nach Beſchaffenheit, der Sache, die Wahl gelaſſen, entweder daſſelbe anzunehmen, oder ein eigenes Criminalgericht von 12. Edelleuten niderzuſezen.

In Oſtfrieſsland verglichen ſich der Graf und ſeine Landſtände An. 1611. „Wenn Jemand aus den Stätten, oder dem Hausmannsſtand, peinlich angeklagt, oder von Sr. Gn. inhafftiret wird, ſoll Se. Gnaden demſelben freyſtellen, daß er ſeinen Proceß vor dem Hofgericht möge formiren laſſen.“

In folgenden Zeiten wurde aber ſtarck darüber geſtritten: Ob die von Adel auch mit darunter begriffen ſeyen? welches der Fürſt nicht zugeben wollte; davon in dem Tr. von den Rechten der T. Unterthanen das mehrere vorkommt.

§. 15.

Wie zu verfahren, wann man die peinliche Gerichtbarkeit nicht hat?

Hat Jemand ein unmittelbares Gebiet, aber den Blutbann nicht darüber, und es ereignet ſich ein peinlicher Fall; ſo pfleget es ſo gehalten zu werden, daß der Beſizer den Uebelthäter in ein Gebiet eines Benachbarten, der zu dem Blutbann berechtiget iſt, bringen und ihne allda, auf ſeine Koſten, und mit Bewilligung des Orts Obrigkeit, beklagen, verurtheilen und beſtraffen läſſet.

Anno 1604 lieſſe das Stifft Kempten in eine Schrifft beym Cammergericht einflieſſen: „Auch iſt nichts neues im Land zu Schwaben, daß einer hohe und nidere Obrigkeit habe und doch des Blutbanns und der hohen Fraiſch-Zeichen in Mangel ſtehe, auf welchen Fall gleichwohl die ordentliche Obrigkeit hohe und malefiziſche Obrigkeit exerciren, aber, da ein Maleficant mit dem Schwerdt, Strick oder Rad ſoll juſtificiret werden, denſelben Uebelthäter einem Benachbarten, ſo auch hoch-fraiſchliche Signa hergebracht, zur Execution überantworten thun.“

In Kayſer Rudolfs II. An. 1609 der Reichs-Ritterſchafft in Schwaben verlihenen Privilegio über den Blutbann von 1609. wird gemeldet: Es ſeye notoriſch und landkündig, daß die freyadeliche Güter im Land zu Schwaben ꝛc. je und allwegen die hohe Obrigkeit für ſich ſelbſten und jure proprio gehabt, und die Maleficanten in ein Halsgericht, wohin ſie gewollt, ihres Gefallens haben führen und daſelbſt auf ihre Unkoſten berechtigen laſſen; es ſtehe auch in vilen Kayſerlichen Lehenbrieffen über dergleichen Güter: Daß der Beſizer den Maleficanten an andere Orte ſeines Gefallens

zur

zur Execution führen laſſen dörffte: Es ſeyen aber dabey merckliche Unkoſten aufgelauffen, und die Benachbarte hätten nicht gern mehr geſtatten wollen, die Maleficanten ohne Geleit über ihren Grund und Boden zu führen.

§. 16.

Ein Reichsſtand iſt befugt, ohne daß ihn der Kayſer daran verhinderen könnte, einem Landſaſſen, oder Statt, ꝛc. die peinliche Gerichtbarkeit Lehensweiſe, oder auch ſonſt, als ein beſonderes Vorrecht, zu überlaſſen; und ein ſolcher Befreyter kan die Ausübung diſes Rechts in ſeinem Namen wohl anderen darzu qualificirten Perſonen auftragen: Aber das Recht ſelbſten kan er nicht weiter Jemanden zukommen laſſen. Malefiz-Gericht-barkeit der Landſaßen.

Ferner kan ein Landſaß, oder eine Commun, die malefiziſche Obrigkeit auch ſonſten auf eine andere Weiſe, oder auch durch ein bloſſes altes und unfürdenckliches Herkommen, erhalten oder beſitzen.

So weit ſich nun eines ſolchen Landſaſſens oder einer ſolchen Commun Rechte in dergleichen Fällen erſtrecken, muß ſie auch bey deren ruhigen Beſiz gelaſſen werden; Doch verbleibet der Landes-Herrſchafft die Oberaufſicht, daß diſes Recht gebührend verwaltet werde.

In dem Anno 1729. zwiſchen Naßau-Saarbrücken und Wadgaſſen getroffenen Vergleich verſprache jenes: Die Landesherrſchafft wolle an Adminiſtration der Clöſterlichen criminal-Jurisdiction nicht verhinderlich ſeyn; jedoch, daß in caſu protractæ Juſtitiæ & Nullitatis &c. der Recurs an die Landesherrſchafft jedesmal unverwehrt bleibe, und darüber von Deroſelben rechtliche Erkenntniß abgefaſſet werde.

§. 17.

Es gibt ferner in gewiſſen Gegenden Teutſchlandes gewiſſe beſondere und anderwärts unbekannte Gattungen von peinlicher Gerichtbarkeit. Beſondere Gattungen.

Dahin gehörten vormals die berühmte Weſtphäliſche heimliche Gerichte, Freygerichte, Freyſtühle, Vehmgerichte, ꝛc. die nun aber in der damaligen böſen Geſtalt ſchwerlich irgendwo mehr vorhanden ſeynd. vid.

THOMASIUS (Chriſtian.) de vera origine, natura, progreſſu & interitu Judiciorum Weſtphalicorum. Halle 1711. 1732. 4. welche aber manche Zuſäze leidet. (1)

§. 18.

Cent. Abſonderlich iſt noch jezo in Francken und gewiſſen Gegenden Schwabens die Cent, oder Zent, ſehr bekannt. vid. (2)

BOEHMER (Ge. Lud.) oder Reſp. Conr. Frid. Heße, de Centena ſublimi, ſpeciatim in Landgraviatu Haſſo-Darmſtadino, ejusque vicinia. Göttingen, 1746. 4.

HALLWACHS (Joh. Conr.) de Centena illimitata, ſive territoriali, qua Judiciorum provincialium, Vogtejæ ſuperioris, aliarumque Jurisdictionis Germanicæ ſpecierum vera indoles &c. enodatur. Franckfurt und Leipzig, 1746. 4.

PRÆBES (Ge. Dan.) de injuſta Centenæ extenſione. Altorff, 1722. 4.

Eine Obſervation von Centgerichten findet ſich an unten (3) angezeigtem Ort.

Von denen Centgerichten in Heſſen hat Herr D. A. R. KOPP (4) gehandelt.

Es laſſen ſich keine allgemeine Regeln davon geben, ſondern die dißfalls entſtehende Fälle und Streitigkeiten müſſen nach denen local-Rechten und Verträgen oder doch nach denen Gewohnheiten und dem Herkommen gewiſſer particular-Gegenden, beurtheilet werden.

In dem Osn. Frid. wird Art. 5. §. 30. das Reformationsrecht der Landeshoheit zugeeignet, hingegen ſodann §. 44. geſezt: Sola criminalis jurisdictio, Centgericht, ſolumque jus gladii, -- neque conjunctim, neque diviſim jus reformandi tribuant; woraus alſo deutlich folget: Man habe nicht dafür gehalten, daß die

(1) Man ſehe auch H. MEISTERS Einleit. zu der peinl. Rechtsgel. 1. Band, 1. Hauptſt. S. 16. u. f.

(2) add. H. GRUPEN in ſeinen Anmerck. aus den Alterth. n. 27. S. 427.

(3) in den Hannover. Beytrág. 1761. S. 441.

(4) von der Heß. Gerichtsverf. 3. Stück, 3. Abth.

die Centgerechtigkeit an und für ſich und ordentlicher Weiſe die Landeshoheit begreiffe.

In weitläufftigerem Verſtand kan zwar die hohe Cent nicht nur die ganze maleſiziſche Obrigkeit, ſondern auch gar die völlige Landeshoheit, anzeigen: Aber das wird nicht präſumirt, ſondern muß erwiſen werden.

Insgemein begreifft die Cent in engerem Verſtand nur die Gerichtbarkeit über die vier Verbrechen, 1. Mord, 2. Brand, 3. Diebſtahl und 4. Nothzucht:

Hingegen wird z. E. zu Meckmühl in Würtemberg das Zentgericht abgetheilt: 1. In das burgerliche oder ſelbſt gebottene, und 2. in das peinliche oder maleſiziſche: Vor jenem werden geringe Diebſtähle, Schlägereyen, Injurien, Mord- und Zent-Geſchrey, nebſt anderen in der neuen Zent-Ordnung beſtimmten Verbrechen, vor diſem aber alle maleſiziſche Sachen, unterſucht und abgeſtraft; davon bey Herrn H. R. GERSTLACHER (1) das mehrere nachzuſehen iſt.

Von der Reichs-Ritterſchafft in Schwaben An. 1652. erhaltenen Kayſerlichen Privilegio wider den Mißbrauch der Cent und deren Erſtreckung über die vier Fälle habe ich ſchon anderwärts (2) geredet.

Von dem Unterſchid zwiſchen der hohen Fraiß oder halsgerichtlichen Obrigkeit und der hohen Cent, zumalen im Maynziſchen und Würzburgiſchen, iſt bey BECKEN (3) ein mehreres nachzuſehen.

§. 19.

Noch vil mehreres, auch hieher mit einſchlagendes, findet man bey denen ſogenannten Criminaliſten, das iſt, denenjenigen Rechtslehrern, welche von der peinlichen Rechtsgelehrſamkeit geſchriben haben: Einiges remiſſive.

Von dem Foro Delicti und Deprehenſionis, wie auch der Abfolgung der Delinquenten aber werde ich in dem Teutſchen Nachbarlichen Staatsrecht reden.

(1) l. c. p. 57. ſqq.

(2) im Tr. von den R. Ständen ꝛc. Lib. 3. Cap. 1. §. 37. pag. 1287.

(3) von der vogteyl. Obrigk. Cap. 34. p. 637.

* * *

Bürgerliche Gerichtbarkeit.

§. 20.

Bürgerliche Gerichtbarkeit.

Die civil- oder bürgerliche Gerichtbarkeit beſtehet in dem Recht, in Sachen, welche nicht peinlich ſeynd, zu erkennen und zu ſprechen, wie auch andere auſſergerichtliche Handlungen, welche in das Policeyweſen einſchlagen, vorzunehmen.

§. 21.

Wer ſie habe.

Auch diſe Gattung der Gerichtbarkeit pfleget in denen Landen, wo man von keinen Landſaſſen weißt, dem Landesherrn allein zuzuſtehen; ob gleich dieſelbe, nebſt deſſen Collegien und Beamten, auch von Magiſtraten derer Landſtätte, ja von Dorffgerichten, ausgeübet wird: Indeme dieſelbe alle ihre Gerichtbarkeit dennoch urſprünglich von dem Landesherrn her- und ihme ſolche zu dencken haben.

Indeſſen entſtehen mehrmalen Streitigkeiten darüber zwiſchen Landesherrn und deren Landſaſſen oder Communen. Z. E.

Um das Jahr 1738. hatten das Chur-Pfälziſche Ober-Amt Heidelberg und die Statt Heidelberg Streit wegen des juris conducendi ad mortem damnatos, eorumque exequendi ſententias, und gabe das Ober-Amt in beſagtem Jahr eine *in Hiſtoria*, *Jure & Facto* begründete Vorſtellung und Bitte, in Fol. heraus.

Die Chur-Braunſchweigiſche Landesherrſchafft und das Cloſter St. Michaelis in Lüneburg haben einen berühmten Streit mit einander gehabt, wegen der von dem Cloſter verlangten Jurisdictionis omnimodæ über deſſen ſämtliche Leute und Höfe, nicht weniger der Holzgerichte, ingleichem der Percipirung der Sende- oder Huren-Brüche. Die dißfalls an das Licht getrettene ſchöne Schrifften erzählet LÜNIG (1), und hat ins beſondere in einer derſelbigen behauptet werden wollen: Daß ein anmaßlicher Poſſeſſor Jurisdictionis und anderer Regalium, ſo wohl in Poſſeſſorio, als Petitorio, entweder Titulum, oder immemorialem præſcriptionem, zu dociren ſchuldig ſeye.

Die Abtißin zu Quedlingburg hatte zu Ende des vorigen und Anfang des jezigen Jahrhunderts mit dem Statt-Magiſtrat allda Streit:

(1) in der Biblioth. Deduct. Part. 1. p. 177. ſqq. Edit. Jenich.

Streit: Ob letzterem eine Jurisdictio contentioſa zuſtehe, oder nicht? (1)

§. 22.

Die bürgerliche Gerichtbarkeit hat ebenfalls mancherley Gattungen; welche entweder 1. in Anſehung der Sachen, oder 2. der Summen, oder 3. der Perſonen, oder 4. anderer Umſtände, mehr oder weniger eingeſchräncket ſeynd. Gattungen.

Ueberhaupt iſt es entweder die hohe Gerichtbarkeit in zweyter oder lezter Inſtanz, welche ordentlicher Weiſe allein dem Landesherrn gebühret; gleichwie die Gerichtbarkeit in erſter Inſtanz über die unmittelbar unter dem Landesherrn ſtehende Perſonen ihme auch allein zukommt; oder es iſt die nidere Gerichtbarkeit, welche zwar auch offt dem Landesherren zugleich nebſt der höheren zuſtehet, hingegen aber auch von Landſaſſen und Communen, (in des Landesherrns oder eigenen Namen,) ausgeübet werden kan, und allerley Benennungen hat, als: Erbgerichte, nidere Gerichte, bürgerliche Obrigkeit, Unter-Gerichte ꝛc.

An einigen Orten behauptet man auch eine Mittel-civil-Gerichtbarkeit.

§. 23.

Unter denen Fällen, worüber es in Anſehung der civil-Gerechtigkeit zu Streitigkeiten kommen kan, ſeynd beſonders zu bemercken: Fälle.

1. Ob gewiſſe Sachen oder Verbrechen zur civil-oder criminal-Gerichtbarkeit gehören? davon aber ſchon oben geredet worden iſt; ſo dann

2. Ob und in was für Fällen ein Landesherr vor ſeinen eigenen Gerichten Recht nehmen und geben dörffe, oder müſſe? welche Frage ich aber in dem Tr. von der Teutſchen Juſtizverfaſſung erörteret habe.

§. 24.

Auch die civil-Gerichtbarkeit hat ihre gewiſſe beſondere Theile, welche zwar, zumalen bey einem Landesherrn, ordentlicher Weiſe beyſammen ſeynd, aber doch auch getrennet werden können; da z. E. zuweilen einem benachbarten Reichsſtand einiges dabey, Krafft Verträge oder Herkommens, zuſtehet, mithin dem Landesherren abgehet; Theile.

z. E.

(1) v. LüNIGS Bibl. Deduct. Part. 3. p. 12. ſq. Edit. 1745.

z. E. in Reichsſtätten, wo Reichsvögte oder Reichsſchultheiſſen ſeynd; davon aber in dem T. Nachbarlichen Staatsrecht das mehrere nachzuſehen iſt.

§. 25.

Grade. Es gibt auch höhere und nidrigere Grade der bürgerlichen Gerichtbarkeit, und es kan ſo wohl die hohe als nidere civil-Gerichtbarkeit in einem Land oder Ort bald mehrere, bald wenigere, Stücke unter ſich begreiffen; darum ſich abermalen auch davon keine allgemeine Reglen geben laſſen, ſondern alles nach denen local- oder doch provincial-Rechten und Herkommen zu beurtheilen iſt.

Vilerley von diſer Materie, beſonders nach dem in Ober-Schwaben üblichen Herkommen, belehret

ERTELS (Ant. Wilh.) Praxis aurea de Jurisdictione inferiore, civili & baſſa. Augſpurg, 1721. 4.

Was in der angeblichen Braunſchweigiſchen Conſtitution Herzogs Julii zur Nidergerichtbarkeit gezählet werde, haben wir ſchon vorhin vernommen.

BECK (1) rechnet zu der heutigen Nidergerichtbarkeit 1. die Cognition über alle civil- und Geld-Sachen, welche nur privat-Perſonen Nuzen oder Schaden betreffen, 2. die Unterſuch- und Beſtraffung aller geringen Verbrechen, oder Frevel, 3. die Huldigung der Unterthanen gegen den Gerichts- oder Vogtey-Herrn, 4. die Beſtellung einer bürgerlichen Gefängniß, 5. die Obſicht über Gewicht, Maaß und Ehlen, 6. den Kirchweyhſchuz, 7. die Sezung der Marckſteine und andere Ausmarckungen, 8. die Frohndienſte, Robold und Schaarwerck, 9. den Beyſiz bey jährlicher Aufnahm der Kirchenrechnungen, 10. die Mühlſchau, 11. die Aufrichtung gemeiner Dorffſchulen, 12. allerley gemeine Gebott und Verbott, 13. die Obſicht über die Dorffehehafften, als über Tafern, Gemeindbad, Mühl und Schmitten, 14. die Aufſtellung eines Richters, Amtmanns und anderer gemeinen Bedienten, 15. die jährliche Feuerſchau, 16. das Streiffen auf allerhand loſe Leute, 17. die Zuſammenruffung der Gemeinds-Unterthanen, 18. die Aufnehmung der Gemeindsrechnungen,

(1) von der vogteyl. Obrigk. Cap. 25. §. 4. p. 413.

gen, 19. die Beſtraffung am Geld wegen allerley bürgerlichen Verbrechen und Frevel, 20. die Andictirung allerhand bürgerlicher Schandſtraffen, 21. die Aufſtellung der Vormüuder, 22. die Aufrichtung einer Inventur, 23. die Sigel- oder Fertigungs-Gerechtigkeit, 24. die Ertheilung Compaßbrieff und allerhand gerichtlicher Urkunden, 25 die Haltung eines Gerichts- oder Amts Protocolls, 26. das Hausſuchungsrecht, 27. das Pfandrecht, 28. das Einziehgeld, 29. die Nachſteuer oder Freygeld, wo es alſo hergebracht, 30. die Aufrichtung eines Teſtaments vor ſizendem Gericht, 31. die Gantproceß, 32. die Aufrichtung einer offenen Schießhütten, 33. die Aufſtellung allerhand Handwercker ohne Zunfft, 34. die Ausübung eines gerichtlichen Proceſſes, 35. die Aufſtellung der Feldmeſſer und anderer Schazmänner, 36. die Ausruffung des Fridgebotts, 37. die Sezung einer Anlag oder Steuer in gewiſſen Gemeinds-Nothwendigkeiten, 38. das Recht, ſicher Geleit und Schuz am Ort zu geben, 39 die Oeffnung der Kirchhöfe, 40. die Forderung des Waidegelds, Hirtengelds, der Walperkühe, Rauchhüner und Forſthabers, 41. den Angriff der Verbrecher, um ſie dem Centherrn auszuliefern, 42. den Vorkauff in denen von den Unterthanen zu Marckt tragenden Victualien, 43 die Anhaltung der Unterthanen, dem Gerichtsherrn vor Andern in gleichem und billigmäßigen Lohn zu arbeiten, 44. die Verſtattung der Durchführung der Maleficanten, und Ertheilung der Revers- und Geleitsbrieffe, 45. den Zwang, ſich der Herrſchafftlichen Schencken und Mühlen zu bedienen, wo es alſo hergebracht 46. das Recht der Leibeigenſchafft, wo es eingeführt.

Was die Fränckiſche nidere Reichsſtände für Verbrechen und andere Gerechtſame zur nideren und vogteylichen Obrigkeit ehedeſſen gerechnet haben, kan man auch beym BECKEN (1) nachſehen.

§. 26.

Eine beſondere Gattung der bürgerlichen Gerichtbarkeit iſt auch in verſchidenen Reichslanden, abſonderlich in Francken und Schwaben, die Vogtey, oder Vogtey-Herrſchafft. Vogtey.

Herr

(1) l. c. pag. 650. ſqq.

Herr Prof. HEUMANN meldet (1): Laborem inextricabilem fere ſubit, quisquis de Vogtheia ſolide inſtituit commentari. Tam varia hujus vocis ſignificatio, tam varii mores deprehenduntur.

Es ſeynd davon heraus:

BECK (Joh. Jod.) Tr. von der ohnmittelbaren vogteylichen Obrigkeit. Nürnberg, 1738. 4.

Er rechnet dahin: Die Erbhuldigung und Landpflicht; die Macht, Landrecht und Landesordnungen zu machen, wie auch allerhand offentliche Edicte und Mandaten anzuſchlagen; das Recht, obrigkeitliche Perſonen zu verordnen und abzuſchaffen, Dicaſteria und Gerichte aufzurichten, und Appellationen anzunehmen, wie auch die vor dem Unterrichter anhängige Sachen zu avociren; das Recht, Canzleyen und Archive aufzurichten, und Landes-Viſitationen anzuſtellen; das Recht, Gewicht, Maaß und Ehlen anzuordnen, wie auch den Preis der Waaren zu ſezen, ingleichem Handel und Wandel einzurichten; die geleitliche Obrigkeit, das Streiffen und den ſalvum conductum; das Recht, allerhand Privilegien zu ertheilen, die Miſſethäter zu begnadigen, und Ehrloſe wieder ehrlich zu machen; das Recht, Aſyla oder Freyſtätte aufzurichten, Burgfriden mitzutheilen, und Monopolia zu conſtituiren; das Recht, unehlich gebohrene Kinder zu legitimiren, Notarios zu creiren, denen Minderjährigen die Volljährigkeit zu geben, und den Eyd ad effectum agendi zu relaxiren; das Recht, Moratorien zu ertheilen, gemeine Märckte und Kirchweyhen aufzurichten, auch Repreſſalien vorzunehmen; das Recht, Juden und allerhand Handwercker aufzunehmen, Handwercksʒünffte anzuordnen, und ſelbige wiederum aufzuheben; das Recht, fremde Perſonen zu Burgern, Innwohnern und Unterthanen aufzunehmen, das Burgerrecht oder den Schuz wiederum aufzukünden, und denen Unterthanen den Landesherrlichen Schuz zu leiſten; das Recht, Contributionen und Steuren anzulegen, auch Nachſteuer und Abzug zu erforderen: das Recht des Acciſes und Umgeldes, wie auch das Tafernen und Weinſchankrecht; das Fluß- und Mühlrecht; das Recht über die Berg- Metal- und Salzwercke, auch vergrabene Schäze; das Recht der Landfrohnen und die fiscal- Gerech-

(1) de Charact. Super. territ. §. 35.

Gerechtigkeit; Reiß und folge, wie auch das Recht, Soldaten zu werben, Muſterungen anzuſtellen, denen Unterthanen Wehr und Waffen aufzulegen, und denenſelben ſolche wiederum abzunehmen; das Recht der Einquartierung, Zeughäuſer und Caſernen aufzurichten, Stätte, Schlöſſer und Flecken zu beveſtigen, Beſazungen einzulegen; auch von denen Unterthanen die Wachten zu forderen; das Recht, Bündniſſe einzugehen und Geſandte zu ſchicken; das Jus circa Sacra; die Nidergerichtbarkeit und forſtliche Obrigkeit; die Zent, hohe Maleſiz und fraißliche Obrigkeit; ſo dann die Jurisdictionem voluntariam. Der Verfaſſer ſezet aber viles als ausgemacht voraus, von dem erſt zu erweiſen wäre, daß es zur Vogtey gehöre.

addantur:

von CRAMERS (Joh. Ulr. Freyh.) Abhandlung von der general-unmittelbaren Vogteylichkeit und derſelben Würckung, der Erbhuldigungspflicht; in ſeiner Nebenſt. 68. Th. 1. S.

SÜNDERMAHLER (Joh. Jac. Joſ.) de inſigni Superioritatis territorialis & Juris vogtetici differentia. Würzburg, 1741. 4.

WILLIUS (Joh. Jac.) de juſtis Jurisdictionis Vogtejæ attributis, inprimis in Franconia. Altorff, 1736. 4.

Auch gehören hieher;

Rechtliche Deduction und Erörterung der Frage: Ob das jus affigendi Literas patentes, inſonderheit auch gegen die Zigeuner- und Herrenloſes Geſindlein, der Cent- und Fraiſch- oder vilmehr der Vogtey- und territorial-Herr, ſich mit Beſtand Rechtens zuzueignen habe? 1724. fol.

Der Reichsritterſchafftliche ROESLER ware der Verfaſſer.

WERNHER (Joh. Balth.) de jure affigendi publice Mandata Vogthejæ immediatæ contra Centenam aſſerto. Witteberg, 1727. 4. Jena, 1746. 4.

Ueberhaupt kan man ſo vil ſagen, daß die Vogtey der Cent entgegen geſezet werde: Wie weit ſich aber ſonſt ihre Gränzen erſtrecken? davon läſſet ſich nichts allgemeines beſtimmen.

So dann iſt freylich ein groſſer Unterſchid zwiſchen dem Vogtey-Recht eines Unmittelbaren und eines Landſaſſens: Da jener Niemand über ſich hat, als den Kayſer und die Reichsgerichte; ſo be-

 greiffet

greiffet die Vogtey alle Regalien in civil-Sachen unter ſich, in ſo ferne kein Dritter darzu berechtiget iſt; eines Landſaſſens Vogtey-Recht hingegen beſtehet in einer Art von Erb-oder Nider-Gerichtbarkeit.

An. 1766. 20. Nov. meldete der Reichs-Hofrath in einem in Sachen der Reichs-Ritterſchafft in Schwaben Bezircks Hegau contra die von Enzbergiſche Unterthanen ꝛc. an die Kayſer-Königl. obriſte Juſtiz-Stelle erlaſſenen Inſinuato: Daß die nidere Gerichtbarkeit oder Vogteylichkeit bey denen der unmittelbaren Reichs-Ritterſchafft collectablen Gütern von je her die territorial-Gerechtigkeit involviret habe; dagegen ſolche der hohen Gerichtbarkeit oder Cent beyderley Gütern niemals anklebe. (1)

Zu einiger Erläuterung diſer Materie dienet auch folgender: Extract Kauff-Brieffs zwiſchen Oettingen und dem Teutſchen Orden über das Dorff Pföfflingen; d. d. 1717. 23. Oct.

- ꝛc. Verkaufft und zu kauffen gegeben haben, - - - 2. die general- und immediat-Vogteylichkeit, auch vollkommene Dorffs- und Gemeinds-Gerechtigkeit, ſo vil Uns daran competiret, mit allen davon abſtammenden Würckungen, als da ſeynd die Erb-Huldigungs-Pflicht der Unterthanen, die Aufnahm und Abhörung der Heiligen- und Gemeinds-Rechnungen, Beſtell- und Beeydigung der Dorff-Führer, Burgermeiſter und Mößner, Ergänz- und Beſtättigung des Gerichts, Aufführung des Untergangs zu Dorff und Feld, Verpflichtung der Hirten, Nacht-Wächter, Fluhrer, und anderen gemeinen Diener, Aufführung des Kirchweyh-Schuzes, und Abwandlung aller darbey vorgehenden Frevel, Feuer- und Mühl-Beſchau, Beſorgung gemeiner Dorff-Schul, Aufnehmung des Schulmeiſters, doch in Eccleſiaſticis Uns dardurch ohnvorgriffen, Aufſtellung allerley Handwercker, Obſicht über die Dorffs-Ehehafften, Diſpoſition über Maaß, Ehl und Gewicht, Abeychung der Meſſereyen, Beſtellung der Vormunder, Errichtung der Inventuren und Teſtamenten, Sigill- oder Förtigungs-Gerechtigkeit, und andere gerichtliche Urkunden und Protocolla, Haus-Suchungs- und Pfand-Recht, Vergantungen, Einzieh-Nach-Steuer, oder Frey-Geld, die Sezung einer Anlag in gewiſſen Gemeinds-Nothwendigkeiten, Beſtraf-

(1) add. den Tr. von der Landeshoh. überh. Cap. 4. und 22.

Beſtraffung der Frevel innerhalb Dorff und Fluhr-Etters, und Abhandlung in Gemeinds-Sachen vorkommender Strittigkeiten, Gebott und Verbott, welchem auch ausherrliche Unterthanen zu gehorchen ſchuldig, ohnausgeſchlagen, was ſonſten gedachter vogteylicher Dorff- und Gemeinds-Gerechtigkeit anhängig ſeyn mag und kan, ſo, daß zu Diſtinguirung deren vogteylichen Fällen von jenen, ſo zur Fraiſchlichen Obrigkeit gehörig, und Uns mithin vorbehalten bleiben, der Receß de 1694. ſo wohl, als auch der hierinnfalls mehrers erläuterte neu-errichtete Receß de An. 1717. beſtändige Maaß und Ordnung ſezen und geben ſolle.“

Ein Beyſpil, wie Cent- und Vogtey-Herrn mit einander ſtreitig werden können, kan diſes abgeben (1): In dem Dorf Hermannsdorff haben die Grafen von Caſtell die Cent, und die von Holzſchuher geſtehen ihnen ſelbige in denen vier hohen Fällen und Rügen zu: Die von Holzſchuher hingegen haben die Vogtey, und Krafft ſelbiger geſtehen die Grafen ihnen zu, die Rechte: 1. Ein Hirtenhaus zu bauen, 2. einen Hirten und 3. Burgermeiſter anzuordnen, 4. die Beherbergung des liederlichen Geſindels, 5. das Schänden und Schmähen, wie auch 6. das Fluchen, zu verbieten, 7. die Marcken durch Stauden oder Plöcke zu beſtimmen, 8. die verhinderte Wäſſerung der Wieſen herzuſtellen, 9. das Uebermähen, 10. das Schänden aus Büberey und 11. den veränderten Lauf des Miſtwaſſers zu verbieten, 12. zu gebieten, daß die Hüner zu Haus behalten werden, 13. die Marckſteine im Holz aufzuſuchen, 14. die Ueberackerung, wo kein Rain und Stein, zu unterſuchen, 15. die Steinſezung zu verfügen, und 16. in Schuldſachen zu cognoſciren.

Streitig aber ſeynd noch: 1. Die Unterſuchung und Beſtrafung aller geringen Frevel und Verwundungen überhaupt, 2. beſonders die Beſchüzung der Kirchweyhe, und was deme anhängig; als a) die Ausruffung des Fridgebots, b) das Schenck- Eichmaas, c) Standgeld von Krämern und Spiltiſchen, d) Tänze zu erlauben, e) die auf der Kirchweyh entſtehende Frevel und Schlägereyen ſelbſt zu ſtrafen, f) die Centfällige aber zu arreſtiren und der Cent auszulifern.

(1) v. mein R. Staatshandb. 2. Theil, 539. S.

§. 27.

Hofmarks-gerechtigkeit.

In Bayern und der obern Pfalz iſt ſonderlich die Hofmarcks-Gerichtbarkeit und die aus der Edelmannsfreyheit ſich herſchreibende Gerichtbarkeit ſehr berühmt: Beyde beſtehen in einer gewiſſen beſtimmten Art der Nider-Gerichtbarkeit.

Ganz kurz ſchreibet davon der Freyherr von KREITTMAYR (1): Die Hofmarcksgerichte hafften realiter auf den Gütern, beruhen urſprünglich auf der Ottonianiſchen Handfeſte de An. 1311. dann der von An. 1506. und der erklärten Landesfreyheit von An. 1516. Die hingegen, welche in Krafft der Edelmannsfreyheit nur auf den einſchichtigen Baurengütern ex Privilegio perſonali exerciret werden, leiten ſich aus dem 60ſten Freyheitsbrieff de An. 1557. her, welcher durch das Decret von An. 1641. in vilen Stücken erläutert worden iſt.

Umſtändlicher handelt er davon in denen Anmerckungen über den *Codicem Bavaricum judiciarium Cap 1. §. 21. p. 31, ſqq.*

Herr von CHLINGENSPERG aber hat einen ganzen Tractat *de jure Hoffmarchiali* geſchriben.

§. 28.

Andere beſondere Gattungen.

Sodann ſeynd noch vilerley andere nur hier und da übliche Gattungen von Gerichtbarkeit in Teutſchland zu finden; bey denen ich mich aber nicht aufhalten kan, ſondern nur diſes gar wenige davon melden will.

Es ſagen die Fränckiſche nidrige Reichsſtände in einem Aufſaz (2): In Francken iſts gar bräuchlich und gemein, daß offt 10. 12. oder mehr Herrſchafften Theil und Leute in einem Flecken oder Dorff wohnen haben, und hat ein jeder die vogteyliche Obrigkeit und baſſam Jurisdictionem über ſeine Unterthanen; darnach ſo hat etwan der Herrſchafft eine die Zent, oder hohe Obrigkeit und Geleitsſtraſſen, hoch Wildbann auf allem; darnach hat etwan eine Herrſchafft die Dorffherrſchafft und gemeinliche Händel auf allen; item etwan eine Herrſchafft die geiſtliche Jurisdiction und pfarrliche Gerechtigkeit auf allen ꝛc.

Von

(1) im Comp. Cod. Bavar. judic. Cap. 1. §. 21. p. 428.
(2) BECK l. c. pag. 657.

Von der particular-Vogteylichkeit, oder der mit Thür und Angel beſchloſſenen Vogtey handelt BECK (1).

Von der Dorff- oder Gemeindherrſchafft iſt heraus:

TEUFFELS (Chriſtoph. Wilh.) Diſſ. de Jurisdictione Communitatis, ſive in res Univerſitatis, die Dorff, oder Gemeind-Herrſchafft und Gemeind-Recht. Altorff, 1719. 4.

Von diſer Dorffherrſchafft iſt auch ein mehreres bey BECKEN (2) zu leſen, welcher aber erinnert, es lige vil am Herkommen; dann es nicht überall gleich gehalten werde.

Eine kurze Nachricht von denen heut zu Tage üblichen Forſt- und Jagd-Gerichten lifert die unten (3) angezeigte Stelle.

Von Holzgerichten hat Herr Vicecanzler STRUBEN (4) gehandelt.

Vile andere Gattungen von particular-Gerichtbarkeiten erzählet HALLWACHS (5).

§. 29.

Zuweilen haben verſchidene Landesherrn gewiſſe Gattungen von Gerichtbarkeiten mit einander gemeinſchafftlich. Z. E. *Gemeinſchafftliche Gerichtbarkeit.*

In Holſtein ſtehen die Prälaten und Ritterſchafft mit ihren Gütern unter der gemeinſchafftlichen Königlichen und Herzoglichen Gerichtbarkeit; die Stätte hingegen nicht.

In Mecklenburg wird die Conſiſtorial- und Hofgerichts-Jurisdiction in beyder Herzoge zu Schwerin und Streliz Namen gemeinſchafftlich verwaltet.

§. 30.

In manchen Landen haben die Regierungen oder Juſtizcanzleyen, ſodann die Hof- oder Landgerichte eine concurrirende Jurisdiction; da es mithin in eines Klägers freyem Belieben ſtehet, wohin er ſich wenden will. *Concurrirende Gerichtbarkeit.*

add.

(1) von der vogteyl. Obrigk. Cap. 28. p. 484.

(2) l. c. pag. 657.

(3) des Forſtmagaz. 10. Band, 303. S.

(4) in ſeiner rechtl. Bedenck. 3. Theil, n. 116. S. 392.

(5) de Centen. illimit. in Prooem. p. 2. ſqq.

add. Cap. 3. §. 32. und

von CRAMER (Joh. Ulr. Freyherr) von der Gerichtbarkeit, welche Hofgerichten und Regierungen in ſolchen Sachen, die verlezte oder ſtrittige Landesherrliche Gerechtſame betreffen, concurrenter zuſtehet; in ſeinen *Opuſc. Tom. 3. n. 12. p. 293.*

Ja ſo gar concurriret das Kayſerliche Landgericht in Schwaben mit denen in ſeinem Bezirck geſeſſenen Reichsſtänden ordentlicher Weiſe; wie anderwärts mit mehrerem zu ſehen iſt.

§. 31.

Colliſion der Gerichtbarkeit.

Da es aber ſo ſehr vile beſondere Gattungen von Gerichtbarkeiten in Teutſchland gibt, und ſelbige groſſentheils auf keinen geſchribenen, vilweniger allgemeinen, Rechten, ſondern auf particular-Herkommen, Verträgen, Freyheiten, Lehenbriefen, Ordnungen u. ſ. w. beruhen; ſo iſt es kein Wunder, daß mehrmalen zwiſchen der geiſt- und weltlichen, hohen und nideren, eigenthümlichen und lehenbaren, privilegirten und nicht privilegirten ꝛc. Gerichtbarkeit Streitigkeiten entſtehen.

Ob die in das Contributionsweſen einſchlagende Zehendſachen vor die geiſtliche- insbeſondere vor die Officialat-Gerichte gehören? hat der Freyherr von CRAMER (1) unterſucht.

addatur:

REINHARTHS (Tob. Jac.) Diſſ. de colliſione ſeu conflictu, qui inter Jurisdictionem allodialem & feudalem ratione Controverſiarum circa Feudum in foro occurrit. Erfurt, 1730. 4.

Ejusdem Diſs. de duarum vel plurium Jurisdictionum in una eademque cauſa conflictu. Allda, 1732. 4. und Jena, 1748. 4. allwo alles auf die Prävention geſezet wird, welches aber die Sache nicht erſchöpfet.

Insbeſondere iſt von diſen Colliſionen der maleſizziſchen landgerichtlichen Lehens- geiſtlichen Geleits- Jagd- und Vogteylichen Gerechtſamen nachzuſehen, was die Grafen, Herrn, Reichsritterſchafft und Stätte in Francken im 16den Jahrhundert gegen die höhere Stände geklagt haben (2).

Man

(1) in ſeinen Nebenſt. 35. Theil, 30. S.

(2) v. GOLDASTS polit. R. Händel, p. 990. und BECK von der vogteil. Obrigk. p. 630.

Man ſehe auch des Tr. von der Landeshoheit in Regierungsſachen 2tes Cap. und hernach Cap. 3. §. 39.

§. 32.

Von Prorogirung der Jurisdiction ſiehe KEMMERICH (Diet. Herm.) Diſſ. de Prorogatione Jurisdictionis. Witteberg, 1727. 4. Prorogirung der Jurisdiction.

Von Prorogirung der Jurisdiction derer höchſten Reichsgerichte habe ich bereits anderswo (1) gehandelt:

Es iſt alſo hier nur die Frage: Ob und wie ferne derer Reichsſtände Unterthanen, ohne Wiſſen und Willen ihrer Landesherrn, eines ſonſt incompetenten Richters Jurisdiction prorogiren können?

Ich halte es mit H. KEMMERICH, welcher (2) ſchreibt: An Subditis liceat, prorogando Jurisdictionem, Exterorum Judicio ſe ſubjicere? dubium. In fraudem Domini & Lege prohibente id fieri haud poſſe, certum eſt: Extra hos caſus vero Prorogatio per conventionem Contrahentium licita eſſe videtur, quod & uſus comprobat.

Sodann iſt auch ein ſehr groſſer Unterſchid: Ob die ſtreitende Parthien die Jurisdiction eines auswärtigen oder innländiſchen Landesherrlichen Gerichts prorogiren wollen? Letzteren Falles entſtehet ordentlicher Weiſe dem Landesherrn kein Nachtheil daraus, die Sache mag vor diſem oder jenem ſeiner Gerichte verhandelt oder entſchiden werden: Ein anderes aber wäre es, wann z. E. eines Landſaſſens Jurisdiction wollte prorogiret werden: Und ſo kan ein Landesherr auch ſonſt ſeine Urſachen haben, warum in gewiſſen Fällen keine Prorogation der Jurisdiction Plaz greiffen ſolle. Z. E.

Anno 1724. 25. Oct. verordnete der König in Preuſſen: Daß zwiſchen Teutſchen und Franzöſiſchen Gerichten keine Prorogatio Jurisdictionis ſtatt finden ſolle.

Jngleichem iſt ein groſſer Unterſchid, ob ich mich ausdrücklich, oder ſtillſchweigend, nemlich ipſo facto, einer anderen Gerichtbarkeit unterwerffe: Dann wann ich anderwärts, als wo mein ordentlicher und eigentlicher Gerichtsſtand iſt, contrahire, oder delinquire, und

(1) in dem Tr. von der Teutſch. Juſtiz-Verfaß.

(2) in Introd. ad Jus publ. Lib. 7. Cap. 5. §. 20. p. 1451.

und man meiner allda habhafft werden kan, mache ich mich eben dadurch des Richters ſolchen Orts Gerichtbarkeit unterwürffig, ohne daß ich, oder mein Landesherr, etwas dagegen ſagen könnten, weil lezterer es gegen fremde Unterthanen eben ſo hält.

§. 33.

Privilegia de non evocando.

Der Kayſer ſelbſt ſolle, vermöge ſeiner Wahl-Capit. Art. 18. §. 3. 4. keinen Reichsſtändiſchen Unterthanen von ſeinen ordentlichen Rechten dringen, erfordern, oder vorbeſcheiden, ſondern einen jeden bey der erſten Inſtanz und deren ordentlichen unmittelbaren Richtern verbleiben laſſen: Noch vilweniger alſo darf ein Reichsſtand ſeines Mitſtandes Unterthanen evociren, oder vor ſich laden, davon anderwärts (1) nachzuſehen iſt.

In der Nider-Lauſiz iſt das Kayſerliche Privilegium de non evocando, mit Genehmhaltung der Landſtände, An. 1687. auf vier gewiſſe Provocations-Fälle, nemlich 1. ex *L. ſi contendat*, 2. ex *L. diffamari*, 3. in Litis denunciationibus und 4. Confrontationibus limitiret worden: Die connexitas cauſæ aber will nicht mit unter denen nachgelaſſenen Evocations-Fällen paßiret werden.

§. 34.

Beſonders wider die nidere.

In Schwaben seynd vile Reichsſtände noch mit dem Rothweiliſchen Hofgericht, wie auch denen Schwäbiſchen Landgerichten, geplagt, welche gewiſſermaſſen mit ihnen eine concurrirende Gerichtbarkeit haben: Doch haben ſich die Gröſſere davon frey gemacht, und es gibt zweyerley Gattungen von Privilegien dagegen: 1. Exemtions-Freyheiten in denen ordinari-Fällen, 2. auch in denen ſonſt reſervirten oder Ehehafft-Fällen.

§. 35.

Und die höchſte R. Gerichte.

Endlich ſo haben zwar die höchſte Reichsgerichte mit denen Reichsſtänden durchaus keine gemeinſame oder concurrirende Gerichtbarkeit, noch ſollen die Reichsgerichte denen Reichsſtändiſchen Gerichten eingreiffen; doch dörffen 1 die Reichsgerichte in gewiſſen Fällen der Reichsſtände Unterthanen in erſter Inſtanz für ſich laden; 2. dörffen aller Reichsſtände Unterthanen ordentlicher Weiſe von denen gerichtlichen Sprüchen ihrer Landesherrn ſich an ein höchſtes Reichsgericht wenden; auſſer a) in gewiſſen Fällen, oder b) wenn

(1) im Tr. Nachbarlichen Staatsrecht.

wann ein Reichsſtand von dem Kayſer insbeſondere dagegen privilegiret iſt.

§ 36.

In dem Tr. von den höchſten Reichsgerichten desgleichen in dem Tr. von denen Rechten derer Unterthanen wird von manchen bißhero berührten Materien mehrers geredet werden; Mehreres remiſſive.

Auch kommt in dem nächſtfolgenden Capitel verſchidenes hieher mit-gehöriges vor.

Drittes Capitel.

Von denen Juſtiz-Collegiis und Gerichten.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Vor-Erinnerung. §. 3. Recht, Gerichte zu beſtellen. §. 4. Schuldigkeit. §. 5. Einſchränckung durch die Landes-Verträge. §. 6. Concurrenz der Landſtände. §. 7. Der alten Gerichte Erhaltung, §. 8. und Abänderung. §. 9. Errichtung neuer. §. 10. Der Gerichte Zahl. §. 11. Gattungen. § 12. Nidere Gerichte. §. 13. Höhere Gerichte. §. 14. Gerichtsperſonen. §. 15. Deren Zahl. §. 16. Chefs. §. 17. Der übrigen Gerichtsperſonen Gattungen. §. 18. Ernennung. §. 19 Eigenſchafften. §. 20. Deren Verſicherung. §. 21. Verpflichtung §. 22. Nebendienſte. §. 23. Amtsdauer. §. 24. Auſſerordentliche Beyſizer. §. 25. a. Aſſeſſores auſcultantes. §. 25. b Subalternen. §. 26. Advocaten ꝛc. §. 27. Notarien. §. 28. Der Gerichte Zeit, §. 29. Ort, §. 30. Eröffnung, §. 31. Bäncke, §. 32. Concurrenz, §. 33. Wählung des Fori, §. 34. Subordination, §. 35. Gerichts-Zwang, §. 36. in Anſehung der Perſonen, §. 37. der Sachen, §. 38. und der Grade. §. 39. Colliſionen. §. 40. Eingriffe. §. 41. Landesherrliche Beſchwerden über die Gerichte. §. 42. Perhorreſcirung.

rung. §. 43. Anſehen. §. 44. Beſoldung, ꝛc. §. 45. Betragen im Amt. §. 46. Norm. §. 47. Avocationen ꝛc. §. 48. Viſitationen. §. 49. Erlaſſung. §. 50. Schlieſſung der Gerichte. §. 51. Gemeinſchafftliche Gerichte. §. 52. Gerichte der Landſaſſen. § 53. Commißionen. §. 54 Juſtiz-Beamte. §. 55. Mehreres remiſſive.

§. 1.

Schriff-ten. Hieher gehörige Schrifften:

BERGER (Joh. Henr.) de judiciariis Cancellariarum Prærogativis. Witteberg, 1708. 4.

BOCRIS (Joh. Henr.) de indole ac natura Judiciorum Germaniæ, tam antiquorum, quam recentiorum, ad ſtatum Juris publici moderni ſuccincte explicata. Bamberg, 1749. 4. Hat nichts eigentlich hieher gehöriges.

COCCEJUS (Henr.) de reviſoriis Judiciis, cum in genere, tum in ſpecie Statuum Imperii. Heidelberg, 1687. 4. und in ſeinen *Diſſert.*

HERTIUS (Joh. Nic.) de - - Judiciis in ſpecialibus R. G. J. Rebuspublicis. Gieſſen, 1 : : 4. und in ſeinen *Opuſc.*

le PETIT (Franc. Guil.) Diſſ. de origine, fatis ac progreſſu Curiarum provincialium. Leipzig, 1769. 4. v. Schotts Critic, 2. Band, 62. S.

RUDLOFF (Wilh Aug.) von der Aehnlichkeit der deutſchen Hofgerichte mit dem Kayſ. und Reichs-Cammergerichte. Bützow, 1769. 4. v. H. Schott *l. c.* 3. Band, 627. S.

STRUBE (Dav. Ge.) de Statibus provincialibus, ſuperiorum Dicaſteriorum Adſeſſoribus; in ſeinen *Obſervat. Jur. & Hiſtor.* Edit. ſec. *Art.* 5.

SÜNDERMAHLER (Joh. Jac. Joſ.) Diſſ. de formato Principis Dicaſterio non recuſabili; in ſeinen *Opuſc. n.* 1.

Von Cölln.

Tr. de Jurisdictionibus Colonienſibus &c. (intra & extra Coloniam, tum in Electoratu, tum Metropoli Colonienſi.) Wezlar, 1751. 4.

Von

Von Oeſterreich.

BANNIZA (Joſeph Leon.) vollſtändige Abhandlung von den ſämtlichen Oeſterreichiſchen Gerichtsſtellen. Wien, 1767. 8. v. Deutſch. Bibl. Anh. *p. 562.*

Von Sachſen.

BECK (Caſp. Ach.) Diſſ. 1. de Curiis provincialibus Saxonicis. Jena, 1720. 4. Enthält meiſt andere Dinge.

- - - Progr. de Curiarum provincialium Saxonicarum Jurisdictione, qua ratione in cauſis etiam criminalibus fundata ſit. ib. 1732. 4.

- - - de Jurisdictione Curiarum provincialium Saxonicarum in cauſis ad Politiam ſpectantibus. ib. eod. 4.

- - - de Exemtione Academiarum à Jurisdictione curiarum provincialium. ib. 1733. 4.

WABST (Chr. Gottlob) hiſtoriſche Nachricht von des Churfürſtenthums Sachſen und derer dazu gehörigen Lande jezigen Verfaſſung der hohen und nidern Juſtiz. Leipzig, 1732. fol.

Von Braunſchweig.

GRUPEN (Chriſt. Ulr.) Obſ. de origine & progreſſu Judiciorum Curiæ in Terris Brunsvico-Lüneburgicis, von den Hofgerichten, und de Judiciis provincialibus, von den Landgerichten; im Anhang zu ſeinen *Diſcept. forenſ.*

MASCOVS (Godofr.) Notitia Juris & Judiciorum Brunsvico-Lüneburgicorum, reſp. Oſnabrugenſis & Hildeſienſis. Göttingen, 1738. 8.

Von Heſſen.

KOPPS (Carl Phil.) ausführliche Nachricht von der ältern und neuern Verfaſſung der geiſtlichen- und civil-Gerichten in den Fürſtlich-Heſſen-Caſſeliſchen Landen. 1ſten hiſtoriſchen Theils 4. Stücke. Caſſel, 1769. 1770. 4. v. H. Schotts Critick 1. Band, S. 616. 3. Band, 440. S. H. von Selchow. juriſt. Bibl. 3. Band, S. 448. 727.

Von Hildesheim.

Siehe unter: Braunſchweig.

Von Lüttich.

Eine Notitia Judiciorum Patriæ *Leodienſis*, una cum nonnullis aliis Adjunctis ad rei judiciariæ apud Leodienſes informatio-

nem ſpectantibus, findet ſich bey des Herrn von LUDOLFS *Jure Camerali, Append. 8. p. m. 135. ſqq.*
Eine plenior Notitia Judicii viginti duorum iſt bey dem Freyherrn von CRAMER (1) anzutreffen.

Von Mecklenburg.

KRAFFTENS (Joh. Pet.) Herzoglich-Mecklenburgiſche Land- und Hofgerichts-Hiſtorie, ſtehet in *Ungnadens Amœnit. dipl. hiſt. jurid.* im 6. 7. 8 und 9ten Stück.

Von Oßnabrück.

Siehe unter: Braunſchweig.

Von Pommern.

BALTHASAR (Auguſtin von) hiſtoriſche Nachricht von denen Landesgerichten und derſelben Ordnungen im Herzogthum Pommern, ſonderlich Königl. Schwediſchen Antheils, und ſelbigem incorporirten Fürſtenthum Rügen. 1ſter Theil. Greifswalde, 1733. 2ter, ibid. 1737. fol.

§. 2.

Vor-Erinnerung. Da ich in meinem Tr. von der Teutſchen Juſtiz-Verfaſſung bereits allerley hieher mit einſchlagendes gemeldet habe; ſo will ich mich forderiſt hierauf bezogen haben:

Und ſo iſt auch manches in dem Tr. von der Landeshoheit in Regierungs-Sachen und in denen nächſt vorhergehenden Capiteln geſagte auch in diſer Materie zu gebrauchen.

§. 3.

Recht, Gerichte zu beſtellen. Aus der Landes-Hoheit, und des, Krafft derſelbigen, einem unmittelbaren Reichsſtand zuſtehenden Regierungs-Recht ſeines Landes oder Gebietes, flieſſet die Befügniß, in ſolchem Land oder Gebiet, nach deſſen Beſchaffenheit und Erforderniß, hohe und nidere Gerichte anzuordnen, um zwiſchen denen mit einander in irgend einigem Streit befangenen Unterthanen rc. rechtliches Erkenntniß ergehen zu laſſen, ſelbige Gerichte zu beſtellen, ihnen vorzuſchreiben, was für Sachen an jedes derſelben gehören ſollen, oder nicht, wie in denen Rechts-Sachen zu verfahren ſeye, in welcher Ordnung und wie man ſich auf ein höheres Gericht beruffen könne, oder nicht, u. ſ. w.

Von

(1) Obſ. 747. Tom. 2. Part. 2. p. 413.

Von des Hauſes Oeſterreich Rechten, civil- und criminal-Gerichte auszuüben, handelt Herr D. SCHROETTER (1) ſchlecht: Was er auch von dem Jure de non evocando & de non appellando meldet, gehöret nicht hieher.

Uebrigens können ſich allerley Fälle ereignen, da wegen der Ausübung diſes Rechts Verträge auch zwiſchen Herrn von einerley Haus errichtet werden können. Z. E. bey Theilungen können ſich die verſchidene Linien bald vergleichen, diſes Recht dadurch einzuſchräncken, indeme ſie gemeinſchafftliche Gerichte belieben, (2) wodurch alſo jedem Herrn die Macht benommen wird, in ſeinem Landesantheil eigene dergleichen Gerichte zu beſtellen.

Andere Herrn hingegen haben bey eben dergleichen Theilungen ſich vorbehalten, daß ſie, jeder in dem ſeinigen, ſolcherley Gerichte anſtellen können, Z. E.

In dem Erbvergleich beeder Fürſtlich-Badiſcher Linien von 1536. wurde beliebt: Jede Linie ſolle ein beſonderes Hofgericht anlegen; jedoch mit Beybehaltung der alten Ordnungen.

§. 4.

Aber es iſt auch eines Landesherrns Schuldigkeit, in ſeinem Land oder Gebiet benöthigte Gerichte zu beſtellen, und ſelbige, ſo vil möglich, mit Perſonen, ſo der Sache gewachſen ſeynd, zu beſezen; wobey alles anſchläget, was ich ſchon Cap. 1. gemeldet habe. add. hernach §. 9. Schuldigkeit.

In denen Oſtfrieſiſchen Irrungen floſſe An. 1688. 1. Oct. in ein Kayſerliches Decret ein: „Und wird der Landesfürſt, obrigkeitlichen Amts-wegen, Sorge zu tragen wiſſen, damit die Juſtiz an beeden Orten (bey der Hofcanzley und Hofgericht,) gewiſſenhafft, und den Rechten und der Hofgerichts-Ordnung gemäß, adminiſtriret werde.“

An. 1747. 22. Aug. erkannte der Reichs-Hofrath: „Reſcribatur denen beyden Herrn Gebrüdern, Fürſten zu Salm-Leuze, des Innhalts: Es ſeye bey Ihro Kayſerl. Maj. des mehreren vorgekommen, was in Anſehung des Gerichts Beſtellung zu Kyrn, ſo wohl

(1) in ſeiner 4ten Abhandl. aus dem Oeſterr. Staats-Recht p. 106. ſqq.

(2) ſ. §. 51.

wohl von weyl. Ihro Kayſerl. Maj. Carl dem VII. glorw. Ged. den 15. Dec. 1744. als auch dem Rheiniſchen Reichs-Vicariat den 6. Aug. 1745. proviſorie verordnet, und von beyden Theilen darauf verhandelt worden: Gleichwie nun Ihro Kayſerl. Maj. die Beſtellung diſes biß auf vier Perſonen abgeſtorbenen Gerichts höchſt-nöthig befindeten; alſo wollten Allerhöchſt-Dieſelbe denen Herrn Impetraten aufgegeben haben, die ihnen in termino (turno) zukommende Beſtellungen der 1. 2. 5. und 6. abgegangenen Gerichtsperſonen, wobey Dhaun den 3ten und 4ten diſer ad ejus turnum gehörigen Leute mit zu beſtellen hätte, proviſorie, & jure utriusque Partis proceſſuque Mandati ſalvis, dergeſtalt zu thun, daß Sie ſo wohl, als Dhaun, die beſte und tauglichſte aus denen von allen noch lebenden vier Gerichts-Perſonen vorgeſchlagenen Subjectis, ſie möchten gleich majora oder minora Vota haben, herausnehmen und jeder die Seinige ſo fort, dem Herkommen gemäß, ohne weitere Verzögerung, beſtättigen und einſezen ſollten. "

In Sachen: Yſenburgiſche Unterthanen des Gerichts Gründau gegen Yſenburg-Meerholz, erkannte der Reichs-Hofrath An. 1751. 12. Oct. Da Impetrat, nach dem Zeugniß des Commiſſariſchen Protocolls, ſich zu Beſezung des Schöffengerichts mit 8. oder allenfalls mehreren Perſonen, dann Beyſezung eines Geſchworenen aus jedem Dorff, ſelbſt anerbotten: Gleichwol hierinnen biß dahin nichts befolget hat; als wird demſelben diſe bezeugte ungebührliche Verzögerung und offenbarer Ungehorſam nicht allein ernſtlich verwiſen, ſondern auch die vollkommenſte unverzügliche Erfüllung nochmalen aufgegeben.

§. 5.

Einſchränckung durch Landes-Verträge.

Je mehr aber dem gemeinen Weſen, und einem jeden in ſeinem Theil ins beſondere, an guter, ſchleuniger und unpartheyiſcher gerichtlicher Juſtiz-Adminiſtration gelegen iſt; um ſo mehrers ſeynd auch in denen meiſten Landen, wo es Landſtände hat, dieſelbige darauf bedacht geweſen, die Landesherrliche Gerechtſame in diſem Stück durch Landes-Verträge u. d. ſo einzuſchräncken, daß die Verwaltung der Gerechtigkeit nicht in eine willkührliche Freyheit, darinn nach Gefallen und Affecten handlen zu können, ausſchlagen möge; wie die folgende Beyſpile beweiſen werden.

Wann

Wann auch von einem Regenten dennoch dagegen gehandelt worden iſt, wurde es als eine derer hauptſächlichſten Landes-Beſchwerden angeſehen, und, wann bey dem Herrn keine Abſtellung zu erhalten ware, wurde es mehrmalen an denen Reichsgerichten eingeklagt, auch allda Hülffe dagegen mitgetheilet.

§. 6.

Concurrenz der Landſtände.

Ja in verſchidenen Teutſchen Landen haben es die Landſtände dahin gebracht, daß Einige aus ihrem Mittel mit in denen höchſten Gerichten des Landes ſizen, um deſto beſſer beobachten zu können, daß nichts gegen die Landes-Verfaſſung und unpartheyiſche Gerechtigkeit vorgehen möge; davon obige Schrifft Herrn Viceeanzler STRUBENS nachzuſehen iſt, auch unten §. 18. ein mehreres vorkommt.

Erſtgedachter Herr Viceeanzl. STRUBE ſchreibt (1): „Daß den Bremiſchen Land-Ständen an der Richterlichen Gewalt ein groſſer Theil zuſtehe, wollten ſie noch Anno 1662. behaupten, und lieſſen ſich in einen ihre Gravamina enthaltenden Memorial folgender Geſtalt vernehmen: „Vermöge kundbahren Herkommens ſeyn hiebevorn die Erz-Biſchöfliche Beamte allein in liquiden Sachen zu richten und zu exequiren bemächtiget, und wann jemand über ihren Spruch ſich beſchwehret, denſelben an das ordentliche Land-Gericht (welches der Landes-Fürſt jährlich in jedem Amt einmal durch den Land-Droſten und Land-Räthe halten, darinn die Streit-Sachen entſcheiden, und der Delinquenten Strafen determiniren, auch dazu allemal die Guths-Herren ohnweigerlich admittiren, und um Siſtirung ihrer Gerichts freyen Meyer ſchrifftlich requiriren laſſen) zu remittiren ſchuldig geweſen, wovon ferner die Appellationes an das Ober-Landgericht ergangen.

„Wie auch die aus den Ständen erwählte Pommerſche Land-Räthe cauſas Principum & privatorum beurtheilet haben, lehret das Jus publicum Pomeraniæ Cap. 9 p. 461. Cap. 15. pag. 493. in LUDEWIGII Reliqu. MSS. Tom. 9. und die Hof-Gerichts-Ordnung des Königl. Preußiſchen Pommern diſponiret Tit. 31. §. 6. von denen zwiſchen den Landes-Herrn und Unterthanen entſtandenen Irrungen folgender Geſtalt: „Es ſoll die Sache

(1) von Regier. u. Juſtizſach. S. 13.

Sache für unſere zum Gericht verordnete Räthe, denen wir in diſem Fall die Eyde, damit ſie uns verpflichtet, erlaſſen wollen, gerichtlich, bis zum endlichen Beſchluß ausgeübet, und nach Beſchluß der Sachen durch die Gerichts-Räthe, und die ſo von der Landſchafft beſchriben, oder von unſerm Gegentheil zu adjungiren gebethen, in derſelben Sache vor ſich, oder mit Rath Rechts-Gelehrter, was recht und billig, ertheilet und geſprochen werden. “

An einigen Orten haben dergleichen Landſtändiſche Gerichtsperſonen auch eine eigene Banck; Z. E. bey dem Würtembergiſchen Hofgericht zu Tübingen iſt 1. eine adeliche, 2. gelehrte und 3. Landſchafftliche Banck, welche leztere mit vier Burgermeiſtern aus vier Stätten beſezet iſt, die zugleich Mitglidere des Engeren Landſchafft Ausſchuſſes ſeynd.

Wann die Landſtände auch ſonſten wegen der Gerichte etwas zu erinneren haben, ſtehet ihnen frey, ſolches dem Landesherrn vorzuſtellen, der auch, nach Befinden, Rückſicht darauf zu nehmen hat.

Die Braunſchweig-Wolfenbütteliſche Stände haben, nach der Obſervanz, die Freyheit, etwas an gebührender Hinwiederbeſezung der Canzley und des Hofgerichts, wo es nöthig, zu erinnern, per Rec. de An. 1601. §. 36. add. Acta de An. 1643. m. Nov.

Herr von TESSIN (1) rechnet unter die Landes-Ständiſche Gerechtſamen in Pommern: Judicium, und ſchreibt davon: Hic ordines interveniunt tam in ordinandis certo loco ac reformandis ſupremis dicaſteriis.

L. A. de an. 95, §. 11. daß an einem orte und ſonderlich allhier zu Wolgaſt &c. H. O. in præfat. auf unterthänig anſuchen und bitten unſer Landſchafft und mitreifem rath &c. & in tit. p. m. pr. ibi:

Dieſe unſere Gerichts-Ordnung und wie dieſelbe künftig mit gemeinem rathe geendert und gebeſſert &c. & in tit. von haltung dieſer Ordnung, ibi: doch beybehaltig, daß wir und unſere Erben dieſelbe jederzeit nach gelegenheit durch gemeinen zeitigen rath verendern, vermehren und verbeſſern mögen. Receſs. Wollin. a deputatis utriusque provinciæ 23. Jun. an. 19. factus §. 13. fürs andere,

(1) in Jur. publ. Pomer. Suec. in Herrn von LUDEWIGS Reliqu. Mſtor. Tom. 9. p. 460.

re, das Juſtizweſen. Reſolutio ordinum prima in conventu 23. Jul. an. 26 Wolgaſti data §. 14 zu adminiſtration der Juſtiz diſes orts. werden gnug ſeyn, & Replica Principis 26. Jun. relata §. 15. gleichfals ſeyn J. F. G. geneiget, was wegen Beſtellung &c. & L. A. de an. 26. §. 16. was wegen admin. der Juſtiz &c.

Quam in judicandi munere, quod exercent per conſiliarios provinciales, vel quos princeps ex ordinibus vocat, non ſolum in cauſis privatorum,

L. A. de an. 92 §. 17. wann ſichs &c. H. O. tit. 1. §. 18. ſo wollen wir auch &c. p. 14.

ſed etiam Principum in judicio Auſtregarum.

In Würtemberg ſtellten die Landſtände An. 1520. vor: „Des Hofgerichts halb: Nachdem Prälaten und gemeiner Landſchafft an Haltung und Vollziehung deſſelbigen merklich und hoch gelegen; ſo iſt unſere demüthige und unterthänige Bitt, daß ſolches fürterhin im Land mit ehrlichen, frommen, verſtändigen und geſchickten Perſonen vom Adel und der Landſchafft beſezt; doch daß ſie mit Doctorn nicht überſezt, daß man auch die Fürſprechen in den Urtheilen laß abtretten, und Jahrs zum mindeſten viermal Hofgericht gehalten werd.“

Die Reſolution darauf lautete: „Diſen Articul haben Wir auch zugeben.“

Diſes wurde in der Beſtättigung der Landesfreyheiten von 1551. wiederhohlt.

Und in dem Landtags-Abſchid von 1739. §. 54. wurde verſprochen: „Wir wollen .. die Veranſtaltung machen und Sorge tragen, daß Unſer Fürſtlich Hofgericht zu Tübingen, (als ein theures und hochſchäzbares Kleinod Unſeres Fürſtlichen Hauſes,) nicht nur allein mit tüchtigen, frommen, gelehrten und unverläumdeten Perſonen nach deſſen Fundation beſezt, ſondern auch jährlich regulariter zweymal gehalten werden, und dabey Unſerm Vormundſchafftlichen Hofrichter aufgeben, die Beſchleunigung der Proceſſe auf alle mögliche Weiſe zu beſorgen, und dadurch viles Seufzen der armen Clienten zu verhüten.“

In der Marck Brandenburg (1) iſt vormals gar das Hof-

 und

(1) Aus GERCKENS Diplom. vet. March. H. von SELCHOW in ſeiner juriſt. Biblioth. 2. Band, 339. S.

und Landgericht der Landſchafft überlaſſen geweſen, und Churfürſt Joachim Friderich verſtattete der Landſchafft im Jahr 1599. ſo offt es hinfüro die Nothdurfft erforderen werde, das Richteramt, doch auf vorhergehende Landesherrliche Verwilligung, mit einer Adels-Perſon zu beſezen, und derſelben einen Aſſeſſor zu adjungiren; jedoch, daß ſie jederzeit dem Landesherren präſentirt und mit Pflichten verwandt werden, und die Beſtättigung ſuchen.

Es können ſich auch Fälle ereignen, in welchen auſſerordentlicher Weiſe denen Landſtänden mehr eingeraumet wird, als worzu ſie ſonſten berechtiget ſeyn. Z. E.

Als es An. 1747. um die Wiederbeſezung der vacanten Präſidentenſtelle bey dem Mecklenburgiſchen Land- und Hofgerichte zu thun ware, erforderte der Kayſer den 11. Aug. der Ritter- und Landſchafft Bericht und mit nöthigen Atteſtaten belegtes Gutachten: Dem Kayſerlichen Commiſſario in Mecklenburg aber wurde zu gleicher Zeit reſcribirt: Ihro Kayſerl. Maj. hielten die Wiederbeſezung der vacanten Präſidenten- wie auch anderer Land- und Hofgerichts-Stellen, zu Beförderung der heilſamen Juſtiz im Lande, von ſolcher Wichtigkeit, daß Allerhöchſt-dieſelbe ohne zuvorher von der Tüchtig- und Geſchicklichkeit, auch gutem Betragen und Juſtizliebe, derer hierzu in Vorſchlag kommenden Perſonen genauere Erkenntniß und Teſtimoniales zu haben, die Ertheilung der Confirmation für höchſt bedencklich halten müßten: Die nöthige Zeugniſſe und Nachrichten aber könnten Ihro Kayſerl. Maj. nirgendwo anders her, als von Ritter- und Landſchafft, erhalten; es ſey alſo mit ſolchen Berichts-erforderungen gar nicht darauf angeſehen, denen Landesfürſtlichen Juribus Abbruch zu thun; ſondern, da der Herr Commiſſarius vor erſt, und ſo lang der Herr Herzog Carl Leopold am Leben ſey, kein anderes Recht zu Erſezung ſolcher Stellen habe, als ihme von Kayſerlicher Maj. aufgetragen worden, Ihro Kayſerl. Maj. aber demſelben nur committirt hätten, tüchtige Perſonen in Vorſchlag zu bringen, alsdann aber fernerweite Kayſerliche Reſolution zu erwarten, ehe und bevor er die vacante Stellen wieder beſeze; alſo lauffe weder wider ſeine, noch auch gegen des Landesregentens Rechte, wann, ſo lang der Herr Herzog Carl Leopold ſich nicht beſſer begreiffet, und Kayſerlichen Verordnungen gehorſamet, Ihro Kayſerl. Maj. der Ritter- und Landſchafft Meinung und Zeugniß zuvor erforderten, ehe

und

und bevor Allerhöchſtdieſelbe Dero würckliche Entſchlieſſung wegen Wiederbeſezung ſolcherley Stellen geben, und ihme, Herrn Commiſſario, die Vollziehung auftragen: Jhro Kayſerl. Maj. würden aber, ſo bald, als der abgeforderte Bericht von Ritter- und Landſchafft einkomme, mit ſchleuniger allerhöchſter Reſolution, damit die GOtt wohlgefällige Juſtiz im Lande befördert werde, nicht entſtehen.

Hinwiederum aber müſſen auch die Landſtände hierinn nicht zu vil herausnehmen wollen; oder ſie werden widrigen Falles in ihre Schrancken gewiſen. Z. E.

In denen Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten ſprache der Kayſer An. 1597. „Der Ritterſchafft und Landſtände Begehren, daß ſie im Hofgericht Beyſizer an- und abſezen, alſo auch eine Viſitation haben möchten, hat nicht ſtatt; ſondern bleibt beym 2ten und 4ten Titul der Hofgerichts-Ordnung.“

Der Fürſt zu Oſtfrießland bate ferner An. 1691. am Reichs-Hofrath: Daß die Landſtände ſamt und ſonders, (mithin auch das Collegium Aſſignatorum & Deputatorum,) die hohe auch nidrige Fürſtliche Gerichte, und die dazu beſtellte Bediente, nicht beeinträchtigen, denenſelben ihren gebührenden Lauff laſſen, deren Jurisdictionen nicht turbiren, noch confundiren, vil weniger ſich wider die Fürſtliche obrigkeitliche an das Hofgericht in puncto Juſtitiæ und Beſtellung der Hofgerichts-Perſonen abgehende zeitliche Befehle directe oder indirecte legen ſollen ꝛc.

Und der Kayſer reſolvirte darauf: Bey dem 10den Gravamine werden die Landſtände ermahnet, denen Fürſtlichen Ober- und Nider-Gerichten ihren gebührenden Lauff zu laſſen, und dererſelben Jurisdiction keineswegs zu turbiren.“

§. 7.

Ins beſondere ſeynd die Landſtände hin und her darauf bedacht geweſen, von ihren Landesherrſchafften ſich einzubedingen, daß die bereits vorhandene, beſonders höhere, Gerichte in dem Land in ihrem dermaligen Stand und Verfaſſung erhalten werden ſollen. Der alten Gerichte Erhaltung

In denen Oſtfrieſiſchen Concordaten von 1599. liſet man: „Iſt ferner betrachtet worden, welcher geſtalt Unſer (des Grafens) vilgeliebter Herr Vater, Chriſtmilder Ged. vor etlichen Jahren, auf unterthäniges Anhalten der Landſtände, ein Gräfliches Hofgericht

in diſen Landen, zu deſto ſchleunigerer Fortſezung der lieben Gerechtigkeit, angeſtellet, demſelben gewiſſe Ordnung vorgeſchriben, nach deren ſich Hofrichter und Aſſeſſoren, auch ſonſten Jedermänniglich, der vor demſelben Recht zu geben und zu nehmen, in bürgerlichen Sachen zu achten; welches Hofgericht die Röm. Kayſerliche Maj. ꝛc. nicht allein gnädigſt beſtättiget, ſondern auch in mehrangeregter Reſolution in unterſchidenen Articuln erläutert und erkläret. Darauf haben Wir den geſammten Landſtänden bey diſer Landtags-Propoſition gnädig unter anderm vorgehalten, daß Unſer endlicher Vorſaz, Gemüth und Meinung ſey, bey der Fortſezung und Erhaltung des Hofgerichts beſtändig zu verharren; wie Wir dann bald im Eintrit Unſerer Regierung die Hofgerichts-Perſonen in Unſere Gelübde genommen, ſie auf die Ordnung und Kayſerliche Reſolution verwiſen, und, dem Hofgerichte ſeinen ſtracken Lauff zu laſſen, befohlen haben. "

Denen Vor-Pommeriſchen Ständen wurde von der Cron Schweden An. 1663. verſprochen: Daß die ordentliche Dicaſteria, als das Hof- und geiſtliche Conſiſtorial-Gericht, auf Weiſe und Maaſe, wie ſie allbereits hiebevor in der Hofgerichts, und Kirchen-Ordnung, wie auch Conſiſtorial-Inſtruction, und andern diſer Lande Fundamental-Sazungen und ſonderbaren Gewohnheiten und Privilegien, fundirt, und auf jezige Zeiten mit gemeinem Rath accommodirt, verbleiben, und in ſolchem Stande, daß ſich ſamtliche Einwohnere dabey keines Mangels oder Abgangs zu beklagen haben, gelaſſen werden ſollen.

Des Cloſters Arnſtein Kirchſpil, Winden und Weinähr, beklagten ſich bey dem Cammergericht (1): Es ſeyen von unfürdencklicher Zeit alle Klag- und andere Sachen an das daſige Dorffgericht gebracht worden: Nun aber ziehe der Prälat alles vor ſeinen Amtsverweſer, laſſe die Schöpfenſtellen unbeſezt, und wolle alſo das Dorffgericht ganz und gar aboliren. Es kamen allerley Gründe für und wider das landesherrliche Recht, die Gerichtsverfaſſung abzuändern vor; endlich aber erfolgte doch die Urthel, aus beſonderen Gründen, An. 1752. dahin: Es werde dem Abten aufgegeben, das Dorffgericht zu Winden und Weinähr, nach dem bißherigen Herkom-

(1) in ſeinen Nebenſt. 69. Th. 64. S.

kommen und der in Actis vorgebrachten Beſtellung, durch den von ihme anzuordnenden Schultheiß und die darzu (auf vorgängige Präſentation,) wählende Schöpfen bekleiden und vertretten zu laſſen.

Wo aber ein Herr durch Landes-Verträge oder ſonſt, ungebundene Hände hat, handelt er darinn nach freyem Belieben.

Es werden übrigens auch wohl alte in Stillſtand oder Abgang gerathene Gerichte wieder erneuert. Z. E.

Als das Chur-Sächſiſche Hofgericht zu Wittenberg im 16den Jahrhundert bey damaligen Kriegsläufften eingegangen ware, hat Churfürſt Moriz daſſelbe auf Anſuchen der Landſchafft erneuert, und ihme An. 1550. eine neue Ordnung gegeben.

Im Stifft Hildesheim ware in älteren Zeiten ein Hofgericht vorhanden, gienge aber hernach ab: Wegen deſſen Wieder-Aufrichtung wurde An. 1630. 1645 und 1652. auf denen Landtägen gehandelt, und es in letzterem Jahr würcklich eröffnet; davon bey Herrn V. E. STRUBEN (1) das mehrere zu finden iſt.

Ein gemeinſchafftliches Rheingräfliches Ausſchreiben von 1561. wegen Wiedereröffnung des verfallen geweſenen Rheingräflichen Hofgerichts, iſt an unten (2) angezeigtem Ort zu leſen.

§. 8.

Ferner: In ſo ferne es der beſonderen Verfaſſung eines Landes nicht entgegen iſt, hat der Regent freye Hände in Anſehung der Abänderung alter Gerichte Verfaſſung; es geſchehe nun ſelbige in Anſehung der Perſonen, oder des Gerichts-Zwangs, oder der Sachen, oder der Norm, wornach ſie ſprechen ſollen, oder auf was für eine andere Art ſonſten eine andere Einrichtung gemacht werden kan und will. Und Abänderung.

So ſeynd unter der Kayſerin Königin Mariä Thereſiä Regierung gar vile Abwechsl- und Veränderung in denen Gerichten derer Oeſterreichiſchen Erblande vorgenommen worden; davon in Herrn BANNIZA Abhandlung von den ſämmtlichen Oeſterreichiſchen Gerichtsſtellen; Wien, 1767. 8. manches zu finden iſt.

Z. E. *p. 42.* §. 52. meldet er: „ Im Jahr 1749. wurde die Gerichtbarkeit der Nider-Oeſterreichiſchen Regierung durch eine Landesfürſt-

(1) von Regier. und Juſtiz-Sach. pag. 27. ſqq.
(2) in meinem Teutſch. Staatsarch. 1751. 4. Theil, 18. S.

desfürſtliche Verordnung um einen ſehr groſſen Theil vermehrt; ꝛc welches er ſodann umſtändlicher erzählet.

P. 45. ſagt er: An. 1762. ſeye das Nider-Oeſterreichiſche Mercantil- und Wechſel-Gericht von der Nider-Oeſterreichiſchen Regierung abgeſondert, und ein beſonderes Wechſel-Gericht wieder aufgerichtet worden.

P. 51. ſq. erzählet er die Geſchichte des Obriſt-Hofmarſchalliſchen Gerichts: Anfangs habe der Obriſt-Hofmarſchall bey vorfallenden Streitigkeiten etliche Kayſerliche Räthe zu Rath gezogen: Nachmals habe es Kayſer Leopold zu einer ordentlichen Juſtizſtelle erhoben; in welchem Stand es verblieben, biß 1749. da diſes Gericht aufgehoben und der Nider-Oeſterreichiſchen Regierung einverleibt, An. 1763. aber wieder in ſeinen vorigen Stand überſezet worden ſeye; u. ſ. w.

Das ehemalige Nider-Oeſterreichiſche Landmarſchalliſche Gericht bekame An. 1764. auch eine ganz andere Einrichtung, und wird nun das Kayſerl. Königl. Nider-Oeſterreichiſche Landrecht genannt. Das mehrere davon findet man bey H. BANNIZA (1).

Die Oſtfrieſiſche Stände hingegen klagten An. 1619. denen General-Staaten: Daß, vermöge Kayſerlicher Reſolution Art. 4. ohne der Ritterſchafft und Landſtände (und alſo derſelbigen einhellige) Bewilligung keine Veränderung beym Hofgerichte, und was demſelben anhängig, vorzunehmen ſeye; derowegen auch dergleichen Vorſchläge, welche der Graf An. 1615. bey dem Landtage thun laſſen, und per directum & indirectum mit denen Abſchiden ſtreiten, hinfüro zu unterlaſſen habe.

Die General-Staaten reſolvirten: Es könne der Graf das Hofgericht nicht veränderen, ohne der Ritterſchafft und Landſtände Zuthun; vermöge Art. 4. der Kayſerlichen Reſolution: Wie aber diſe zu verſtehen ſeye, ſolches erhelle aus dem Art. 42. derer Concordaten, und Art. 4. und 52. der Hofgerichts-Ordnung.

Der Graf replicirte: Daß Er keine Veränderung in dem Hofgericht, ohne gemeinen Conſens der Stände und des Kayſers Belieblung zu machen mächtig ſeye, das ſeye in confeſſo; nemlich, ſo vil das Corpus Judicii, die Perſonen und Locum betreffe, und vermö-

(1) l. c. p. 33. ſq.

vermögen es die Kayſerliche Receſſe und Reſolution ausdrücklich; er, der Graf, könne auch nicht beſchuldiget werden, daß er darinn einige Veränderung gemacht: Es ſeye aber ein groſſer Unterſchid, Veränderungen zu machen, und mit einem oder anderm Stand: Ob mit Nuzen oder Vortheil des Landes eine Veränderung gemacht werden könne? zu reden und zu communiciren, und ſolches hernacher den allgemeinen Ständen vorzutragen. Solches mißbilligen die General-Staaten gar nicht, laſſen auch, aus den angezogenen Texten, dem Grafen zu, mit Rath und Zuziehung des Hofrichters und Aſſeſſoren, alle ſolche Ordnungen zu verfaſſen, welche zu ſchleuniger Expedition und Beförderung der Juſtiz dienlich; und ſolches ohne Einrede und Gegenſprechen der Landſtände, inſonderheit deren, welche diſe Articul concinniret und zuſammen gebracht hätten.

§. 9.

Mit Beſtell- und Anordnung neuer Gerichte hat es eben diſe Beſchaffenheit: Errichtung neuer

1. Nemlich hat ein Landesherr ordentlicher Weiſe die Befugniß, darinn nach Gefallen zu verfahren: An manchen Orten aber leidet ſolches die Landes-Verfaſſung nicht, ſondern die Landſtände müſſen ſolchen Falles auch mit beygezogen werden.

In Chur-Sachſen wurde An. 1547. auf dem zu Leipzig gehaltenen Land-Tage beſchloſſen: Daß das Ober-Hofgericht allda beſtellet werden ſolle. (1)

Anno 1709. wurde von dem König in Preuſſen zu Berlin ein Orangiſches Tribunal oder Appellationsgericht angeordnet, und ſelbigem die Appellationen aus dem Meurſiſchen, Tecklenburgiſchen und Lingiſchen angewiſen.

Anno 1713. wurde das Ravensbergiſche Appellationsgericht mit dem Tribunal zu Berlin verbunden:

Und An. 1716. geſchahe mit dem Orangiſchen ein gleiches.

Anno 1720. wurde zu Cöslin in Hinter-Pommern ein neues Hofgericht angeordnet.

In der Chur-Braunſchweigiſchen Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung von 1712. Eingang wird gemeldet: „Und wie Wir

(1) MüLLERS Sächſiſch. Annal. pag. 109.

Wir nun, nach reiſſer Ueberlegung diſes hochnöthigen Wercks, auch vorgepflogener Communication und Berathſchlagung mit Unſeren ſämtlichen getreuen Prälaten, Ritter- und Landſchafften, ein ſolches Supremum Judicium, unter dem Namen Unſers Ober-Appellations-Gerichts, würcklich beſtellen laſſen.“

In einem Reichs-Hofraths-Concluſo von 1761. 23. Maji wird eines Bambergiſchen neu-aufgeſtellten Vormundſchafftlichen oder Pupillar-Appellations-Gerichts gedacht.

In dem Braunſchweig-Wolfenbütteliſchen können auſſer der Fürſtl. Canzley, dem Hofgericht und Conſiſtorio, keine neue Tribunalia im Land angerichtet werden, per Rec. de An. 1601. §. 40.

Erzbiſchoff Chriſtofs zu Bremen, des Domcapituls und der Landſtände, wie auch der Stätte Bremen, Stade und Buxtehude, Receß von 1517. darinn das Bremiſche Hofgericht angeordnet worden iſt, findet ſich bey Herrn CASSEL (1).

Daß die Schwediſch-Vor-Pommeriſche Landſtände bey Errichtung des Appellations-Gerichts zu Wißmar Antheil gehabt haben, erhellet aus der Beſchreibung, wie ſelbiges An. 1653. eröffnet worden iſt (2).

Ueberhaupt gehören z. E. alle Wechſelgerichte, wo dergleichen vorhanden ſeynd, unter die Anſtalten neueres Zeiten.

2. Landesherren ſeynd aber auch ſchon zuweilen, gewiſſer maſſen, wider Willen angehalten worden, neue Gerichte anzuordnen. z. E.

In denen Streitigkeiten zwiſchen den beyden damals regierenden Grafen zu Oſtfrießland floſſe in einen Kayſerlichen Commiſſions-Receß von 1588. ein: „Wann auch von der Landſchafft zum öfftern geſucht, und ohne das die höchſte Landzier und Nothdurfft iſt, daß die heilſame Juſtiz wohl beſtellt und vorgeſetzt werden möge: Und zu deren Behuf nichts nützlicher, als ein wohlbeſtelltes Hofgericht, angeordnet werden kan; ſo haben auch ferner beyde Grafen und Gebrüdere Sich jezo alſobald vereiniget, daß Sie - - auf Montag poſt Michaelis, wird ſeyn der 30. Sept. ſchierkünfftig, zu dem Behuf einen Landtag in der Statt Emden halten, und, mit Zuthun

(1) in ſeiner Bremenſ. 1. Band, 1. Stück, n. 4. a. S. 112.
(2) v. LüNIGS Theatr. Cerem. Tom. 2. p. 1397.

Zuthun der Landſchafft, auf Perſonen, Unterhalt, und was ferner darzu nöthig, gedencken, und eine Hof-Gerichtsordnung berathſchlagen wollen, damit daſſelbe Juſtitienwerck aldann, nebſt göttlicher Verleyhung, löblich beſtellet und angeordnet werden möge. “

Darauf erkannte der Kayſer An. 1589. „ Wann auch zu Erhaltung gutes Fridens und Regiments nichts nützlichers und nöthigers ſeyn kan, als daß die heilſame Juſtiz wohl beſtellet, und gleichmäßig, auch förderlich, adminiſtriret werde, ſolches auch die gemeine Stände der Grafſchafft Oſtfrießland mehrmals geſucht und begehret haben; ſo iſt darum Jhrer Kayſerlichen Majeſt. Meynung und Befehlich, daß gedachte Gebrüdere, Grafen zu Oſtfrießland, die Bewilligung und Zuſage, ſo ſie von wegen Anordnung eines wohlbeſtellten Hofgerichts jüngſtlich den Kayſerlichen Commiſſarien gethan, förderlichſt ins Werck ſezen, ſich der Perſonen, Unterhalts, Orts und Ordnung, ſamt andern Nothwendigkeiten, zu ſolchem Hofgerichte gehörig, ohne länger Verziehen, (wofern es anders nicht allbereit geſchehen,) fürderlich vergleichen, und alſo Männiglich, ſo das begehret und nothdürfftig iſt, beyde in pein- und bürgerlichen Sachen, Juſtiz adminiſtriren und wiederfahren laſſen; wie ſie das vor GOtt dem Allmächtigen und Kayſerlicher Majeſtät auch gemeinen ihren Landſtänden, zu verantworten getrauen. “

Und in dem Emdiſchen Executions-Receß von 1590. liſet man: „ Wann auch ferner beyde Gräfliche Theile ſich nochmals gutwillig erkläret und erboten, vermöge Kayſerlichen Abſchides, ein wohlbeſtellt Gräflich Hofgericht anzuordnen, darum auch die von der Landſchafft ganz innſtändig gebeten und angehalten: Und denn ſolch Werck beyden Herrn Grafen, (als der von GOtt des Orts verordneten Obrigkeit,) eigentlich zugeſtanden; wie auch Kayſerlicher Majeſt. Abſchid Denſelben ſolches ausdrücklich auferlegt; ſo ſind auch über Verfaſſung deſſelben etlich vil Tage zugebracht, und iſt endlich, vermittelſt göttlicher Verleyhung, gehaltenem Rath, und mit Beliebung des anweſenden Ausſchuſſes der ſämtlichen Ritter- und Landſchafft, auf Perſonen, die darzu gebraucht, auf Sachen, die daran gehören, dann auch auf einen Proceß und Ordnung, deren allenthalben gefolget werden ſoll, geſchloſſen worden, auf Weiſe und Maaß, wie die deswegen begriffene ſchrifftliche Ordnung mit B. notiret, ſolches weiter ausführet. “

Diſe derer Grafen Edzards und Johanns zu Oſtfrieſland Hofgerichts-Ordnung von 1590. findet man an unten (1) angezeigtem Ort.

Endlich wurde das Hofgericht Anno 1593. 11. Aug. durch eine Kayſerliche Commißion würcklich eröffnet:

In dem Executions-Receß heißt es unter anderem: „Nebenſt diſem hat auch wohlgemeldter Graf Edzard zu Oſtfrieſland eine Proteſtation und deroſelben einverleibte Declaration, wie mans genant, fürbringen laſſen, dahin gerichtet: Daß durch ſothane Anſtellung des Hofgerichts Sr. Gnaden, (weil Sie ein Stand des Reichs,) an Dero Reputation, Landes-Hoch- und Obrigkeit, Praeeminenz und Autorität, nichts abgehen oder abbrüchig ſeyn ſollte; immaſſen auch Dieſelbe aus Dero Gräflichen Canzley Befehliche und andere Mandata wollte nach Sr. Gnaden Gefallen, ungehindert des Hofgerichts, abgehen, Sich auch ſelbſten dem Hofgerichte nicht unterwerffen, ſondern an gehörigen Orten ſich beſprechen laſſen, auch die Befehlhabere und Beamte in ihren Sachen und Verwaltungen, auſſerhalb perſonal- und eigener Verwirckung oder Handlung, vertretten ꝛc. Weil aber ſolch Fürbringen eines Theils dem ausdrücklichen buchſtäblichen Innhalt des 19den Tituls in Dero mit Gräflicher Hand und Secret beveſtigter Hofgerichts-Ordnung zuwider gelauffen, anders Theils auch uns der Kayſerlichen Commißion erinnert, nemlich mit keinen verzüglichen Einreden und Diſputationen uns aufhalten oder irren zu laſſen; als iſt ſolche Proteſtation nicht angenommen, ſondern verabſchidet: Daß wir, als ſubdelegirte Kayſerliche Commiſſarien, nicht auf Proteſtationen, ſondern auf Vollſtreckung Kayſerlicher Commißion abgefertiget und befehliget, wüßten dieſelbige auch, der einmal angenommenen Gräflich-verſigelten und unterſchribenen Hofgerichts-Ordnung von neuem einzuverleiben, nicht zu geſtatten, vilweniger zu verantworten, und es dafür von uns gehalten worden, daß wohlgemeldtem Grafen durch ein ordentlich Hofgericht und unpartheyliche Adminiſtration der Juſtitien mehr an Dero Reputation und Autorität zu- dann abgehen würde; inmaſſen mit Chur-Fürſt- ꝛc. und Gräflichen Exempeln in continenti, ja zuforderſt der Kayſerlichen Majeſt.

(1) in der Oſtfrieſ. Hiſtor. und Landesverf. 2. Theil, S. 11.

Majeſt. Selbſt, genugſam zu beweiſen: So iſt auch über diß Sr. Gnaden oder, auf derſelben Befehl, Sr. Gn. Söhnen, Krafft diſes Abſchids, nichts benommen, ſondern frey gelaſſen, zu einer oder der andern Zeit das wöchentliche oder Quartal-Hofgerichte in eigener Perſon zu bekleiden, anzuſehen und anzuhören, daß alles richtig und ordentlich, ohne Affection und Partheylichkeit, zugehen möge; und gleichwol nichts wenigers alles das, was alſo, vorerwehnter Proteſtationsweiſe vorgelaufen, vil höchſtgemeldter Kayſerlichen Majeſt. gleicher Geſtalt, zu Deroſelben fernern Declaration, zu referiren, geſchloſſen worden. Sonſten iſt diſer Punct des Hofgerichts, (davon in dem Kayſerlichen publicirten und nunmehr exequirten Entſchid unzweifentliche Maaß gegeben worden, gänzlich und vor voll einsmals richtig gemacht ꝛc. "

Darauf ſprach der Kayſer An. 1597. ferner: "Das Hofgericht belangend, in ſelbem meinen, ſezen, ordnen, confirmiren, beſtätten und wollen Wir, daß ſolch Juſtitienwerck, allermaſſen es durch den Executions-Receß und Landtagsabſchid zu Emden im Mart. 1590. mit Anordnung des Hofgerichts, und was demſelben anhangt, von desmals beyden Graf Edzarden und Johann Gebrüdern, zu Nuz und Frommen der Grafſchafft Oſtfrießland Eingeſeſſenen und Unterthanen, bewilliget, verglichen, ſchrifftlich verfaßt, auch unter ihren Gräflichen Händen und Sigeln bekräfftiget, hinfüro nochmals dergeſtalt ſtet, feſt und unverrückt verbleiben und gehalten werde; es wäre dann, daß künfftig die Grafen zu Oſtfrießland, mit Zuthuung Dero Ritterſchafft und Landſtänden, eines andern ſich verglichen, auch von Uns, als Röm. Kayſer, Confirmation darüber erlangten; Dannenhero nun auch Unſere zu Norden geweſene Kayſerliche Commiſſarii recht und wohl geſchloſſen, daß Graf Edzarden, nach ſo vilfältig ergangenen Unſern Kayſerlichen Befehlchen, Executions-Receſſen und Landtags-Verabſchidungen, wider die zu Norden im Aug. 1593. noch einige andere Proteſtation oder Declaration, ſo den einmal entſchidenen Puncten und Articuln zuwider, einzuwenden, nicht gebührt; wie Wir dann auch ſolche Proteſtation caßiren und aufheben, und diſer Unſerer Diſpoſition zu Abbruch Graf Edzard kein Gebot oder Befehl ausgehen laſſen ſolle:

In cauſis Summariis & extraordinariis mag gleichwol der Graf den Partheyen, ſo ſeiner Jurisdiction oder Hofgericht ohne

Mittel unterworffen, auch in ſeiner Canzley Recht ſprechen: Wann aber hierüber Streit vorfiele, und ein Theil das ordentliche Recht begehren würde, ſollen die Sachen ans Hofgericht gewiſen werden:

Wie hingegen auch, da beyde Partheyen ſelbſt, ſo wohl in vorberührten Summariis, als auch in ordinariis cauſis, ex mutuo conſenſu des Hofgerichts ſich begeben, und vor dem Grafen, oder deſſen Canzley, veranlaſſen wollten, ihnen ſolches bevor- und freyſtehen ſoll.

Jngleichem ſoll es auch mit den Nidergerichten, ſo unter des Grafen Aemter ohn Mittel gehörig, gehalten werden; daß nemlich der Graf den Anſuchenden in cauſis Summariis & extraordinariis das Recht mittheilen möge: Aber im Fall der ander Theil auf ſeine ordentliche Jnſtanz ſich beruft, er dabey gelaſſen werden ſolle.“

3. Wollen der Kayſer und die höchſte Reichsgerichte nicht geſtatten, daß die Reichsſtände, von welchen an ein Reichsgericht appelliret werden kan, die in ihren Landen hergebrachte gerichtliche Jnſtantien vermehren; weil dadurch die Freyheit, an die höchſte Reichsgerichte appelliren zu können, erſchweret, mithin die Kayſerliche und Reichs-Gerichtbarkeit dadurch eingeſchräncket werde.

Von ſolcher unerlaubter Vermehrung derer Jnſtantien zum Nachtheil der Kayſerlich-höchſt-Reichsgerichtlichen Juriſdiction, ſehe man den Freyherrn von CRAMER. (1)

§. 10.

Der Gerichte Zahl.

Die Anzahl derer Gerichte, beſonders derer höheren, richtet ſich theils nach dem groſſen oder kleinen Umfang des Landes, theils nach dem Belieben des Regentens, oder auch denen Verträgen zwiſchen demſelbigen und ſeinen Landſtänden:

Es verhält ſich dahero faſt in einem jeden Land damit anderſt, als man es anderwärts antrifft.

Wie in einem Land die Anzahl der Gerichte bald vermehret, bald verringeret worden ſeye, davon findet man bereits gemeldeter maſſen, vile Exempel in H. BANNIZA Abhandlung von denen Oeſterreichiſchen Gerichtsſtellen.

Eine Königlich-Preußiſche Erläuterung des Einrichtungs-Reglements der neuen beſtändigen Juſtiz-Aemter im Fürſtenthum Halber-

(1) in ſeiner Nebenſt. 2. Th. 71. S.

Halberſtatt und darzu gehörigen Graf- und Herrſchafften, von 1767. 28. Maj. lifert H. GEGEL. (1)

Zuweilen befiehlet der Kayſer Selbſt, noch mehrere Gerichte anzuordnen: Dann ſo pfleget denen illimitirten Privilegien de non appellando meiſtens mit-einverleibet zu werden, daß der alſo Privilegirte, ſtatt eines Surrogati derer vorhin an die Reichsgerichte ergangenen Appellationen, ein Reviſionsgericht in ſeinen Landen anordnen ſolle:

Wann hingegen in einem Land, gegen das alte Herkommen, und ohne Bewilligung des Kayſers, auch wohl wider Willen der Landſtände und Unterthanen, neue Gerichte angeordnet und dadurch die Inſtantien vermehret werden wollen, mithin die Beruffung an die höchſte Reichsgerichte erſchweret und weiter hinausgezogen wird, will der Kayſer es nicht leiden; wie ich bereits angemercket habe.

Was der Kayſer An. 1757. 21. Jan. dißfalls an die Reichs-Ritterſchafft am nidern Rheinſtrohm reſcribiret habe, iſt ſchon anderwärts (2) gemeldet worden.

Ob ein Landesherr, der mit ſeinen Unterthanen zu thun hat, ein Judicium delegatum anlegen könne ꝛc. hat der Freyherr von CRAMER (3) unterſucht.

§. 11.

Die Gattungen derer in denen Teutſchen Landen befindlichen Gerichten ſeynd abermalen ſehr verſchiden. Gattungen.

Nur zu einigem Vorſchmack davon will ich ein paar Beyſpile anzeigen.

Von Oeſterreich berichtet Herr BANNIZA:

„Die Oeſterreichiſche Gerichte können verſchidentlich eingetheilet werden: 1. In die weltliche und geiſtliche Gerichte ꝛc.

Was die Oeſterreichiſche geiſtliche Gerichte anbelangt, haben wir hier in Wien deren Zwey; nemlich das Wieneriſche Erzbiſchöffliche und das Paſſaueriſche Biſchöffliche Conſiſtorium. In Neuſtatt haben wir ein beſonderes geiſtliches Gericht, welches unter dem Biſchoff von Neuſtatt ſtehet, jedoch wenn ein Theil durch das allda ausgeſprochene Urtheil beſchweret zu ſeyn glaubet; ſo kan derſelbe die Beruf-

(1) in ſeiner Samml. landesh. Verordn. 2. Theil, S. 181.
(2) im Tr. von R. Ständen.
(3) in ſeiner Nebenſt. 27. Theil, 87. S.

Beruffung darwider bey dem Wieneriſchen Erzbiſchöfflichen Conſiſto-rio anmelden.

Die Oeſterreichiſche weltliche Gerichte werden 2. eingetheilt in die bürgerliche, peinliche, Kriegs-Wechſel- und dergleichen mehrere Gerichte ꝛc.

Es werden die Oeſterreichiſche Gerichte ferner getheilet 3. in die Gerichte erſter, zweyter und dritter Inſtanz ꝛc.

Die Gerichte erſter Inſtanz können wieder eingetheilet werden 4. in die ordentliche und auſſerordentliche. Die erſtere ſeynd, wenn von denſelben die Beruffung (Appellation) an die Nider-Oeſterreichiſche Regierung ergehet; die leztere hingegen, welche ihre eigene zweyte, ja auch dritte, Inſtanz haben.

Zu den ordentlichen Gerichten erſter Inſtanz werden gerechnet, 1. das Kayſerliche Nider-Oeſterreichiſche Landrecht, 2. das Conſiſtorium Univerſitatis: 3. das Kayſerl. Statt und Landgerichte; (Stattgericht bedeutet hier das civil-Gericht und Landgericht das peinliche Gericht:) 4. der Wieneriſche Stattmagiſtrat, 5. alle Gründbücher, oder vilmehr die Grundgerichte.

Unter die auſſerordentliche Gerichte erſter Inſtanz können gezählet werden: 1. Das oberſt Hofmarſchalliſche Gericht; 2. das Nider-Oeſterreichiſche Wechſelgericht; und alle übrige, die eine ſonderbare Natur und Weſen haben, wodurch ſie von allen gewöhnlichen ordentlichen Gerichtsſtellen abweichen.

Die zwey geiſtliche Gerichte können in verſchidenem Verſtande zu den ordentlichen, wie auch zu den auſſerordentlichen, gerechnet werden: In Anſehung der weltlichen Sachen gehören ſie zu den ordentlichen Gerichten, weil von diſen die Beruffung an die Nider-Oeſterreichiſche Regierung ergehet: In Anſehung aber der ledentlich geiſtlichen Sachen ſind diſe den auſſerordentlichen Gerichten beyzugeſellen; maſſen ſelbe in ſolchen Sachen ihre beſondere zweyte Inſtanz haben ꝛc.

Die Gerichte zweyter Inſtanz können auf gleiche Art betrachtet werden, nemlich als ein ordentliches und auſſerordentliches Gericht. Das erſte macht die Nider-Oeſterreichiſche Regierung aus, weil an diſe, als an den höheren Richter, alle Beruffungen von den ſämmtlichen §. 9. benannten Untergerichten kommen: Das leztere iſt einem

jeden

jeden nur in ſeiner Gattung eigen; z. B. das Wechſelgericht zweyter Inſtanz.

Eben diſe nemliche Betrachtung muß bey den Gerichten dritter Inſtanz bemercket werden. Denn das ordentliche Gericht dritter Inſtanz beſtehet in der oberſten Juſtizſtelle. Bey diſer werden alle angemeldete Reviſionen über die von der Nider-Oeſterreichiſchen Regierung ausgeſprochenen Urtheile verhandelt. Zu den aufferordentlichen wird gerechnet das Wechſelgerichte dritter Inſtanz, und die übrige Reviſionsgerichte. "

Diſem iſt noch beyzufügen, daß in beſagter Schrifft auch noch gehandelt wird, 1. von dem Mercantil-Gericht; 2. von dem Waſſergericht; 3. von denen Kriegsgerichten überhaupt; 4. von denen Regiments-Gerichten insbeſondere; 5. von dem Judicio delegato mixto in militaribus in Oeſterreich ob und unter der Enns; 6. von dem Hofkriegsrath, oder Hofkriegsräthlichen Juſtiz-Collegio.

Von denen in Bayern üblichen Gerichten meldet der Herr Canzler Freyherr von KREITTMAYR (1): „ Die Bayriſche Gerichte theilen ſich hauptſächlich in Churfürſtliche und Landſtändiſche ab: Jene beſtehen entweder in formirten ganzen Collegiis, oder gewiſſen Aemtern, und zwar die leztere meiſtentheils in Pfleg- oder Landgerichten, deren Gränzen und Eintheilungen urſprünglich von der Zeit herrühren, da Carolus M. das alte Regnum Bojariæ - - in ſo vile Graf- und Herrſchafften zertrümmert hat. An mannichen Orten gibt es Pfleg-und Landgerichte zugleich, wie in Scharding, Fridberg, Landſperg und Dachau, allwo aber die Jurisdictionalia durch den Landrichter allein beſorgt, und dem Pfleger nur gewiſſe Amtsnuzungen überlaſſen zu werden pflegen. - - - Die Landſtändiſche Gerichte beruhen theils auf der Hofmarchsgerechtigkeit und Edelmannsfreyheit, theils auf gewiſſen particular-Rechten und Privilegien: Das Jus Hoffmarchiale muß aber mit dem bloſſen Hofmarchsgericht nicht confundiret werden; ſie differiren von einander, wie das ganze von einem Theil. "

Von

(1) in den Anmerck. ad Cod. Jur. Bavar. judic. Cap. 1. §. 21. p. 31.

Von denen Juſtizdicaſteriis berichtet er (1): „ Diſe beſtehen in dem Churfürſtlichen Reviſorio, dann dem Hofrath, und denen vier Regierungen zu Landshut, Straubing, Burghauſen und Amberg, welchen auch das Rathscollegium von Ingolſtatt ſo weit mit beygezählet werden kan, als ſolches noch eine Reliquie von der vorhin allda geweßten Herzoglichen Regierung iſt.“ Er zeiget hierauf ausführlich, wer unter allen diſen Dicaſterien ſtehe.

Ferner belehret er, wer unter denen Hofſtäben ſtehe, und wie weit ſich deren Gerichtbarkeit erſtrecke: Alsdann handelt er von der Gerichtbarkeit anderer Churfürſtlichen Aemter, z. E. des obriſt-Jägermeiſters, des geheimen Canzlers, des Hofrathscanzlers, der Salzmayere zu Traunſtein, Reichenhall und Waſſerburg; des Hofkriegsraths, der Regiments-Commendanten, der Univerſität, der Geiſtlichen, der Geſandtſchafftlichen Perſonen, der Stätte über die befreyte Inwohner, z. E. die von Adel, Hofbediente, u. d. welches alles aber hieher vil zu weitläufftig iſt.

Anderwärts (2) gedencket er: Daß vormals in criminal- und anderen dergleichen das Juſtizweſen betreffenden Sachen ordinari-Deputationen angeordnet worden, ſolche aber von keiner langen Dauer geweſen ſeyen.

Von dem Chur-Bayriſchen Reviſionsgericht ſehe man auch an unten (3) angezeigter Stelle nach.

Von denen Königlich Preußiſchen verſchidenen Juſtizcollegien zu Berlin ſehe man an unten (4) bemerckten Ort: Derſelben ſeynd 14.

Von der Gerichtsverfaſſung im Biſthum Brixen in bürgerlichen und peinlichen Fällen kan beym LüNIG (5) nachgeſehen werden.

Bey dem Herrn von LUDOLF (6) findet man Nachricht von 20. Arten von Gerichten, ſo im Hochſtifft Lüttich üblich ſeynd, als: 1. Judi-

(1) l. c. pag. 10.
(2) im Bayr. Staatsr. §. 166. p. 357.
(3) in den Anmerck. ad Cod. jud. Bav. Cap. 15. §. 12. p. 218.
(4) in der Beſchreib. von Berlin, (1769.) S. 148.
(5) in ſeiner Grundfeſt. 1. Th. 760. S. u. f.
(6) in Append. Catal. Privil. de non appell. p. 135. ſqq.

1. Judicium feudale, 2. Judicium feudale ſummum, 3. Judicium de allodialibus Bonis immobilibus, 4. de Bonis cenſualibus, 5. ſupremum cenſale Judicium, ſive Scabinorum Leodienſium, 6. Conſilium ordinarium, 7. Judicium Tenantium, 8. Judicium Maſwir, ſeu Fundiarium, 9. Conſilium privatum Leodienſis Principis, 10. Chambre des Comptes, 11. Concilium civicum, 12. Collegium Commiſſariorum, 13. Deputati Statuum ſeu Ordinum, 14. Reviſores cauſarum deciſarum &c. 15. Conſilium vigintiduum virorum, 16. Reviſores horum vigintiduum virorum, 17. Officialis Leodienſis, 18. Officialis Capituli cathedralis, 19. Officiales Archidiaconorum, 20. Conſervatores Privilegiorum Cleri primarii & ſecundarii.

Von der Gerichtsverfaſſung im Herzogthum Bremen meldeten die Stände An. 1662. (1): „Vermöge kundbaren Herkommens ſeyn hiebevor die Erzbiſchöffliche Beamte allein, in liquiden Sachen zu richten und zu exequiren bemächtiget, und wann Jemand über ihren Spruch ſich beſchweret, denſelben, an das ordentliche Landgericht, (welches der Landesfürſt jährlich in jedem Amt einmal durch den Land-Droſten und Landräthe halten, darinn die Streitſachen entſcheiden und der Delinquenten Straffen determiniren, auch darzu allemal die Gutsherren unweigerlich admittiren, und um Siſtirung ihrer Gerichts-freyen Meyer ſchrifftlich requiriren laſſen,) zu remittiren ſchuldig geweſen, wovon ferner die Appellationen an das Ober-Landgericht ergangen.“

Von denen Pfalz-Neuburgiſchen Inſtantien berichtet der Freyherr von CRAMER (2): Die Regierung zu Neuburg ſeye bey allen Neuburgiſchen Landſtänden allemal die erſte Inſtanz: Werde ein Theil daſelbſt gravirt; ſo beſchehe die Appellation bey der Regierung, mit dem Zuſaz: *ad munus Sereniſſimas*, und werde zugleich um Transmiſſionem Actorum gebeten: Hierauf erliſe die Regierung zween Commiſſarien, vor welchen die Appellations-Inſtanz vollkommen inſtruirt, Acta inrotulirt, und nach Mannheim an den Hof verſigelt: von da aber auf eine Univerſität verſchicket werden. Kommen die Acta nach Mannheim wieder zurück, ſo werden ſolche der Regie-

(1) STRUBE von Regier. u. Juſtiz-Sachen, p. 13.
(2) in ſeiner Nebenſt. 95. Theil, 102. S.

Regierung nach Neuburg ad publicandam Sententiam wider zurückgeſandt, alsdann coram Commiſſione eröffnet, und die ab Extraneis eingehohlte Urthel publicirt; worauf der gravirte Theil entweder Transmiſſionem Actorum fernerweit bitten, oder ad ſumma Imperii Dicaſteria provociren könne.“

Von denen Pommeriſchen Gerichten ertheilet MEVIUS (r) Nachricht. Die Untergerichte ſeynd: 1. Die Land- und Burggerichte, vor welchen die darunter Geſeſſene die erſte Inſtanz haben; ſie ſeyen dann beſonders dagegen befreyet, als einige von Adel und die Bürger zu Stralſund. Auch ſeynd etliche Sachen ausgenommen, welche an das Hofgericht verwiſen werden müſſen; als criminal-Sachen wider die von Adel und andere vornehme Perſonen, u. ſ. w. 2. Die Gerichte in den Fürſtlichen Aemtern, wovor die, ſo unter ſolches Amt gehörig ſeynd, ſtehen müſſen, nur gewiſſe Fälle ausgenommen; doch ſtehet jedem Theil frey, eine oder mehr Perſonen zu erwählen, welche, nebſt dem Beamten, die Sache verhören und entſcheiden helffen. 3. Derer von Adel, welche omnimodam Jurisdictionem haben, Unterthanen müſſen in erſter Inſtanz vor ihnen belangt werden. Herrn, ſo adeliche Affterlehenleute haben, ſtehet die Gerichtbarkeit über ſolche zu; doch concurriret der Landesherr darinn mit ihnen. 4. Die Stätte haben zum Theil die ganze Gerichtbarkeit, andere hingegen nur das halbe Gericht, und die übrige Helffte ſtehet dem Landesherrn zu.

Das Obergericht in Schwediſch-Pommern beſtehet in dem Hofgericht. Vor daſſelbige gehören 1. die von denen Untergerichten ausgenommene Perſonen und Sachen, ſo dann 2. die Appellationsſachen von denen Untergerichten.

In Würtemberg haben wir 1. Dorffgerichte, 2. Stattgerichte, 3. Obergerichte, 4. ein Hofgericht, und 5. die Herzogliche Regierung verſiehet die Stelle eines Reviſions-Gerichts.

Noch will ich hiebey bemercken: In einigen Landen gibt es ordinaire und extraordinaire Gerichte. Jene ſeynd, welche allezeit, oder doch zu denen beſtimmten Zeiten, gehalten werden: Diſe hingegen ſeynd wieder verſchidener Art. Nemlich ſie werden auſſer denen

(r) in der Pommer. Regim. Verfaß. in H. von PISTORIUS Amœnit. P. 4. p. 998.

nen gewöhnlichen Zeiten geheget, wann man darum bittet, oder wann vile Sachen vorhanden ſeynd, welche in denen ordentlichen Gerichten nicht erlediget werden können; oder die auſſerordentliche Gerichte inſtruiren nur die Proceſſe, die ordentliche aber entſcheiden ſie.

In der Braunſchweig-Calenbergiſchen Hofgerichts-Ordnung von 1639. *Tit.* 2. heißt es: „Von ꝛ ꝛ ꝛ dem Hof Richter und Beyſitzern ingeſammt ſollen Unſere ordinari Hof-Gerichte jedesmals beſetzet, auch darüber zu den Audienz-Wochen jedesmal zween aus der Ritterſchafft und zween aus den Stätten verſchriben, es auch behufigen Berichts halber damit alſo gehalten werden, daß die von der Ritterſchafft aus einer, und die Stätte aus der andern Landſchafft, Schichtsweiſe, auch die, ſo erfordert und geſandt werden, des Landes kundig, in ihrem Stand erfahren, geübet, aufrichtig und verſtändig ſeyn. ꝛ ꝛ ꝛ Die extraordinari Hofgerichte aber belangend, iſt die Beſchreibung der Ritterſchafft und Stätte nicht nöthig, ſondern ſollen dieſelbige durch den Hofrichter und die Hofgerichts-Beyſitzere allein beſezet ꝛ ꝛ werden.“

Ferner gibt es Gerichte nur zum Behuf gewiſſer Perſonen, z. E. in Handlungsſachen ꝛc.

Zu Berlin haben die Franzoſen ihre eigene Gerichte, vor welchen alle zur Franzöſiſchen Colonie gehörige Perſonen, ſie ſeyen von Adel, in Bedienungen, oder Bürger, müſſen belanget werden (1).

Endlich gibt es auch hin und her ganz beſondere Arten von Gerichten, die nur ſelten angetroffen werden. Dahin gehören z. E.

Die Holz- und Marckgerichte, oder die Märckergedinge, davon theils in dem Teutſchen Nachbarlichen Staatsrecht, theils ſonſt mit mehrerem wird gehandelt werden; man ſehe auch z. E.

LODTMANN (Juſt. Frid. Aug.) de jure Holzgraviali, præſertim in Epiſcopatu Oſnabrugenſi. Lemgo, 1770. 8.

Zu Berlin (2) iſt ein Holzgericht, welches über alle mit der Königl. octroyirten Brennholzhandlungs-Geſellſchafft über Eingriffe in ihre Rechte entſtehende Streitſachen ſpricht.

N 3 Eben

(1) Beſchreib. von Berlin, (1769.) S. 129, 154.
(2) l. c. (1769.) S. 156.

Eben allda ſeynd zwey Tobackgerichte; ingleichem ein Zoll- und Acciſe-Gericht, welche in denen Defraudations-Sachen erkennen.

§. 12.

Nidere Gerichte. Nidere Gerichte heiſſen deswegen ſo, weil man ſich von derſelbigen Erkenntniſſen an die höhere Gerichte wenden und berufſen kan.

Es hat aber mit diſen nideren Gerichten eine gar verſchidene Beſchaffenheit in Teutſchland.

In vilen Landen, ſonderlich gegen Norden, weißt man, ſo vil mir bekannt iſt, von keinen Dorffgerichten; ſondern in ſelbigen Gegenden verſehen entweder die Beamte, oder andere Rechtsverſtändige Perſonen an dem Ort, oder in der Nachbarſchafft, die Stelle eines Gerichts-Verwalters, oder Juſtitiarii.

In Francken, Schwaben und am Rhein aber findet man überall auch Dorffgerichte, welche aus einem Unter-Amtmann oder Schultheiſſen, oder (Bauren-) Vogten, ſo dann einer Anzahl Richter, beſtehen.

Auch trifft man in diſen Gegenden zuweilen ſogenannte Stäbe oder Gerichte an, da mehrere kleine Orte, oder einzelne Höfe, zuſammen ein Gericht haben und ausmachen

Hingegen finden ſich in allen Stätten in ganz Teutſchland Gerichte, welche entweder aus denen geſammten Magiſtrats-Perſonen, oder aus denen beſonders ſogenannten (und denen bloſſen Raths Verwandten entgegen geſetzten,) Gerichts-Verwandten beſtehen: Welcher Stattgerichte Verfaſſung aber wiederum gar ſehr verſchiden ſeyn kan. Z. E. in vilen Ländern iſt ein Landesherrlicher Beamter, Oberamtmann, Vogt, ꝛc. das Haupt des Gerichts, ohne welchen ordentlicher Weiſe nichts vorgenommen werden darff, und welcher alles dirigiret: In andern Landen hingegen iſt diſes etwas unbekanntes.

Von denen Berliniſchen Statt- wie auch denen Franzöſiſchen Gerichten allda ſehe man die unten (1) angezeigte Stelle.

Mehreres dergleichen kommt in dem Tr. von den Rechten ꝛc. der Teutſchen Unterthanen vor.

In

(1) cit. Beſchreib. von Berlin, S. 176. 177.

In Mecklenburg beſtehen die Untergerichte 1. in denen Herzoglichen Amtsgerichten, 2. in denen Gutsherrlichen Gerichten derer von Ritter- und Landſchafft, und 3. in der Stätte Gerichten.

Eine Art der nideren Gerichte ſeynd an theils Orten auch die Ruggerichte.

Sie gehen, nach Herrn Prof. MEISTER (1) bloß auf die Verbeſſerung der Sitten; dahero auch die von ihnen angeſezte Strafen mehr für eine Züchtigung, als für peinliche Strafen gehalten werden müſſen, und von welchen ſich nichts allgemeines beſtimmen läſſet.

Anderwärts hingegen iſt die Hauptabſicht, bey dem, aus Gelegenheit ſolcher Ruggerichte, haltenden Durchgang der Burgerſchafft und Unterthanen zu erfahren, ob und was in Policeyſachen ſtrafbares vorgefallen, oder in beſſere Ordnung zu bringen ſeyn möchte? Und diſe heiſſen nur in uneigentlichem Verſtand Gerichte.

Wie es mit Beſtellung der nideren Gerichte zu halten ſeye, kommt auf jeden Landes eigene Verfaſſung an.

In denen Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten ſprach der Kayſer An. 1597. „Der Nidergerichte Verbeſſerung halb laſſen Wir es zwar bey des Grafen ... gethanen Erbieten der Zeit beruhen; jedoch ſoll er es nach Möglichkeit befördern.“

Was in denen Concordaten von 1599. verglichen worden iſt, ſiehe §. 46.

An. 1611. wurde zwiſchen dem Grafen und ſeinen Landſtänden verglichen: „Und damit die gute Eingeſeſſene diſer Sr. Gn. Grafſchafft Oſtfrießland ſehen und verſichert ſeyn mögen, daß Deroſelben nichts lieber ſey, als daß denenſelben gute aufrichtige Juſtiz adminiſtriret, und das Juſtizweſen, ſo wohl bey denen Nidergerichten, als bey dem Hofgerichte, ſo vil es thunlich, nach derſelben Vergnügen eingerichtet werde; als iſt Se. Gn. zufriden, daß die nider Gerichte .. innerhalb Monathsfriſt à dato diſes revidiret werden, durch die .. Juncker Wilhelm von Inhauſen und Kniphauſen, .. Eger Benninga zu Grimmerſum, und Schwehr von Dehlen zu Riſum ꝛc. Hauptlinge; Albrecht Pauli, Hector Friderichs und Johannes Althuſius, der Rechten Doctores; Johann Ameling, älteren Bürgermei-

(1) in ſeiner Einl. zur peinl. Rechtsgel. 1. Band, S. 21.

germeiſter der Statt Emden, Bernhard Aſchenberg, Hero Boyen, und Ubbo Foldrichs; und daß dasjenige, welches von denenſelben gut gefunden wird, von Sr. Gn. confirmiret und gehandhabet werden ſolle. “

Graf Enno machte darauf mit Zuziehung der Landſchafft, An. 1614. eine Nidergerichtsordnung; welche auch an unten (1) gemeldten Ort zu finden iſt.

Der Landtagsabſchid von 1620. beſagt: „ Was anlanget die Correctur der nider=Gerichte; erinneren Sich Ihro Gnaden, was in dem Oſterhauſiſchen Accord Art 15. & 16. deßwegen verabſcheidet: Und als, deme zu folge, allbereits eine neue Untergerichts=Ordnung durch die damalige Deputirte abgefaſſet und von Ihro Gnaden publiciret worden; ſo wäre unnöthig, ſolche Arbeit mit der Landſchafft Koſten zu reaſſumiren: Wäre aber Jemand, welcher einige Mißbräuche und Unordnungen bey den Untergerichten wüßte zu erinneren; ſolches ſeynd Ihre Gnaden nicht abgeneigt zu vernehmen, und nach Gebühr und Billigkeit darinnen Ordnung und Aenderung zu ſchaffen. “

An. 1662. wurde wieder geklagt: Daß bey denen Untergerichten allerhand Exactionen, Uebernehmung derer Sportuln, Aufhaltung derer Proceſſe, und andere Mißbräuche, ſo wohl durch die Richter, als Gerichtsdiener eingeführet werden:

Darauf wurde, nach verſchidenen Handlungen, An. 1663. ein ſpecifiquer Vergleich deßwegen getroffen (2).

Weiter hieſſe es: „ So begehren auch die Stände, daß bey denen Nidergerichten die Juſtiz befördert, die dreymalige Dilationen abgeſchafft werden ꝛc.

Und der Vergleich von 1663. beſagt: „ Es ſoll, vermög der Untergerichts=Ordnungen, eine promte Juſtiz adminiſtriret werden, oder, in deſſen Entſtehung, ſollen die Klagende oder Intereßirte, ſich beym Hofgericht oder Canzley zu addreßiren, und, daß ihre Sachen von dannen avociret werden mögen, zu bitten, befugt ſeyn. “

End=

(1) in der Oſtfrieſ. Hiſtor. u. Landesverfaß. 2. Theil, S. 441.
(2) ſ. Oſtfrieſ. Hiſtor. 2. Theil, S. 761.

Endlich wurde auch noch verlangt: „Daß die Beamte ihre gewöhnliche Gerichtstäge ſelbſt gegenwärtig, und nicht per procuratores, auch (vermöge der Untergerichts-Ordnung,) Vormittags, zu halten, angewiſen werden mögen; damit die Leute expediret werden, und zeitlich wiederum zu Haus kommen können, nicht aber mit groſſen Unkoſten aufgehalten werden mögen. (Tit. 3. Unterger. Ordn.)“

Darauf wurde beliebt: „Es ſoll hierinn Art. 3. der Untergerichts-Ordnung ſtricte obſerviret werden; deßwegen denn auch die Beamte, oder einer derſelben, auf ihren gewöhnlichen Gerichtstägen ſelbſt gegenwärtig ſeyn, nicht aber ſolche durch Subſtituirte verwalten laſſen müſſen.“

Noch wurde An. 1662. verlangt: „Daß in Sachen, ſo 50. Gulden, und darunter, betreffen, keine ſchrifftliche Proceſſe zugelaſſen, ſondern, auf ſattſam eingenommenen Bericht und Gegenbericht, geſprochen werden möge; damit die Sportuln nicht die Sache ſelbſt übertreffen, wie ſolches offtmals geſchehen iſt. (Tit. 6. Unterger. Ordn.)“

Der Fürſt antwortete: „Sey culpa ipſarum Partium, welche es ihnen ſelbſt, oder ihren Advocaten, zu imputiren haben, ſo in hiſce minoribus cauſis zu ſolcher Weitläufftigkeit Anlaß gegeben ꝛc.“

Der Vergleich von 1663. wurde hierinn darauf geſtellt: „Diſes wird der Richter ihrer Diſpoſition überlaſſen; ihnen aber anbey recommendirt, ſolches, ſo vil möglich, vermöge der Unterger. Ordn. Tit. 6. zu verhüten.“

In gewiſſen Landen muß einer, dem eine Richterſtelle angetragen wird, wann er ſie nicht annehmen will, Landesherrliche Diſpenſation deßwegen erlangen, und Tax dafür zahlen.

Gaſtgerichte heiſſen diejenige Gerichte, welche Fremden, die ſich nicht lange aufhalten können, zu gefallen, gegen die Gebühr, auſſer denen gewohnlichen Zeiten angeſtellet werden.

§. 13.

Die höhere Gerichte werden in gedoppeltem Verſtand alſo genannt: Höhere Gerichte.

1. Nemlich, weil von denen nidrigen Gerichten der Recurs an ſie genommen werden kan; ſo dann 2. in ſo fern gewiſſe wichtige

Sachen nur an dieſelbe, nicht aber auch an die nidrige Gerichte, gebracht werden können.

Die Gattungen derſelbigen ſeynd abermalen ſehr verſchiden, und man trifft bald da mehrere, bald dorten wenigere, davon an: Ich will die gewöhnlichſte nur kurz berühren.

* * *

Von Appellationsgerichten ſiehe hernach bey: Ober-Appellationsgerichten.

Der Graf zu Oſtfrießland ordnete um das Jahr 1593. ein Appellationsgericht an: Weil aber ſolches zum Nachtheil des von dem Kayſer anbefohlenen und mit denen Landſtänden verglichenen Hofgerichts gereichte, wurde es in beſagtem Jahr von einer Kayſerlichen Commißion durchaus abgeſchafft.

* * *

In einigen Landen, z. E. zu Berlin, ſeynd eigene Criminal-Collegia, durch welche die vor denen Untergerichten biß zum Schluß verhandelte peinliche Sachen entſchiden werden.

Anderwärts aber ſeynd dergleichen Sachen denen Regierungs- oder Hofraths-Collegiis, oder Schöppenſtühlen, überlaſſen; und zwar entweder ſchlechterdings, oder daß ſie in gewiſſen Fällen Gutachten deßwegen an den Herrn oder das Geheime-Raths-Collegium erſtatten müſſen.

* * *

Bey denen Catholiſchen werden die Eheſachen vor denen geiſtlichen Gerichten verhandelt:

Bey denen Evangeliſchen aber wird es verſchidentlich gehandelt.

An einigen wenigen Orten werden auch diſe Sachen bloß von denen weltlichen Gerichten entſchiden.

Meiſtens aber hat man eigene Ehegerichte, welche insgemein aus dem Regierungs- oder Hofraths-Collegio, mit Zuziehung einiger Theologen, formiret werden.

* * *

Von einem Fiſcaliſchen Gerichte habe ich diſes angetroffen:

Die Oſtfrieſiſche Landſtände klagten An. 1593. einer Kayſerlichen Commißion: Daß ein nie gebräuchlich fiſcaliſch Recht oder

Gerich-

Gerichte diſem Lande aufgedrungen werden wollen; unter welches Prätexts und unbilliger gefänglicher Verſtrickung, etlichen adelichen und unadelichen Perſonen auf dem Lande und in den Stätten, laut beygebrachter Exempel, faſt gefährlich zugeſezt, und dieſelbe, ohngeachtet genugſamer offerirter Caution, Judicio ſiſti & judicatum ſolvi, und ſonſten in andere Wege rechtlich beſchehenen Erbietens, nichts deſto weniger mit langwühriger Gefängniß und andern beſchwerlichen unerweislichen Anſchlägen, durch den angeſtellten Fiſcal nichtiglich beklagen, und dermaſſen geſchwind und ſcharff gegen ſie procediren laſſen, daß derwegen am Kayſerlichen Cammergericht zu Speyer Mandata pœnalia de relaxando haben müſſen erhalten werden.

Der Graf antwortete: So vil die gefängliche Hafft und Einziehung etlicher Perſonen betreffe, wüßten Se. Gn. Sich nicht zu beſcheiden, daß Sie einen einzigen mit ungebührlicher Gefängniß ſollten belegt haben: ſondern hätte es eines Jeden Uebertrettung und Verwürckung verurſacht: Und wollten nicht hoffen, daß Sr. Gn. an Deroſelben Hoheit Eintrag geſchehen ſollte.“

Die Kayſerliche Commißion aber ertheilte den Beſcheid: Der Graf ſolle alles dasjenige, was mit unordentlicher gefänglicher Einziehung adelicher und unadelicher Perſonen fürgelauffen seyn möchte, einſtellen, und, ohne rechtmäßige erhebliche und beſtändige Urſache, hinfüro Niemands damit beſchweren.

* * *

Die Materie von denen geiſtlichen Gerichten der Catholiſchen gehöret, weil ſie nicht Krafft der Landes-Hoheit angeordnet werden, gar nicht hieher, ſondern in das Päbſtliche Kirchen-Recht:

Und von denen geiſtlichen Gerichten derer Evangeliſchen Reichsſtände, wie auch derer Catholiſchen Reichsſtände über ihre Evangeliſche Unterthanen, habe ich ſchon in dem Tr. von der Landeshoheit im geiſtlichen gehandelt.

* * *

Faſt in allen anſehnlichen Teutſchen Landen findet man Hofgerichte, welche aber nicht einerley Art ſeynd.

Von der Reichsſtände Hofgerichte Urſprung, beſonders dem Oeſterreichiſchen, Chur-Pfälziſchen, Sächſiſchen, Braun-

Sachen nur an dieſelbe, nicht aber auch an die nidrige Gerichte, gebracht werden können.

Die Gattungen derſelbigen ſeynd abermalen ſehr verſchiden, und man trifft bald da mehrere, bald dorten wenigere, davon an: Ich will die gewöhnlichſte nur kurz berühren.

* * *

Von Appellationsgerichten ſiehe hernach bey: Ober-Appellationsgerichten.

Der Graf zu Oſtfrießland ordnete um das Jahr 1593. ein Appellationsgericht an: Weil aber ſolches zum Nachtheil des von dem Kayſer anbefohlenen und mit denen Landſtänden verglichenen Hofgerichts gereichte, wurde es in beſagtem Jahr von einer Kayſerlichen Commißion durchaus abgeſchafft.

* * *

In einigen Landen, z. E. zu Berlin, ſeynd eigene Criminal-Collegia, durch welche die vor denen Untergerichten biß zum Schluß verhandelte peinliche Sachen entſchiden werden.

Anderwärts aber ſeynd dergleichen Sachen denen Regierungs- oder Hofraths-Collegiis, oder Schöppenſtühlen, überlaſſen; und zwar entweder ſchlechterdings, oder daß ſie in gewiſſen Fällen Gutachten deßwegen an den Herrn oder das Geheime-Raths-Collegium erſtatten müſſen.

* * *

Bey denen Catholiſchen werden die Eheſachen vor denen geiſtlichen Gerichten verhandelt:

Bey denen Evangeliſchen aber wird es verſchidentlich gehandelt.

An einigen wenigen Orten werden auch diſe Sachen bloß von denen weltlichen Gerichten entſchiden.

Meiſtens aber hat man eigene Ehegerichte, welche insgemein aus dem Regierungs- oder Hofraths-Collegio, mit Zuziehung einiger Theologen, formiret werden.

* * *

Von einem Fiſcaliſchen Gerichte habe ich diſes angetroffen:

Die Oſtfrieſiſche Landſtände klagten An. 1593. einer Kayſerlichen Commißion: Daß ein nie gebräuchlich fiſcaliſch Recht oder Gerich-

Gerichte diſem Lande aufgedrungen werden wollen; unter welches Prätexts und unbilliger gefänglicher Verſtrickung, etlichen adelichen und unadelichen Perſonen auf dem Lande und in den Stätten, laut beygebrachter Exempel, faſt gefährlich zugeſezt, und dieſelbe, ohngeachtet genugſamer offerirter Caution, Judicio ſiſti & judicatum ſolvi, und ſonſten in andere Wege rechtlich beſchehenen Erbietens, nichts deſto weniger mit langwühriger Gefängniß und andern beſchwerlichen unerweislichen Anſchlägen, durch den angeſtellten Fiſcal nichtiglich beklagen, und dermaſſen geſchwind und ſcharff gegen ſie procediren laſſen, daß derwegen am Kayſerlichen Cammergericht zu Speyer Mandata pœnalia de relaxando haben müſſen erhalten werden.

Der Graf antwortete: So vil die gefängliche Hafft und Einziehung etlicher Perſonen betreffe, wüßten Se. Gn. Sich nicht zu beſcheiden, daß Sie einen einzigen mit ungebührlicher Gefängniß ſollten belegt haben: ſondern hätte es eines Jeden Uebertrettung und Verwürckung verurſacht: Und wollten nicht hoffen, daß Sr. Gn. an Deroſelben Hoheit Eintrag geſchehen ſollte. "

Die Kayſerliche Commißion aber ertheilte den Beſcheid: Der Graf ſolle alles dasjenige, was mit unordentlicher gefänglicher Einziehung adelicher und unadelicher Perſonen fürgelauffen ſeyn möchte, einſtellen, und, ohne rechtmäßige erhebliche und beſtändige Urſache, hinfüro Niemands damit beſchweren.

* * *

Die Materie von denen geiſtlichen Gerichten der Catholiſchen gehöret, weil ſie nicht Krafft der Landes-Hoheit angeordnet werden, gar nicht hieher, ſondern in das Päbſtliche Kirchen-Recht:

Und von denen geiſtlichen Gerichten derer Evangeliſchen Reichsſtände, wie auch derer Catholiſchen Reichsſtände über ihre Evangeliſche Unterthanen, habe ich ſchon in dem Tr. von der Landeshoheit im geiſtlichen gehandelt.

* * *

Faſt in allen anſehnlichen Teutſchen Landen findet man Hofgerichte, welche aber nicht einerley Art ſeynd.

Von der Reichsſtände Hofgerichte Urſprung, beſonders dem Oeſterreichiſchen, Chur-Pfälziſchen, Sächſiſchen, Braun-

ſchweigiſchen, Mecklenburgiſchen und Würtembergiſchen, hat der Freyherr von HARPPRECHT (1) gehandelt.

Das K. Preußiſche Cammergericht zu Berlin, (ſo nun aus drey Senaten beſtehet,) iſt auch eine Art eines Hofgerichts (2).

In einigen Landen ſeynd die Hofgerichte in gewiſſen Fällen die ordentliche erſte Inſtanz:

In anderen Landen hingegen ſeynd ſie ordentlicher Weiſe Appellations-Gerichte, und es werden nur jezuweilen auſſerordentlicher Weiſe Sachen in erſter Inſtanz an dieſelbige verwiſen.

Es ſeynd auch wohl in einerley Land verſchidene dergleichen Gerichte. Z. E. in Chur-Sachſen.

* * *

Unter denen Juſtiz-Collegiis verſtehe ich hier diejenige allein oder mit zu denen Rechts-Händeln verordnete Landesherrliche Collegia, welche nicht den Namen eines Gerichtes führen.

Dahin gehören, ſchon oben erwehnter maſſen, an manchen Orten die Regierungs- oder Hofraths-Collegia, z. E. die Nider-Oeſterreichiſche.

Anderwärts aber hat man eine Juſtiz-Canzley, z. E. zu Hannover, ꝛc.

Oder einen Juſtiz-Rath, z. E. zu Onolzbach.

In Mecklenburg ſeynd drey Juſtiz-Canzleyen, 1. zu Schwerin, 2. zu Güſtrow, und 3. zu Streliz.

* * *

Das Wort: Landgericht hat keine gewiſſe allgemeine Bedeutung.

Nach Herrn Geh. Arch. SATTLER (3) waren die Landgerichte denen Stattgerichten entgegen geſezt, und ſchlichteten alles, was denen Stattgerichten und deren Gerichtszwang nicht unterworffen ware, ſo ſich auf dem platten Land ereignete.

Andere

(1) im Caut. Ger. Staatsarch. 1. Theil, S. 293.
(2) Beſchreib. von Berlin, (1769.) S. 151.
(3) in den Geſchicht. des Herzogth. Würtemb. unter den Graven, 4te Fortſez. p. 99. 107.

Andere (1) halten ſie für das erſte und oberſte Gericht, ſo in einem Land geweſen.

Herr WEGELIN, (2) der ausführlich davon handelt, hält dafür, daß jedes ſeinen gewiſſen Diſtrict, Gau und Grafſchafft gehabt, welche es nicht überſchreiten dörffen.

Heut zu Tag seynd die Landgerichte 1. entweder eine Art von nideren Reichsgerichten, welche ihre Gerichtbarkeit auch über anderer Reichsſtände Gebiete in dem ihnen angewiſenen Bezirck erſtrecken; von welcher Gattung ich in dem Tr. von der Teutſchen Juſtiz-Verfaſſung gehandelt habe;

Oder 2. seynd es eine Art Obergerichte in gewiſſen Bezircken eines einigen Landesherrns, die noch von Alters ſo hergebracht seynd; (3)

Oder 3. seynd es eine Art von Hofgerichten, z. E. in Holſtein, Mecklenburg, &c. dahero ſie auch Land- und Hofgerichte zugleich benennet werden.

* * *

Mannengerichte, oder Judicia Parium Curiæ, seynd auſſerordentliche Gerichte, welche nidergeſezet werden, wann die Vaſallen unter ſich, oder die Vaſallen und ihre Lehens-Unterthanen, oder auch der Lehenherr und die Vaſallen, in Lehensſachen Streit mit einander haben; davon in dem Tr. von der Teutſchen Lehens-Verfaſſung das mehrere vorkommen wird.

* * *

Mercantil- oder Handlungs-Gerichte seynd zuweilen mit den Wechſel-Gerichten verbunden, zuweilen nicht.

Sie unterſuchen die in Handlungs-Sachen entſtehende Streitigkeiten ſummariſch und ſprechen darinn.

* * *

Ober-Appellations-Gerichte seynd in denenjenigen Landen üblich, deren Regenten mit einem unumſchränckten Privilegio de

(1) H. Hofr. GERSTLACHER in der Einl. zu dem 1ſten Theil der Samml Wirtemb. Geſeze &c. p. 2. ſqq.

(2) im hiſtor. Bericht von der Landvogtey in Schwaben. p. 222. ſqq.

(3) v. WEGELIN l. c.

non appellando an die höchſte Reichsgerichte von Kayſerlicher Majeſt. begnadiget worden ſeynd:

Sie ſprechen alſo in Appellations-Sachen in lezter Inſtanz.

Von dem K. Preußiſchen Ober-Tribunal- oder Ober-Appellationsgericht zu Berlin ſehe man die unten (1) angezeigte Stelle.

Eine hiſtoriſche Nachricht von der Verfaſſung und den bißherigen Mitglidern des Heſſen-Caſſeliſchen Ober-Appellationsgerichts findet ſich an unten (2) bemerckten Ort.

* * *

Obergerichte, oder Oberhöf, haben keine gewiſſe Beſtimmung, noch einerley Natur.

Z. E. in Würtemberg ſeynd dermalen die Stätte Stuttgart, Tübingen und Ludwigsburg Obergerichte, an welche von anderen Statt- oder Dorffgerichten appelliret werden kan, wann die Sache mehr dann 20. Pfund Heller, und doch nicht 50. fl. betrifft, als in welch lezterem Fall an das Hofgericht appelliret werden muß.

Andere Gattungen von Oberhöfen aber gehören gewiſſer maſſen zu denen Servitutibus Juris publici in fremden Landen; dahero ich auch in dem Teutſchen nachbarlichen Staatsrecht davon handlen werde.

* * *

Die Official-Gerichte ſeynd eigentlich geiſtliche Gerichte: Die Officialen in dem Erzſtifft Cölln, wie auch in denen Hochſtifftern Lüttich und Münſter aber, haben auch eine Gerichtbarkeit in weltlichen Sachen.

* * *

Reviſions-Gerichte ſeynd mit denen Ober-Appellations-Gerichten in der That einerley, und erörtern diejenige Streitigkeiten, in welchen von denen Erkenntniſſen deren Appellations-Gerichte ein weiterer Recurs ſtatt findet.

Zu Berlin iſt ein eigenes Reviſionscollegium darzu verordnet, wann Jemand von dem General-Directorio ſich in Juſtizſachen beſchweret zu ſeyn erachtet. (3)

(1) in der Beſchreib. von Berlin, (1769.) S. 150.
(2) in der Vorrede zu der Decis. supr. Trib. Appell. Caſſell. 2tem Theil.
(3) Beſchreib. von Berlin, (1769.) S. 155.

* * *

In Oſtfrießland iſt ein beſonderes Straf-Gericht zu denen Geldbrüchen oder Strafen in Steuerſachen; davon in dem Tr. von der Landeshoheit in Steuerſachen mehreres zu befinden iſt.

* * *

Wechſel-Sachen iſt, um des gemeinen Beſtens willen, und um Handel und Wandel, abſonderlich auch den Credit, zu beförderen, der Vorzug vor anderen Rechtsſachen beygelegt worden, daß darinn ſchleunig und kurz verfahren wird, und ſo gleich die Execution darauf erfolgt, dahero werden je länger je mehr in allen anſehnlichen Teutſchen Landen Wechſelgerichte angeordnet.

Mehrere Nachrichten davon finden ſich in dem Tr. von der Landeshoheit in Policeyſachen, Cap. 15.

§. 14.

Derer nidrigen Statt- und Dorff-Gerichte Erſezung pfleget denen obrigkeitlichen Perſonen ſolcher Orte überlaſſen zu werden; auſſer, daß etwa die Wahl der Perſonen unter der Direction eines Herrſchafftlichen Beamtens vorgenommen wird. Gerichts-Perſonen.

Jngleichem behält der Landesherr die Ober-Aufſicht, daß auch diſe Gerichte behörig beſezet werden.

In dem Schweden-Vor-Pommeriſchen Haupt-Commiſſions-Receß von 1663. heißt es: „Weil des Landes Einwohnern noch nicht genugſam vorgeſehen ſeye, wo nur allein bey dem Hofgericht, nicht aber zugleich bey allen und jeden Untergerichten auf dem Lande und in Stätten die Weitläufftigkeit und Beſchwerde der Proceſſen abgeholffen und remediret werde; ſo ſollen alle, ſo Gerichtsgewalt haben, obliegender Gebühr nach, bey ihnen alles zu ſchleuniger und löblicher Adminiſtration der Juſtiz richten, die Untergerichte mit tauglichen und verſtändigen Leuten beſezen, die von Adel auf dem Lande und die kleine Stätte, ſo die Jurisdiction, aber keine Syndicos, haben, gelehrte Conſulenten und Stattſchreibere halten, oder eine rechtsgelehrte Perſon darzu beſtellen, die Fatalien und Termine, (weil es bey ihnen der Länge, wie beym Hofgericht, nicht bedürfftig,) einziehen, mit Sporteln, Unkoſten und Canzley-Gebührniſſen, auch Fremde vor Einheimiſchen darinn und ſonſten, nicht beſchweren, nach der Hofgerichts-Ordnung verfahren, auch im übrigen deſſen modo procedendi folgen, und andere gute Ordnungen

nungen anrichten, darinn auch nichts verſäumen, oder verſchieben, daß ernſter Einſehung der Königlichen Regierung, (die ſonſt billig auf ihre Negligenz die abuſus abſchaffen, und auf zureichende Mittel gedencken müßte,) nicht nöthig ſeye. “

In Anſehung derer zu denen höheren Gerichten beſtellten Perſonen aber ſeynd die Landſtände, oder auch die Regenten für ſich ſelbſten, öffters ſehr ſorgfältig geweſen, daß dißfalls alles beſtmöglichſt beſorget werden möge.

Es kommt dabey auf verſchidene Umſtände an.

§. 15.

Deren Zahl. An manchen Orten iſt eine gewiſſe Anzahl Perſonen beſtimmt, aus welchen das ganze Gericht beſtehen ſolle. Z. E.

In dem Chur-Sächſiſchen Hofgericht zu Wittenberg ſollen 7. von Adel (den Hofrichter mit eingerechnet,) und 5. Gelehrte ſeyn.

Die Hildesheimiſche Hofger. Ordn. Tit. 1. §. 1. diſponirt: „ Unſer Hofgericht ſoll mit einem Hofrichter, vier ordinariis und zwey extraordinariis Aſſeſſoribus, einem Secretario und Scribenten, beſezet werden. “

In denen Mecklenburgiſchen Reverſalien von 1572. wurde §. 2. beliebt: Bey dem Hofgericht ſollen auf den Rechtstagen jederzeit 12. Perſonen ſizen; nemlich 4. Landräthe, 4 Hofräthe, 1. vom Stifft Schwerin, 1. von der hohen Schule zu Roſtock, ſo dann 2. von Roſtock und Wismar, und in ſolcher Anzahl ohne Veränderung jederzeit gelaſſen werden.

Wegen des Vor-Pommeriſchen Hofgerichts wurde Anno 1663. verordnet: Daß es, auſſer dem Präſidenten und Hofgerichts-Directore, in fünf Räthen oder Aſſeſſoren an Adels und graduirten Perſonen, auch zween Referendarien oder extraordinari-Räthen, beſtehen ſolle.

An anderen Orten hingegen iſt zwar dem Landesherrn freygelaſſen, wie vil Perſonen er ernennen wolle; doch pfleget es wenigſtens in Anſehung gewiſſer Bäncke bey dem Herkommen zu verbleiben. Z. E.

In Würtemberg haben, nach der Praxi, die adeliche und Gelehrte Banck keine gewiſſe Anzahl Perſonen; auf der Landſchafftlichen

chen hingegen waren vormals allemal nur drey, und nun, (nachdeme Ludwigsburg hinzugekommen iſt,) vier.

In denen Mecklenburgiſchen Irrungen wurde in einem Sächſiſchen Reichs-Vicariats-Concluſo von 1741. 14. Mart. gemeldet: Die jedem Land ſo nöthige Adminiſtration der Juſtiz erheiſche allerdings, daß die Gerichte mit hinlänglicher Anzahl derer darzu erforderlichen Perſonen und tüchtigen Subjects ſich jederzeit beſezt befänden.

§. 16.

Wegen derer Häupter bey denen höheren Gerichten seynd in vilen Landen beſondere Verordnungen vorhanden; namentlich, daß ſie nur aus dem Adel, oder auch nur aus dem innländiſchen Adel, genommen werden ſollen: Chefs.

Und ſo meinen die Landſtände jezuweilen, auch ſonſten einiges in Anſehung ihrer zu erinneren zu haben.

In dem Neumarckiſchen Receß von 1653. liſet man: „Daß bißhero in der Landvoigtey Schievelbein die Judicia per Subſtitutos, ſo nicht von Adel zu Zeiten verwaltet worden, iſt injuria Belli geſchehen: Es ſoll ihnen aber diſes ꝛc. an ihrem alten Herkommen unſchädlich ſeyn.“

Bey dem Chur-Braunſchweigiſchen Hofgericht zu Hannover muß der Hofrichter jedesmalen præciſe aus der zu dem Fürſtenthum Calenberg gehörigen Ritterſchafft genommen werden.

Im Hochſtifft Hildesheim behauptet die Ritterſchafft: Daß der Hofrichter aus ihrem Mittel genommen werden müſſe; welches auch in einer Landesherrlichen Reſolution vom 13. Sept. 1666. für bekannt angenommen wurde.

Die Mecklenburgiſche Landſtände klagten An. 1688. daß die Hofgerichts-Präſidenten und Vice-Präſidenten nach Hof abgefordert, daſelbſt geraume Zeit aufgehalten, auch wohl auſſer Landes verſchicket, und dadurch (wider die Hofgerichts-Ordnung,) von den Quartal-Rechtstagen ſo wohl, als andern gerichtlichen Handlungen, abgehalten werden:

Der Herzog antwortete: Er ſeye nicht gemeint, den Präſidenten, oder einige der Aſſeſſoren, von dem Land- und Hofgericht abzuhalten; excepta neceſſitate.

Ferner beſchwerten ſie ſich: Daß der Hofgerichts-Präſident zugleich als Geheimer Rath beſtellet ſeye, welches dem Herkommen zuwider und der Hofgerichts-Ordnung nicht gemäß ſeye:

Die Reſolution darauf lautete: Er habe nur den Titul eines Geheimen Raths, und ſeye dißfalls mit keinem abſonderlichen Eyde belegt.

Wegen Wieder-Beſezung der Präſidentenſtelle bey dem Mecklenburgiſchen Hofgericht iſt in denen Reichs-Hofraths-Concluſis von 1744. 14 und 17. Jan. 7. Febr. 2. Mart. und in denen Reichs-Vicariats-Concluſis von 1745. 21. und 23. Sept. viles zu leſen.

In dem Oſtfrieſiſchen Executions-Receß von 1590. verwilligten die Grafen, daß, ſo vil müglich, ſtets der Hofrichter aus ihrer Ritterſchafft genommen werden ſolle: Zum Vice-Hofrichter aber ſolle D. Sixtinus, oder, wann er ſich nicht in das Land begeben würde, einer von den andern Gelehrten, der dazu am beſten qualificirt, gebraucht werden.

Uebrigens ſtehet jedem Landesherrn frey, wann und ſo offt er will, ſeine Gerichte in Perſon zu beſuchen, und, nach Gefallen, das würckliche Präſidium darinn zu führen; wann er ſich nur keines weiteren anmaſſet, als deſſelbigen Gerechtſame mit ſich bringen.

Die Oſtfrieſiſche Stände verlangten An. 1619. „ Weilen im 3ten Art. der Hofgerichts-Ordnung allein Ihro Gnaden, (dem Grafen,) oder einem der jungen Herrſchafften, auf Quartalen dem publico actui, in der Perſon zu präſidiren, vorbehalten, anderer Geſtalt, oder mit Zuziehung Dero Canzler, Räthe oder Dienere, ſolches präſidirens ſich nicht anzumaſſen. “

Die General-Staaten reſolvirten: „ Es kan denen Gräflichen Herrn Canzler und Räthen, wie auch denen andern Bedienten, nicht weniger als ſonſt andern Leuten, der Eingang in das publicum Auditorium nicht verbotten werden; nur daß ſie ſich von denen Conſultationibus enthalten: Wie denn auch Canzler und Räthe declariret haben, daß ſie ſich ſelbigen niemalen immiſcirt, noch, ſich über die Hofrichter und Aſſeſſores, und auf deren Stellen, Plaz zu nehmen, angemaſſet hätten: “

Und der Graf verſezte: „ Iſt ganz abſurdum, wenn Canzler und Räthe wegen Ihro Gnaden mit dem Hofgerichte zu tra-

citiren

ctiren haben, oder daſſelbe viſitiren, daß ſie alsdann unten an ſizen, ja ganz und gar aus dem Geſtühlte des Collegii ausgeſchloſſen ſeyn ſollen. Es gereichet nicht Canzler und Räthen, ſondern Ihro Gnaden, als gleichwol des Hofgerichts Superiori, zum Schimpf, und iſt hierüber zwiſchen Canzler und Räthen, Hofrichter und Aſſeſſoren niemals kein Streit geweſen: So wird auch der 3 Art. oder das Cap. der Hofgerichts-Ordnung perperam und übel allegiret, in welchem Ihro Gnaden die Präſidentenſchafft nach ihrem Gefallen in- und auſſerhalb den Quartalen freygelaſſen wird. "

§. 17.

Die Gattungen derer übrigen Perſonen, womit ein Gericht beſezet werden ſolle, beruhet auf der Landes-Verfaſſung; auſſer deme hingegen von dem Willen des Regentens. Der übrigen Gerichtsperſonen Gattungen.

So auch: Ob und was für eine Proportion zwiſchen denen verſchidenen Gattungen beobachtet werden ſolle?

Das Chur-Sächſiſche Oberamtsgericht in der Oberlauſiz beſtehet aus dem Landvogt, oder, in deſſen Abweſenheit, dem Oberamtshauptmann, als Präſidenten, ſo dann dem Landeshauptmann, beeden Amtshauptleuten von Budißin und Görliz, denen Landesälteſten beeder Crayſen, und über diſes 2. 3. oder (wenn Supernumerari erwählet werden,) noch mehreren aus jedem Crays, ferner aus Deputirten von Stätten, 2. biß 3. von Budißin, 2. von Görliz, 2. von Zittau, von denen übrigen Stätten aber aus jeder Einer; darzu kommt ſo dann der Oberamts-Canzler.

In Mecklenburg ward in dem brüderlichen Vertrag Anno 1555. veſtgeſezt: Daß das Hofgericht mit geſchickten Perſonen von der Landſchafft und Gelehrten beſezet werden ſolle.

Als das Oſtfrieſiſche Hofgericht An. 1590. errichtet wurde, nahme man zu Beyſizern 2 von der Ritterſchafft, 4. Gelehrte, und 2. von der Landſchafft, oder aus denen Stätten und Aemtern.

§. 18.

In Anſehung der Ernennung derer Gerichtsglidere wird es gar verſchiden gehalten. Ernennung.

In manchen Landen nimmt der Landesherr die ſämtliche Gerichts-Perſonen ganz allein an, und nimmt darzu, wen er will.

Anderwärts concurriren die nicht regierende Herrn vom Hauſe dabey.

In anderen Landen haben zwar die Landſtände kein Jus præſentandi: Doch muß der Landesherr aus gewiſſen Ständen eine gewiſſe Anzahl Perſonen nehmen.

Wieder in anderen Landen werden zwar gewiſſe Perſonen aus denen Landſtänden mit zu denen Gerichten gezogen: Wann ſich aber eine ledige Stelle ereignet, hat es ſchon ſeinen gewiſſen Gang damit.

Noch anderwärts präſentiren die Landſtände dem Regenten einige Perſonen und der Herr erwählet eine daraus.

Endlich ernennen wieder anderwärts die Stände, oder gewiſſe Claſſen derſelben, einige Gerichtsglider nach Gefallen, und ohne eine weitere Beſtättigung des Landesherrns.

In der Chur-Braunſchweigiſchen Oberappellations-Gerichtsordnung von 1712. heißt es: " Unter gedachten Perſonen wollen Wir Uns und Unſern Nachkommen an der Regierung vorbehalten haben die Beſtellung des jedesmaligen Präſidenten, Vicepräſidenten und dreyer Oberappellations-Räthe: Dann ſollen von denen übrigen Räthen die Stände Unſers Fürſtenthums Celle zwey, die Stände Unſers Fürſtenthums Calenberg zwey, die Stände Unſers Fürſtenthums Grubenhagen Einen, und die Stände Unſerer Grafſchafften Hoya und Diepholz Einen. Uns zu präſentiren haben: Alle aber, ſo wohl die von Uns benannte, als von denen Ständen präſentirte, ſollen ihre Seßion und Stelle bey dem Gerichte haben, nachdem ſie in daſſelbe kommen und auf- und angenommen werden, und darinn keine Veränderung gemacht werden. "

Als auch An. 1733. diſes Oberappellations-Gericht mit zwey neuen Räthen, Einem auf der adelichen und Einem auf der gelehrten Banck verſehen wurde, rückte man diſer verbeſſerten Einrichtung §. 13. ein: „ Die Ernennung Eines von ſolchen neuen Räthen bleibet Uns vorbehalten und wollen Wir dabey auf die in der Oberappellations-Gerichtsordnung erforderte Requiſita allemal Unſere Abſicht nehmen: Die Præſentation des andern Raths aber wollen Wir Unſern getreuen Landſchafften, (jedoch die Brem- und Verdiſche vor Eine, und die Grubenhagiſche und Hoyiſche gleichfalls vor Eine gerechnet,) dergeſtalt überlaſſen, daß ſie durch das Loos auszumachen haben, wer von ihnen vor dasmahl mit der Præſentation den Anfang machen, und wem bey dem 2ten, 3ten und

und 4ten Fall die Præſentation zukommen ſolle; welches dann in künfftigen Zeiten zur beſtändigen Regul wird dienen müſſen, ſo, daß darüber kein fernerer Streit oder Anſtoß ſich hervorthun könne, indem ſo dann eine jede Landſchafft wiſſen wird, wem, bey ſich ereignender Vacanz, dem Turno nach, die Præſentation zuſtehe.“

In den Hanoveriſchen Anzeigen von 1755. n. 22. liſet man: „Der Oberteichgreve und Hofgerichtsaſſeſſor von Werſabe iſt von der Bremiſchen Ritterſchafft als Oberappellationsrath präſentirt.“

Bey dem Bremiſchen Hof-Gericht ſizet ſo wohl von der Verdiſchen Ritterſchafft, als von der Statt Verden, ein Aſſeſſor, welche bey entſtehender Vacanz von dem Stande, deſſen Präſentirter abgegangen, dem Könige präſentirt, und von demſelben, wenn ſie das nöthige geleiſtet haben, beſtättiget werden. (1)

In der der Chur-Braunſchweigiſchen Confirmation der Grafſchafft Hoya Landesfreyheiten von 1706. 26. Mart. liſet man: „Anlangend in ſpecie das in beſagtem Landtags-Abſchid (von 1697.) §. 25. dem Hoyaiſchen Adel wegen Admittirung in das Hofgericht geſchehene Verſprechen; ſo hat es auch billig dabey ſein Bewenden: Dieweil auch die von Uns verordnete Anhero-(ins Calenbergiſche) Verlegung der beiden Grafſchafften Hoya die Sachen ſich dahin geändert, daß die in jezt-angezogenem §. 25. voran zu geſchehen vorbehaltene Communication mit Unſerer Zell- oder Lüneburgiſchen Landſchafft nunmehro mit Unſerer Calenbergiſchen Landſchafft wird geſchehen müſſen; ſo wollen Wir dieſelbe Communication forderſamſt verfügen, und Uns hernach diſerhalben ferner erklären.“

In der Hildesheimiſchen Hof-Gerichts-Ordnung Tit. 1. §. 1. heißt es: „Der Hof-Richter, Secretarius und Scribent, ſoll lediglich nach Unſerm Gutbefinden, die Aſſeſſores aber, auf Unſerer getreuen Stände vorgängige Land-Tags-Abſchieds-mäßige Præſentation tüchtiger Perſonen, von Uns und Unſeren Succeſſoren beſtellet werden.“

Die Br. Wolfenbüttelische Landesfreyheiten von 1770. beſagen Art. 12. „Das Fürſtl. Hofgericht wird, nebſt den Gelehrten und Ordinariis, auch aus dem Mittel der getreuen Landſchafft mit vier Perſonen, als einer aus dem Prälatenſtande, einer aus der

(1) H. BüSCHING in ſeiner Erdbeſchr. Tom. 3. pag. 561.

Ritterſchafft, und zweyen aus den Stätten, beſezt; welche mit Pflichten zu belegen, um dem ordinari-Hofgericht beyzuwohnen: Zu den extraordinari-Hofgerichten aber iſt deren Verſchreibung eben nicht nöthig. "

Doch haben die Landſtände kein Präſentations-Recht; ſondern der Landesherr beſtellet aus jeder Claſſe derſelbigen, nach eigenem Wohlgefallen, einen, welchen er will, zum Aſſeſſor. (1)

Bey dem Land- und Hofgericht in Mecklenburg, haben die Ritterſchafft und die Stätte jedes Einen Aſſeſſorem zu benennen, welcher der Herrſchafft nahmhafft gemacht und gebeten wird, dem Präſidenten zu befehlen, daß er ihn introducire:

Darneben ſizen in diſem Land- und Hofgericht bey denen quartal-Rechtstägen vier Landräthe von Adel, welche von der Landesherrſchafft eine jährliche Beſoldung, nebſt der Defrayirung bey denen Rechtstägen, genieſſen; ingleichem ein Beyſizer wegen des Fürſtenthums Schwerin, ein Bürgermeiſter aus Roſtock, einer aus Parchim, und einer aus Güſtrow, die gleichfalls den gewohnlichen Aſſeſſoren Eyd leiſten, und quartaliter denen Relationen, Deciſionen und Decreten an Rechtstägen beywohnen müſſen.

Als Herzog Carl Leopold die vom Kayſer anbefohlene Introduction der Landräthe in das Hofgericht in geſezter Zeit nicht verrichtete, befahl der Kayſer An. 1723. 14. Maj. ſeiner Commißion, ſolche Introduction autoritate Cæſarea, zu Behuf des Landes, und beſonders der heilſamen Juſtiz, zu bewürcken.

An. 1736. 11. Sept. ſchriebe der Kayſer ſeinem Commiſſario in Mecklenburg vor, wie das Land- und Hofgericht damalen und künfftig beſezet werden ſolle: Ein gleiches geſchahe auch in Anſehung derer Juſtizcanzleyen zu Schwerin und Güſtrow.

Von Wiederbeſezung der Stättiſchen Aſſeſſoratſtelle handlen die Reichs-Vicariats-Concluſa von 1741. 29. Dec. und 1742. 16. Jan ſo auch wegen des Schwerin- oder Bützowiſchen Aſſeſſoris das Concl. von 1736. 11. Sept. ꝛc.

Herr POETKER (2) ſchreibt von dem Mecklenburgiſchen Hofge-

(1) H. SCHEID in den Anmerck. zu meinem Braunſchw. Staatsrecht. p. 352.

(2) in ſeiner Samml. Mecklenb. Schrifft. Part. 4. pag. 38. ſqq.

Hofgericht: „ Ob und wie es auch nach diſem zu effectuiren ſey, daß, nach kurz-vorgedachtem 2ten Articul der Fürſtl. Aſſecuration von 1572. auch aus der hohen Schule zu Roſtock ein Aſſeſſor dermahleins wieder zu den Land- und Hof-Gerichts-Juridiquen admittiret, und wie vorhin, oder ſonſten, defrayirt und beſoldet werde? wird die Zeit lehren; wiewohl ich ſo viel mercke, daß man im Land nicht viel darnach frage. Man kan inzwiſchen von diſem Academiſchen Aſſeſſore, und wann, auch warum, er nach An. 1667. aufgehöret, zu erſcheinen, eine artige Nachricht finden im Etwas von gelehrt Roſtock. Sachen vom Jahr 1737. pag. 129. biß 137. und vom Jahr 1739. pag. 193. 194. ſeqq. “

In Oſtfrießland verglichen ſich der Graf und die Stände: „ Wenn einige von vorbeſagten Stellen, (bey dem Hofgericht,) durch Todesfall, Renunciation, oder Erklärung des Hofgerichts, vacant wird, ſollen die übergeblibene Hofrichter, Vicehofrichter und Aſſeſſores innerhalb Monathsfriſt Sr. Gnaden drey qualificirte Perſonen nominiren und vorſtellen, aus welchen Se. Gn., binnen Monathsfriſt darnach, Einen erwählen, und demſelben Commißion geben ſollen, die erledigte Stelle zu erſezen. “

An. 1663. wurde verglichen: Wann dem Fürſten mehr als Eine Nomination zu Handen käme, ſolle er alsdann aus jeder derſelben Eine Perſon innerhalb Eines Monaths, eligiren, ohne die eine mit der andern zu confundiren, oder aus Einer Nomination mehr als Eine zu erwählen.

Von Vor-Pommern berichtet Herr von TESSIN:

Magiſtratus creare.

Hos quidem præter Conſiliarios provinciales, de quibus Cap. 15. & quæſtores (Ober-Einnehmer) ac mandatarios ærarii provinciales ejuſque viſitatores, de quibus cap. 12. Princeps ipſe creat, ſed his circumſcriptus limitibus, ut his ſolum officia committat, qui 1) in his terris nati ſunt & domicilium habent.

L. Priv. §. T. wir wollen auch &c. Erbeinigung de an. 69. §. V. ſonſten wollen Wir ein halb der Privilegien. Teſtam. Ern. Ludov. §. X. Seine Lbd. ſollen auch &c. H. O. tit. §. 7. damit nun die verordneten &c. juncto §. fin. Z. Wir wollen auch &c.

&

& 2) Auguſtanæ Confeſſioni addicti. L. A. de an. 92. §. L. und wollen Wir das ganze Juſtitien &c.

In dem Viſitations-Receß des Greiffswaldiſchen Hof-Gerichts von 1733. liſet man:

„ Ordn. §. 12. und Receß N. 5.

3. Als zwar befunden, daß nach Einhalt diſes §. und des Receſſes in denen darinn benannten Fällen keine Land-Räthe oder andere von der Landſchafft zugegen geweſen, aber auch diſes, daß ratione modi noch nichts gewiſſes reguliret, und daher wol fürnemlich der Unterlaß entſtanden; ſo wird die Königl. Regierung, mit Zuziehung der Land-Stände, höchſtens in einer halbjährigen Friſt, von Zeit der Publication diſes Receſſes etwas gewiſſes baldmöglichſt, und wann auch das Königliche Hof-Gericht darüber gehöret worden, reguliren und feſtſezen. “

Bey dem Würtembergiſchen Hofgericht ſizen, zum Theil ſchon oben berührter maſſen, allemal vier Burgermeiſtere, welche Mitglidere des Engeren Ausſchuſſes ſeynd; nemlich allezeit einer von Stuttgart, einer von Tübingen, und einer von Ludwigsburg, ſo dann der älteſte von denen übrigen im Ausſchuß befindlichen Burgermeiſtern:

An dem Reviſionsgericht aber hat die Landſchafft keinen Antheil.

Von dem Lippiſchen Hof-Gericht meldet Herr D. BÜSCHING (1): „ Das General-Hof-Gericht - - beſezt der regierende Herr mit zwey Räthen: Die nicht regierende Herren ſchicken auch jeder einen Rath zu demſelben ab; ingleichem die Ritterſchafft einen, und die Städte auch einen Deputirten. - - - Das General-Conſiſtorium - - wird auf eben die Weiſe, als das General-Hof-Gericht, beſezt; auſſer daß bey jenem die Stätte zwey Deputirte haben. “

§. 19.

Eigenſchafften. Die Eigenſchafften derer einzelnen Gerichtsperſonen in Anſehung des Vaterlandes, der Verwandſchafft, des adel- oder bürgerlichen Standes, der Religion, der academiſchen Würde, auch anderer Qualitäten; richten ſich mehrmalen nach eines jeden Landes beſon-

(1) In ſeiner Erd-Beſchreib. Tom. 3. Part. I. p. m. 703.

beſonderen Verfaſſung; auſſer deme kommt alles allein auf den Landesherrn an.

Einiges davon iſt bereits vorgekommen.

In dem Reichs-Abſchid von 1654. §. 108. iſt verſehen: „ Iſt ſolchemnach Unſer verordneter Will und Meinung, erinnern auch ernſtlich hiemit, und in Krafft diſes, daß Churfürſten und Stånd dero Gerichte mit qualificirten Leuten alſo beſtellen ſollen und wollen, damit ſich Niemand dawider zu beſchweren, oder doch um ſo vil weniger zu beklagen daher Urſach nehme, als wåren dieſelbe im Reich hin und wieder dermaſſen übel beſezet, daß man ſich bey ihnen in rechtlichen und andern wichtigen Sachen einer gleichmåßigen Billigkeit; jeweilen nicht zu verſehen habe, und dahero, ans Cammergericht zu appelliren, gedrungen werde. “

In dem Chur- und Märckiſchen Landtags-Abſchid von 1653. verſprache der Churfürſt: Sein Cammergericht zu Cölln an der Spree und die Neumarckiſche Regierung zu Cüſtrin jederzeit mit qualificirten Perſonen (darunter er dann auch den Einheimiſchen billig den Vorzug vor den Ausländiſchen, wiewohl dieſelbe auch nicht gänzlich auszuſchlieſſen ſeyen,) gönnen werde, ſo wohl ex equeſtri als civium ordine zu beſezen.

An. 1723. 16. Sept. ergienge eine K. Preußiſche Verordnung, daß diejenige, ſo zu Juſtizbedienungen und Advocatenſtellen befördert ſeyn wollen, auf innländiſchen Univerſitäten ſtudiren, daſelbſt diſputiren, und ſich ihrer Capacität halber legitimiren ſollen.

Die Hinter-Pommeriſche Stånde baten An. 1654. weil vor diſem im Hofgericht keine ungraduirte Perſonen zum Hofgerichts-Aſſeſſorat kommen, ſolche gute Gewohnheit beyzubehalten: Es wurde auch darauf reſolvirt: „ Laſſen Wir Uns die vorige Gewohnheit, daß von bürgerlichen Standes-Perſonen keine Aſſeſſoren, welche nicht auf vornehmen Academiis ein publicum eruditionis teſtimonium und einen Gradum Doctoris oder Licentiati mit Ruhm erlanget haben, beſtellet werden. “

Im Jahr 1747. ſchluge der Kayſerliche Commiſſarius in Mecklenburg einen Grafen von Schmettau zum Aſſeſſore des daſigen Land- und Hofgerichts vor: Nachhero aber berichtete er an den Kayſer: Es habe ſich wegen der ex poſt bekannt gewordenen reformirten Religion des Grafens ein Anſtand ereignet.

In Oſtfrießland wurde An. 1611. verglichen: Diejenige, welche das Hofgericht bekleiden würden, ſollen einander weder in dem dritten Gradu Conſanguinitatis, noch in dem zweyten Gradu Affinitatis, oder noch näher, (nach der Computation der Kayſerlichen Rechte,) verwandt ſeyn.

Die Stände forderten ferner An. 1619. Daß zu dem Hofgerichte, ſo vil möglich, keine andere, als eingebohrene Landſaſſen, und zu den gegenwärtigen (erſten) drey Stellen Niemand, als aus der Ritterſchafft, zu den andern ſechs Stellen aber Niemand, als aus der Stätte und Hausmanns-Stand, allerſeits Qualificirte und Geſchickte, ſo diſes Orts zugelaſſener Religion verwandt ſind, präſentirt und eligirt werden.

Die General-Staaten aber reſolvirten darauf: „ Diſes iſt im 2ten Art. der Hofgerichtsordnnng und im 19. Art. des Oſterhuſiſchen Vertrages, wie das Hofgericht ſolle beſtellet werden, genugſam verſehen.

Und der Graf ſagte: Die Poſtulanten können nicht einen einzigen Actum beybringen, daß Ihro Gnaden in Beſtellung des Hofgerichts anderſt verfahre, als nach Ausweiſung der in der Apoſtill angezogenen Texte; in welchen gleichwol weder der Religion noch der Landſaſſerey einige Meldung beſchiehet. “

Der Fürſt zu Oſtfrießland verlangte An. 1691. Daß ins künfftige die Hofgerichtsbediente aus beyden in Oſtfrießland zugelaſſenen Religionen halbſcheidlich beſtehen ſollen: Der Reichs-Hofrath aber ertheilte keine Reſolution darauf.

Ferner verſprache er in dem An. 1699. mit ſeinen Landſtänden geſchloſſenen Vergleich: Cap. 1. §. 1. Er wolle bey Beſtellung der Juſtitien-Aemter dahin ſehen, daß dieſelbe mit tüchtigen und gewiſſenhafften Perſonen allwege beſezet werden.

In dem Schweden-Vor Pommeriſchen Haupt-Commißions-Receß von 1663. wurde verſprochen: Daß zu des Hofgerichts Directorn und Aſſeſſoren keine Andere gebraucht werden ſollen, als geſchickte, gelehrte, der gemeinen und ſonderlich des Landes Rechten kundige, der Gerichtshändel erfahrene und gute Autorität zu ſouteniren taugliche Perſonen.

In

In dem Würtembergiſchen Landtags-Abſchid von 1514. heißt es: „Auch das Hofgericht mit Räthen der Landſchafft beſezet werden ſoll; dabey beſteht es auch wohl.“

Nach denen Herzoglich-Würtembergiſchen Reverſalien iſt das Hofgericht nur mit Evangeliſchen Perſonen zu beſezen.

In Sachen: Emmelii contra Pöttingen, floſſe An. 1714. 9. Febr. in eine Cameral-Urtheil ein: „Auch wird Frau Beklagtin, ihr Gericht mit genugſam qualificirten Leuten, vermöge des jüngeren Reichsabſchids, zu beſtellen, dergeſtalt, daß die daſelbſt vorkommende Gerichtshändel, wie es die Rechte erfordern, gebührend tractiret werden, und dagegen Niemand, ſich ferner zu beklagen Urſach haben möge, hiemit ernſtlich erinnert.“

§. 20.

Damit man endlich wegen der erforderlichen Geſchicklichkeit derer Canditaten um ſo mehrers verſichert ſeyn möge; ſo iſt an mehreren Orten eingeführet, daß ſie eine vorläuffige Probe ablegen müſſen. Die Sache an ſich iſt gut: Aber 1. heißt es auch hier: Lege inventa, fraus inventa eſt, und 2. wo ſeynd die welche man abgewiſen hätte? Deren Verſicherung.

In dem Chur-Sächſiſchen Landtags-Abſchid von 1718. §. 2. iſt verſehen: „Ingleichem laſſen Wir Uns den allerunterthänigſten Vorſchlag gefallen, daß künfftig in die Juſtiz-Collegia Niemand, auch nicht ein Supernumerarius, recipiret werden ſoll, wann nicht vorhero, (wie bey denen Reichsgerichten und in benachbarten Landen üblich,) des Ambirenden oder Berufenen Capacität durch Fertigung einer gewiſſen Probrelation und angehängtes Gutachten aus denen vom Collegio ihm dißfalls auszuſtellen habenden Actis explorirt, und zugleich von demſelben, daß er ſich eines Andern Beyhülffe nicht gebrauchet, endlich behauptet ſeyn wird. - - Es iſt ſo dann auch, wie diſe Tentamina abgelauffen, pflichtmäßiger Bericht und Gutachten zu Unſerm Geheimen Collegio zu erſtatten, und darauf der Reception halber weitere Verordnung zu gewarten.“

An. 1715. 3. Maj. ergienge ein K. Preuſiſches-Reſcript: Daß in Juſtiz-Collegiis Niemand angenommen werden ſolle, er habe dann vorhero eine Relation pro ſtatu verfertiget:

Und An. 1716. 4. Apr. folgte ein anderes nach: Daß auch die Protonotarii und Secretarii eine Probrelation verfertigen ſollen.

An. 1717. 23. Sept. wurde verordnet, ſolche nach der Methode der Reichsgerichte zu verfertigen.

Zu Berlin iſt auch eine immediate Examinations-Commißion, ſo aus einigen Tribunals- und Cammergerichtsräthen beſtehet, welche diejenige Subjecta examiniret, ſo zu Juſtizbedienungen gelangen wollen. Die Candidaten aus allen Königlichen Ländern müſſen ſich hier ſtellen (1).

Zu gleichem Endzweck iſt es angeſehen, wann mehr als Eine Perſon auf eine erledigte Stelle präſentiret werden muß, um den geſchickteſten daraus erwählen zu können. Z. E.

In der Chur-Braunſchweigiſchen Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung *Part. 1. Tit. 1. §. 4.* iſt verſehen: „Damit man um deſto ehender lauter geſchickte Leute in diſes Collegium bekommen möge, wollen Wir bey jedesmaliger Vacanz allemal zwey Perſonen benennen; dergleichen auch die Stände bey jedem Fall zu beobachten haben: Welcher dann unter denen beyden per Majora am geſchickteſten und gelehrten befunden wird, den ſoll das Collegium erwählen, beyde aber ſo fort nach abgeſtatteter Probrelation wegreiſen laſſen, und dann Unſere Reſolution darüber erwarten.“

§. 21.

Verpflichtung. Wegen Verpflicht- und Beeydigung derer Gerichtsperſonen ſeynd auch ſchon Handlungen zwiſchen Landesherrn, ſo dann deren Landſtänden und Unterthanen, gepflogen worden, oder auch Streitigkeiten darüber entſtanden.

Als das Oſtfrieſiſche Hofgericht An. 1593. eröffnet wurde, erlieſe man den Hofrichter und Räthe vor ihrer Beeydigung aller anderen Pflichten und Eyde, damit ſie ſonſten, auſſerhalb diſes Gerichts, ihrem gnädigen Herrn zu Oſtfrießland ꝛc. verwandt ſeyen.

Anno 1611. wurde verglichen: Daß Hofrichter und Aſſeſſores des Hofgerichts bey Antritt ihrer Bedienung, und damals das erſtemal in Gegenwart des Grafens und der Landſchafft Deputirten, hinfüro aber in die Hände des Hofrichters und der Aſſeſſoren, nach alter Gewohnheit, den dem Vergleich einverleibten Eid ablegen und ſchwören ſollen.

Anno

(1) Beſchreib. von Berlin, (1769.) S. 155.

Anno 1663. (1) wurde wieder ein Eydes-Formular vergli-chen, wornach der Hofrichter und Aſſeſſoren verpflichtet, auch von dem von Jedem unterzeichneten Formular jedesmal denen Landſtän-den, oder Derſelben ordinari-Deputirten, und in ſpecie der Statt Emden, eine authentiſche Copie geſandt werden ſolle.

Anno 1691. verlangte der Fürſt: Daß die Hofgerichts-Per-ſonen nur auf den einzigen Fall, wann ſie nemlich in cauſis Prin-cipis, ubi jure Privati utitur, (Einhalts Art. 43. Concordato-rum,) judiciren, von ihres Landesfürſtens Eyd und Pflichten exi-miret ſeyn ſollen:

Er erhielte aber vom Reichs-Hofrath keine Reſolution darauf.

Und An. 1699. verſprache der Fürſt: Er wolle zu der Admini-ſtration der Juſtiz Niemand committiren, der nicht auf die Juſtiz und Accorden beeydiget ſeye, und den Eyd eingeſandt habe.

§. 22.

Denen Chur-Bayriſchen Juſtizräthen ſeynd in der Hofr. Ordn. Art. 1. §. 7. alle inn- und ausländiſche Nebendienſte, ſamt denen Vormundſchafften, und anderen dergleichen unnöthigen Ge-ſchäfften, verbotten. Neben-Dienſte.

In dem Oſtfrieſiſchen Vergleich An. 1611. wurde beliebt: Daß die Perſonen des Hofgerichts keinen andern Dienſt betreten, in keinem andern Dienſt noch Eyd ſeyn mögen.

Anno 1619. verlangten die Stände: Daß denen Hofgerichts-Perſonen nicht freyſtehen ſolle, innerhalb Landes ſich in einiger an-deren Beſtallung gebrauchen zu laſſen.

Die General-Staaten reſolvirten darauf: Es können die Hof-gerichts-Perſonen, nach dem 21. Art. des Oſterhuſiſchen Ver-gleichs, in keinen andern Dienſt noch Eyd tretten, noch einige an-dere Penſionen, auſſer der Landſchafft ihre, genieſſen; wornach ſich ein jeder derſelben zu reguliren hat.

Und der Graf merckte dabey an: „Es iſt niemals beſcheini-get, daß ſich ein Aſſeſſor, oder andere Perſon am Hofgericht die-nend, in einige andere Beſtallung inn- oder auſſerhalb Landes ein-gelaſſen; es wäre dann der Pedell, welcher auch das ehrliche Buch-binder-Handwerck gelernet, aber dennoch wenig gebraucht. Son-ſten

(1) v. Oſtfrieſ. Hiſtor. und Landesverfaſſ. Tom. 2. p. 795.

ſten iſt es nur ein lauterer Fürwiz, daß ein Aſſeſſor des Hofgerichts auch ſeinem Landesherrn nicht einige extraordinaire Dienſte ſoll leiſten, und dagegen etwas jährliches, oder eine andere Gnade, genieſſen möge. “

Anno 1662. behaupteten die Stände, daß, Krafft vorſtehenden Vergleichs, denen Hofgerichts-Perſonen nicht frey ſtehe, Jemand auſſer Landes zu bedienen, oder deßwegen etwas zu genieſſen, wenn es auch Speyeriſche oder andere ausländiſche Proceſſe wären, damit obgedachter Articul nicht eludiret werde; dahero ſelbiger alſo zu interpretiren wäre.

Man vergliche ſich darauf: Es ſollen die Perſonen des Hofgerichts, als Hofrichter, Vice-Hofrichter, Aſſeſſores, Secretarius und Unterſchreiber, (vermöge des allegirten 21ſten Art. Oſterh. Accords,) in keines Andern Eyd und Dienſten ſtehen, noch einige andere Penſionen im Land genieſſen, auch weder Ihrer Fürſtl. Gn. noch jemand anders derer Eingeſeſſenen im Lande, directe, oder indirecte, advocando bedienen, ſondern ſich mit denen auf die reſp. Bedienungen ſtehenden Beſoldungen und Emolumenten begnügen laſſen: Da denn, ſolchem ungeachtet, auf dem erſten Landtage proponirt, deliberirt und überlegt werden ſoll: Ob man, ſub beneficio der Verhöhung derer Tractamenten vorgedachter Perſonen, kein näher und präciſer Reglement für das Hofgericht machen und feſtſtellen könne? “

Ferner brachten die Stände vor: „Ueberdas iſt in offtgedachtem Art. 21. Oſterhuſ. Accords feſtgeſezet worden, daß die Perſonen des Hofgerichts in keines Andern Eyde ſeyn mögen; deßwegen diejenige mit groſſem Rechte abzuſchaffen ſeynd, ſo öffentlich bekennen, daß ſie in Ihrer Fürſtl. Gn. Eyde und Pflichten ſtehen ꝛc. “

Der Fürſt aber antwortete darauf: „Iſt unerheblich und keiner Beantwortung würdig; angeſehen die von dem Hofgerichte in keinem andern, dann Sr. Fürſtl. Gn. und Dero Succeſſoren Eyde begriffen ſeynd; vermög Oſterhuſ. Accords Art. 24. “

Der Fürſt zu Oſtfrießland truge ferner An. 1691. beym Reichs-Hofrath darauf an: Daß die Hofgerichts-Perſonen jezt und hinfüro in keiner andern fremden Herrſchafft Eyd und Pflichten ſeyn, noch inn- oder auſſerhalb Landes ſich in denen Landesſachen, bevorab wider ihren Landesfürſten, (als in deſſen Eyd und Pflichten

ten ſie würcklich ſtehen ꝛc.) ſich gebrauchen laſſen ſollen: Er erhielte aber keine Reſolution darauf.

§. 23.

In denen meiſten Landen verbleiben die Gerichtsperſonen ſo lang bey dem Gericht, als ſie leben, oder ihren Stand nicht veränderen, oder abdancken, oder abgeſezt werden; ja die Landſtände dringen auch wohl darauf, daß nicht vile Abwechslungen geſchehen: Anderwärts hingegen iſt erlaubt, oder auch wohl der Landes-Verfaſſung gemäß, mit denen Perſonen abzuwechſeln. Amts Dauer.

Von Braunſchweig-Calenberg ſiehe oben.

In Oſtfrießland wurde An. 1611. verglichen: „Diejenige, welche das Hofgericht bekleiden, ſollen Zeit ihres Lebens in ihrer Bedienung bleiben; es ſey dann, daß Jemand freywillig Abſtand davon thäte, oder vom Hofgericht erkannt und erkläret wäre, ſolches verwürcket zu haben, oder untüchtig zu ſeyn, um ſolcher Bedienung vorzuſtehen. “

In dem Würtembergiſchen Landtags-Abſchid von 1595. wurde verſprochen: Das Hofgericht mit beſtändigen Perſonen zu erſezen.

§. 24.

Ferner gibt es eine gedoppelte Art von auſſerordentlichen Beyſizern derer Gerichte. Einige heiſſen extraordinarii oder ſupernumerarii, wohnen aber dennoch allen Gerichts-Seßionen mit bey: Andere hingegen ſeynd würckliche auſſerordentliche Beyſizere, indeme ſie nur zu gewiſſen Gattungen von Rechtshändeln mit beygezogen werden. Z. E. Auſſerordentliche Beyſizer.

Der Churfürſt zu Cölln, als Biſchoff zu Hildesheim, befahl An. 1733. 13. Aug. wann bey dem Hofgericht Sachen, welche der Ordnung nach zu deſſen Cognition qualificirt ſeyen, vorkommen, wobey das Landesherrliche Intereſſe mit einſchlage, ſollen einige Hof- und Cammer-Räthe dabey erſcheinen, um denen Rechten nach das nöthige dabey zu beobachten; wie dann dieſelbe in dem Hofgericht, gleich dem Hofrichter und Hofgerichtsaſſeſſoren, ihre Vota viritim abzugeben haben.

In denen Münſteriſchen Landesfreyheiten von 1570. lautet es §. 12. von denen Criminalſachen ꝛc. der Ritterſchafft und der geſchworenen Burger in denen Landtagsfähigen Stätten: „Und damit

damit diſsfalls die Juſtitia deſto richtiger geübet; ſo ſollen und wollen Wir in diſen fürgerührten Malefiz- und andern Gewalthaten und Entſezungsſachen, auf des Beklagten, oder ſeiner Freundſchafft, Anſuchen, neben zween Unſerer Räthe, zween aus Unſerer Ritterſchafft und zween Verordneten aus dem Stattrath Unſerer Statt Münſter, alle der Sachen und Perſonen unpartheyiſch, zu dem Gerichte, darunter er beklaget, anſtellen und verordnen, welche Wir auch ihrer Pflicht und Eyd, damit ſie Uns und Unſerm Stifft verwandt, diſsfalls erlaſſen, und von neuem, wie ſichs gebühret, wieder beeydigen, und alſo durch dieſelbe Verordnete und das Gericht erkennen laſſen ſollen, was ſich in diſem Fall zu Recht eignen und gebühren würde."

Nach der Pommeriſchen Hofgerichtsordnung ſollen jederzeit, und ſonderlich zu den Gerichtstagen, darinn die Endurtheile ſollen publicirt, oder ſonſt Ehren- Lehen- oder andere wichtige Sachen verrichtet werden, etliche aus der Landſchafft erfordert werden, dem Gerichtstag mit beyzuwohnen.

In Würtemberg muß, wann auf der Landſchaffts-Banck (wegen zu gleicher Zeit einfallender Land- oder Ausſchuß-Täge,) Niemand vorhanden iſt, eine andere Perſon einſtweilen diſen Banck beſizen.

§. 25. a.

Aſſeſſores auſcultantes, &c. Endlich ſezet man hin und wieder denen höheren Gerichten Perſonen nur zu dem Ende bey, damit ſie etwas dabey lernen und ſich eine Geſchicklichkeit in gerichtlichen Sachen erwerben mögen. Und auch mit diſen wird es verſchidentlich gehalten. Einige seynd bloſſe Aſſeſſores auſcultantes, die nur ſehen und hören dörffen, was vorgehet: Andere dörffen oder müſſen referiren, aber nicht votiren; und noch Andere dörffen zwar auch votiren, aber ihr Votum wird nicht mitgezählt.

§. 25. b.

Subalternen. In Anſehung der zu denen Gerichten gehörigen ſubalternen Perſonen wird es gar verſchidentlich gehalten.

An vilen Orten erſezet der Landesherr diſe Stellen allein.

Anderwärts gehören ſie (ſo vil die nidrige Gerichte betrifft,) unter die Commundienſte, welche die Magiſtrate jeden Orts zu erſezen haben.

In

In Oſtfrieſsland wurde An. 1611. verglichen: „Die übrige zum Hofgericht gehörige Perſonen, als: Unterſchreiber, Procuratores, Pedellen, ꝛc. ſollen von dem Hofgerichtscollegio angenommen, und, nach Befindung ihres Verbrechens, abgedancket, und an deren Stelle andere beſtellet werden.“

Zuweilen finden ſich auch ſo gar wegen dergleichen Perſonen Eigenſchafften Landesverträge. Z. E.

In dem Oſtfrieſiſchen Vergleich von 1699. lautet es ferner Cap. 1. §. 2. „Es haben auch Se. Durchlaucht der Landſtände ſuchen, daß der 18de Art. Oſterhauſiſchen Accords, worinn die Gradus Conſanguinitatis & Affinitatis unter den Glidern des Hofgerichts regulirt ſeyn, auch von dem Secretario deſſelben verſtanden werden ſolle, gnädigſt deferirt.“

§. 26.

Je mehr geſchickt-oder ungeſchickte, gewiſſenhaffte oder böſe Advocaten und Procuratoren in Rechtsſachen reſp. gutes oder übels ſtifften können; um ſo mehrers haben auch öffters Landſtände es dahin zu bringen geſucht, daß es hierinn auf das beſte eingerichtet werden möge, oder auch die Landesherrn haben ſelber darauf geſehen. Advocaten ꝛc.

Die Chur-Bayriſche neu-verbeſſerte Advocaten-Ordnung vom Jahr 1769. iſt an unten (1) bemerckten Ort zu leſen.

In Bayern dörffen, vermög der neu-verbeſſerten Hofraths-Ordn. Art. 10. §. 2. bey dem Hofrath mehr nicht als 16. Advocaten ſeyn: Bey den Churfürſtlichen Regierungen iſt die Anzahl nicht einmahl ſo groß.

In der Chur-Sächſiſchen Erledigung der Landesgebrechen von 1612. §. 22. iſt eine Verordnung wegen der ungeſchickten Procuratoren und Advocaten enthalten.

Ein K. Preußiſches Edict wegen der Advocaten, Procuratoren und Concipienten kame An. 1715. 17. Apr. zum Vorſchein.

Anno 1723. 24. Mart. wurden durch ein allgemeines Edict die wegen der Advocaten und Procuratoren vorhin emanirte Edicte und Verordnungen renoviret und geſchärfft.

Was

(1) in der Samml. der Chur-Bayeriſch-General. von 1771. S. 34.

Was ferner An. 1723. wegen derer, ſo Advocaten werden wollen, ſtudierens auf innländiſchen Univerſitäten ꝛc. befohlen worden, iſt ſchon oben vorgekommen.

Anno 1738. 11. Jan. folgte ein K. Preußiſches Edict wegen der Advocaten und Procuratoren: Daß dieſelbe jedesmal, wann ſie etwas wider die Wahrheit oder die Ordnung vortragen, geſtrafet werden ſollen; wobey zugleich deren Gebühren reguliret und eingeſchräncket, auch die bey denenſelben eingeſchlichene Mißbräuche aufgehoben worden.

Ein Königlich-Preußiſches Circulare wegen des denen Advocaten zu dem Stempelpapier zu thuenden Vorſchuſſes, von 1767. 31. Jan. findet ſich bey H. GEGEL (1).

Eine K. Preußiſche Cammergerichts-Verordnung von 1767. 18. Jul. wegen Einfindung der Advocaten auf dem Collegienhauſe an denen Gerichtstägen und zur ordentlichen Abhaltung der Verhörs- und Conſtitutions-Protocolle, und daß ſich kein Advocatenſchreiber in die Audienz- und Verhörs-Zimmer zu begeben habe, ſehe man auch allda (2).

In dem Braunſchweig-Hanoveriſchen Landtags-Abſchid von 1639. wurde beliebt: „Alsdann auch zum öfftern ungeſchickte, und ſowohl in ſtudio theoretico, als in praxi unerfahrne Leute der Advocatur ſich anmaſſen, und ſonſten herein ſchleichen, ſo wollen S. F. G. die Landes-Fürſtl. Verſehung thun, daß in dero Fürſtenthumen und Landen nun hinfüro niemand ad forum, oder praxin admittiret, vilweniger in einiges Judicium oder Rath recipiret werden ſolle, er habe dann vorhero genugſame Documenta legalitatis, vitæ & morum produciret und vorgezeiget; inſonderheit aber den Gerichten ſich eydlich verwandt gemacht: Daß er wiſſentlich keine ungerechte Sache an ſich oder in ſein Patrocinium nehmen, aller Protelation und Verzögerung des Proceſſes ſich gänzlich enthalten, und die Parthien einzig und allein zu Recht und Billigkeit verweiſen, auch, da er in tractu & progreſſu cauſæ ſeiner Clienten Unfug befinden würde, ſich der Sachen alſofort abthun wolle.“

Auch

(1) in ſeiner Samml. landesh. Verordn. 1. Theil, S. 320.
(2) 2. Theil, S. 450.

Auch die hin und herbeſtellte Advocati oder Procuratores Fiſci, Fiſcale ꝛc. haben ſchon zu Landesverträgen Gelegenheit gegeben. Z. E.

In dem Oſtfrieſiſchen Vergleich von 1611. wurde beliebt: „Damit die gute eingeſeſſene diſer Graffſchafft noch deſto beſſer von der Juſtiz am Hofgericht mögen vergewiſſert ſeyn; ſo wird Se Gn. (der Graf,) einen Fiſcal beſtellen, welcher an dem Ort, wo das Hofgericht iſt, wohnen, in Sr. Gn. Namen active und paſſive procediren ſoll.

Ingleichem hat ein Landesherr zu entſcheiden: Bey welchen Gattungen von Gerichten jede Art von Advocaten ſich gebrauchen laſſen dörffe. Z. E.

Anno 1714. 7. Sept. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript, daß die Appellations- und Cammergerichts-Advocaten auch bey denen Stattgerichten advociren mögen.

Uebrigens muß ein Landesherr denen innländiſchen Advocaten allerdings geſtatten, ſeinen Unterthanen oder Anderen auch in ihren gegen den Landesherrn, ſeine Cammer, Miniſters, Räthe, Beamte, ꝛc. habenden Streitigkeiten bedient zu ſeyn.

In Sachen: Baſel contra Baſel, ſprache der Reichs-Hofrath An. 1736. 10 Jan. „Quoad formulam Advocatis præſcriptam, iſt der Beſcheid: Nachdem ſich ⸗ ⸗ ſo vil zeiget, daß die angezogene Formula Advocati nicht erſt neuerlich eingeführet, ſondern ſchon von Alters her gebräuchlich geweſen, auch der Herr Biſchoff ſich von ſelbſten anerbietet, daß einem jeden Advocato, (wenn er vorhero um Erlaubniß geziemend anruffet,) gegen den Fiſcum zu dienen erlaubet werden ſolle; inmaſſen es auch ja ſo gar ex officio verſchidentlich geſtattet worden; ⸗ ⸗ ſo laſſen es Ihro Kayſerliche Majeſt. Einwendens ungehindert, bey obgedachter alter Advocaten-Formul und reſp. der Fürſtlichen Erklärung ein- vor allemal bewenden. “

Von Mecklenburg liſet man (1): Nachdem man in den Fürſtlich Schweriniſchen Judiciis anfieng, aller auswärtigen Advocaten Schrifften zu verwerffen, und verlangte, daß alle Exhibita von eingeſeſſenen und immatriculirten Advocaten ſollten verfertiget, und

(1) in dem Vorber. zu den Deciſ. Imp. in cauſ. Mecklenb. p. m. 194.

ſub pœna rejectionis unterſchriben werden: Diſe aber den Hof zu menagiren hatten, und in cauſis fiſcalibus ſo wohl, als gegen den Herzog, zu dienen zu furchtſam waren, dahero die Ritterſchafft kein völliges Vertrauen in ſelbige ſezen konnte, und alſo Beſchwerde darüber führete; ſo erhielten zwar die Stände deßhalb ſchon An. 1686. die Fürſtl. Reſolution ad Grav. judic. 14. „ Es ſollen die extrajudicial-Suppliquen, wann der Principalis ſie eigenhändig unterſchreibet, und dieſelbe gehöriger maſſen ſonſt eingerichtet ſind, angenommen werden: “ Allein da es in diſem Stück immer ſchlimmer geworden; ſo wurde der Kayſer An. 1708. dißfalls implorirt, welcher den 5ten Mart. verordnete: Die Ritter- und Landſchafft, wider bißherige Obſervanz, in ihrer Defenſion und Gebrauchung auswärtiger Advocaten nicht zu bedrängen noch auch deren Schrifften und Handlung zu verwerffen, ꝛc. welches den 9. Jul. 1708. nochmals wiederhohlt und es den 19. Oct. 1724. dabey gelaſſen wurde.

Endlich ſeynd auch die Procuratoren bey Gerichten der Landesherrlichen Aufmerckſamkeit würdig: Etwas davon iſt bereits vorgekommen.

Ein Chur-Brandenburgiſches Edict von 1697. 20. Febr. befahle, ſo gleich bey Anfang eines Proceſſes Procuratores ad Acta zu beſtellen.

In denen Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten lieſe der Kayſer An. 1597. es bey deme bewenden, was der Procuratoren Mängel halber im 5ten Titul der Hofgerichts-Ordnung für Vorſehung geſchehen ſeye.

In denen Concordaten von 1599. wurde ferner verglichen: „ Und wollen Wir demjenigen, was der Procuratoren halber bey diſer Landtagshandlung erinnert, und daß dem Hofgericht die Macht zu gönnen, der Procuratoren Unfleiß und Untreu, nach Gelegenheit der Verbrechung, mit Geld, oder Entſezung ihres Dienſtes, zu ſtrafen, zu vorſtehender Viſitation ſeine gebührliche Maaſe zu geben, nicht vergeſſen. “

Die Oſtfrieſiſche Stände verlangten An. 1619. Daß die Hofgerichts-Procuratoren, den anruffenden Partheyen wider den Grafen, oder ſeine Beamte, ohne andere ex officio zu machende Verordnung, aufzuwarten, und vor Gericht zu dienen, bey Verluſt ihres Dienſtes, ſchuldig und gehalten ſeyn ſollen.

Die

Die General-Staaten reſolvirten: „Es ſollen die Herrn Hofrichter und Aſſeſſores erinnert werden, den Partheyen, ſo, keinen Procuratorem, entweder wider den Herrn Grafen, oder wider Andere, bekommen zu können, klagen, mit denen wenigſten Koſten darzu zu verhelffen.“

Der Graf machte aber die Anmerckung darüber: „Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren haben diſe Aufmunterung und Vermahnung nicht verdient, oder verurſacht; dann ſich Niemand, (welcher mit Ihro Gnaden in Rechten zu ſchaffen gehabt,) beklagen kan, daß es ihme an der Advocaten und Procuratoren Bedienung gemangelt, und er dabey zu kurz geſchoſſen.“

§. 27.

Notarien ſeynd zwar keine eigentliche Gerichtsperſonen: Doch bedienet man ſich derſelbigen mehrmalen in allerley gerichtlichen Handlungen, abſonderlich bey Einlegung derer Appellationen: Darüber iſt es nun auch ſchon in Anſehung ihrer zu Streitigkeiten zwiſchen Landesherrn, ſo dann deren Landſtänden, gekommen, welche gar durch die Reichsgerichte haben müſſen entſchiden werden. Notarien.

In Bayern wurden die Notarien vormals ſo wohl bey dem Hofrath zu München, als auch bey denen Regierungen, immatriculirt; nunmehro aber geſchiehet es allein bey dem Hofrath.

In Mecklenburg fienge man, um der Ritterſchafft die media appellandi & provocandi zu beengen, oder zu benehmen, Anno 1700. an, die Notarien, ſo in Ritter- und Landſchafft-Sachen ihr Amt verrichten wollten, mit Gefängniß und groſſen Straffen dahin zu zwingen, ſich endlich zu verſchwören, daß ſie ſich nicht mehr gegen den Hof und deſſen Intention wollten gebrauchen laſſen; ja man ließ einen Notarium wegnehmen, mit dem Befehl, ihn lebendig oder todt zu lifern, der hernach 50. Rthl. Straffe geben, und ſich reverſiren müſſen, ſich die Tage ſeines Lebens nicht mehr gebrauchen zu laſſen; der Kayſer hingegen verbote es den 13. Aug. 1700. ſehr ſcharff.

Als auch Herzog Carl Leopold denen Notarien im Land durch ein Edict verboten, die Inſinuationen und Affixionen zu verrichten, auch allen ſeinen Bedienten unterſagte, nichts von ſelbigen, ohne vorhero zu referiren, anzunehmen, wurde ſolches Edict An. 1723. 14. Maj. vom Kayſer caßirt, und hingegen per Literas patentes,

und zwar cum declaratione Protectionis Cæſareæ und extenſione Conſervatorii wider alle ungerechte Gewalt, anbefohlen: Daß die Notarii frey und ungehindert, jedoch auch gebührlich, in ſpecie nach dem Reichsabſchid von 1512. bey der darinn geſezten und ſonſt willführlichen unausbleiblichen Straffe, ihr Amt ausüben ſollen; welches An. 1724. 19. Oct. nochmals beſtättiget, und alle das Notariat-Amt wider die Reichsſazungen einſchränckende Verordnungen caßirt und aufgehoben, dagegen ermeldte Notarii lediglich auf die Reichs-Conſtitutionen verwiſen, und bey gebührender redlicher Exercirung ihres Amtes des Kayſerlichen Schuzes verſicheret worden.

In denen Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten ſprach der Kayſer An. 1597. „Der Notarien Amtsverhinderung halb laſſen Wir es bey des Grafen Erklärung, (daß er ihnen in rechtmäßigen ziemlichen Sachen, und in Fällen, ſo dem Herkommen und Landrecht nicht zuwider, ihr Amt zu üben, nicht verbieten, auch, da einiger Eintrag oder Ungebühr dawider entdecket würde, beharrlichen Einſehens nicht vergeſſen wolle,) beruhen, und ſichet den Notarien, da ſie an ihrem Amt widerrechtlich verhindert, wie auch denen desfalls vernachtheilten Partheyen, bevor, an gebührenden Orten darum zu klagen.“

In denen Concordaten von 1599. wurde beliebt: „Ebenermaſſen laſſen Wir dasjenige, ſo der Notarien halber angezogen, bey dem Buchſtaben der Kayſerlichen Reſolution bewenden: Und weil gleichwol offenbar am Tage, wie leyder! diſe gute Grafſchafft mit vilen ungeſchickten untüchtigen Notarien überſchwemmet, deren etliche, wie Wir glaubwürdig berichtet, nicht wiſſen, was eines Notarii Amt eigentlich ſey, etliche den Titul des Notarii von denen erlangt, ſo, ſolchen Jemand zu verleyhen, gar nicht berechtiget, etliche aber alle ihre Anſchläge dahin richten, damit ſie unnöthig Gezanck ſtifften, den armen Partheyen das Geld abſaugen, und unter dem Titul des Notariats ſich viler Licenz und Privilegien in Stätten, Flecken und Dörffern anmaſſen, deren ſie gleichwol zu Recht ſo wenig, als durch einige Gewohnheit, befugt: Alles denen im heil. Reich publicirten Ordnungen und Abſchiden, der Notarien halber aufgerichtet, zuwider und entgegen; ſo ſeynd Wir gänzlich gemeinet, allen diſen Unordnungen durch General-Edicte, oder ande-

re

te rechtmäßige Remedia, zu begegnen, die untüchtige Notarien abzuſchaffen, und ihr Amt denen Reichsconſtitutionen gemäß zu reguliren; damit zwiſchen Tüchtigen und Untüchtigen, Guten und Böſen, ein Unterſcheid gehalten, und deme, der es würdig, von den Unwürdigen das Brod vor dem Munde nicht weggeriſſen, noch die Armuth von dergleichen Leuten, zu ihrem endlichen Verderb, ferner abgemattet werde.“

An. 1662. klagten die Stände: „Ob wohl die Notarii, ſo wohl Eyds- und Amts-halber, als auch vermöge der Accorden, auf gehörig geſchehene Requiſition, auch ſelbſt in Sachen, wobey Ihro Fürſtl. Gn. und Deroſelben Canzler Räthe, Droſten, Beamte, und andere Bediente, intereßirt ſind, ſtets und unwegerlich ſich gebrauchen zu laſſen verbunden; (Kayſerl. Reſol. Art. 11. Deciſ. de An. 1626. Art. 21.) ſo wegern ſie ſich deſſen dennoch zum öfftern, werden auch von denen Beamten, ⸗ ⸗ ⸗ mit Bedrohung der Gefängniß und andern Brüchen abgeſchrecket; welches remediret und abgeſchafft werden muß, und zwar ſo, daß, wenn der Notarius in obgedachten und andern Fällen ſeinen Dienſt wegern würde, ſelbiger alsdenn ſeines Amts, und in 100. Gulden Brüche verfallen ſeyn ſollte.“

Der Fürſt antwortete: „Diſes Gravamen concerniret Se. Fürſtl. Gn. oder Dero Bediente nicht, ſondern die Notarios; und können Se. Fürſtl. Gn. wohl leiden, daß die Notarii in denen Sachen und Actibus, ſo ihnen ratione Officii competiren, libere wider Männiglichen gebraucht werden. Uebrigens, was facti, wird negiret; ſintemahl kein dergleichen Exempel, daß die Notarii mit Bedrohung der Gefängniß oder Brüche von Verrichtung ihres Amts abgehalten worden, wird können beygebracht werden. Ein anders iſt es, da ſie, limites Officii excedendo, actus jurisdictionales zu exerciren, ſich unterwinden wollen; worüber ſie billig corrigiret werden. Sonſten wird es bey dem allegirten Text aus der Kayſerlichen Reſolution gelaſſen; und hat die Deciſion de An. 1626. (als welche niemals von Ihro Fürſtl. Gn. und den Ständen angenommen,) hierinnen keinen Plaz.“

Hernach vergliche man ſich dahin: „Es ſollen weder Ihre Fürſtliche Gnaden, noch Deroſelben Herrn Canzler, Räthe, Droſten und Beamte, keinen Notarium, weder directe, noch indirecte, in

in Exercirung ſeines Notariatamts, auch nicht in Sachen, ſo Ihro Fürſtl. Gn. oder Derſelben Miniſters betreffen, hindern; wie ſich denn auch die Notarii auf gehörige Requiſition, vermöge ihres Notariatamts, gebrauchen zu laſſen, nicht wegern ſollen; ſub pœna, daß diejenige unter obgedachten Notarien, ſo ſolches ohne wichtige und gültige Urſachen wegern werden, ihrer Bedienung entſezet ſeyn ſollen. “

Und was An. 1699. wegen der Notarien verglichen worden ſeye, ſiehe §. 39.

§. 28.

Der Gerichte Zeit.

Die Beſtimmung der Zeit, wann die Gerichte gehalten werden ſollen, iſt abermalen dem Landesherrn überlaſſen; wann die Landes-Verträge nicht ein anderes vermögen: Und wird es darinn gar ſehr verſchiden gehalten. Z. E.

Einige Gerichte gehen Jahr aus und ein ununterbrochen fort, und werden entweder täglich, oder doch an gewiſſen Tagen in der Woche, gehalten; wie z. E. gewöhnlicher maſſen, alle Statt- und Dorff-Gerichte.

Andere werden nur zu gewiſſen Zeiten im Jahr gehalten; davon ſie auch zum Theil die Namen haben, z. E. in Holſtein die Quartal-Gerichte.

Und ſo haben auch die nicht beſtändig fortdaurende Gerichte entweder ihre beſtimmte Zeit, und wann ſolche verfloſſen iſt, werden die noch vorhandene Sachen auf eine andere Zuſammenkunfft ausgeſezt:

Oder das Gericht wird ſo lang gehalten, als ſtreitige Rechtsſachen vorhanden ſeynd, welche entweder gänzlich entſchiden, oder einſtweilen zu fernerer Verhandlung eingeleitet werden können.

Wann nun ſolche höhere Gerichte nicht zu gebührender Zeit gehalten werden, ſezet es endlich Landes-Beſchwerden deswegen ab.

Das Chur-Sächſiſche Ober-Amtsgericht zu Budißin in der Ober-Lauſiz wird jährlich dreymal gehalten, entweder vor oder bald nach dem Landtage Oculi, Bartholomäi und Eliſabeth.

In Würtemberg ſollte das Hofgericht jährlich viermal gehalten werden; oder, nach dem Landtagsabſchid von 1739. wenigſtens

ſtens zweymahl: Nach der Praxi aber wird es meiſtens jährlich nur einmal, ſechs Wochen lang, gehalten. (1)

§. 29.

In Anſehung des Orts, wo die Gerichte gehalten werden, findet ſich abermalen mancherley Unterſchid. Ort.

Zwar die Statt- und Dorff-Gerichte werden allemal an dem Ort ſelbſt, oder reſp. bey denen Stäben ꝛc. an dem verglichenen Ort gehalten:

Jngleichem werden die Juſtiz-Collegia, auch vile andere höhere Gerichte, gemeiniglich in der Reſidenz des Herrn, und wo ſich auch die übrige Canzley-Collegia befinden, um ſo mehrers gehalten, weil an manchen Orten z. E. die Regierungs- oder Hof-Räthe zugleich Beyſizere ſolcher Gerichte abgeben.

Das Vor-Pommeriſche Hofgericht wurde An. 1663. nach Greifswalde gelegt, biß daß ein bequemerer Ort darzu ausgefunden werden könne.

Doch finden ſich auch manche höhere Gerichte an anderen Orten angelegt; welches verſchidene Urſachen haben kan, z. E. einem ſolchen Ort mehrere Nahrung zu verſchaffen, oder damit der Hof um ſo weniger Einfluß in die Juſtiz-Adminiſtration haben möge. ꝛc.

Das Würtembergiſche Hofgericht wurde An. 1514. auf beſtändig nach Tübingen verlegt, zur Belohnung der Treue, welche die Statt bey der damaligen Aufruhr im Land gegen die Herrſchafft bewiſen hat.

Wo die peinliche Gerichte geheget werden ſollen, kommt auf jeden Landes beſondere Verfaſſung an.

Der Braunſchweig-Hanoveriſche Landtagsabſchid von 1639. enthält: Die Uebelthäter ſollen an jedem Ort bey den Aemtern gelaſſen, und daſelbſt wider ſie verfahren werden.

Wann ein Landesherr, gegen die Landes-Verträge, oder auch auch aus anderen beſorglich dem Lande nachtheiligen Abſichten, Juſtiz-Collegia, oder höhere Gerichte, an ein anderes Ort verlegen will,

(1) ſ. meines l. Bruders real-Jndic. über die Würtemb. Hofger. Ordn. 1. Anh. S. 287. u. f.

will, gibt es Landes-Beſchwerden, und die Reichsgerichte ſprechen auf deren Abſtellung.

Als Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg die Juſtiz Collegia von Roſtock und Güſtrow nach Dömiz und Schwerin transferirte, der Herzog zu M. Streliz aber, nebſt der Ritter- und Landſchafft, dagegen vorſtellete, wie ſolches zu Hemmung der unaufhältlichen Juſtiz gereichen würde; ſo reſcribirte der Kayſer an den Herzog: Biß auf weitere Kayſerliche Verordnung, von obigem gefaßtem Vorſaz hinwieder abzuſtehen, und dasjenige, welches allbereits hierauf unternommen ſeyn möchte, ab- und in vorigen Stand herzuſtellen; erlieſſe auch Decrete deßwegen an die geſammte Regierungs- und Canzley-Räthe, ingleichem die Land- und Hofgerichts-Aſſeſſores; der Kayſer beharrete auch darauf, mit der Verordnung, daß die erlaſſene Kayſerliche Decreta evocatoria zum Effect gebracht, in eventum auch ſelbige Gerichte anderweit geziemend, dem Herkommen gemäß, beſezet werden ſollten; mithin hätte der Kayſerl. Commiſſarius auf dem Landtage zu überlegen, und ſich mit ſämtlichen Landſtänden zu vergleichen, wohin ſolche Juſtizcollegia eigentlich zu legen wären. v. Concl. 1723. 14. Maj. 1724. 21. Mart. 1732. 30. Oct. 1733. 13. Apr. 1736. 11. Sept.

An. 1735. 2. Maj. ſprache der Kayſer ferner: Daß die von dem Herzog Carl Leopold eigenmächtig nach Dömiz verlegte Juſtiz-Canzley weder könne aufgehoben, noch nach Roſtock translociret werden, ſondern daß ſolche wieder nach Dömiz zu verlegen ſeye: Weil ſie aber noch zu Dömiz in des Herzogs Händen ſeye; ſo ſolle der Kayſerl. Commiſſarius ohne Aufſchub mit der Ritter- und Landſchafft überlegen: Wie die Translocation nach Güſtrau am füglichſten könne veranſtaltet werden? In Anſehung des Hofgerichts hingegen ſeye nicht thunlich, daſſelbe an einen Ort zu legen, an welchem ſich eine von beyden Juſtiz-Canzleyen befinde; es werde aber nach Einlauffung des von dem Herzogen von Streliz verlangten Gutachtens das weitere reſolviret werden.

An. 1736. 11. Sept. wurde ſo dann erkannt: Daß das Land- und Hofgericht pro futuro, und biß ſich der Landesherr mit dem Herzog zu Streliz, auch Ritter- und Landſchafft, einmüthig eines andern vergleichen würden, jederzeit in Parchim ſeyn ſollte: Die

beede

beede Juſtiz-Canzleyen hingegen wurden wieder nach Schwerin und Güſtrow verlegt.

Weil ſich aber einige Hinderniſſe, das Hofgericht ſogleich nach Parchim zu transferiren, ergeben; ſo iſt den 11. Sept. 1736. einſtweilen daſſelbe nach Güſtrow zu verlegen, befohlen worden; jedoch ſollte ſolches, ſobald die Hinderniſſe ceßirten, ohne alle weitere Anfrage oder Aufſchub, nach Parchim kommen, und dahin auch in ſolchem Fall alle zu diſem Gericht gehörige Acten und das ganze Archiv gebracht werden.

Als auch der Herzog gegen diſe Wiederherſtellung derer Juſtiz-Collegiorum Patenten in das Land ausgehen lieſſe, wurden ſolche vom Kayſer An. 1736. 11. Septembr. und 1737. 11. Jan. caßirt.

Die Oſtfrieſiſche Landſtände verlangten An. 1619, „Weilen der Ort, da anjezo das Hofgericht gehalten wird, nicht locus tutus, daß ein anderer, mit der Stände Conſens und Beliebung, darzu erwählet werde.“

Die General-Staaten reſolvirten darauf: „Wider den 1. Art. der Hofgerichts-Ordnung kan, auſſer des Herrn Grafen Bewilligung, die Stelle des Hofgerichts auſſer Aurich nicht verlegt werden.“

Und der Graf merckte dabey an: „Daß die Statt oder Burg Aurich, wohin das Hofgericht à prima Fundatione in dem Jahr 1593. gelegt, locus non tutus ſey, ſolches müßte mit Exempeln dargethan ſeyn; welches nicht geſchehen, ſondern es haben Partheyen daſelbſt ihren freyen Zu- und Abgang, iſt auch weder denenſelben, noch Hofrichter und Aſſeſſoren, niemals zu Aurich einiger Affront oder Mißfallen wiederfahren.“

Von dem Haus oder Plaz, wo die Gerichte gehalten werden, will ich nur diſes wenige beyfügen:

Bey Errichtung des Oſtfrieſiſchen Hofgerichts An. 1590. hat die Landſchafft bewilliget: Wo nöthig, und in der Statt Aurich ſonſt keine bequeme Gelegenheit zu Haltung des Hofgerichts ſich befinden ſollte, eine neue Hofgerichts-Canzley oder Haus, zu Fortſezung diſes Juſtitienwercks, zu bauen.

Und in denen Concordaten von 1599. wurde verglichen: „Belangend den Ort zu Aurich, da jezo das Hofgericht gehalten wird,

ſeynd Wir hierinn allenthalben einig, daß eines ſonderbaren neuen Gebäudes höchlich vonnöthen; und wollen derowegen die Viſitatoren des Hofgerichts zugleich darauf mächtigen, daß ſie bey Verrichtung jezo vorſtehender Viſitation ſich mit dem Hofrichter und Aſſeſſoren vergleichen, wie etwa daſſelbe Gebäude füglich anzuſtellen und aufzubauen: Und wann ſie Uns ihr Gutbedenken darüber eingebracht; wollen Wir, nach Befindung, die Verordnung thun, daß mit demſelben neuen Gebäude, ſo bald es müglich, verfahren werde."

Anno 1619. reſolvirten die General Staaten wieder: „Es ſtehet denen Landſtänden frey, ein- oder ander Haus, um Hofgericht darinn zu halten, zu beſorgen."

Und der Graf merckte dabey: „Einen andern bequemen Ort zu Aurich, als auf der Gräflichen Burg, zu erwählen, haben Ihre Gnaden niemalen verhindert, iſt auch in der Hofgerichts-Ordnung verſehen, daß das Gräfliche Hofgericht daſelbſt auf der Canzley gehalten, auch die Acta und Gerichtshändel verwahrlich enthalten werden ſollen, biß, mit Rath und Zuthun der Landſchafft, daſelbſt zu Aurich ein neu Hofgericht- Canzleyhaus gebauet werden möge: Woraus folget, daß die vornehmſte Direction, ſo vil den Ort des Hofgerichts belangt, bey Ihro Gnaden ſtehe; jedoch mit Rath und Zuthun der Landſchafft: In diſer Apoſtill aber wird es umgekehrt, und denen Landſtänden die Direction befohlen; welches die Poſtulanten auch alſo verſtehen, als wenn Ihre Gnaden das allerwenigſte darinnen nicht zu ſagen haben, noch mit einrathen ſollen, an welchem Ort das Hofgericht zu Aurich dermaſſen gehalten werden möge, daß es zuforderſt der heiligen Juſtiz und Ihro Gnaden, auch conſequenter der Landſchafft, eine Ehre ſey."

In dem Nordiſchen Landtags-Abſchid von 1620. §. 3. kommt wieder allerley wegen eines neuen Hofgerichts-Canzleyhauſes vor.

* * *

Endlich iſt auch noch diſes anzumercken:

Beſagte Stände begehrten: Weil die Beſchreibung der abweſenden Perſonen des Hofgerichts vilmalen den anruffenden Partheyen zum Nachtheil und Schaden gereiche; ſo ſollten dieſelbe alle mit einander in loco Judicii mit ihrer häuslichen Wohnung reſidiren.

Der Graf declarirte: Er habe nichts dawider, daß die Hofgerichts-Perſonen alle mit einander in loco Judicii mit ihrer Wohnung verbleiben ſollen:

Er merckte aber auch ferner dabey an: „In der Hofgerichts-Ordnung, oder anderen Receſſen, iſt nicht verſehen oder verabſchidet, daß Herr Hofrichter und Aſſeſſoren alle häuslich in der Statt Aurich reſidiren ſollen, ſondern genugſam erachtet worden, daß alle Mittwochen die Audientien der Gebühr nach verſehen werden, und auf die Quartalen, wann die Relationes geſchehen, Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren alle ſämmtlich erſcheinen ſollen: Nichts deſto weniger, ſo erachten es Se. Gnaden gut zu ſeyn, daß alle zu dem Hofgericht beſtellte Perſonen in loco Judicii ihre ordinaire Reſidenz haben; wie auch die Gelehrte thun: Die adeliche Aſſeſſores aber laſſen es an ihrer Seiten manglen, und genieſſen nichts deſto weniger eben ſo vil, als die Gelehrten.“

§. 30.

Eine Beſchreibung, mit was für Ceremonien das Königlich-Schwediſch-Vor-Pommeriſche Ober-Appellations-Gericht zu Wißmar Anno 1653. eröffnet worden ſeye, findet man beym LÜNIG (1). Eröffnung.

Und wie man das eine Zeitlang ſtille geſtandene Mecklenburgiſche Hofgericht An. 1736. wieder eröffnet davon hat POETKER (2) das Protocoll bekannt gemacht.

In diſem Protocoll wird gemeldet: Daß die Eröffnung in Beyſeyn verſchiedener Perſonen von der Mecklenburgiſchen Ritter- und Landſchafft geſchehen ſeye.

Weiter heißt es: „Daß die zu ſchon mehrerwehnten Gerichte beſtimmte Perſon, auf geſchehene Einladung, ſich zu diſem Actu allhier eingefunden; nemlich, als Præſident, Herr Hans Friderich von Kettenburg, Vice-Præſident, Herr Ferdinand Albrecht Marggraf; als Hochfürſtl. Aſſeſſores ordinarii: Herr Aſſeſſor und Burgermeiſter, Johann Chriſtoph Vick, Herr Friderich Wilhelm von Grabau, und der von der Ritterſchafft præſentirte Aſſeſſor ordinarius, Herr Detloff Friderich von Bülau; als Aſſeſſores extraor-

(1) im Theatr. Ceremon. Tom. 2. p. 1397.
(2) l. c.

traordinarii, Herr Landrath, Hans Albrecht von Plüskau, Herr Landrath, Siegfried von Oertz auf Vogelſang, Herr Landrath, Guſtav Adolph von Behrn, und Herr Landrath, Levin Joachim von Molzahn; von wegen der Statt Roſtock, der Herr Burgermeiſter, Valentin Johann Beſelin; von wegen der Statt Parchim, Herr Hofrath Buße; wegen der Statt Güſtrow, Herr Hofrath und Burgermeiſter, Johann Guſtav Storch. ‹ ꞉ › Und da diejenige, ſo bereits in ihren Bedienungen geſtanden, und den gewöhnlichen Eyd abgeleget, als nemlich Herr Aſſeſſor Vick, Herr Hofrath Buße, „ auf ihre ſchon geleiſtete Eyde und Pflichten zu verweiſen wären; als wollte er (Geheimer Rath von Püchler,) ſolches hiemit gethan haben; hoffend, es werde ein jeder in ſeinem Stand und Amte ſich ſolchen gemäß bezeugen. Die übrigen Herrn, als der Herr Præſident von Kettenburg, Herr Vice-Præſident Marggraf, Herrn Aſſeſſores von Grabau und von Bülau, als Aſſeſſores ordinarii; Herr Landrath von Plüskau, Herr Landrath von Oertz, Herr Landrath von Behr, Herr Landrath von Molzahn, Herr Burgermeiſter Beſelin, Herr Hofrath Storch, als Aſſeſſores extraordinarii, würden gleichfalls hoffentlich nicht abgeneigt ſeyn, ſich nach dem alten Herkommen in Eyd und Pflicht nehmen zu laſſen.

Ehe ſich der Herr Præſident zur Eydes-Leiſtung declarirte, ſtellte er zufoderſt vor, wie er zu dem Eyde zwar willig und bereit wäre, er wolle ſich aber nur diſes reſerviret haben, daß diejenige Stücke, ſo in der Hofgerichts-Ordnung ganz anders verordnet, als er ſie jezo bey der Eröffnung diſes Gerichts finde, ihm und ſeinen übrigen Herrn Collegen zur Verantwortung nicht kommen mögten.

Worauf der Herr Geheime Rath von Püchler regerirte: Daß zwar alle Eyde, ſo man der obhabenden Bedienung wegen ablegte, gehalten werden müßten; indeſſen wäre ſolches jedoch auf die caſus nicht zu extendiren, wo entweder eine Landes-Herrſchafft von einer Ordnung expreſſe diſpenſire, oder wenn ſolche in ein- und andern Stücken notorie in deſuetudinem gekommen; und zweifelte er nicht, ſie würden allerſeits mit diſer Erklärung zufriden ſeyn,

(Mit diſer Anführung ſind die Land-Stände nicht zufriden geweſen; ſolche iſt auch nachhero von Kayſerl. Majeſt. improbiret worden;)

daß

daß denenjenigen, ſo ſchon geſchworen, die Eyde vorgeleſen und ſie befraget werden mögten: Ob ſie ſolchem Eyd nachkommen wollten? auch ſolches ad Protocollum zu nehmen.

Es ward darauf mit der Beeydigung verfahren; da dann 1. dem Herrn Præſidenten ſeparatim, wie nicht weniger 2. dem Herrn Vice-Præſidenten, und 3 ſämtlichen Herrn Aſſeſſoribus, tam ordinariis quam extraordinariis, conjunctim, weil ſolches alſo vorher, & quidem unanimi conſenſu beliebet, die in der Land- und Hofgerichts-Ordnung vorgeſchriebene Eyde vorgeleſen wurden; ſo auch alle, erectis digitis, mit den Worten: „Demjenigen, was „mir jezo vorgeleſen, und ich wohl verſtanden, gelobe und ſchwere, „treulich nachzukommen; ſo wahr mir GOtt helffe, und Sein hei„liges Wort!“ würcklich abſtatteten; wobey der Herr Geheimde Rath von Püchler den Aſſeſſorem Herrn Vick und Herrn Hofrath Buße befraget: Ob der von denen übrigen Membris Collegii abgelegte Eyd derjenige ſey, den ſie geſchworen, und ob ſie ſolchem nachkommen wollten? quod affirmabant - - -

Hierauf continuirte der Herr Geheime Rath: Es würde, nach abgelegten Pflichten, nichts mehr übrig ſeyn, als daß er einem jeglichen den ihme gebührenden Plaz anwieſe; welches denn folgender geſtalt geſchahe, daß dem Herrn Præſidenten der Lehn-Stühl oben vor dem Tiſch, dem Herrn Vice-Præſidenten der Lehn-Stuhl an der Seite zur rechten Hand, denen beyden Fürſtl. Aſſeſſoribus ordinariis, Herrn Vicke und Herrn von Grabau, die zween erſte Stühle zur lincken Seite des Tiſches, und dem von löbl. Ritterſchafft præſentirten Aſſeſſori, Herrn von Bülau, der vierte Stuhl aſſignirt und dabey declarirt ward, daß der dritte Stuhl für den von Sr. Hochfürſtl. Durchl. von Mecklenburg-Streliz zu denominirenden Aſſeſſori, und der fünfte Stuhl für denjenigen, ſo ſämtliche Stätte præſentiren würden offen bliebe. Die vier Herrn Landräthe, Aſſeſſores extraordinarii, bekommen ihren Plaz auf den vier Stühlen, ſo zur rechten Seite des Tiſches, nächſt des Herrn Vice-Præſidentens Stuhl, ſtehen; der Aſſeſſor Roſtochienſis ordinarius bekame den ſechſten und lezten Stuhl an der Seite, wo die Ordinarii ſizen, der Parchimenſis und Güſtrovienſis gegen den Herrn Præſidenten über: Wobey ihnen angezeiget wurde, daß

diſes die Pläze, worauf ſie demnächſt Seſſionem zu nehmen, und ihr Votum abzugeben hätten. “

§. 31.

Bäncke. In manchen Gerichten ſizen alle Glider deſſelbigen unter einander nach dem Dienſtalter:

In vilen Landen hingegen iſt, nach Beſchaffenheit des Standes derer Beyſizere ein Unterſchid in denen Bäncken oder Tafeln.

In der Ober-Lauſiz ſizen bey dem Chur-Sächſiſchen Ober-Amtsgericht zu Budißin die Beyſizere an 2. Tafeln: An der erſten die adeliche und an der zweyten die Stättiſche Deputirte.

In der Chur-Braunſchweigiſchen Oberappellations-Gerichtsordnung *Part. 1. Tit. 1. §. 6.* liſet man: „ Und wie Unſer Wille und Meynung iſt, daß bey diſem Gerichte eine adeliche oder Ritter- und eine gelehrte Banck ſeyn ſoll; alſo wollen Wir zu denen Uns zu beſtellen vorbehaltenen Räthen allemahl entweder Einen von Adel und zwey Gelehrte, oder zwey von Adel und Einen Gelehrten, nehmen; denn ſollen auch diejenige Stände, welche zwey zu præſentiren haben, Einen Adelichen und Einen Gelehrten præſentiren; denen Ständen des Fürſtenthums Grubenhagen und derer Grafſchafften Hoya und Diepholz aber bleibet frey, ob ſie adeliche oder gelehrte Perſonen præſentiren wollen; jedoch ſolcher geſtalt, daß, wenn zu der Zeit zwey adeliche Räthe mehr, als Gelehrte, bereits im Gericht ſich befinden, der vacirende Plaz durch einen Gelehrten, und, wenn der Numerus der Gelehrten ſo denn die Adelichen mit zwey überſteigen ſollte, ſolche Stelle durch einen Adelichen erſezet werde. Es ſollen aber die adeliche Perſonen nicht weniger, als die Gelehrte, mit genugſamer und zu gehöriger Verwaltung des ihren bey Unſerem Ober-Appellations-Gericht anvertrauten Amtes erforderter Erudition verſehen ſeyn. “

Bey dem Sachſen-Lauenburgiſchen Hofgericht machen die 3. Land-Räthe die adeliche Banck und die Helffte der Anzahl der Beyſizer aus. (1)

In **Würtemberg** beſtehet das Hof- oder Appellations-Gericht aus drey Bäncken; 1. der Adelichen, 2. der Gelehrten und 3. der Landſchafftlichen.

(1) v. Status Controverſ. &c. wegen des Bierbrauens. Beyl. 33. 34.

§. 32.

In vilen Landen weißt man von keiner Concurrenz weder der nidrigen noch höheren Gerichte, Krafft deren einem Kläger erlaubt wäre, ſich an diſes oder jenes Gericht nach freyem Belieben zu wenden; ſondern jeder muß eben bey demjenigen Gerichte bleiben, allwo ſeine ordentliche Inſtanz iſt; z. E. in Würtemberg. Concurrenz.

Hingegen gibt es auch Lande, da man, wenigſtens in gewiſſen Fällen, die Wahl hat, wo man die Sache anhängig machen wolle. Z. E.

In dem Chur- und Märckiſchen Landtags-Abſchid von 1653. heißt es: „ Die Grafſchafft Ruppin, wie auch den Bees- und Storckauiſchen Crays wollen Wir jederzeit in Juſtizſachen durch Hauptleute guberniren laſſen, auch die Sternbergiſchen, weil ſie dergleichen ſuchen, und ſich auf eine alte Obſervanz in diſem paſſu beruffen, dabey ſchüzen; nur, daß die Exceptio præventionis ſtatt habe, und Jedermann ſeines Gefallens entweder vor dem Hauptmann, oder vor Unſerm Cammergericht, und reſp. ſo vil den Sternbergiſchen Crays betrifft, vor Unſerer Neumarckiſchen Regierung, ſeine Sachen anhängig zu machen, frey ſtehe. “

In dem Stifft-Hildesheimiſchen Landtags-Abſchid von 1652. Art. 1. iſt verſehen: Daß das Hofgericht mit der Canzley in contentioſis concurrentem Juriſdictionem und die Prävention ſtatt haben, jedoch ſich daſſelbe in Regierungs- und peinliche Sachen nicht einmiſchen ſolle.

Herzog Heinrich Julius zu Braunſchweig lieſſe An. 1596. 18. Sept. eine Conſtitution wegen der concurrirenden Gerichtbarkeit des Hofgerichts und der (Juſtiz-) Canzley publiciren; und An. 1605. 25. Febr. folgte ein Reſcript an das Hofgericht nach.

Herr Vice-Canzler STRUBE (1) führet diſes Atteſtat an, ſo das Wolfenbütteliſche Hof-Gericht auf Verlangen derer Hoch-Stifft-Hildesheimiſchen Land-Stände ausgeſtellet hat: „ Des Durchlauchtigſten Fürſten und Herrn, Herrn Ludewig Rudolph, Herzogen zu Braunſchweig und Lüneburg ꝛc. Wir verordnete Vice-Hof-

(1) in den Supplem. zum Unterr. von Regier. u. Juſtiz-Sachen. p. 198.

Hof-Richter und Aſſeſſores: Fügen hiemit zu wiſſen: Demnach die Deputirte von der löbl. Ritterſchafft und Stätten des Hoch-Stiffts Hildesheim Uns zu vernehmen gegeben, wie Sie eines Atteſtati in forma extenſa dahin benöthiget, welcher geſtalt das hieſige Fürſtl. Hof-Gericht nicht weniger, als hieſige Fürſtl Canzley, von gnädigſter Landesherrſchafft zu ordentlicher Adminiſtration der Juſtiz gewiedmet, und diſer lezteren nur die Criminalia, Lehn- und diejenige Sachen, ſo derer mit Ober- und Unter-Gerichten verſehenen Beamten und Gerichts-Herren Perſonen betreffen, wann nemlich die Frage iſt, ob ſelbige ſub nomine aut prætextu Officii eine Miſſethat begangen, ſammt denen Quæſtionibus de peregrinitate aut ſtatu civium allein und privative reſerviret ſeyn, in allen anderen Cauſis aber, ſo eine Gerichtliche Cognition erfordern, das Fürſtl. Hof-Gericht mit der Fürſtl. Canzley allhie concurrentem jurisdictionem habe, mithin, wenn zwiſchen den Fürſtl. Aemtern und Adel. Gerichten wegen der Jurisdictional-Gränzen Zwiſtigkeiten entſtehen, deren Erörterung ſo wohl vor das eine als andere Dicaſterium gehöre, und nur die Vertheydigung der Territorial-Grenzen wider benachbahrte Reichs-Stände der Fürſtl. Canzley allein obliege. Und dann diſes alles ſo wohl der hieſigen Fürſtl. Hof-Gerichts-Ordnung vollkommen gemäß iſt, als auch die im Fürſtl. Hof-Gerichts-Archiv verhandene Acta bezeugen, daß abſonderlich dergleichen Rechts-Händel, ſo die Jurisdictional-Grenzen zwiſchen den Fürſtl. Aemtern und Adel. Gerichten betreffen, würcklich vor Uns ventiliret worden; So haben Wir Uns ſolches zu bezeugen nicht entlegen können; Geſtalten Wir dann hiemit und krafft diſes atteſtiren, daß obiges der Ordnung und Obſervanz nach bey hieſigem Fürſtl. Hof-Gericht ſich in allen alſo verhalte. Uhrkundlich des hierunter gedruckten Fürſtl. Hof-Gerichts-Secrets. Geben im Fürſtl. Hof-Gericht, Wolffenbüttel den 25. Novembr. 1733. (L.S.)

Die Mecklenburgiſche Juſtiz-Canzleyen haben zwar quoad primam Inſtantiam mit dem Land- und Hofgericht concurrentem Jurisdictionem über die von Ritter- und Landſchafft: Jedoch wird von denenſelben auch an das gemeine Land- und Hofgericht appellirt.

Wo nun eine Concurrenz der Gerichtbarkeit ſtatt hat, da pflegt es auf die Prävention anzukommen; davon ich anderwärts (1) das mehrere gemeldet habe.

Im Braunſchweig-Wolfenbütteliſchen hat die Prævention in denen höheren Gerichten ſtatt, per Conſtit. de An. 1596 und 1605. und iſt man dahero nicht ſchuldig, an zwey Orten zugleich zu rechten, per Receſſ. de An. 1601. §. 2. 1619. §. 9.

§. 33.

Vom beneficio electionis Fori & ſuperioris Judicis der Clöſter, und anderer piorum Corporum, ſelbſten auch gegen ganze Gemeinheiten, hat der Freyherr von CRAMER (2) gehandelt. Wählung des Fori. ꝛc.

add. Cap. 4. §. 12.

§. 34.

Es iſt ſchon gemeldet worden, daß es nidrige und höhere Gerichte faſt in allen Teutſchen Landen gebe, und von jenen der Recurs an diſe offen ſtehe: Subordination.

Dabey nun kommt es wieder auf den Landesherrn an, vorzuſchreiben und zu entſcheiden: 1. Was für Sachen an jede Gattung der Gerichte gehören ſollen oder nicht? 2. In welchen Fällen man von den Erkenntniſſen derer nidrigen Gerichte ſich an die höhere wenden dörffe oder nicht? 3. Wann es erlaubt iſt, in welcher Ordnung es geſchehen ſolle?

Die gemeiniglich gedruckte Ordnungen derer höheren Gerichte, wie auch die Landrechte und Landesordnungen, erläutern diſes mit mehrerem.

Und ſo entſcheidet der Landesherr auch ſonſten, allein, oder, wo es Landes-Verfaſſungs-mäßig iſt, mit Zuziehung der Landſtände, wie weit ſich die Subordination eines Gerichts erſtrecken ſolle, oder nicht.

Z. E. in Würtemberg ergienge An. 1728. 16. Dec. eine Herzogliche Reſolution dahin: Die an das Hof-Gericht zu erlaſſende Reſcripta und Befehle ſollen jedesmals unter des Geheimen Raths Unterſchrifft lauffen, auſſer in Reviſions-Sachen, Hofgerichtlichen Cita-

(1) im Tr. von der Teutſch. Juſtiz-Verfaſſ.

(2) in ſeiner Nebenſt. 62. Th. 129. S.

Citationen und dergleichen Stücken, in welchen der Regierungs-Rath an das Hof-Gericht zu reſcribiren hat.

§. 35.

Gerichts-zwang.

Bey dem Gerichtszwang eines Gerichts kommt es theils auf die Perſonen, theils auf die Sachen an, welche der Juriſdiction eines Gerichts unterworffen ſeyn ſollen, oder nicht, theils auf die Gränzen des Gewalts eines Gerichts in jenem oder diſem Fall.

Es kommt zwar auch hierinn eigentlich auf des Landesherrns Belieben und Vorſchrifft an: Wo aber die Landſtände etwas zu ſagen haben, da pflegen die mit ihnen verglichene Ordnungen derer Gerichte, oder auch die ſonſtige Landes-Verträge, darinnen Zil und Maaß zu geben.

Kommt es aber darüber zu Streitigkeiten zwiſchen dem Landesherrn und ſeinen Landſtänden und Unterthanen, oder zu Landesbeſchwerden, welche an die Reichsgerichte gelangen; ſo gibt alsdann deren Entſcheidung den Ausſchlag.

Wegen der Mecklenburgiſchen Gerichte erkannte der Kayſer An. 1724. und 1740.

1. Wann die Fürſtliche Rentcammer, oder ſonſt Jemand, wider die von Ritter- und Landſchafft zu klagen habe, ſollen ſie ſolches allein bey denen zur Adminiſtration der Juſtiz im Lande verordneten Fürſtlichen Judiciis, als den Juſtiz-Canzleyen, oder aber dem Land- und Hofgericht, geziemend anbringen, und daſelbſt der Sachen rechtlicher Erörterung gewärtigen.

2. Sollen die Fürſtliche Beamte und Bediente, wenn ſie ihrer anbefohlenen Amts-Verrichtungen halber, oder ſonſten, vor dem Land- und Hofgericht belanget werden, ſchuldig ſeyn, ſich daſelbſt einzulaſſen und zu antworten.

3. In Gränz-Irrungen zwiſchen denen von Ritter- und Landſchafft und den Beamten ſolle das Land- und Hofgericht die rechtliche Entſcheidung thun.

4. Die Erörterung derer Streitigkeiten und Irrungen wegen der Wege Beſſerung, wie auch derer etwa hierunter vorkommenden Contraventionen, ſolle bey dem Land- und Hofgericht, oder der Juſtizcanzley, und bey keinem anderen Collegio, geſchehen.

§. 36.

§. 36.

Wo die Landesherrn ſelbſt von ihren Landſtänden und Unterthanen beſprochen werden können, davon habe ich anderwärts (1) geredet:

In Anſehung der Perſonen.

Und ſo iſt allda auch von vilerley privilegirter Perſonen Gerichtsſtand das nöthige gemeldet worden; ingleichem von dem Foro contractus, delicti, deprehenſionis, domicilii, &c.

Deme will ich nun noch folgende Anmerckungen beyfügen.

Anno 1702. 25. Maj. ergienge ein K. Preußiſcher Beſcheid auf des Magiſtrats zu Berlin Memorial wegen der Jurisdiction über die Juden.

Anno 1703. 19. Mart. ein Reſcript wegen des Fori der Poſtmeiſtere und Poſtbedienten, und wie weit die Landesregierung die Jurisdiction über ſie exerciren könne.

Anno 1706. 12. Apr. eine Verordnung wegen des Fori in Judenſachen, ſo ſich nicht über 100. Rthl. erſtrecken.

Anno 1708. 23. Nov. wurde eine K. Preußiſche Juden=Commißion zu Berlin angeordnet, und vorgeſchriben, was für Sachen dahin gehörig ſeyn ſollen.

Anno 1719. 19. Apr. wurde eine K. Preußiſche Verordnung bekannt gemacht, daß die erlaſſene Königliche und Marggräfliche Bediente, auch abgedanckte Gardes du Corps, ſich des Magiſtrats Gerichtbarkeit nicht entziehen ſollen.

Anno 1720. 25. Sept. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript, daß die Juden in criminal=Sachen unter die Regierung gehören.

Anno 1726. 5. Sept. kame eine K. Preußiſche Verordnung zum Vorſchein, wie es mit denen zwiſchen Magiſtraten und ihren Statt=Dörffern vorfallenden Streitigkeiten zu halten ſeye.

Anno 1731. 8. Sept. ergienge eine fernere Reſolution wegen der Jurisdiction über die Poſtbediente in civil= und criminal=Sachen.

Anno 1732. 31. Dec. wurde ein Reſcript erlaſſen: Daß die, ſo die Cadets informiren, ihren ordentlichen Gerichten unterworffen bleiben.

(1) im Tr. von der Teutſch. Juſtiz=Verfaß. Lib, I.

Anno 1733. 26. Jan. eines wegen der Juriſdiction über die Lagerhausbediente und Arbeiter.

Den 16. Dec. diſes Jahres eines wegen der Juriſdiction über die Acciſbediente in civilibus & criminalibus.

In dem Braunſchweig-Hanoveriſchen Landtags-Abſchid von 1639. wurde beliebt: Daß alle Fürſtliche hohe und nidere Officiers, auch Unterſaſſen, Unterthanen, Angehörige und Einwohnere, Niemand vom Höchſten biß zum Nidrigſten ausgenommen, dem Fürſtlichen Hofgericht und Rathſtuben unweigerlich unterworffen, auch der Jagd-Forſt- und Amts-Sachen halber von der Fürſtl. Rathsſtube und Hofgericht, auf der Parthien Anſuchen, Proceſſe erkannt, und darinn rechtlich cognoſcirt und procedirt werden ſolle.

In denen Mecklenburgiſchen Landes-Reverſalien von 1572. liſet man: „Zum 3. ſollen Unſere Haupt- und Amtleute zu den Klagen, die in ihrer befohlenen Amts-Verwaltung ſich zutragen, oder verurſachet werden, an Unſerm Hofgerichte zu antworten ſchuldig ſeyn, und keiner declinatoriæ Exceptionis Fori - - ſich dawider zu gebrauchen haben. So ſollen auch die Amtleute durch einige Reſcripta von Uns nicht aus dem Gerichtszwang eximiret, oder avociret werden; und da gleich ſolches per obreptionem geſchähe, ſoll es doch krafftlos und nichtig ſeyn.“

Unter dem Herzoge Carl Leopold zu Mecklenburg klagte ſeine Ritter- und Landſchafft bey dem Reichs-Hofrath (1): „Nach Innhalt der Landes-Reverſalien ſollen die Fürſtliche Haupt- und Amtleute in ihren Amts- und Cammerſachen vor dem Fürſtlichen Hofgerichte ſtehen, 2. weil daſſelbe nicht, wie andere Collegia, bloß aus Fürſtlichen Bedienten beſtehet: 3. Ingleichen ſollen ſolche Haupt- und Amtleute aus ſolchem Gerichts-Zwang durch Fürſtliche Reſcripta nicht evociret noch eximiret werden; 4. welches auch in der Land- und Hofgerichts-Ordnung *Part. 2. Tit. 3.* §. So aber jemand ꝛc.“ verſehen.

add. §. *præc.*

Wie der Graf zu Oſtfrießland um das Jahr 1619. bey denen General-Staaten zu erhalten geſucht, daß die Adminiſtratores der Landesmittel von wegen ihrer eigenen Verrichtungen bey dem Hof-

(1) KLüVERS Beſchreib. Mecklenb. Part. 3. App. 6. p. 249.

Hofgericht Recht nehmen und geben müſſen, ſehe man an unten (1) angemercktem Ort.

§. 37.

Von denen beſonderen Landes-Verfaſſungen in Anſehung derer vor diſes oder jenes Gericht gehörigen oder nicht gehörigen Sachen will ich zu einiger Probe diſes anführen. Der Sachen.

Chur-Mayntz lieſſe Anno 1747. 20. Jul. eine Verordnung publiciren, wie es mit dem Juſtizweſen in mercantil-Sachen zu halten ſeye.

Anno 1706. 16. Oct. regulirte der König in Preußen, wo Contributions- und Exemtions-Sachen zu decidiren ſeyen.

Anno 1714. 14 Febr. folgte ein K. Preußiſches Edict wegen der Jurisdiction über die Scharffrichter und Abdecker in denen wegen des Viehſterbens und andern keinen Aufſchub leidenden Policeyſachen.

Anno 1722. 28. Dec. verordnete der König in Preuſſen: Daß in denen Fällen, da die Cammer mit denen von Adel oder mit denen Stätten zu thun habe, die Sache von dem Geheimen Juſtizrath entſchiden werden ſolle.

Anno 1724. 30. Jan. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript an das Cammergericht zu Berlin: Die Bauſachen von ſich abzuweiſen.

Anno 1734. 7. Dec. folgte ein Erläuterungs-Reſcript puncto Fori in Sachen zwiſchen denen von Adel und denen Stätten.

Anno 1735. 3. Febr. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript: Wie es in puncto Fori gehalten werden ſolle in Gränz- Huth- und Trifft-Gerechtigkeiten zwiſchen denen von Adel und Stätten, wie auch wann eine Statt, oder einer von Adel, mit Amts-Unterthanen über Huth und Trifft Streit habe.

Anno 1736. 25. Sept. wurde ein K. Preußiſches Reſcript erlaſſen, wie weit die Cognition der Bergwercksſachen und Proceſſe in der Grafſchafft Marck vor das Tribunal gehöre.

In der Hildesheimiſchen Hofgerichts-Ordnung ſeynd von diſes Gerichts Jurisdiction ausgenommen, Geiſtliche, Regierungs- Lehens- Meyerdings- Freydings- Pröbſtdings- Höltings- und Hegerge-

(1) in der Oſtfrieſ. Hiſtor. ꝛc. 2. Theil, S. 474.

gergerichts⸗Sachen, ſodann die Criminalien, Contributions⸗Sachen, und der Fürſtlichen Aemter Brüchten⸗Sachen.

Vil anderes, wie weit ſich des Hildesheimiſchen Hofgerichts Jurisdiction erſtrecke, oder nicht, findet ſich in Herrn Vice-Canzlers STRUBENS Unterricht von Regierungs⸗ und Juſtizſachen.

Unter Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg klagte deſſen Ritter⸗ und Landſchafft (1): „ In der Fürſtl. Reſolut. ad Gravamina, & quidem in addit. Grav. de An. 1701. iſt verſichert, daß die zwiſchen denen Beamten und dem Adel vorkommende Gränz⸗ und andere Irrungen ans Hofgericht verwiſen werden ſollen; 6 ſo, daß die mit denen Fürſtlichen Beamten vorkommende und Cammer⸗Güter concernirende Sachen in keinem andern Foro, als dem Hofgericht, zu tractiren ſeyn; bevorab 7. ſchon in An. 1667. in contradictorio ausgemacht, daß in ſolchen Sachen die von Adel, vor der Fürſtl. Amts⸗ oder Rentcammer zu ſtehen, nicht ſchuldig ſeyn ſollen. vid. Reſolut. provinc. de An. 1667.

8. Diſem zuwider hingegen ſind ſolche Sachen bißher vor die Fürſtliche Regierung und Cammer gezogen, und daſelbſt mit fiſcaliſchen Actionibus und harten Straffen wider die von Adel, auch wohl in contumaciam ſehr beſchwerlich executive verfahren worden, als ⸗ ⸗ ⸗

13. Die Ritter⸗ und Landſchafft hat dißfalls beym Reichs⸗Hofrath geklagt, und darauf das Mandatum pœnale caſſatorium & de reſtituendo vom 6. Jan. 1708. zwar erhalten: 14. Dieweilen aber dennoch das ſolchergeſtalt per executionem abgenommene noch nicht reſtituiret, ſondern mit dem Gravamine vil mehr continuiret worden; ſo wird

15. Gebeten, daß das Abgenommene, Innhalts Kayſerlichen Mandati, reſtituiret, und das Gravamen ‑ ‑ abgethan werde. “

Der Graf zu Oſtfrießland klagte Anno 1619. denen General⸗Staaten: Es wollen die von der Ritterſchafft, welche ihre eigene Herrlichkeiten haben, ſouteniren, daß ſie in Criminalibus keinen Superiorem agnoſciren; und zwar dermaſſen, daß, wann ihre Unterthanen über abuſus und üble Proceduren ſich beklagen, daß ſie als⸗

(1) KLüVERS Beſchreib. Würtemb. Tom. 3. App. 6. p. 247.

alsdann nicht gehalten ſeyn, weder dem Grafen, noch dem Hofgericht, von ihren Thaten Rechenſchafft zu geben; welches aber directe der Natur der Superiorität zuwider ſeye; inmaſſen der Graf ſelbſt, ſolches an den Kayſer oder an das Cammergericht gelangen zu laſſen, gehalten ſeye; wie andere Fürſten und Herrn im Reich auch thun müſſen.

Die General-Staaten reſolvirten darauf: Es laugne die Ritterſchafft des Grafen Superiorität nicht, ſage aber, daß hier die Quäſtion nicht ſey: Ob die Ritterſchafft wegen begangener Exceſſe oder Mißbräuche der Juſtiz citiret werden könne? es können aber dieſelbe nicht zugeſtehen, daß der Graf criminelle Proceße, ſo bey ihnen intentiret worden, avocire, oder ihnen vorſchreibe; wornach ſie ſich in ihren Urtheilen zu richten hätte; welches dann auch die General-Staaten vor recht erkenneten.

Was aber nachhero Landesherrlicher Seits für Gloſſen über diſe Reſolution gemacht worden ſeyen? ſehe man anderwärts (1).

Ferner ſtritte der Graf zu Oſtfrießland mit der Statt Emden, ob wann Jemand von diſer in Brüche condemnirt, oder mit Unrecht arreſtirt worden ſeye, er ſich deßwegen bey dem Hofgericht beklagen möge (2)?

In der Würtembergiſchen Wechſel-Ordnung Cap. 1. §. 6. wird zu Beförderung des Credits, das Wechſelrecht auch auf Conto u. d. erſtrecket, welche die Clauſul enthalten, daß darauf nach Wechſelrecht ſolle können verfahren werden.

§. 38.

In Anſehung endlich der Grade des Gewalts eines Juſtiz-Collegii oder anderen Gerichts in peinlichen und bürgerlichen Sachen könnte wiederum aus denen Gerichts-Ordnungen, u. ſ. w. viles angemercket werden: Ich laſſe es aber nur bey diſem bewenden. Und der Grade.

Nach dem Braunſchweigiſchen Landtags-Abſchid zu Hanover von 1639. ſollen zwar die peinliche Sachen vor denen Aemtern verhandelt werden; jedoch die Beamte in zweifelichen Fällen jedes-

(1) in der Oſtfrieſ. Hiſtor. 2. Theil, S. 475.
(2) ſ. Oſtfrieſ. Hiſtor. ꝛc. 2, Theil, S. 475.

jedesmal bey dem Landesfürſten und der Fürſtlichen Rathsſtube ſich Beſcheides erhohlen.

In Würtemberg iſt in peinlichen Sachen denen Stattgerichten bloß die Direction des Proceſſes und die Vollſtreckung der Urthel überlaſſen:

Die Herzogliche Regierung aber darff zwar, Krafft Herzoglicher Reſolutionen von 1730. 12. Jun. und 1733. 31. Mart. die Tortur, ſo wohl bey Proceſſibus accuſatoriis als inquiſitoriis, erkennen: Aber wegen Beſtrafung peinlicher Verbrechen muß ſie allemal Gutachten erſtatten und die Reſolution darauf abwarten.

So iſt auch, was die bürgerliche Sachen anbelangt, z. E. denen Dorffgerichten vorgeſchriben, daß, was eine gewiſſe Summ überſteigt, nicht allda angebracht werden darff, ſondern vor einem Stattgericht anhängig gemacht werden muß.

§. 39.

Colliſionen. Wo in einem Lande mehrere Collegia oder Gerichte Juſtizſachen zu beſorgen, oder auch wohl gar eine concurrirende Gerichtbarkeit haben, oder Commißionen in Juſtizſachen angeordnet werden, kan es jezuweilen zu Colliſionen und Streitigkeiten kommen: Je nachdeme nun die Landesverfaſſung beſchaffen iſt, kan der Regent dieſelbe allein entſcheiden; oder es muß mit Zuziehung derer Landſtände geſchehen; oder die Sache kan auch wohl gar an ein Reichsgericht zu Kayſerlichem obriſtrichterlichem Spruch erwachſen.

Chur-Bayern lieſſe Anno 1757. 17. Jun. (1) ein Mandat ergehen: Daß die Inſpectio eines im Waſſer gefundenen oder an das Geſtad ausgeworffenen todten Cörpers nicht denen Mautämtern, ſondern denen, welche die Criminal Gerichtbarkeit ſelbiger Orten haben, zuſtehen ſolle.

Anno 1702. 3. Jan. ergienge eine K. Preußiſche Reſolution wegen der Jurisdiction zwiſchen den Teutſchen und Franzöſiſchen Gerichten.

Und Anno 1722. 1. Aug. verordnete der König in Preuſſen: Daß das Cammergericht zu Berlin und das Franzöſiſche Obergericht allda, auf ergangene Requiſitorialien, einander die Zeugen ſtellen ſollen.

Anno

(1) ſ. die Samml. Chur-Bayriſch. General. von 1771. S. 90.

Anno 1738. 2. Maj. erkannte der Reichs-Hofrath: Das Meck.enburgiſche Land- und Hofgericht ſeye, dem Innhalt derer Aſſecurations-Reverſe und der Natur der Sache nach, in Inſtantia Appellationis allerdings ein Judicium ſuperius derer Juſtizcanzleyen und des Conſiſtorii; allermaſſen der Kayſer, nach der Sachen genauer und vollkommener Unterſuchung, bereits den 19. Oct. 1724. die Jurisdiction des Hofgerichts in Appellationsſachen, denen Landesordnungen und Conſtitutionen gemäß, ſpecifice und ganz klar richtig geſtellt, und die dißfalls ſchon damals vorgekommene Differentien zwiſchen dem Hofgericht und denen Juſtizcanzleyen, wie auch dem Conſiſtorio, entſchiden habe; wobey der Kayſer es, mit Verwerffung alles desjenigen, was gegen beſagte Kayſerliche Verordnungen vorgegangen, lediglich und in allen Puncten bewenden laſſe; welches Anno 1739. 4. Maj. denen Juſtizcanzleyen nochmals, bey Vermeidung ernſtlichen Einſehens, aufgegeben worden.

In Oſtfrießland ware durch die Kayſerliche Reſolutionen und Landesverträge der Gräflichen Canzley und dem Hofgericht in gewiſſen Fällen eine concurrirende Gerichtbarkeit eingeſtanden, hingegen auch denen Parthien erlaubt worden, in denen vor der Canzley anhängigen Sachen die Remißion an das Hofgericht zu ſuchen.

Anno 1619. verlangten alſo die Stände, daß, wann Jemand bey der Canzley Exceptiones Fori declinatorias übergebe, ſelbige nicht abgeſchlagen, auch erlaubt werden ſolle, an das Hofgericht zu appelliren, und allda de nullitate, oder ſonſten, zu klagen:

Die General-Staaten hielten auch davor: Diſer Punct ſeye in dem 5ten und 6ten Art. der Kayſerlichen Reſolution wohl fundirt:

Der Graf hingegen replicirte: „In der Kayſerlichen Reſolution Art. 5. wird diſponiret, daß in cauſis ſummariis & extraordinariis Ihro Gn. den Partheyen, welche Ihrer Jurisdiction, oder dem Hofgerichte, immediate unterworffen, an der Canzley auch Recht ſprechen mögen; wann aber darüber Streit vorfiele, und ein Theil das ordentliche Recht begehren würde, ſollen die Sachen ans Hofgericht gewiſen werden: Wann nun Jemand in cauſis prædictis an die Canzley citiret würde, aber Streit vorfällt: an cauſa ſit remittenda ad Dicaſterium vel non? und Canzler und Räthe befinden, daß ſolche Remiſſio malitioſe gebeten würde, allein zu Auſſenthalt der klagenden Partheyen, welche etwan Wittwen, Way-

ſen und arme Leute ſeyn, auch offtermals um Alimentation der Streit iſt, und die Sache notoria, oder auch alſo beſchaffen, daß dieſelbe keinen Verzug leiden kan, und daher dann Canzler und Räthe die Remißion abſchlagen und Beſcheid ergehen laſſen, daran kan man Gräflichen Theils nicht verſtehen, daß man unrecht thue, oder wider die Kayſerliche Reſolution handlen: Sonſten ſollen die Gravaminiſten und Poſtulanten nicht erweiſen, noch beybringen, daß Canzler und Räthe in caſibus, qui ad ordinarium Proceſſum pertinent, & ſummarie, ac de ſimplici & plano non poſſunt expediri, die Remißion verweigert hätten; inmaſſen ihnen mit der wenigſten Mühe auch gedienet.

Dieweil auch im ganzen Röm. Reich, bey der Kayſerl. Maj. Selbſt, und allen Churfürſten, Fürſten und Ständen, da Canzleyen und Hofgerichte ſeynd, notorie alſo gehalten wird, daß ſie concurrentem Jurisdictionem haben; welches in Oſtfrießland auch niemals in Zweifel gezogen, ſondern je und allwege pro Maxima gehalten worden; ſo wäre abſurdiſſimum, daß à Decretis & ſententiis Cancellariæ ad Dicaſterium ſollte appelliret, oder auch vor demſelben de Nullitate queruliret werden: Da die Poſtulanten diſes anders verſtehen wollen, hätten ſie billig darüber von der Röm. Kayſerl. Majeſt. (auf Deren Decret und Verabſcheidung das Hofgericht fundirt,) und Niemand anderſt, die Erläuterung erwarten ſollen; cum ejus ſit interpretari Legem, qui eam condidit. "

Graf Rudolf Chriſtian erklärte ſich An. 1626. „Was in der Kayſerl. Reſolution Art. 5. de cauſis ſummariis & extraordinariis diſponiret wird, daß nemlich ein regierender Graf zu Oſtfrießland in denſelben an ſeiner Canzley auch Recht ſprechen möge, ſoll hinfüro verſtanden werden von Sachen, welche in Jure & Facto richtig, und keines Beweiſes der ausführlichen Deduction bedürfftig, auch keinen Verzug leiden können, oder wenn geſpühret wird, daß die beklagte Parthey nur Ausflucht ſucht. "

Anno 1662. und 1663. kame wieder viles wegen der Remiſſorialien vor, und endlich wurde verglichen: „ Es ſolle bey dem 5. Art. der Kayſerl. Reſolution und Cap. 1. Art. 2. & 9. des Emder Landtagsſchluſſes verbleiben; und ſoll das Hofgericht bey Verweigerung derer Remiſſorialien ebenfalls procediren können. Ferner iſt die Meinung, daß die Zeit zur Ablöſung derer Remiſſorialien

auf

auf drey Wochen vergröſſert, und der Termin zu derſelben Reproduction auf den erſten darauf folgenden Gerichtstag präfigiret werde.“

Anno 1663. lieſſen ferner die General-Staaten eine ausführliche Deciſion ergehen, was für Juſtizſachen vor des Fürſten Canzley verhandelt werden dörffen oder nicht (1).

Anno 1688. 1. Oct. erkannte der Reichshofrath: „Ob auch wohl, ſechſtens wegen beeder Fürſtl. Oſtfrieſiſchen Ober-Gerichten, nemlich die Hofcanzley und Hofgerichts-Jurisdiction, ſönderlich in Criminalibus, Irrungen vorgefallen, als würde von einigen Jahren her die Judicatur und Malefiz-Sachen gegen den Inhalt der Hofgerichtsordnung, per viam remiſſorialium & mandatorum de edendis indiciis, factæ apprehenſionis, ſeu incarcerationis, an das Hofgericht gezogen, und man Fürſtl. Seiten angeführet, daß die von Kayſer Rudolpho dem Andern Lobwürdigen Andenckens confirmirte Hofgerichtsordnung tit. 19. mit ſich bringe, was für Sachen bey dem Hofgericht angenommen, und gerechtfertiget werden ſollen, wovon die Criminal- und Malefiz-Händel ausgenommen, womit auch die Concordaten de Anno 1599. überein ſtimmeten; dahingegen ſich aber die Landſtände auf andere Verträge und viljährige Obſervanz bezogen, und dann beede ſolche Obergerichte, die Hofcanzley ſo wol als das Hofgericht, des Landes-Fürſten Gerichte ſeynd, auch in deſſen Nahmen die Jurisdiction exerciren, daß hauptſächlich nur darauf zu ſehen, daß die Juſtiz an einem ſo wol, als dem andern Ort, rühmlich und wol adminiſtrirt, und ſonderlich die Criminal- und Malefiz-Sachen dergeſtalt vorſichtig und den Rechten gemäß verfahren werde, wie es ſowohl die Hofcanzley als Hofgerichts-Räthe vor GOtt und der Welt gehörigen Orts zu verantworten getrauen: dahero auch der Landesfürſt ſelbſten das Beneficium Remiſſorialium in peinlichen Sachen an das Hofgericht, dem Angeklagten, auf deſſen gerichtliches Anſuchen, bey Unſern Kayſerl. Deputirten, aus fridliebendem Gemüth nachgegeben; ſo hat es auch diſſfalls dabey ſein billiges Bewenden.“

An. 1691. klagte der Fürſt wieder beym Reichshofrath: „Als „ die Erfahrung bezeuget, daß zwiſchen den beyden Fürſtlichen

(1) ſ. Oſtfrieſ. Hiſtor. 2. Theil, S. 759.

Oſtfrieſiſchen Obergerichten, der Hofcanzley und dem Hofgericht, (wider den Einhalt des 45ſten Art. der Oſtfrießländiſchen Concordaten,) allerhand Unordnungen und Confuſio Jurisdictionum, zum Nachtheil des gemeinen Weſens, entſtehen, und ſolches mehrentheils daraus verurſacht wird, daß nun einige Jahre her dem Hofgericht auch die Judicatur in peinlichen und Malefitz-Händeln, (welche ſonſten, vermöge der von dem Herrn Grafen zu Oſtfrießland am 11. Mart. publicirten, und von Kayſer Rudolf II. *) confirmirten Hofgerichtsordnung Tit 19. daſelbſt nicht angenommen noch gerechtfertiget werden ſollen,) per viam Remiſſorialium & Mandatorum, de edendis indiciis factæ apprehenſionis, ſive incarcerationis, durch von den Landſtänden, (den heilſamen Reichsconſtitutionen auch denen in Sachen An. 1597 ergangenen Kayſerlichen Reſolutionen Art. 24. & 55. entgegen,) zuwege gebrachte fremder Potentaten Einmiſch- und Zunöthigung zu untergeben, veranlaſſet werden wollen; daß demnächſt ſolches ins künfftige eingeſtellet bleiben, und das Hofgericht ſich keiner weiteren Jurisdiction, als demſelben in der Hofgerichtsordnung und denen darauf erfolgten Concordaten de An. 1599. in cauſis duntaxat civilibus & mere ſecularibus von der Oſtfrieſiſchen Landesobrigkeit zugeleget worden, annehmen oder anmaſſen ſolle: Und zwar daſſelbe um ſo vil mehr, weilen die Kayſerliche Reſolution de Anno 1597. Art. 4. ausdrücklich diſponiret, daß beſagte Hofgerichtsordnung in allen ihren Puncten und Begreiffungen, (es wäre dann, daß ins künfftige die Grafen, nun Fürſten, zu Oſtfrießland, mit Zuthuung Dero Ritterſchafft und Landſtände ſich eines andern vergleichen, auch darüber Kayſerliche Confirmation erlangen würden,) ſtet, feſt und unverrückt gehalten werden ſolle.

Der Kayſer reſolvirte darauf: „Das 13de Gravamen, wegen der Remiſſorialium von der Hofcanzley an das Hofgericht iſt in dem Decreto de An. 1688. Art. 6. decidiret, und hat deßwegen dabey ſein Bewenden.“

Die Landſtände ſtellten ebenfalls vor: „19. Ob gleich nach Anſtellung des Hofgerichts denen Grafen, nun Fürſten, zu Oſtfrießland frey gebliben, in cauſis ſummariis & extraordinariis in der Hofcanzley ſprechen zu laſſen, ſo iſt doch ſolches mit diſer ausdrücklichen Reſtriction geſchehen, wenn die Partheien ſich des Hofgerichts begeben; dann ſonſten, wann ſie das ordentliche Recht von dem

dem Hofgericht begehren, müſſen ſie dahin remittiret werden Kayſerl. Reſolut. de An. 1597. Art. 5. V. 1. Part. 1. p. 145. und mögen die gebetene Remiſſoriales nicht verweigert werden. Hagiſch. Vergleich de An. 1662. Cap. 1. Gen. Grav. Art. 6. v. 2. p. 7. & final=Receß de An. 1663. ad eund. Art. p. 255. & 256. Wann nun eine Zeither Canzler und Räthe denen Canzley=Procuratoren verboten, Remiſſorialen an das Hofgericht zu ſuchen; ſo wird gebeten, daß diſes Verbot, als den Accorden zuwider, aufgehoben, und den Canzley=Procuratoren freygelaſſen werden möge, Remiſſoriales an das Hofgericht, vor wie nach, den Accorden gemäß, zu ſuchen. "

Die Kayſerliche Reſolution lautete aber auch hierauf: „Wegen des 19den Gravaminis, betreffend die Remiſſoriales wegen der Fürſtl. Hofcanzley an das Hofgericht, hat es bey dem Kayſerl. Decret de An. 1688. Fürſtlichen Reverſalen, und denen von den Landſtänden allegirten Accorden, ſein Bewenden. "

Endlich verglichen ſich beyde Theile An. 1699. alſo: „Weil bey dem puncto Remiſſorialium die Landſtände ſich hauptſächlich graviret, achten, als ob den Partheyen die Suchung der Remiſſorialien und derſelben Beſcheinigung ſchwer gemachet werde; ... ſo erklären Se. Hochfürſtl. Durchl. ſich gnädigſt dahin, daß die Procuratores bey der Canzley, auf Begehren der Partheyen, Remiſſoriales zu ſuchen, und die Secretarii Cancellariæ davon alſofort, oder je längſtens innerhalb drey Tagen, Extractus Protocolli und Decreta in probanti forma auszugeben gehalten ſeyn, keineswegs aber daran verhindert, oder davon abgehalten werden ſollen, damit die Parthien nicht nöthig haben mögen, Notarios zu gebrauchen; welchen lezteren Falls gleichwol die Notarii, (ſo ſich keineswegs, bey Verluſt ihres Amts, weigerhafft bezeugen ſollen,) zu Beobacht= und Verrichtung ihres Amts und Requiſition unverhindert admittirt, und unter keinem Prätext, auch nicht, als ob die Denegatio Secretarii & Procuratoris nicht beſcheiniget, aufgehalten werden ſollen: ... Wobey dann Ihro Durchlaucht ſich auch nochmals gnädigſt erklären, daß nach gebetenen Remiſſorialien wider den Inhafftirten oder Arreſtirten von der Canzley ferner nichts vorgenommen, noch auch derſelbe vorgefordert werden ſolle. "

Von

Von einer in Vor-Pommern ſich ereigneten Colliſion handelt diſe Schrifft:

Von BALTHASAR (Auguſtin) rechtliche Abhandlung der Gerechtſame des hohen Königlich-Schwediſchen Tribunals zu Wiſmar; wie ſolche nach dem Inſtr. Pac. Weſtph. und den Pommerſchen Landesgeſezen, ſo wohl in Anſehung der eigentlichen Juſtiz-als dahin einſchlagenden Regierungs-Cameral und Policeyſachen, wenn gleich dieſelben unmittelbar vom Landesherrn gewiſſen Commiſſariis aufgetragen worden, gegründet. Wiſmar und Bützow, 1770. fol. ſ. H. Schotts Critik, 4. Band, S. 339.

Die Sache wurde auch zum Vortheil des Tribunals entſchiden.

§. 40.

Eingriffe. Es kommen auch zuweilen Landſtändiſche Klagen vor, daß denen Gerichten von dem Landesherrn, oder deſſen Collegiis, in derſelben Jurisdiction ungebührliche Eingriffe geſchehen.

Die Hildesheimiſche Landſtände ſtellten An. 1690. dem Biſchoff vor; „Als auch 2. dem hieſigen Fürſtl. Hofgericht, ohnerachtet ſelbiges nach klarem Jnhalt des Landtagsabſchids de 1652 §. wie nun hierüber ꝛc. ꝛc. mit der Canzley in contentioſis, die Regierungs-und peinliche Sachen alleine ausgenommen, concurrentem Jurisdictionem und die Prævention ſtatt hat, eine Zeit her vilfältiger Eintrag geſchehen, indem die daſelbſt introducirte und Rechtshängige, auch theils allbereit ausgemachte und entſchidene Sachen unterm prætext einiger feudalitær, prætenſi jurisdictionis conflictus oder anderer unerheblicher Urſachen avociret, reſuſcitiret, und aufs neue bey Fürſtlicher Canzley ventiliret, ja ſo gar mandata contra mandata abgegeben, und was ſo wohl von dem Hof als den höchſten Reichsgerichten vor Recht erkannt, und dem Hofgericht zu exequiren anbefohlen worden, wider umgeſtoſſen, und dem Hofgerichte durchaus nicht zu pariren, ſo gar denen Judicibus inferioribus bey willkührlicher Strafe unterſaget werden wollen, ſolches aber nicht allein der Landes-Fürſtl. Authoritær und denen Landtagsabſchiden nicht minder zuwider, als dem Judicio ſelbſt höchſt verkleinerlich, denen Partheyen aber, als welche in ihrem Recht dadurch mercklichſt behindert, auch öffters mitten in Proceſſu per indirectum von

von dem Hofgericht abgezogen werden, höchſt ſchädlich iſt, aus ſolcher Confuſion aber vile Unrichtigkeiten, inconvenientia, und diſes erfolget, daß was das Hofgericht heute gebeut u verabſchidet, von anderen morgen wider caſſiret und verbothen, und alſo das Hofgericht und deſſen nöthige Authoritæt faſt ganz unter die Füſſe gerichtet wird; So leben Ein Hochw. Thum-Capitul und übrige löbliche Landſtände der gerechteſten Zuverſicht, Jhro Hochfürſtl. Gnaden Dero Hofgericht in denen daſelbſt befangenen und dahin gehörigen Sachen ſeinen ſtarcken freyen Lauf vor wie nach ohngehindert zu laſſen, die von den muthwilligen Partheyen zu Umtreibung ihres Gegentheils verlangende denen Rechten zuwider-lauffende Avocationes nicht billigen, weder durch einige ſub & obreptitié erſchleichende Befelcher die von ſelbigem prævia matura deliberatione vorhin ertheilte Decreta und Mandata entkräfften und hintertreiben, ſondern den etwan ſich eräugenden Conflictum mittelſt einer Deputation von beeden Gerichten forderſamſt abthuen zu laſſen, was dem bisher zuwider geſchehen aufzuheben, mithin dem Hofgericht, welches nicht minder als die Canzley ordinariam jurisdictionem hat, auch alle Befelcher, Decreta und Mandata unter des Gnädigſten Landesfürſten Namen abfaſſet und publiciret, die ſo nöthige Authoritát zu conſerviren gnädigſt geneigt ſeyn werden. Worauf ſie von höchſtbeſagtem Biſchoff diſe Reſolution erhielten: Sie (Jhro Hochfürſtl. Gnaden) wollen auch die vom Hofgericht gegen die Regierung, und von diſer hingegen wider jenes geklagte Eingriffe in einer mündlichen Conferentz Jhro ſelbſt von beyderſeits darzu verordneten Räthen und Aſſeſſoren unterthänigſt vortragen und ſelbige demnächſt ſolchergeſtalt entſcheiden laſſen, daß dadurch der entſtandene Conflictus Jurisdictionis aufgehoben, und vermittelſt einer beſtändigen Hof- und Canzley-Ordnung alle dergleichen Colliſionen ins künfftige verhütet werden.“

Mehreres davon findet man bey H. STRUBEN (1).

Eben diſe Landſtände baten auch An. 1715. und hernach mehrmalen: Die von der Fürſtl. Regierung dem Fürſtl. Hofgericht beſchehende Eingriffe abzuſtellen, und beyden aufzugeben, ſich aller denen

(1) von Regier. u. Juſtiz-Sach. p. 33. ſqq.

nen litigirenden Parthien ſo gar ſchädlichen Colliſionum Jurisdictionis gänzlich zu enthalten.

Diſe Streitigkeiten wurden nachhero durch die An. 1730. publicirte Hofgerichts-Ordnung und einen Befehl vom 13. Aug. beygelegt.

Um das Jahr 1684. klagten die Mecklenburgiſche Landſtände: „ Ein hartes Landes-Gravamen iſt, daß, nach Vergönnung ungehinderter Appellation, vile Juſtizſachen von der Juſtizcanzley, (wohin ſie de jure allein gehörig,) an den Geheimden Rath, Rent- und Lehen-Cammer genommen werden, und dazu davon keine Appellation geſtattet werden will.“

Die Herzogliche Reſolution darauf lautete: „ Sollen die Sachen, welche contentioſæ Jurisdictionis ſind, und worinn die Parthien wegen ihres privat-Intereſſe mit einander zu ſtreiten haben, bey der Juſtiz-Canzley gelaſſen, und dafern etliche derſelben bey dem Geheimden-Lehen- oder Cammer-Collegio anhängig ſeynd, von dannen dahin verwiſen werden.“

In denen neueren Mecklenburgiſchen Irrungen hat der Kayſer, wann, mit Vorbeygehung des Judicis competentis, bey Hofe Ordnungswidrige Befehle ausgebracht worden, dieſelbe annullirt und verordnet, die Parthien an die behörige Inſtanz bey denen Landesgerichten zu verweiſen, um daſelbſt Recht zu ſuchen und zu nehmen. v. Concl. 1737. 19. Jun und 6. Nov.

Ueberhaupt wurde per Concl. von 1724. 19. Oct. 1735. 26. Sept. 1738. 2. Mai und 1739. 4. Maj. verordnet und veſtgeſtellet: Daß, wider die Reichsſazungen und Landesverfaſſungen, die bey dem Land- und Hofgericht, ingleichem bey denen Canzleyen und dem Conſiſtorio, anhängige oder dahin gehörige Sachen nicht avocirt, noch ſolche an die Fürſtliche Regierung oder Cammer gezogen, vilmehr denen Gerichten ihr Lauff gelaſſen, dieſelbe, unter keinem Schein, durch Mandata, Inhibitiones, oder ſonſt, verhindert und verzögert, oder durch Avocationen und Erforderung derer Acten ad inſpiciendum, in Adminiſtration der Juſtiz gehemmet, oder ihnen, ſo lange ſelbige denen Rechten und der Ordnung ſich gemäß verhalten, auf was Art und Weiſe ſie verfahren und ſprechen ſollen, vorgeſchriben, auch, was ſeithero in ſolchen Puncten, der Juſtiz zuwider, etwa veranlaſſet worden, hinwieder abgeſtellet, und das

Land- und Hofgericht ſo wohl, als die Juſtiz-Canzleyen, dafern dergleichen Reſcripta avocatoria, ſuſpenſiva, Inhibitiones und Mandata, wie in denen Proceſſen zu verfahren, oder zu ſprechen, an ſelbige abgelaſſen ſeyn ſollten, oder noch werden möchten, ſolcher ungehindert, in denen Rechtsſachen dergeſtalt, wie es ihrer Ordnung, denen Reichs und Landes-Sazungen, gemeinen Rechten und Acten gemäß, verfahren, kurz, denen Proceſſen ihr Lauff gelaſſen werden ſolle.

§. 41.

Daß hingegen die Landesherrn ſich über die Gerichte beſchweren ſollten, iſt etwas ſehr ſeltenes, weil ſie ſich meiſtens ſelbſten helffen können, und kommt daher diſer Fall nur da vor, wo die Landſtände in auſſerordentlichem groſſen Anſehen ſtehen. Landesherrliche Beſchwerden über die Gerichte.

Dergleichen hat ſich im vorig- und jezigen Jahrhundert in Oſtfrießland zugetragen, und ſeynd eigene Schrifften deßwegen gewechſelt worden (1); auch findet ſich in BRENNEISENS Oſtfrieſiſcher Hiſtorie und Landes-Verfaſſung ſehr viles davon, beſonders Tom. I. p. 104. ſqq. allwo unter anderem diſe Reichs-Hofraths-Verordnungen geleſen werden:

1. Ein Kayſerliches Reſcript an das Oſtfrieſiſche Hofgericht in Sachen des Fürſtens zu Oſtfrießland & Conſ. contra die Statt Norden, in puncto des Conrectorats daſelbſt, d. d. 1704 12. Febr. darin es lautet: „Wie Wir nun, bey ſo geſtalten Dingen die von Euch, angeregter maſſen, erkannte Proceſſus & Mandatum anheute caßiret, und denen Beklagten, ſich vor dem Fürſtl. Conſiſtorio ; ; ; einzulaſſen, auferleget haben; alſo haben Wir Euch ſolches ; ; zu Eürer Nachricht und Direction hiemit notificiren laſſen wollen."

2. Ein Reichs-Hofraths-Concluſum von 1717. 25. Maj. in Sachen: Zu Oſtfrießland Fürſt contra Paſtoren Harckenroth & Conſorten, Appellationis, des Innhalts:

„1) Ihro Kayſerliche Majeſt. laſſen es nunmehro, ; ; bey dem wider den Paſtoren Harckenroth vom Fürſtl. Conſiſtorio ertheilten Verbot und deſſen Manutenenz, (derer in diſem ad cauſas judi-

(1) v. Mein Tr. von der R. Stände Landen etc. Lib. 5. Cap. 2 p. 1206. ſqq. add. mein Tr. von der Teutſch. Juſtiz-Verfaß.

ciarias ganz nicht, ſondern zur Landesfürſtlichen Obrigkeit und Diſ-poſition, gehörigem Fall incompetenter ergangenen und hiemit auf-gehobenen Hofgerichtlichen Decretorum ungehindert, lediglich be-wenden

2) Cum notificatione hujus Concluſi reſcribatur dem Fürſtl. Oſtfrieſiſchen Hofgericht: In Fällen, ſo zur Policey gehören, und der Landesfürſtlichen Botmäßigkeit zur Diſpoſition unterworffen, einfolglich von denen juſtitiariis ihrer Eigenſchafft nach ſeparirt ſeynd, ſich nicht einzumiſchen, noch einer Cognition über die derowegen aus-gehende Fürſtliche Verordnungen, oder ſonſt einer Einſchränckung der Landesfürſtlichen Obrigkeit in denen dahin gehörigen Sachen, wider die Reichs-Sazungen und Landesaccorden, anzumaſſen; da hingegen auch bemeldtes Fürſtl. Hofgericht bey demjenigen, weſſen ſelbiges rechtmäßig befugt, in allen begebenden Fällen jederzeit ge-ſchüzet und gehandhabet werden ſoll.“

§. 42.

Perhor-reſcenz. Von dem heutigen eingeſchränckten Gebrauch des Juramenti Perhorreſcentiæ gegen Fürſten und Stände des Reichs, und deren vollſtändig formirte Gerichte hat der Freyherr von CRAMER (1) gehandelt, auch darinn ergangene Cameral-Urtheln beygebracht:

Doch hat der Freyherr von CRAMER auch eine Cameral-Ur-thel von 1725. angeführt, des Innhalts: „Iſt, auf jezig- und vorige Narrata, Supplicantens Principal nunmehro zu dem Jura-mento perhorreſcentiæ (gegen Solms-Braunfels,) zugelaſſen.“

Der Oſtfrieſiſche Landesvertrag von 1611. beſagt: „Im Fall Jemand das ordentliche Hofgericht ſuſpectiren ſollte, mag er bitten, daß der Proceß an eine Juriſten-Facultät verſchicket, und nach derſelben Gutfinden das Urtheil ausgeſprochen werde: Und das Hofgericht ſoll gehalten ſeyn, ſolches alſo zu beobachten, und in Gegenwart beyder Partheyen, oder deren Bevollmächtigten, die Acten zu inrotuliren und zu verſieglen, und ehe und bevor das Hof-gericht die Acta wiederum eröffnet, die Parthryen, oder deren Be-vollmächtigte, das Sigel der Facultät recognoſciren zu laſſen: Oder, daferne Jemand der Parthеyen die Sache lieber im Lande abgeur-theilt haben wollte, mag derſelbe drey Perſonen, welche Rechtsge-lehrte

(1) in ſeiner Nebenſt. 2. Th. 152. 197. S.

lehrte ſind, benennen, welchen, nebſt noch dreyen anderen von der Gegenparthey dazu Benannnten, tanquam ex Compromiſſo, die Sache zu beurtheilen unter Händen gegeben werden ſoll; von welcher Urtheil Reviſio geſucht, und ad Cameram appelliret werden mag, nicht anders, als wann das Urtheil beym Hofgerichte ausgeſprochen wäre. "

Man ſehe übrigens hievon die oben angeführte Sündermahleriſche Schrifft.

§. 43.

Ein Landesherr iſt befugt und ſchuldig, ſeine Gerichte bey ihrem gehörigen Anſehen zu ſchüzen, und die ſich im Reſpect gegen dieſelbige verliehrende Parthien und Sachwaltere gebührend zu beſtrafen. Anſehen.

Anno 1708. 10. Dec. ergienge eine K. Preußiſche Verordnung wegen der Anzüglichkeiten und Exceſſe derer Parthien gegen des Cammergerichts Autorität, und wie ſolchen zu begegnen ſeye.

Die Oſtfrieſiſche Landſtände verlangten An. 1619. „Dem Hofgerichte ſeinen ſtarcken Lauff zu laſſen, und deſſelben Perſonen nicht zu bedräuen noch durch des Grafens Räthe und Diener unglimpflich ſchrifft- oder mündlich anzäpfen zu laſſen, ſondern dieſelbe, ſo es thun, darüber zu ſtrafen, oder dem Hofgerichte ſolches zu geſtatten, und frey zu ſtellen, ſich in offenem Druck zu verthädigen."

Die General-Staaten reſolvirten: „Es iſt denen Verträgen und der Billigkeit gemäß, daß man dem Hofgerichte ſeinen ſtracken Lauff laſſe, und Niemand die Perſonen, ſo ſolches bekleiden, entweder mit Anhaltung ihrer Perſon, oder ſonſt, bedrohen möge: Darneben ſoll der Herr Graf erſucht werden, daß Derſelbe denjenigen, ſo etwas unglimpfliches wider gedachtes Hofgericht, oder deſſelben Perſonen, thun oder reden würde, gehörlich ſtrafen möge."

Der Graf aber antwortete: „Ihro Gnaden Räthe und Diener wiſſen ſich nicht zu erinnern, daß ſie hieran ſchuldig, worüber Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren auch niemals bey Ihro Gnaden einige Klage eingebracht, und hätte dem Poſtulanten, (als welcher von Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren zum Vormünder oder Procuratoren nicht beſtellt, oder erkohren,) nicht gebührt, die Herrn Staaten, (Deren Bothmäßigkeit und Jurisdiction Ihro Gnaden Räthe und Diener durchaus nicht unterworffen,) hierunter zu bemühen. "

§. 44.

Beſoldung rc. Die Beſoldungen derer Landesherrlichen Gerichte werden ordentlicher Weiſe von dem Landesherrn ſelbſten entrichtet.

Wo hingegen die Landſtände mit bey Gerichten concurriren; da tragen ſie auch wohl mit an denen Koſten: Doch geſchiehet diſes nicht überall.

In Chur-Sachſen verhält es ſich wegen Salarirung derer alten Gerichts-Collegiorum, wie in dem Tr. von der Landeshoheit in Regierungsſachen bey denen Raths-Collegiis gemeldet worden iſt.

Anno 1709. 2. Oct. wurde der K. Preußiſch Tecklenburgiſchen Regierung reſcribirt: Daß aus der Grafſchafft jährlich etwas zu Unterhaltung des Oranziſchen Tribunals zu Berlin, (an welches die Tecklenburgiſche Appellationen giengen,) aufgebracht werden ſolle.

Zu Hildesheim beſoldet der Landesherr den Hofrichter, die Landſtände aber die Beyſizere.

Die Herzoge zu Mecklenburg verlangten An. 1610. die Landſtände möchten bedencken, woher die Unkoſten zu denen extra-ordinari-Rechtstagen zu erheben ſeyen? Sie gaben aber zur Antwort: Es gehöre ſolches mit zur Juſtiz, und ſeye, nebſt den andern Gerichtskoſten, von der Herrſchafft zu tragen: Weil auch denen Hofgerichts-Aſſeſſoren die Zeit der ordinari Rechtstage verſprochene Gelder nicht bezahlet werden, und ſie dahero ihre Wirthe nicht bezahlen könnten, ſolche ihnen auch deßwegen die Herberge aufgekündigt, und ſie ſonſt kein ander Logis zu bekommen wüßten; als werde gebeten, die gebührende Gelder zu rechter Zeit auszuzahlen, und dadurch vile bedenckliche Folgen zu verhüten.

Die Reſolution ware: Das vorige Geſuch werde beharret; übrigens ſollte die Verordnung gethan werden, daß ein jeder nach Billigkeit befriediget werde.

Eben diſe Landſtände klagten An. 1688. wieder über unrichtige Beſoldung des Hofgerichts, wodurch daſſelbe in Verachtung gebracht und vile gute Leute dadurch abgeſchreckt, auch der verſtorbenen Gerichtsbedienten Wittwen und Wayſen vile Klagen und Seufzer verurſacht werden; mehr anderer ſchädlicher Folgen zu geſchweigen:

Die Reſolution ware: Diſes gehöre ad curam des Landesherrns, und wolle er darauf bedacht ſeyn, auch die Verfügung thun, daß ſelbige ihre Beſoldung bekommen.

Dermalen werden die von Ritter- und Landſchafft zu dem Hofgericht beſtellte Aſſeſſoren aus dem Landkaſten bezahlt.

Um das Jahr 1726. bekame jeder der beeden Land-Ständiſchen Hofgerichts-Aſſeſſorum jährlich aus der Landescaſſe 500 Rthl.

Bey Errichtung des Oſtfrieſiſchen Hofgerichts An. 1590. wurde verglichen: „So vil dann den Unterhalt diſer vorbenannten Perſonen belanget, haben beyde Herrn Grafen, dieſelbige mit Beſoldung zu unterhalten, auf ſich genommen: Damit es aber Denſelben nicht zu ſchwer fallen möchte; als hat die Landſchafft ſich gutwillig erboten, den Unkoſten, welcher auf die Haltung ſo wohl der gemeinen Quartal- als auch der wöchentlichen Hofgerichte, gehen würde, abzutragen; wie ſie denn derentwegen auf dem bevorſtehenden Landtage ſich darüber ferner vergleichen wollen.“

Anno 1611. wurde verglichen: „Der Hofrichter, Vicehofrichter, Aſſeſſores, Secretarius, und Unterſchreiber, ſollen nicht einige andere Penſiones im Lande genieſen mögen; ſondern müſſen ſich mit der zu ihrer Bedienung gehörigen Beſoldung und Emolumenten begnügen; und ſollen zum jährlichen Tractament genieſſen: Der Hofrichter 600. Rthl. der Vice-Hofrichter gleichfalls 600. Rthl. und ein jedweder Aſſeſſor 400. Rthl. der Secretarius 200 Rthl. und der Unterſchreiber 150. Rthl. welche Beſoldung denenſelben Quartalweiſe, von 3. Monathen zu 3. Monathen von dem Landſchaffts-empfanger beſorget und bezahlet werden ſollen.“

Anno 1613. klagte der Graf denen General-Staaten: Daß die Adminiſtratores der gemeinen Landesmittel die Aſſeſſores des Hofgerichts nöthigten, alle Viertel Jahr ihres Salarii wegen erſt um eine Aßignation anzuhalten ꝛc. Darauf ſchrieben die General-Staaten diſen Adminiſtratoren: Eine generale Verordnung zu machen, daß denen Hofgerichts-Perſonen und Bedienten auf die jedesmalige Verfallzeit ihre Beſoldungen ausbezahlet werden, ohne daß ſie nöthig hätten, auf jeden Termin eine Aßignation zu begehren.

Anno 1619. beklagte ſich der Graf bey denen General-Staaten: Wann das Hofgericht eine Sache annehme, wobey das Collegium

legium der Adminiſtratorum intereßirt ſeye; ſo würden ſie alſobalden mit Zurückhaltung ihrer Salarien bedrohet:

Die General-Staaten erkannten diſes vor unbillig, und verordneten, daß der Landſchafft-Rentmeiſter die ihnen gehörige Tractamente præciſe bezahle, ohne einen Befehl zu regardiren, den die Adminiſtratores diſem zuwider geben möchten.

Anno 1620. wurden jedem der ſiben Aſſeſſoren jährlich noch 100. Rthl. dem Secretario aber 50. Rthl. zugelegt, und dem Pedellen, ſtatt deſſen, was er von denen Procuratoren bißhero von jeglicher Schrifft empfangen, 200. fl. geſchöpft.

Anno 1630. thate Graf Ulrich auf einem Landtag eine Propoſition, wegen Anſchaffung nöthiger Mittel zum Unterhalt des Hofgerichts (1).

Als das Hofgericht An. 1649. von des neuen Grafens Enno Ludwig Vormundſchafft vor geleiſteter Huldigung ein neues gerichtliches Sigel annahme, ſahen die Landſtände es als einen Einbruch der Accorden an, und erklärten die Hofgerichts-Perſonen ihrer Salarien unfähig; wogegen aber diſe ſich wohl vertheidigten (2).

Anno 1720. lieſſe der Fürſt zu Oſtfrießland beym Reichs-Hofrath vorſtellen: Daß die Land-Stände ſchuldig ſeyen, ohne Zuthun des Landesherrn das Hofgericht zu unterhalten; nach dem dürren Einhalt des Kayſerlichen Executions-Receſſes von 1590. §. 16. daß demnach der Landesherr von Seinen Landgütern dazu nichts contribuire, Ihm auch wegen des Vergangenen billigmäßige Erſtattung geſchehe.

Den 18. Aug. 1721. befahle darauf der Reichs-Hofrath denen Oſtfrieſiſchen Landſtänden: Den Kayſerlichen Executions-Receß von 1590 §. 16. in puncto des Fürſtlichen Hofgerichts-Unterhalts mit ganzem Fleiß in Acht zu nehmen, und ihren Landesfürſten darwider in Zukunfft nicht zu beſchweren, wegen des Præteriti aber Demſelben gebührenden Abtrag zu thun.

In dem Schweden-Vorpommeriſchen Haupt-Commißions-Receß von 1663. wurde verſprochen: Die Hofgerichts-Perſonen ſollen

(1) ſ. Oſtfrieſ. Hiſtor. 2. Theil, S. 669.
(2) l. c. 2. Theil, S. 711.

len 1. wohl und 2. richtig ſalarirt, deswegen auch aus denen ordinari-Landes-Intraden auf ein gewiſſes alſo gewiſen werden, daß ſie ihre Salaria zu rechter Zeit jährlich daraus haben und genieſſen, dahero um ſo vil emſiger und unnachläßiger ihr Amt verrichten können.

In Würtemberg bekommen auch die Landſchafftliche Hofgerichts-Aſſeſſores ihre Gebühren aus der Herzoglichen Rentcammer, und die Landſchafft träget nichts zu Unterhaltung des Hofgerichtes bey.

Zu Unterhaltung des Lippiſchen Hofgerichts ſeynd gewiſſe eigene Steuern verordnet, und in der Stifftung diſes Hofgerichts iſt namentlich verſehen, daß, wo auch die Herrſchafft ſelber damit ſäumig ſeyn ſollte, die Landſtände ſolchen Falles guten Fug und Macht haben ſollen, ohne oder mit Gericht, ſo vil die jährliche Rente betrifft, an ſich zu nehmen und inne zu behalten, auch ſich davon aller Nachſtände, es ſeye an der Hauptſumm oder Zinſen, zu erholen.

Die Waldeckiſche Landſtände concurriren bey Salaritung des Hofgerichts; doch hat es Streitigkeiten deßwegen gegeben.

* * *

Der Oſtfrieſiſche Landtagsabſchid von 1620. enthält: Es ſeye deſto billiger, daß der abgeſtorbenen Hofgerichts-Perſonen Wittwen und Erben ein Quartal der gehabten Beſoldung, von der Ableibung an zu rechnen, gefolget werde, weil klaren Rechtens ſeye, daß ihnen die Beſoldung des ganzen Jahres gebühre; welches der Graf denen Ständen künfftig in Acht zu nehmen recommendire.

* * *

Mit denen übrigen Neben-Unkoſten, die zu Unterhaltung eines Gerichts erforderet werden, hat es eben die Beſchaffenheit, wie mit denen Beſoldungen.

In beſagtem Oſtfrieſiſchen Land-Tags-Abſchid von 1620. §. 3. iſt enthalten: Der Graf habe bißhero das Brennholz zu dem Hofgericht hergegeben; ſeye aber nicht darzu verbunden; er halte auch nicht vor unbillig, daß von der Landſchafft (beſage der bey erſter Fundation des Hofgerichts aufgerichteter Receſſen,) die auf Papier und andere Nothdurfft des Hofgerichts aufgewandte Koſten auslege und bezahle.

* * *

Wann die Gerichtsperſonen ſich unerlaubte Accidentien machen, kan es zu Beſchwerden der Landſtände und Unterthanen, auch wohl des Landesherrens ſelbſt, kommen.

Anno 1720. beſchwerte ſich der Fürſt von Oſtfrießland: Daß die beyde adeliche Aſſeſſores bey dem Hofgericht zur Ungebühr einige heimliche Penſiones aus der Landes-Caſſa genoſſen hätten.

Den 22. Jun. 1722. übergabe der Fürſt eine fernere Anzeige, welcher geſtalt er vor kurzer Zeit zu ſeiner äuſſerſten Befremdung in zuverläßige Erfahrung gekommen ſeye, daß unter denen in den bisherigen Land-Rechnungen, ſonder Ausdrückung ihrer Nahmen und Meriten, häuffig vorkommenden, und in dem Kayſerlichen Decreto ſo übel angemerckten Patrioten, mit ihren genoſſenen Penſionen, ſelbſt auch die dem Fürſten mit ſpecialem Eyd verpflichtete Hofgerichtsperſonen, (welchen ohne das alle Penſiones auſſer ihrem Salario ausdrücklich verboten) mit begriffen ſeyen, und lege man davon einen Extract aus der Landrechnung von 1713. 1714. 1715. 1716. 1717. und 1718. ſovil man noch zur Zeit davon in Erfahrung bringen können, bey, welcher Extract ſich ohne Zweifel bey der von Kayſerl. Majeſt. anbefohlener Vornehmung, und Unterſuchung aller Landrechnungen von 1693. her um ein groſſes vermehren werde; zur mercklichen Probe, wie unerhörter Weiſe man bishero mit den Landesmitteln umgegangen ſey; dahero es dann nicht zu verwundern ſeye, daß das Hofgericht zu Faveur der Landesſtände, und zum offenbahren Eingriff des Fürſtens, Landesfürſtl. Autorität, mit angemaßten Inhibitionen ſich auch in alle Regierungsſachen wider den klaren Buchſtaben der Hofgerichtsordnung, und der in der Kayſerlichen Reſolution von 1597. Art. 7. und 10. enthaltener Erklärung, miſche; wovon das Exempel von dem Aufbot der Eingeſeſſenen zu Wehner angeführet ſeye, und daß ſolche Aufſäze ans Licht kommen, als in der Vorrede des zweyten Tomi der Oſtfrieſiſchen Hiſtorie §. 5. 6. 7. gemeldet ſeye; da man ſolche viſcata & hamata munera, (wie Plinius rede, aus den gemeinen Landesmitteln bishero ſo häuffig und reichlich ausgetheilet habe.

§. 45.

§. 45.

Wegen des Betragens derer Gerichtsperſonen in ihren Aem- tern entſtehen nicht ſelten Landesbeſchwerden, welche ſo dann Lan- des-Verträge darüber veranlaſſen; oder die Landesherren ahnden auch wohl ſelbſten von Amtswegen eines oder das andere (1). Betragen im Amt.

Anno 1716. 3 Jan. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript, wie es wegen des Verreiſens derer Mitglidere der Juſtiz-Collegien zu halten ſeye.

In dem Braunſchweig-Hanoveriſchen Landtags-Abſchid von 1639. wurde verglichen: Daß denen Aſſeſſoren der Fürſtl. Raths- ſtuben und des Hofgerichts keineswegs verſtattet werden ſoll, unter einigen, und vilweniger dem Prätext, daß das Intereſſe Principis mit unterlauffe, oder daß, wann in Sachen deliberiret und votiret wird, dieſelbige ſich abſentiren und aufſtünden, zu advociren, auch andern Advocatis und Procuratoribus die von ihnen eingebende Schriften zu revidiren, noch in ſolchen Sachen Rath und That zu geben, ſondern es ſolle ſolches bey ernſtem Einſehen, ſowohl in dem Fürſtlichen Conſiſtorio, als Rathſtuben und Hofgerichte, nochmahls gänzlich verbotten, und die denſelben zuwider leben, cum infamia ipſo jure removiret ſeyn.

Als das Mecklenburgiſche Hofgericht, ſelbſt auf Kayſerlichen Befehl, in einer gewiſſen Sache keine Juſtiz adminiſtriren, noch ſei- ne eigene Judicata exequiren wollte, ward es An. 1721. 2. Oct. von dem Kayſer nochmals befohlen, mit der Verwarnung, daß widrigen Falls diſe Sache von dem Kayſer zu weiterer Diſcußion bey dem Reichs-Hofrath avociret werden ſollte:

Und in einer anderen Sache befahl der Kayſer An. 1723. 6. Apr. auf der Landſchafft Beſchwerde, eben diſem Hofgericht: Die Juſtiz in ſelbiger ausgeklagten, ein pium corpus angehenden, Sa- che ſo gewiß adminiſtriren zu laſſen, als Er im widrigen Fall Sich gemüßiget finden würde, fernere Reichs-Conſtitutionsmäßige Ver- ordnungen ergehen zu laſſen: Als aber das Hofgericht ſolchem nicht nachlebte, avocirte der Kayſer den 23. Sept. darauf die Sache würcklich an den Reichs-Hofrath.

(1) add. Cap. 4. §. 1.

§. 46.

Norm. Denen höheren Gerichten pflegen gemeiniglich, denen nidrigen aber zuweilen, (auſſerdeme, was etwa die Landrechte, Landesordnungen, u. d. dißfalls enthalten,) eigene Ordnungen vorgeſchriben, ſelbige auch in den Druck gegeben zu werden. Z. E.

Eine Chur-Maynziſche Ordnung des weltlichen Stattgerichts zu Erfurt iſt An. 1680. fol. gedruckt.

Die Ordnungen derer Chur-Sächſiſchen höheren Gerichte trifft man beym LÜNIG (1) beyſammen an.

Churfürſt Friderich Wilhelms zu Brandenburg Verordnung, wie es in dem Cammergericht zu Cölln an der Spree, biß zu Publication einer ausführlichen Cammergerichts-Ordnung ſolle gehalten werden, iſt zu Berlin, 1658. 4. gedruckt.

Die K. Preußiſche neu-verfaßte Cammergerichts-Ordnung in Dero Chur- und Marck-Brandenburg, iſt zu Cölln an der Spree, 1709. fol. gedruckt.

Eine K. Preußiſche und Churfürſtlich-Brandenburgiſche allgemeine Ordnung, die Verbeſſerung des Juſtizweſens betreffend, vom 21. Jun. 1713. iſt unter anderen zu Halberſtatt in 4. gedruckt.

Anno 1714. 28. Nov. wurden Puncten bekannt gemacht, wornach die K. Preußiſche Regierungen und Juſtiz-Collegia wegen deſſen, ſo ihnen zu Verbeſſerung des Juſtizweſens zu berichten oblige, ſich zu achten haben.

Anno 1719. 19. Mart. ergienge wieder ein K. Preußiſches Juſtiz-Reglement.

Anno 1749. 23. Aug. lieſſe der König eine Inſtruction vor die Untergerichte, nebſt der Sportul-Ordnung vor die Unterrichter in dem Herzogthum Cleve bekannt machen.

Im Halberſtattiſchen wurde An. 1717. 31. Mart. eine Interims-Verordnung wegen der eingeſchlichenen Juſtizmängel publicirt.

Die Pommeriſche Hofgerichtsordnung iſt von dem Kayſer confirmirt worden.

Die

(1) im Corp. Jur. Saxon. Tom. 1. Part. 2. Lib. 2. Cap. 2. ſqq. p. 1219. ſqq.

Die Hildesheimiſche Landſtände beklagten ſich An. 1733. daß die bereits An. 1730. publicirte Hofgerichtsordnung noch nicht in Obſervanz gebracht worden ſeye; worauf der Churfürſt den 13. Aug. befahl, es ſo gleich zu bewerckſtelligen.

Marckgraf Chriſtoph I. zu Baden lieſſe An. 1509. eine Hofgerichtsordnung publiciren;

Marckgraf Philipp erneuert- und verbeſſerte ſolche An. 1525.

Herzogs Auguſti zu Braunſchweig (Juſtiz-) Canzley-Ordnung kame zu Wolfenbüttel, 1651. 4. heraus, ſamt etlichen Kayſerlichen Privilegien und Fürſtlichen Conſtitutionen.

Die Braunſchweigiſche revidirte und verbeſſerte Untergerichtsordnung bey der Statt Braunſchweig wurde An. 1677. 16. Nov. publicirt.

Die Fürſtliche Heßiſche erneuerte und verbeſſerte Marpurgiſche Samt Hofgerichtsordnung, wurde nach dem alten Exemplar, von neuem gedruckt, Marburg, 1726. 4.

Eine Heſſen-Caſſeliſche Verordnung wegen Verbeſſerung des Juſtizweſens, und Erörterung verſchidener ſtrittiger Rechtsfragen, von 1767 17 Mart. iſt bey H. GEGEL (1) zu leſen.

Eine Fürſtliche Heſſen-Hanauiſche Hof- und Ehe-Gerichtsordnung wurde An. 1747. 17. Jan. publicirt und zu Hanau in fol. gedruckt.

Die Schleßwig-Holſteiniſche (2) Landgerichtsordnung wurde An. 1573 publicirt, und erhielte An. 1584. Zuſäze: Von 1610. an drunge die Ritterſchafft ſehr ernſtlich auf Verbeſſerung diſer Ordnung; man fienge auch An. 1617. an, Hand an das Werck zu legen; doch kame die neue revidirte Landesordnung erſt An. 1636. zum Stande, und wurde, ſo vil Holſtein betrifft, von dem Kayſer An. 1641. beſtättiget.

Zu Wien kame 1763. eine Wechſelgerichtsordnung erſter, anderer und lezter Inſtanz heraus, nach welcher es in dem Erzherzogthum Oeſterreich unter und ob der Ens gehalten werden ſolle.

(1) in ſeiner Samml. landesh. Verordn. 1. Theil, S. 704.
(2) H. SCHOTTS Critick, 3. Band, 269. S.

Der Oſtfrieſiſchen Hofgerichts-Ordnung von 1590. iſt ſchon oben §. 9. gedacht worden; ingleichem der Ordnung für die nidere Gerichte §. 12.

In denen Concordaten von 1599. wurde ferner verglichen: „Damit aber die Jurisdiction Unſers Hofgerichts und Unſerer Canzley nicht confundiret, noch eine von der andern verhindert werde; zudeme auch in denen Untergerichten ein gewiſſer Modus procedendi, und was eine jede Parthie an Citation-Protocoll-Sententien-Geld und anderen Sportulis den Gerichten zu erlegen ſchuldig, richtige Ordnung angeſtellet werden; ſo haben Wir Uns dahin erkläret, daß Wir Unſere Canzley ſowohl, als die Untergerichte mit gewiſſer Ordnung faſſen wollen; alles der Kayſerlichen Reſolution gemäß, und damit die eingeriſſene Mißbräuche gänzlich abgeſchafft, und die Gerichtskoſten zur Unbilligkeit nicht überhäufft werden.“

Weiter begehrten die Stände: Das Hofgericht ſolle ſeine Ordnung fleißig vor Augen haben und obſerviren.

Und die General-Staaten reſolvirten: Den Hofrichter und Aſſeſſoren darzu zu ermahnen.

Der Graf hingegen antwortete: „Demnach Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren darauf beeydiget, daß ſie die Hofgerichts-Ordnung, wie auch die zwiſchen Herrn und Unterthanen aufgerichtete Receſſen, wohl wiſſen und fleißig vor Augen haben ſollen; ſo iſt es vor dieſelbe eine Verkleinerung, daß die Poſtulanten ſie bey Ihro Hochmögenden diffamiret haben, als wenn daran Mangel und Gebrechen verſpühret worden.“

Die Grafſchafft Lippe hat eine Hofgerichts-Ordnung, welche von dem Kayſer confirmirt worden iſt.

Eine weitere, ſo vil möglich, vollſtändige Nachricht von dergleichen Ordnungen trifft man in Hrn. Hofraths von SELCHOW Bibliotheca Juris provincialis & ſtatutarii Germanici an (1).

In diſen Ordnungen, oder auch ſonſten, oder in Landtags-Abſchiden, wird ſodann ferner gemeldet, nach was für Rechten ꝛc. die Gerichte ſich zu achten und zu ſprechen haben. Z. E.

In

(1) in den Prolegom. zu ſeinen Elem. Jur. Germ. priv. hodierni. §. 75. ſqq.

In dem Bayeriſchen Codice civili wird im 1. Theil Cap. 2. gemeldet:

§. 8. „ Das Canoniſche Recht ſolle in Bayern nur in geiſtlichen Händeln, und ſo weit ſolches mit denen Concordaten und der Obſervanz einſtimmig ſeye, beobachtet werden.

§. 9. heißt es: Das Röm. Recht, welches zwar urſprünglich nur denen Römern gegeben, hernach aber auch in andern, und ſonderbahr in Teutſch- und hieſigen Landen eingeführet worden, ſoll in Sachen, welche etwan durch einheimiſches Recht nicht genug beſtimmet ſind, auf ſchicklich- und thunliche Weis zur Hülf gebraucht werden.

§. 10. Mit denen Longobardiſchen Lehenrechten, welche den Römiſchen Geſäzbüchern mit beygefügt ſeynd, hat es die nemliche Beſchaffenheit; , nemlich, es ſolle in Sachen, welche etwan durch einheimiſches Recht nicht genug beſtimmt ſeynd, auf ſchicklich und thunliche Weis zur Hülff gebraucht werden. ‘

§. 11. Des heil. Röm. Reichs gemeine Saz- und Ordnungen kommen in bürgerlichen Sachen nur ſo weit in gebührende Beobachtung, als durch beſondere Landes-Statuta, Privilegia und Gewohnheiten, kein anderes verſehen und hergebracht iſt.

§. 12. All obige §. 4. (natürliches,) 8. (canoniſches,) 9. (Römiſches,) 10. (Longobardiſches,) & 11. (Teutſch- und einheimiſches,) benannte Rechten ſeynd unter dem Namen des gemeinen Rechts (Juris communis) begriffen: Der Sachſen- und Schwaben-Spiegel aber wird in hieſigen Churlanden ſo wenig, als andere dergleichen veraltete Teutſche Geſeze, darunter verſtanden.

§. 14. Die bey der obriſten Juſtiz-Inſtanz ergangene res judicatæ und præjudicia haben zwar die Krafft eines geſchribenen General-Geſäz nicht, dienen aber in zweifelhafften gleichen Fällen zur uſual-Interpretation; und iſt mithin auch alle Contrarietät hierinn zu vermeiden. “

In dem Halberſtättiſchen Homagial-Receß von 1650. heißt es: „ 13. Sezen, ordnen, verſprechen und wollen Wir, daß das Juſtiz-Weſen, die Canzley-Ordnung und Sächſiſche Rechte, wie die bißhero üblich geweſen, ſo lange obſerviret werden ſollen, biß Wir jezt ermeldte Canzley-Ordnung ‚ ‚ ‚ revidiren und verbeſſern laſſen werden. “

In

In der Braunſchweig-Calenbergiſchen Hofgerichts-Ordnung von 1639. Tit. 32. in fin. iſt verſehen: „ Und als biß daher im Eingang der rechtlichen Sachen ꝛ. vilerley Streit fürgefallen, und aber diß Unſer Hofgericht nicht nach Sächſiſchen, ſondern nach den gemeinen geſchribenen Kayſerlichen Rechten zu reguliren iſt; wollen Wir, daß hinfüro die Parthenen ꝛ. zu ichtwas, dazu ſie gedachten gemeinen Kayſerlichen Rechts wegen nicht, ſondern nach Sachſen-Recht, etwan gehalten ſeyn möchten, nicht angeſtrenget werden ſollen. “

So dann in der Calenbergiſchen Canzley-Ordn. von 1663. *Tit.* 28. §. 4. In Deciſionibus ſolle nicht auf Sachſen-Recht, (als welches in diſem Fürſtenthum und Landen vorlängſt abgeſchafft ſeye,) ſondern auf des heil. Röm. Reichs gemeine beſchribene Rechte, wie auch in der Obſervanz hergebrachte ehrbare und vernünfftige Gewohnheiten, Statuten und Landesgebräuche, geſehen werden.

In denen Mecklenburgiſchen Irrungen wurde vom Reichs-Hofrath befohlen: Das geſammte Juſtizweſen denen gemeinen Rechten und beſonderen Landes-Verfaſſungen gemäß einzurichten, die Juſtiz denen Verträgen, Landesordnungen und gegen einander errichteten Pacten gemäß zu adminiſtriren, und in denen Rechtsſachen dergeſtalt zu verfahren, wie es der Gerichte Ordnung, denen Reichs- und Landes-Satzungen, auch gemeinen Rechten und den Acten gemäß ſeye. Concl. 1724. 19. Oct. 1732. 30. Oct. 1735. 2. Maj. 1737. 11. Jan.

Dem Vor-Pommeriſchen Hofgericht wurde An. 1663. befohlen: Denen ordentlichen beſchribenen Rechten, vorigen Gerichtsgebräuchen und wohlgeſprochenen Præjudiciis nachzufolgen, auch ſonſten der Hofgerichtsordnung, ſo weit ſie in Obſervanz und durch fürgenommene Reviſion gebeſſert und erkläret ſeye, nachzuſezen.

Unter ſolche Vorſchrifften derer Gerichte gehören, wann auch gleich ſolcher nicht namentlich gedacht wäre, allerdings auch mit die Landes-Reverſalien, Freyheiten und Verträge; und die Landſtände, oder andere Unterthanen, ſeynd befugt, darauf zu dringen, daß ſelbige denen (zumalen höheren,) Gerichten legaliter inſinuiret werden, um ſich deſto weniger mit einer Unwiſſenheit entſchuldigen zu können.

Die

Die Oſtfrieſiſche Stände verlangten An. 1619. Denen Hofgerichtsperſonen ſolle nicht freyſtehen, in Sachen, Materie vom Staat rührend, ſich bey ausländiſchen Academien Raths und Rechts zu belernen und zu erholen, und in ihrem Votiren ſich darnach zu reguliren, ſondern ſie ſollen ſchuldig ſeyn, vor ſich allein in allen andern Sachen, als ordinarii Judices, zu procediren und zu urtheilen, wie es den gemeinen Rechten und den Accorden ähnlich und gemäß ſeye.

Die General=Staaten reſolvirten darauf: Die Interpretation derer gemachten Receſſe, Tractaten und Accorden, müſſe nach dem Innhalt des Oſterhuſiſchen Vertrags Art. 90. erſuchet werden.

Der Graf aber replicirte: Was unter dem Namen: Materie vom Staat, verſtanden werden wolle, ſeye noch zu errathen: Wenn aber Quæſtiones fürfallen, deren Deciſion ex Jure communi dependire, wer ſolle dem Hofrichter und Aſſeſſoren, (ſämtlich, oder Etlichen ihres Mittels,) incidente aliqua diſcrepantia, verbieten, zu Verſicherung ihres Gewiſſens, andere ausländiſche Rechtsgelehrte zu conſuliren? ꝛc. Es ſeyen zwar Art. 90. des Oſterhauſiſchen Accords die Herrn Staaten erſuchet worden, die aufgerichtete Accorde und Verträge, da ſie dunckel und unverſtändlich, zu interpretiren, auch alle Theile dabey zu mainteniren: Aber dieſelbe, de caſu ad caſum, etiam tum temporis incogitatum, zu extendiren, auch der Kayſerlichen Majeſt. Verabſcheidungen zu verändern und zu gloßiren, oder in einen andern Verſtand, contra Conſtitutiones, uſum & mores Imperii, zu ziehen, ſolches ſeye dem Grafen niemals in den Sinn oder Gedancken gekommen, denen General=Staaten aufzutragen, und Denſelben ſich und ſeine von dem Reich herrührende Grafſchafft unterwürffig zu machen.

Und Graf Rudolf Chriſtian erklärte ſich An. 1626. „So offt über die Haltung, oder auch Verſtand, der Accorden Quäſtion fürfällt, welche Hofrichter und Aſſeſſoren ſo dunckel befunden, daß ſie, oder andere Rechtsgelehrte, ſolche ſecundum Leges & rationes zu erörtern Bedencken haben, und eine oder andere Parthie es hoch urgiret; ſollen Hofrichter und Aſſeſſoren, auf der Partheyen, vornemlich aber der Begehrenden, Koſten, die Herrn Staaten über das Dubium zu conſuliren, und alle rationes dubitandi pro & contra

tra anzumelden Macht haben, und alsdann gehalten ſeyn, im ſententioniren ſich darnach zu richten. “

Der Würtembergiſche Engere Ausſchuß bate An. 1660. 14. Jan. das Hofgericht zu Tübingen durch gn. Befehl dahin zu erinnern, daß ſie in Fällung der Urtheile ſo wohl nach den Landtags Abſchiden, Compactaten und Verträgen, als andern Landesordnung- und Verfaſſungen, ſprechen:

Es wurde auch den 23. Mart. bewilliget, und zu dem Ende unter eben diſem Tag von dem Herzog dem Hofgericht ein Exemplar aller Landtags-Abſchide zugeſchickt, mit dem Befehl, die Dijudication der zwiſchen denen Fürſtlichen Unterthanen und Forenſibus haftenden Streitigkeiten nach ſolchen nicht weniger, als nach denen Fürſtlichen Landrechten und Ordnungen, zu richten und zu beobachten.

Wie nun ein Landesherr ſeinen Gerichten überhaupt die Norm vorſchreiben kan, wornach ſie in Rechtsſachen ſprechen ſollen; ſo iſt er ordentlicher Weiſe zu einem gleichen auch bey einzelnen Materien befugt. Z. E.

Durch eine Chur-Brandenburgiſche Verordnung von 1674. 24. Mart. wurde wiederhohlter, und der Landſchafftlichen dagegen gethanen Vorſtellung unerachtet, befohlen: Daß in allen und jeden Fällen, wo die Præſcriptio opponiret werde, die Kriegszeiten von 1626. biß 48. und alſo 22. ganze Jahre, abgezogen werden ſollen.

* * *

Ins beſondere die peinliche Sachen betreffend, ſo wird es darinn gar ſehr verſchiden gehalten.

In einigen Landen ſeynd die Gerichte ſchlechterdings auf Kayſer Carls V. peinliche Halsgerichtsordnung angewiſen.

In der Münſteriſchen Landger. Ordn. Tit. 1. heißt es: „Und ſoll vor ſolch Gericht mit Verklagung, Antwort, Defenſion, Beweis, und ſonſt durchaus vermög und nach Innhalt der durch Kayſer Carl V. hochl. Ged. im Jahr 1530. und 32. auf den Reichstägen zu Augſpurg und Regensburg im heil. Reich beſchloſſenen und aufgerichteten peinlichen Halsgerichtsordnung procediret und fortgefahren werden. “

Und in der Solmſiſchen Gerichts- und Lands-Ordn. Part. 1. Tit. 40. §. 7. wird gemeldet: „ So haben Wir in alle Unſere

ſere Gerichte, neben diſer Unſerer Ordnung, auch ein Exemplar mehrgedachten Kayſer Carls V. peinlicher Gerichtsordnung überge- ben laſſen.“

In anderen Landen hat man die Halsgerichtsordnung zum Hauptgrund gelegt, ſelbiger aber eine Erläuterung beygefügt. Z. E.

In dem Würtembergiſchen Landtagsabſchid von 1554. le- ſen wir: „Wiewohl Wir in Unſerer angefangenen Regierung be- richtet worden, und darzu in etlichen Fällen ſelbs befunden, daß in den Malefizſachen von den Gerichten Unſers Fürſtenthums, (gleich- wol aus Einfalt und Unverſtand,) nach Geſtalt der Verhandlungen, etwa zu ſcharff, und zu Zeiten zu mild, geurtheilt worden; (welches zuforderſt vor GOtt dem HErrn, und dann auch der Welt, abſcheu- lich;) ſo haben Wir - - gnädiglich befohlen, daß alle Malefizgericht Unſers Fürſtenthums des heil. Röm. Reichs im Druck ausgegange- ne Halsgerichts-Ordnung kauffen und ſich derſelben gemäß halten ſollen: Dieweil aber die Nothdurfft Unſers Landes und der Richter erfordert, dieſelbige etwas zu erläutern; ſo haben Wir Unſerer Ju- riſten-Facultät zu Tübingen gnädiglich auferlegt, hierinn auch ihr Bedencken zu begreiffen, welches Wir auf nächſtkünfftigem Landtag gemeiner Landſchafft zu erwägen vorlegen laſſen, auch Uns auf ſol- ches alles gnädiglich reſolviren wollen.“

Und der Landtagsabſchid von 1565. beſagt: „Des malefiz- Rechten halben iſt verabſchidet: Dieweil keine beſſere, dann des heil. Reichs, Halsgerichts-Ordnung erhalten und fürgenommen werden mag; ſo ſoll fürohin in Unſerm Fürſtenthum allerdings dar- nach geurtheilt werden: Dieweil aber in etlichen derſelben Puncten nicht gleicher und lauterer Verſtand genommen möcht werden; ſo ſollen ſie dieſelbigen, mit Unſerm Vorwiſſen und Rath, auch dem groſſen Ausſchuß, und ſondern darzu erforderten der Rechte Gelehr- ten von Unſerer Juriſten-Facultät zu Tübingen, und rechtsgelehrten Räthen erläutern, und bey denſelben die gebührende Straf, ſo vil ſeyn kan, ſezen und beſtimmen laſſen: Wo aber die Sachen ſolche Umſtänd haben, oder alſo beſchaffen, daß darinn kein lauteres kan geſezt werden, und die zweifelich ſeyn, in ſelben Puncten mögen als- dann die Gericht bey Unſerer Juriſten-Facultät zu Tübingen, (ver- mög jüngſten Landtagsabſchids,) wohl Raths erhohlen, damit Nie- mand verkürzt, vernachtheilt, noch beſchweret werde.“

In noch anderen Landen hat man ſelbige und das Herkommen mit einander verbunden. Z. E.

In dem Braunſchweigiſchen Abſchid zu Hanover von 1639. wurde verglichen: In peinlichen Sachen ſolle Innhalts der peinlichen Halsgerichts-Ordnung Caroli V. oder wie es an jedem Ort unſtreitig hergebracht, verfahren werden, auch deßwegen, ſo bald möglich, rechtliche Verfaſſung ergehen.

Gar vile Reichsſtände endlich haben ihre eigene Criminalgeſeze und Ordnungen. (1) Z. E.

Von Oeſterreich kame noch unlängſt heraus:

Conſtitutio criminalis Thereſiana, oder der Röm. Kayſerl. zu Hungarn und Böheim, ꝛc. ꝛc. Königl. Apoſtol. Majeſt. Mariä Thereſiä, Erzherzogin zu Oeſterreich, peinliche Gerichtsordnung. Wien, 1769. fol. v. H. Schotts Critik, 1. Band, 507. S. H. von Selchow juriſt. Bibl. 3. Band, S. 498.

Anno 1717. 8. Jul. wurde eine K. Preußiſche criminal-Ordnung für die Chur- und Neumarck bekannt gemacht, und An. 1720. 29. Apr. erläutert.

Die Marckgrafen zu Brandenburg lieſſen ſchon An. 1516. eine peinliche Halsgerichtsordnung ausgehen, welche An. 1582. und 1709. wieder aufgelegt worden iſt.

Vile Reichsſtändiſche particular-criminal-Geſeze erzählet H. HOFFMANN (2).

Eine Chur-Pfälziſche Verordnung gegen den Kindermord, vom 1767. 9. Apr. ſtehet bey H. GEGEL (3) zu leſen.

* * *

Dem Herzogen zu Mecklenburg wurde An. 1724. 19. Oct. von dem Kayſer befohlen: Ueber der von ſeinen Vorfahren publicirten und von dem Kayſer confirmirten Land- und Hofgerichtsordnung alles Ernſtes zu halten:

Als auch Herzoglicher Seits geäuſſert wurde, daß die Landesherrſchafft befugt ſeye, von diſer Ordnung zu diſpenſiren, ward ſolches An. 1738. 2. Maj. von dem Kayſer ernſtlich mißbilliget; in Betracht,

(1) add. Lib. 1. Cap. 4.

(2) de orig. &c. Jurispr. crimin. Germ. §. 58.

(3) in ſeiner Samml. landesh. Verordn. 2. Theil, S. 32.

Betracht, daß nach denen Mecklenburgiſchen Landesverträgen und Reverſalen das Land- und Hofgericht nicht einmal von dem zeitigen Landesherrn allein dependire, ſondern bey Errichtung der Land- und Hofgerichtsordnung ſo wohl der Herzog zu Streliz, als auch Ritter- und Landſchafft, zu concurriren berechtiget ſeyen, und in keinem Punct, ohne ihre Einwilligung etwas an der Land- und Hofgerichtsordnung geändert, noch vilweniger alſo gegen dieſelbe in dem mindeſten diſpenſiret werden könne.

* * *

In einigen Landen gibt es auch unbeſchribene Rechte, wornach die Gerichte ſprechen müſſen; nemlich alte Gebräuche.

Denen Chur-Sächſiſchen Ständen wurde An. 1716. abſchrifftlich mitgetheilt, was, auf die, der Obſervantien und deren Einſchickung halber an die Collegia, ergangene Befehle, ſo wohl die Ober- und Hofgerichte, als Juriſtenfacultäten und Schöppenſtühle zu Leipzig und Wittenberg, einberichtet haben.

Die Inſul Rügen (1) hat ihre abſonderliche Landgebräuche, ſo noch aus dem alten Wendiſchen Recht herrühren, und wornach bey dem Landgericht geurtheilet wird: Weil aber nichts publica autoritate beſchriben iſt, ſondern alles auf einem Herkommen beruhet, welches zuweilen variiret, entſtehet daraus vilfältiger Streit; dahero die Rügeniſche Ritterſchafft An. 1609. angewiſen worden iſt, darauf bedacht zu ſeyn, wie das prätendirte Landrecht möchte geſammlet und zur Richtigkeit gebracht werden: Immittelſt folget man, wo ein Herkommen nicht in beſtändiger Uebung iſt, denen gemeinen Rechten.

* * *

Etwas ſonderbares iſt, was an den Kayſerlichen Commiſſarium in Mecklenburg An. 1736. 11. Sept. reſcribiret wurde: Nachdeme an das Land- und Hofgericht per viam Appellationis endlich die wichtigſte Sachen im Lande kommen, welche Rechtsbeſtändig decidiren zu können, eine genaue Wiſſenſchafft von denen ergangenen Kayſerlichen Erkenntniſſen in denen Mecklenburgiſchen Streitigkeiten præſupponiren; als habe er, Commiſſarius, alle Kayſerliche Reſolutionen, Erkenntniſſe und Reſcripte diſem Gerichte

(1) MEVIUS in H. von Piſtorius Amœnit. P. 4. p. 1000.

inſinuiren zu laſſen, und daſſelbe anzuweiſen, in judicando, wann dergleichen Fälle vorkommen, die nach denen Kayſerlichen Reſolutionen decidiret werden müſſen, ſich nach denenſelben zu richten; zu welchem Ende er dann auch an die beyde Juſtiz-Canzleyen ſolche zu geben habe.

§. 47.

Avocationen ꝛc. Ein Landesherr iſt nicht befugt, Sachen, welche vor ein Gericht gehören, für ſich oder ſeine Canzley und Raths-Collegia zu ziehen, und allda zu entſcheiden; (1) noch die an denen Gerichten bereits rechthängige Sachen von dannen abzufordern, oder die gerichtlich entſchidene Sachen, auſſer denen Landes-Verfaſſungs-mäßigen Rechts-Mitteln, von neuem in Unterſuchung zu ziehen, oder einem Gericht zu befehlen, gegen diſen oder jenen, z. E. in Wechſel-Sachen, nicht nach der Ordnung und Strenge des Rechts zu verfahren ꝛc. Geſchiehet es aber doch, ſeynd die Landſtände, oder andere Unterthanen, berechtiget, ſich dagegen zu beſchweren, und allenfalls Hülffe an denen Reichsgerichten zu ſuchen.

An. 1706. 16. Jan. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript an das Ober-Appellationsgericht zu Berlin wegen des Mißbrauchs erſchlichener Reſcripten.

In dem Braunſchweig-Hanoveriſchen Landtags-Abſchid von 1639. hat der Herzog Sich erklärt: Daß er die ſchwebende Proceſſe mit extrajudicial-Befehlen, Decreten oder andern Reſcripten, in keine Wege hemmen, noch daß jemanden darinn eine Beſchwerde zugezogen werde, verſtatten wolle, und da ſich deſſen etwas begeben hätte, oder inskünfftige noch begeben würde, ſo ſoll nicht alleine ſolches alles ipſo jure, als ſub- & obreptitie ausbracht, null und nichtig ſeyn, ſondern auch ſolche unfugſame Impetranten nach Befindung, andern zum Abſcheu, ernſtlich geſtraffet werden.

Was die Münſteriſche Landesfreyheiten wegen nicht-Avocirung der gerichtlichen Sachen enthalten, iſt ſchon Cap. 1. vorgekommen.

In denen Mecklenburgiſchen Irrungen hat der Kayſer An. 1722. 6. Febr. die, gegen die kundbare Landes-Verfaſſung, von dem Land- und Hofgericht nach der Canzley geſchehene Abziehung der Sachen

(1) add. Cap. 1. §. 17.

Sachen ſehr improbirt, und befohlen, ſolche wieder an das Land- und Hofgericht zu verweiſen:

Und als ſchon zuvor ein gewiſſer Proceß von dem Hofgericht an die geheime Cammer gezogen worden, hat der Kayſer den 20. Mart. 1720. der Cammer Verfahren caßiret, und dem Herzog befohlen, diſe Juſtizſache an das Hofgericht, als woſelbſt ſelbige anhängig, zu weiſen, dabenebenſt bey der geheimen Canzley zu verordnen, daß ſie ſich weiteres Decretirens enthalten ſolle; wie dann auch der Kayſer An. 1721. 19. Maj. dem Hofgericht alles Ernſtes befahle, vermöge des ihme obligenden richterlichen Amtes, ſelbige Juſtizſache, in dem Stande, wie ſie an daſſelbige gediehen, mit behöriger Integrität und Application fortzuſezen, und zur Endſchaft zu beförderen; dahingegen der Kayſer dem Hofgericht, zu ruhiger Ausübung ſeines richterlichen Amtes, den Kayſerlichen Schuz gegen alle etwa beſorgende Eingriffe und Beſchwerden zu leiſten, nicht ermanglen würde.

In denen Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten ſprache der Kayſer An. 1597. „Die Avocationes cauſarum, ſo gemeiniglich unzählige vile Klagen und Gezänck verurſachen, und ohne groſſe Confuſionen nicht wohl beſtehen können, heben Wir, aus diſen und andern rechtmäſigen Bedencken, auf, und wollen, daß bemelte Avocationen weder beym Hof- noch Nidergerichten geſtattet, ſondern gänzlich nachbleiben ſollen.“

Anno 1619. beklagten ſich aber die Stände wieder bey denen General-Staaten über Avocirung derer Sachen von den Untergerichten; und die General-Staaten hielten die Klage nicht für ungegründet:

Der Graf hingegen ſtellte vor: „Was anlanget die Avocationes cauſarum, welche Art. 6. Cæſ. Reſol. aufgehoben, und weder bey dem Hof- noch Nidergerichten geſtattet werden, ſondern gänzlich nachbleiben ſollen; (wie die Formalien lauten;) dabey haben es Ihro Gnaden auch jederzeit laſſen bewenden: Wann aber eine Parthey ſich beklaget, daß ſie am Nidergericht nicht fortkommen könne, ſondern umgetriben und aufgehalten werde; ſo iſt die Frage: Ob Ihro Gnaden, als die hohe Landesobrigkeit, nicht möge befehlen, daß der Niderrichter die Acta zur Canzley einſchicken ſolle, ſie daſelbſt zu viſitiren? und ob Canzler und Räthe dem Officier und

Nider-

Niderrichter nicht mögen verordnen, wie er den Beſcheid abfaſſen ſolle? welches, wann es geſchiehet; ſo bleibet nichts deſto weniger dem Theil, welcher ſich graviret achtet, von dem Beſcheid oder Urtheil, als des Niderrichters, an das Hofgericht zu appelliren, frey und bevor. Ingleichem iſt eine Frage, wann über das Hofgericht de protracta vel denegata Juſtitia geklaget würde, ob Ihro Gn. tanquam Principi Provinciæ, nicht gebühret und geziemet, darinn zu providiren, Jurisdictionem Dicaſterii excitando, & mandando, ut juris ordine ſervato procedatur? Iſt doch Ihro Gnaden, ⸗ ⸗ Art. 8. Cæſ. Reſol. die Viſitation und Inſpection des Hofgerichts alleine, ohne Zuziehung und Maaßgebung der Ritter⸗ und Landſchafft, vorbehalten! "

Graf Chriſtian Rudolf erklärte ſich An. 1626. „ Wie dann dem regierenden Grafen freyſtehet, wenn über die Beamten geklaget wird, daß Partheyen nicht fortkommen können, auch die Acta an die Canzley abzufordern, und dem Amtmann gebührliche Verordnung zu geben; worüber, wenn ſich Jemand zu beſchweren, demſelben freyſtehen ſoll, an das Hofgericht ſich zu beruffen. "

Anno 1662. klagten die Stände: „ Ob wohl alle Avocationes cauſarum, und was deme anhängig, verboten ſind; ſo wird ſolches dennoch bey der Canzley practicirt, daß die Urtheile und Interlocuten von denen Beamten und Untergerichten geſprochen werden, als wenn ſolches aus Commißion der Canzley geſchehen, darauf ſie von denen Untergerichten abgefordert werden; wodurch den Unterthanen das Remedium Appellationis an das Hofgericht per indirectum genommen wird, welches denn notorie cauſarum avocatio iſt; contra Art. 6. Cæſar. Reſol. Emdiſchen Landt. de An. 1618. Cap. 1. Art. 2. "

Darauf wurde An. 1663. verglichen: „ Es ſollen die Avocationes cauſarum weder durch obberührte Mittel, noch ſonſten per directum oder per indirectum geſchehen. "

Was hingegen eben damals wegen erlaubter Avocirung der Acten und Proceſſe von denen nachläßigen Nidergerichten beliebt worden iſt, ſiehe oben §. 12.

Der

Der Freyherr von CRAMER (1) unterſuchet die Frage: Ob einem Landesfürſten, in denen von ihm lediglich abhangenden Gerichten und Inſtantien eine Aenderung zu machen, und davon Sachen, wann ſie ſchon daſelbſt rechtshängig geworden, zur Cognition einer andern Inſtanz abzuruffen, frey ſtehe? bejahet ſie in ſeiner Maaſſe, und beſtärcket es mit einer Cameralurthel von 1750.

Und anderwärts (2) handelt er davon: „ Ob bey denen Reichsſtänden eine Landesregierung, ohne Verlezung des Rechts der erſten Inſtanz, bevorab in cauſis Subditorum, von denen untergebenen Gerichten, aus was Urſache es immer geſchehen möge, valide avociren, und zur ſelbſtigen Erkenntniß ziehen möge?

Mehreres hievon ſiehe oben Cap. 1.

WABST (3) ſchreibt auch noch: „ Die Univerſität Leipzig „ hat „ vormahln alle Sachen, ſo Univerſitäts-Verwandten concerniret, intra tres Diætas, oder binnen einem Bezirck von 15. Meilen avociren, und ſich auf ein Privilegium Pabſt Sixti V. de An. 1481. nach welchen die Gliedmaſſen der Univerſität für keinen fremden Richter zu ſtehen ſchuldig, vilmehr, daß die Univerſität dieſelben auf 15. Teutſche Meilen könne abfordern laſſen, beruffen wollen, welches Pabſt Leo im Jahr 1519. beſtätiget, daß die Univerſität auf 15. Meilen könnte ihre delinquirende Doctores, Magiſtros und Scholares avociren, teſt. *Thom.* in Annal. ad Oſſæ Teſtam. p. 13. vid. Reſcr. Chriſtiani I. d. d. 22. Aug. 1590. C. A. T. I. p. 911. Weiln ſich aber die Landſtände hierüber zum öfftern beſchwehret und bey beſchehener Viſitation die Academie das Privilegium in Originali nicht vorzeigen können, auch ſonſt zu allerhand Irrungen Anlaß gegeben, iſt ſolches in Viſitat. Decret. de An. 1658. Tit. Diſciplin. III. §. 6. aufgehoben, und der locus delicti zu attendiren befohlen worden. "

§. 48.

Endlich iſt ſchon oben erinneret worden, daß ein Landesherr auch von Amtswegen ſchuldig ſeye, darauf zu halten, daß die Gerichte

Viſitationen ꝛc.

(1) in ſeinen Wezlar. Beyträg. 1. Theil, S. 42.

(2) in ſeiner Nebenſt. 115. Theil, 378. S.

(3) von der Chur-Sächſ. Juſtiz-Verfaſſ. p. m. 230.

richte ihr Amt getreulich verrichten; noch vilmehr alſo hat ein Regent es zu beobachten, wann ſeine Landſtände und Unterthanen ihne darum erſuchen:

Zu ſolchem Ende ſeynd beſonders auch die von Zeit zu Zeit vornehmende Viſitationen derer Gerichte ein gutes Hülffsmittel; wiewohl es auch darüber zu Streitigkeiten kommen kan.

Die Mecklenburgiſche Stände baten An. 1610. Es möchte denen Landräthen befohlen werden, daß ſie vor oder nach geendigten Rechtstagen, und alſo jährlich zum wenigſten viermahl, die Hofcanzley viſitiren, fleiſige Inquiſition anſtellen, wie und welchergeſtalt der Ordnung und denen Rechten nach procedirt werde, auch darauf die Mängel der Herrſchafft referiren, damit denen vilfältigen Klagen dermahleins abgeholffen werde:

Die Herzoge aber antworteten darauf: Daß ſie ihre Canzley-Viſitation gewiſſen Perſonen anbefehlen ſollen, ſolches werde die Landſchafft ihnen nicht anmuthen, weil daſſelbe zu ihrer Landesobrigkeit gehören, und wollten ſie ſolche Viſitation, Krafft tragenden Fürſtlichen Amts, wohl zu verrichten wiſſen, daß die Ritter- und Landſchafft ſich deßwegen nicht zu beſchweren habe.

Als ſich ferner in Mecklenburg bey dem Land- und Hofgericht verſchidene Mängel äuſſerten, ward von dem Kayſer An. 1738. 2. Maj. ſeinem Commiſſario aufgegeben: Von dem Land- und Hofgericht ſich ſpecifice anzeigen zu laſſen, worinnen die nach und nach gegen die Land- und Hofgerichts Ordnung eingeſchlichene Gebräuche dem Juſtizweſen hinderlich oder ſchädlich wären: So dann aber, in Verfolg der Kayſerl. Verordnung vom 19ten Oct. 1724. auch Ritter- und Landſchafft mit ihren Erinnerungen zu hören, und zu dem Ende ſolche des Land- und Hofgerichts Anzeige und Gutachten ferner der Ritter- und Landſchafft zu communiciren, und auch derſelben Gutachten darüber einzuhohlen, 2c.

Was der Kayſer in denen Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten An. 1597. wegen der Viſitation des Hofgerichts geſprochen habe, iſt ſchon oben gemeldet worden.

In denen Concordaten von 1599. wurde beliebt: „ Weil Wir (der Graf) vernommen, daß bey demſelben (Hofgericht) allerhand Defect und Mängel vorhanden, welche durch eine Viſitation emendiret und verbeſſert werden müſſen; ſo haben Wir allbereits entſchloſ-

entſchloſſen, ſo bald diſe Zuſammenkunfft vollendet, etliche gewiſſe Perſonen aus Unſern Räthen und den Ständen zu diſer Viſitation zu bevollmächtigen; welche ſich darnach achten werden, ſo bald ihnen Unſere Inſtruction und fernerer Befehl zukommt, daß ſie ohne Säumniß ſich zuſammen begeben, eines gewiſſen Tages, wann ſie mit der Viſitation den Anfang zu machen vermeinen, ſich vergleichen, ſolchen dem Hofrichter und Aſſeſſoren zeitlich vermelden, und darauf dieſelbe gebührlich an die Hand nehmen, förderlich verrichten, und, wie ſie es befinden, zu Unſerer Deciſion Uns, neben ihrem Bedencken, getreulich referiren; ſo wollen Wir dasjenige darbey ſchaffen und verordnen, was der Juſtiz zum Beſten und förderlichſten wird befunden werden. "

Anno 1619. klagte der Graf denen General-Staaten: Daß die Ritterſchafft und Statt Emden ſich unterſtehen, die Viſitation und Reformation des Hofgerichts vorzunehmen; wider den 8ten Art. der Kayſerl. Reſolution, den Tit. 2. und 52. der Hofgerichts-Ordnung, und den 18 Art. des Oſterhauſiſchen Vertrags, als worinnen ihnen ſolches abgeſchlagen und allein dem Grafen und dem Hofgericht reſerviret worden ſeye:

Die General-Staaten reſolvirten darauf: Es werde bey denen allegirten Texten gelaſſen.

Hinwiederum verlangten die Stände auch An. 1619. „ In Sachen, da Ihro Gnaden (der Graf.) dem Hofgerichte unterworfen, und jure Privati utitur, den Ständen die Aufſicht unpartheyiſcher Adminiſtration der Juſtiz nicht zu ſtreiten, damit ſo wohl den Ständen, als Sr. Gnaden, gut unpartheylich Recht mitgetheilet werde: "

Die General-Staaten aber reſolvirten nochmals: „ Wird bey denen vorhergegangenen Receſſen und Accorden gelaſſen. "

Anno 1662. klagten die Stände wieder: „ Dieweil Ritterſchafft, Stätte und dritter Stand, ſich zum höchſten beſchweren, daß die Sachen im Hofgerichte ligen bleiben und aufgehalten werden; ſo begehren die Stände, daß die Viſitation des gedachten Hofgerichts von Ihrer Fürſtlichen Gn. und deren Stände Deputirten mit dem eheſten, vermöge derer Concordaten Art. 42. 49. 50. in derer hochanſehnlichen Staatiſchen Herrn Deputirten Gegenwart, vorgenommen werden möge. "

Nachdeme lang darüber gehandelt worden wäre, wurde diſer Punct in dem Finalreceß von 1663. alſo gefaßt: „ Es haben die Fürſtliche Herrn Abgeſandte in dem Haag ſoutenirt, daß denen Ständen das jus viſitandi gar nicht competire, ſondern daß ſolches Ihrer Fürſtl. Gn. allein zukomme; wobey ſie die Kayſerliche Reſol. Art. 8. Hofger. Ordn. Tit. 2. & 52. it. Oſterhuſ. Accord Art. 17. & 18. allegirt; mit der Beyfügung, daß diſes Gravamen allbereits durch Jhro Hochmögenden An. 1620. gethanen Spruch, in puncto Ihrer Fürſtl. Gnaden Gravaminum, Tit. von der Juſtiz, oder vom Hofger. Art. 6. finaliter decidirt und abgethan ſeye: Darauf man ſich endlich unter einander verglichen und vertragen, daß obgedachte Viſitation, vermöge derer hinc inde allegirten Texten und Concordaten, mit dem eheſten vorgenommen werden ſolle; wie denn auch Ihre Fürſtliche Gn. (auf Ihrer Hochmögenden allhier anweſenden Deputirten gethane Recommendation,) denen Herren, Hero Moriz von Kloſter, zu Dornum Hauptling, Bucho Wiarda, und Jodoco Ammersbeeck, Fürſtl. Räthen, ingleichem D. Johann Hilling, Burgermeiſter zu Emden, (ſo durch hochgedachte Ihre Fürſtliche Gn. bereits zu mehrgedachter Viſitation committiret worden,) mit dem eheſten die Inſtruction zu formiren, verſprochen haben, damit ſie vermöge derſelben fortfahren, ſich auch mit denen Andern, wegen der zu beſtimmenden Zeit, vergleichen mögen. “

Anno 1691. klagte der Fürſt beym Reichs-Hofrath: „Weilen beſagtes Hofgericht im Namen und von wegen des Landesherrn die ihm anvertraute Jurisdiction notorie exerciret, und alſo auch Urtheil und Recht ſprechen muß; inmaſſen dann auch darum in dem 52. Art. der Hofgerichts-Ordnung klärlich ſtatuiret wird, daß ſolche aus Macht der Gräflichen und Fürſtlichen Landes-Obrigkeit, und Krafft habender Regalien, gemacht worden; daß demnächſt auch dem Landesfürſten das jus viſitandi ſelbiges ſeines Hofgerichts nicht geſtritten, ſondern damit, ſeiner habenden Landesherrlichen Befügniß nach, und nach Diſpoſition der Concordaten Art. 42. zu verfahren, freye Hände gelaſſen : : werden ſollen. “

Die Kayſerliche Reſolution aber lautete bloß: „ Wegen Viſitation des Hofgerichts wird der Herr Fürſt auf : : : die Concordaten Art. 43. angewiſen. “

Die

Die Landſtände ſtellten ebenfalls vor: „Nachdem die Viſitation des Hofgerichts ſchon in fin. Receſſ. de An. 1663 Cap. 1. Gen. Grav. Art. 32. v. 1. p. 272. feſtgeſtellet, und zu derſelben aus den Fürſtlichen Miniſtris Bucho Wiarda und Jodocus Ammersbeck, aus den Ständen aber Hero Moriz von Cloſter, Herr zu Dornum, und D. Joh. Hilling, Burgermeiſter zu Emden, committiret geweſen; diſes nüzliche Werck aber durch leyder gar zu frühzeitiges Abſterben Fürſt Georg Chriſtians hochſeel. And. ins Stecken gerathen; indeſſen aber die Abuſen in Proceſſu und ſonſten nicht ab- ſondern zugenommen; ſo wird gebeten, daß diß ſo heilſame Werck endlich effectuiret, und zu dem Ende in der vorigen Deputirten Stelle, welche alle verſtorben, andere qualificirte Subjecta aus den Fürſtl. Miniſtris und den Ständen committiret werden mögen."

Der Kayſer reſolvirte darauf: Wird der Herr Fürſt erinnert, ſolche ſchon vor langer Zeit beliebte und verglichene Verordnung förderlich fort- und in das Werck zu ſezen."

Anno 1699. verglichen ſich der Fürſt und die Landſtände dahin: „5. Zur Viſitation des Hofgerichts haben Jhro Hochfürſtl. Durchl. Haro Joachim von Cloſter, zu Dornum Hauptling, und beyde Regierungsräthe, Hajonem Laurentium Palm und Enno Wilhelm Rüſſel, nebſt dem Syndico zu Emden, Franz Heinrich Stoſchio, und Eberhard ter Bracke, für dißmal committiret, um dieſelbe, ſo bald möglich, nach der ihnen zu ertheilenden Jnſtruction, den Accorden gemäß, zu bewerckſtelligen."

Unter Herzog Barnim zu Pommern-Stettin ſezten ſeine Landſtände die Bewilligung ſeiner Anforderungen unter anderm darauf aus, wann die Viſitation und Reformation der Gerichte und Aemter vorgenommen würde.

Auf dem Pommeriſchen Landtag An. 1627. wurde in Anſehung der Viſitation des Hofgerichts beſchloſſen: Daß aus jeder Regierung ſechs Perſonen darzu ſollten genommen werden; doch nicht allein aus den Landräthen, ſondern auch aus Andern, ſo in guter Autorität ſeynd, und darunter etliche graduirte Perſonen, welche ſich mit denen aus den Fürſtlichen Geheimen Räthen darzu Verordneten conjungiren, jährlich die Hofgerichte viſitiren, die concluſa wegen der Ausſteuerſachen revidiren, die Conformität zwiſchen beeden Hofgerichten, ſo vil möglich, befördern, die über ſchlechte Juſtiz-Admini-

miniſtration klagende Parthien hören, und dahin ſehen, daß ein jeder bey Gleich und Recht erhalten werde. An eines Abgehenden ſtatt durfften die übrige eine andere Perſon vorſtellen, welche der Landesherr confirmirte.

Die Hinter-Pommeriſche Landſtände baten An. 1654. daß die auf dem Landtage zu Alten-Stettin den 12. Mart. An. 1627. verordnete jährliche Viſitation des Hofgerichts wieder in Gang gebracht werde: Die Reſolution darauf aber lautete: Weil ſich indeſſen die Zeit und Umſtände geändert, und der Churfürſt den Ständen, aus ihren Mitteln von Prälaten, Ritterſchafft und Städten, bey den ordinari-Rechtstagen und Relationibus Actorum ihre Beyſizer beym Hofgericht zu haben, vergönnet; ſo bedörffe es der jährlichen Viſitation des Hofgerichts ſo eben nicht: Würden aber ins künfftige in dem Hofgericht einige Mängel vorkommen, deßwegen die Stände um eine Viſitation des Hofgerichts anzuhalten, vor nöthig befinden, ſoll ihnen alsdann der Gebühr nach damit gratificiret und dieſelbe verordnet werden.

In dem Abſchid der 1732. 33. gehaltenen Viſitation des Vor-Pommeriſchen Hofgerichts zu Greiffswald heißt es: „Demnach Ihro Königl. Majeſt. ... eine Viſitation über Dero Hofgericht in Pommern in Gnaden verordnet, und dazu, mittelſt gnädigſten Conſtitutorii vom 24. Jan. 1732. Dero und des Reiches Rath und Præſidenten des hohen Tribunals zu Wiſmar, Herrn Grafen Johann Lilienſtedt, als Præſidem, imgleichen den Regierungs-Rath in Pommern, Erich Matthias von Nolcken, den damahligen Land-Rath und Erb-Land-Marſchall in Pommern und Rügen, Grafen Mauriz Ulrich zu Putbus, wie auch den Land-Rath und Bürgermeiſter zu Greiffswald, David Gerdes, als Viſitatores allergnädigſt ernannt, ... nicht weniger der Land-Rath in Pommern, Bernhard Ulrich von Bilow, als Viſitator gnädigſt mit beſtellet worden, ... daß die ... zur Abhelffung derer eingeſchlichenen Fehler und Mängel in Adminiſtrirung der Juſtice ins Mittel gebrachte Vorſchläge, nächſt gepflogener Communication darüber, ſo wohl mit dem hohen Tribunal zu Wiſmar, der Königl. Landes-Regierung in Pommern und dem Königl. Hofgericht ſelbſt, als auch mit geſammten Pommerſchen Land-Ständen, ... in nachfolgenden Receß ... verfaſſet und zuſammen getragen worden.“

In dem Würtembergiſchen Landtags-Abſchid von 1595. verſprache der Herzog: Bey dem Hofgericht eine nützliche Reformation vorzunehmen.

Und An. 1599. ſagte er zu: Er wolle der ab dem Hofgericht geklagten Fehl und Mängel halber Bericht erhohlen, und, da ſich dieſelbige alſo befinden, ſollen ſie der Gebühr nach abgeſtellet werden.

§. 49.

Die Erlaſſung derer Gerichtsperſonen ſtehet ordentlicher Weiſe deme zu, welchem die Annahm zukommt: Wann alſo bey der Annahm der Landesherr und die Landſtände concurriren; ſo kan auch kein Theil einſeitig die Erlaſſung verfügen. Erlaſſung.

Was der Kayſer in denen Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten An. 1597. wegen Abſezung der Hofgerichts-Beyſizere geſprochen habe, iſt ſchon oben gemeldet worden.

add. §. 23.

Anno 1619. verlangten die Stände: Vermöge des 18den Art. Oſterhauſiſchen Vertrags, Niemanden des Hofgerichts-Dienſts, ad tempus, oder in perpetuum, ohne ermeldten Hofgerichts Erkenntniß, zu entſezen, und deſſelben Perſonen, tam in criminalibus, quam in civilibus, vor andere Gerichte, als daſelbſten, nicht zu ziehen, ſondern, was dawider allenthalben fürgelauffen, aufzuheben, und in vorigen Stand zu ſtellen.

Die General-Staaten reſolvirten: Es iſt durch den 18. Art. des Oſterhauſiſchen Vertrags ganz klar, daß kein Hofrichter oder Aſſeſſor ſeines Dienſtes entſezet, oder ad tempus ſuſpendirt werden ſoll, wider ſeinen Willen; es ſey dann mit Erkenntniß des Hofgerichts: So wird es auch dem Herrn Grafen zur Ehre und dem Hofgerichte zum Reſpect dienen, daß, wenn einige Perſonen des Hofgerichts criminaliter angeklagt werden, ſolches vor gedachtem Hofgericht geſchehe.

Der Graf machte aber diſe Anmerckung darüber: „ De ſuſpenſione ad tempus, donec de cauſa cognoſcatur, wird in dem Oſterhauſiſchen Abſchid nichts ſtatuirt; derowegen auch ſolcher Abſchid nicht ſo weit kan extendiret werden, ne quidem ex identitate rationis; wie ſolches die Rechte vor eine Regel in allen Contractibus, Pactis & Transactionibus, ſezen. Das Hofgericht hat regula-

gulariter in Criminalibus keine Jurisdiction; ergo, wenn eine Hofgerichts-Perſon criminaliter delinquirt, alſo, daß nicht auf die Strafe der Remotion, ſondern auf eine höhere geklagt würde, ſo verſtehen Ihro Gnaden nicht, daß Sie ſchuldig, in Krafft des Oſterhauſiſchen Abſchids, (welcher diſponiret, daß ein Hofgerichts-Aſſeſſor von ſeinem Amt nicht mag removiret werden ohne Erkenntniß des Collegii des Hofgerichts,) ſolchen Criminal-Proceß vor dem Hofgericht anzuſtellen; und geben die Committirte mit ihren Formalien, die ſie in ihrer Reſolution hievon gebrauchen, genug zu verſtehen, daß das Poſtulatum nicht gegründet geweſen ſeye: Denn ſonſten würden ſie poſitive geſezet haben, daß die Hofgerichts-Perſonen in Criminalibus ſchlechterdings nur allein vor dem Hofgericht juſtitiabel ſeyn ſollten. "

§. 50.

Schlieſſung der Gerichte.

Wir haben ferner bereits vernommen, daß ein alter Herzog in Pommern aus Unwillen über ſeine Landſtände, alle hohe Gerichte in ſeinem Land hat ſchlieſſen laſſen: Gleichwie aber diſes die Juſtiz im höchſten Grad verweigert heißt; ſo würde ohne Zweifel der Kayſer, wann ein Regent dergleichen ſich jezo unterſtünde, denſelben bald auf eine nachdrückliche Weiſe zu Beobachtung ſeiner Landesherrlichen Pflichten durch ein Reichsgericht anzuhalten wiſſen.

Als der Herzog zu Mecklenburg-Schwerin das Land- und Hofgericht um das Jahr 1660. nicht wieder eröffnen laſſen wollte, wurde es den 28. Jan. vom Kayſer befohlen:

Auch ward An. 1735. die Sperrung diſes Gerichts und die Verſieglung der Acten von dem Kayſer mißbilliget, und den 2. Maj. ſo dann den 26. Sept. Deſſen Commiſſario reſcribirt: Mit Wiedereröffnung des Gerichts nicht zu warten, ſondern, damit die heilſame Juſtiz im Lande nicht aufgehalten, und diſes Appellationsgericht, zum Schaden der Parthien, in Inactivität geſezet werde, es ſo gleich wieder zu eröffnen, die Acta zu entſieglen, und den Proceſſen ihren Lauff zu laſſen.

§. 51.

Gemeinſchafftliche Gerichte.

Es gibt auch gemeinſchafftliche Gerichte, ſo wohl zwiſchen Herrn von einerley Hauſe, als auch zwiſchen verſchidenen Reichsſtänden.

So

So haben die Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel und Darmſtatt ein gemeinſchafftliches Hof- und Reviſions-Gericht.

Ein mehreres davon belehren die zwiſchen Caſſel und Darmſtatt An. 1627. geſchloſſene beede Abſchide über das Samt-Hofgericht und das Samt-Reviſion-Gericht; ſo beym H. von LUDOLF (1) geleſen werden können.

Die Herzoge zu Holſtein-Glückſtatt und Gottorff haben gemeinſchafftlich die Quartal- und Landgerichte.

Nach dem Reichs-Hofraths-Concluſo vom 2. Maj. 1735. iſt das Land- und Hofgericht in Mecklenburg, vermöge der alten Landes-Union, derer Landes-Reverſalen und des Hamburgiſchen Vergleichs von 1701. mit dem Herzog zu Streliz ein Judicium commune; dahero auch mit demſelben wegen des Orts diſes Gerichts zu communiciren ſeye.

Schweriniſcher Seits thate man zwar Vorſtellungen dagegen: Der Reichs-Hofrath beharrete aber An. 1735. 26. Sept. 1736. 11. Sept. und 1737. 11. Jan. daß diſes Gericht, ſo vil den Stargardiſchen Crays mit betreffe, ein Judicium commune mit dem Herzog zu Streliz und der Ritter- und Landſchafft, folglich in deme, worzu Streliz, Krafft Hamburgiſchen Vergleichs, dabey zu concurriren habe, mit Demſelben in dahin einſchlagenden Vorfallenheiten zu communiciren ſeye.

Damit auch die ſo nöthige Union des Landes nicht getrennet werde, ſeye zu dem Hofgericht von dem Herzogen zu Streliz ein Aſſeſſor zu ſezen, und demſelben gleiche Würde und Immunität mit denen übrigen zu geben; vi Concl. vom 11. Sept. 1736.

Den 11. Jan. 1737. wurde ſo dann wegen der Introduction diſes Streliziſchen Aſſeſſoris das weitere verordnet, und An. 1736. 11. Sept. und 1738. 2. Maj. wurde entſchiden, welcher geſtalten diſer Aſſeſſor bey denen Rechtstägen zu concurriren habe, auch wie die Stargardiſche Sachen vorzunehmen und wie es mit Ausfertigung derſelben zu halten ſeye; wobey zugleich der Herzog zu Streliz ermahnet wurde, darauf zu ſehen, daß von ſeinen Unterthanen auch denen

(1) in Symph. Conſult. &c. Vol. 2. App. 2. p. 682. und 687.

denen Erkenntniſſen des Hofgerichts die ſchuldige Folge geleiſtet werde.

Die Herzoge zu M. Schwerin und Streliz errichteten zwar An. 1743. einen Vertrag, darinn es unter anderem heißt: „ 8. Wegen des bißherigen gemeinſchafftlichen Land- und Hofgerichts, auch Conſiſtorii, iſt zwiſchen beyden Durchl. Durchl. Paciſcenten es dergeſtalt verglichen: Daß in Anſehung beyder Gerichte ebener maſſen eine gänzliche Separation verabredet und feſtgeſtellet ſeyn ſoll; jedoch laſſen Ihro Durchl. zu Schwerin aus freund- vetterlicher Willfahrung geſchehen, daß, ſo lange man Streliziſcher Seiten mit der beliebten Anordnung eines beſondern Hof- und Land-Gerichts nicht fertig, ein Fürſtlicher Streliziſcher Aſſeſſor bey dem Hofgericht bleiben, und über die Stargardiſche Sachen mit cognoſciren möge, auch daß die Expeditionen ſo ins Stargardiſche gehen, unter des Herrn Herzogs Adolf Friderichs Namen und Sigel allein ausgefertiget, und nicht, wie bißher geſchehen, der Fürſtlich-Schweriniſche Name und Sigel mehr mit darein geſezet werden ſolle: In Anſehung des Conſiſtorii aber iſt verglichen, daß es damit auf den jezigen Fuß, wie es damit zu Streliz gehalten wird, ſein Verbleiben haben möge “

Weil aber die Mecklenburgiſche Lande diſer Abrede widerſprachen; ſo verbliebe es in dem An. 1755. getroffenen Erb-Vergleich bey der alten gemeinſchafftlichen Verfaſſung.

Die Herzoge zu Sachſen haben ein gemeinſchafftliches Hofgericht zu Jena.

Rheingraf Philipp Franz vereinigte ſich mit der Rheingräflich-Kyrburgiſchen Vormundſchafft über der Aufrichtung eines gemeinſchafftlichen Hof- und Appellationsgerichts über die geſammte Wild- und Rheingräfliche Lande; welches Gericht auch in dem Jahr 1561. ſeinen Anfang nahme, und eine geraume Zeit fortdauerte, biß es durch die nachgefolgte betrübte Zeiten ſeine Endſchafft fande, und ſeit deme nie wieder erneuert worden iſt (1).

Wo mehrere Herrſchafften bey Beſezung eines Gerichtes concurriren, kan es leicht zu Streitigkeiten darüber kommen, und diſe ſo gar an die höchſte Reichsgerichte erwachſen. Z. E.

In

(1) Geſchicht. des Wild- u. Rheingräfl. Hauſes, S. 122.

In Sachen: Dhaun contra Salm-Kyrburg reſolvirte der Reichs-Hofrath An. 1748. 20. Sept. unter anderem: „4. Reſcribatur denen Herrn Fürſten zu Salm-Kyrburg: Wie zwar Ihro Kayſerlichen Majeſt. zu allergnädigſtem Wohlgefallen gereiche, daß Dieſelbe ihre ſchuldigſte Parition in proviſoriſcher Beſtellung derer Kyrniſchen Gerichte bewürcket hätten: Nachdeme aber derer Herrn Fürſten Beamte zu Kyrn ſo wohl bey der von Dhaun beſchehenen Anſezung derer ihm zu beſtellen zugekommenen beyden Gerichtsleute, dem Herkommen zuwider, nicht erſcheinen wollen, als auch, (da doch diſe Beamte ſelbſten, ihrer eigenen Beylage ſub Num. 3. nach, diſen von Dhaun beſtellten Gerichtsleuten ihren Ort nachmals mit anweiſen helffen, und mithin die Beſtellung, wie billig, anerkennet,) dennoch die Herrn Fürſten ſolcherhalben ſich ‥ die Abſezung des Gerichtsſchultheiſſens und Beſtrafung derer alten Gerichtsleute vorbehalten wollen; als werde ihnen ſolches hiemit, als unziemlich, verwiſen, auch, den Oberſchultheiß und alte Gerichte diſer Sache wegen in etwas zu beſchweren, noch weniger aber einen einſeitigen Gerichtsſchultheiſſen anzuſezen, hiemit auf das ernſtlichſte unterſaget; da im widrigen Fall Kayſerliche Majeſt. zu ſchärfferen Verfügungen bewogen werden möchten.“

Von Gerichten aber, wobey mehrere Reichsſtände zugleich concurriren, kan das Kayſ. Landgericht Burggrafthums Nürnberg zum Beyſpil dienen, welches von Brandenburg-Culm- und Onolzbach, von dem Teutſchen Orden und von der Statt Nürnberg beſezet wird.

Dergleichen gemeinſchafftliche Gerichte ſeynd auch die Märcker-Gerichte in denen Marcken, oder zwiſchen mehreren Herren gemeinſchafftlichen Waldungen; davon ich anderwärts (1) geredet habe.

§ 52.

Wie weit ſich nun auch derer Landſaſſen Gerechtſamen in diſem Stück erſtrecken können, oder auch da und dorten würcklich erſtrecken? darüber habe ich mich hier, da ich eigentlich von der Landeshoheit rede, nicht einzulaſſen. Genug, auch hierinn ſeynd die Landes-Verfaſſungen gar ſehr unterſchiden. Z. E. in Würtemberg, wo keine Gerichte der Landſaſſen.

(1) in meinem Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. Lib. 1. Cap. 7. p. 95.

Landſaſſen anzutreffen ſeynd, weißt man gar nichts davon. Anderwärts, wo es Landſaſſen gibt, haben ſie bald die Erb- oder Grund- oder nidere Gerichte, oder die Vogteylichkeit, oder Hofmarchs-Gerechtigkeit, u. ſ. w. bald in höherem bald in nidrigerem Grad; und ein Landſaß hat hierinn mehr, der andere weniger Rechte: Die Heſſen-Darmſtättiſche Landſaſſen, die Freyherrn von Riedeſel, haben ſo gar eine Appellations-Inſtanz bey ihren Gerichten, ehe die Sache an die Landesherrliche Gerichte gelanget.

Und ſo iſt es auch mit dem Blutbann der Landſaſſen; daß nemlich es in Anſehung derer Lande und derer einzelen Landſaſſen in einerley Land gar ſehr verſchiden darinn gehalten wird: Nur kan man überhaupt ſo vil ſagen, daß aller Orten die wenigſte Landſaſſen diſen Grad der Gerichtbarkeit haben oder doch ihre Urtheile in criminal-Sachen zuvor an die Landesherrſchafft zur Confirmation einſchicken müſſen.

Ueberhaupt aber behält der Landesherr bey allen Gerichten derer Landſaſſen 1. die Ober-Aufſicht, daß in allem nach Recht und Billigkeit, wie auch nach denen Landesgeſezen und Ordnungen verfahren werde, 2. das Recht der lezten Inſtanz, wenigſtens in bürgerlichen Sachen, und in ſo ferne es eine Summ betrifft, die nach der Landes-Verfaſſung, oder auch ein- und anderen Landſaſſens beſonderen Freyheiten, appellabel iſt.

Das mehrere davon ſehe man in dem Tr. von den Rechten der Teutſchen Unterthanen.

§. 53.

Commiſſionen.

Bißhero habe ich von ganzen formirten und ordentlichen Gerichten geredet.

Es werden aber auch zuweilen einzelne gerichtliche oder Rechts-Sachen für eigene zu ſolchem Ende angeordnete Commißionen verwiſen, und vor denenſelben verhandelt:

Da ich aber ſchon oben Cap. 1. davon gehandelt habe; ſo laſſe ich es hier dabey bewenden.

§. 54.

Juſtiz-Beamte.

Endlich werden in ſehr vilen Landen manche Rechtsſachen in erſter Inſtanz auch bloß vor einzelnen Perſonen, Beamten, oder Juſtitiariis, ꝛc. verhandelt:

Diſes

Diſes nun geſchiehet auf zweyerley Weiſe, 1. nemlich auſſergerichtlich: Der Beamte hört die Parthien ſelbſt, ohne Geſtattung eines Advocatens, ſummariſch, und ertheilet ſo dann einen amtlichen Beſcheid: Seynd beyde Theile damit zufriden, wohl und gut; wo nicht, ſo wird die Sache vor das ganze Gericht gezogen.

2. Oder die Parthien dörffen ſich wenigſtens wann ſie wollen, der Advocaten bedienen, geben wechſelweis ihre Nothdurfft zum Protocoll; ſo dann ſpricht der Beamte, oder Juſtitiarius, ꝛc. ſelbſt, oder verſchickt die Acten zum Spruch Rechtens.

§. 55.

Wer mehreres hievon wiſſen will, ſchlage die Cap. 1. §. ult. angezeigte Schrifften und den Tr. von der Landeshoheit in Regierungsſachen, Cap. 2. und 3. wie auch den Tr. von den Rechten der T. Unterthanen, nach. Mehreres Remiſſive.

Viertes Capitel.

Von der Art und Weiſe, an denen Gerichten zu verfahren.

Innhalt.

§. 1. Recht, ꝛc. Proceſſe zu verhüten, §. 2. ſie zu ordnen, §. 3. und über der Ordnung zu halten, §. 4. ſonderlich in Verhütung der Weitläufftigkeit. §. 5. Verſuch der Güte. §. 6. Summariſche Verhöre. §. 7. Peinlicher Proceß. §. 8. Bürgerlicher Proceß. §. 9. Summariſcher Proceß. §. 10. Beſondere Gattungen des Proceſſes. §. 11. Inſtantien. §. 12. Electio Fori. §. 13. Citationen. §. 14. Cautionen. §. 15. Eyde. §. 16. Fatalien. §. 17. Privilegia Fiſci. §. 18. und Anderer. §. 19. Concursſachen. §. 20. Protocolle. §. 21. Inſpectio Actorum. §. 22. Salvi Conductus. §. 23. Votiren. §. 24. Verſchickung der Acten. §. 25. Urtheile. §. 26. Rechtsmittel dagegen. §. 27. Strafen. §. 28. Executionen. §. 29. Gerichts-

Gerichtsportuln ꝛc. §. 30. Andere Koſten. §. 31. Oberaufſicht des Kayſers.

§. 1.

Recht, ꝛc. Proceſſe zu verhüten.

Ein Landesherr iſt befugt, ſo vil möglich und der Landesverfaſſung nicht zuwider iſt, zu verhüten, daß die Proceſſe nicht mißbraucht und keine klare oder auch gewiſſe andere Sachen zum Proceß verwiſen werden.

In Bayern (1) ſollen, vi Decreti vom 5. Dec. 1671. und 13. Apr. 1688 in liquiden Landſchafftsgefällen bey denen Dicaſteriis keine Proceſſe geſtattet werden.

Und in dem Mandat wegen der Landescultur von 1762. 3. Jun. wurde verſehen: „ Wo beynebens Wir : : : Unſeren ſammentlichen Juſtiz-Dicaſteriis hiermit gnädigſt befehlen, über die ſo wohl in gegenwärtiges als vorbenannte Zwey General-Mandata einſchlagende Puncten Niemand einen Proceß zu geſtatten, ſondern die Parthey, auf Anmelden, directe an Unſern Geheimen Rath und die hierinn eigens angeordnete Deputation anzuweiſen, mithin ſich derſelben weiter nicht, als Wir es ihnen etwann ſpecialiter committiren würden, zu unterziehen, und die Hand einzuſchlagen. “

In einer Chur-Sächſiſchen Reſolution vor die Landſtände von 1718. heißt es: „ Geſtalt dann auch öffters, wo die Sache klar, durch deciſiv-Reſcripte koſtbaren Proceſſen vorgebauet wird, und iſt jezo ein Mandat unter Handen, wodurch, ein ſolches : : : univerſaliter in allen Judiciis zu beobachten, anbefohlen werden ſoll; gleichwie nicht minder auch ſchon dergleichen Verordnungen an die Ober- und Hofgerichte, Ober- und Conſiſtoria, auch die Stifftsregierung zu Wurzen, ergangen. “

Anno 1731. 3. Dec. ergienge ein K. Preußiſches geſchärfftes Edict: Daß keine Klagen oder Wechſel über Spilſchulden bey denen Gerichten in den Königlichen Landen angenommen werden, denen Klägern auch hierunter keine Hülffe wiederfahren, ſondern vilmehr alle diſerhalb annoch vorſeyende Proceſſe hiedurch aufgehoben und annullirt ſeyn ſollen.

Die Oſtfrieſiſche Stände verlangten An. 1613. Daß das Hofgericht in Executions-Sachen (der Steuern) des Collegii Admini-

(1) F. von KREITTMAYR Bayr. Staatsr. §. 186. S. 427.

miniſtratorum keine Proceß erkennen ſolle, wodurch daſſelbe, zu mercklichem Präjudiz der Stände, in ſeiner Verwaltung und Exercitio verhindert und beeinträchtiget werde:

Die General = Staaten reſolvirten auch darauf: Sie ſollen keine Proceſſe wider den 21. Art. der General Pfachtordnung verleyhen.

Der Graf machte aber die Anmerckung dabey: „ Hat das Hofgericht wider die angezogene Texte gehandelt, ſo hätten die Poſtulanten Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren vor Ihro Gnaden ſich darüber beklagen, und dieſelbe zur Rede ſtellen, nicht aber fremde Potentaten darüber bemühen ſollen: Diß aber ſtecket unter diſem Poſtulato verborgen, daß man gerne das Collegium Aßignatorum oder Adminiſtratorum von aller Juſtiz eximiren, und demſelben Collegio die hohe Obrigkeit diſes Landes auftragen will. “

Eben diſe Landſtände klagten ferner An. 1691. beym Reichs-Hofrath: „ 16. Seynd in Oſtfrießland gewiſſe Landrichter, ſo von dem Landesherrn angeſtellet werden, um geringe Delicta, ſo nicht an Leib und Leben gehen, als verbal- und real-Injurien, nach einem gewiſſen alten = = Landrechte zu vindiciren: Diſe Leute nun, welche ſehr geringe Salaria haben, und noch dazu gar unrichtig bezahlet werden, über dem auch die Bedienungen um anſehnliche Summen (nachdem ſich mehr oder weniger Concurrenten finden,) kauffen müſſen, emungiren die Eingeſeſſene auf dem Lande, ſub prætextu allerhand aufgerаffter Landgerichts-Proceſſe dergeſtalt, daß es faſt nicht zu beſchreiben: = = Wird demnach gebeten, = = = zu verordnen, daß in verbal- auch geringen real-Injurien, ſo intra privatos parietes ſine ullo ſcandalo, irgend in Geſellſchafften geſchehen, da kein Kläger iſt, ſondern die Parthien ſich verglichen haben, die koſtbare Landgerichts-Proceſſe ex officio ceßiren ſollen. “

Der Kayſer reſolvirte aber: Daß der Landſtände Begehren, daß in verbal- und real-Injurien, ſo intra privatos parietes geſchehen, und darüber ſich die Partheyen verglichen haben, die Landgerichts-Proceſſe gänzlich ceßiren ſollen, keine ſtatt habe.

Weiter klagten die Oſtfrieſiſche Stände: „ Hierzu kommt noch der Commiſſarius in Matrimonialibus, deſſen Officium iſt, nach den Delictis carnis, als adulterii, fornicationis, ſtupri &c. zu inquiriren, und dieſelbe zu beſtrafen: Wann diſer nun in terminis

nis Juſtitiæ bliebe, und Ehebruch und Hurerey beſtraffete, wäre es ein löbliches Werck: Aber er verfolget auch diejenige, welche ſich einander heurathen, wann die Frauen nur einige Wochen ante legitimum tempus in das Kindbett kommen, und zwar eben, als wann ſie publicæ fornicationis überführet wären; ja diejenige, ſo im ſibenden und achten Monath à die Copulationis in dem Kindbette befallen, läſſet er nicht ungemoleſtirt, ſondern es müſſen dieſelbe ſich wenigſtens Juramento purgiren, daß ſie ante Copulationem nicht beygeſchlafen, wann ſie nicht als Fornicatores proſtituiret und beſtrafet werden wollen; cum tamen ſecundum commune traditum Medicorum & JCtorum, & obſervantiam omnium moratiorum Gentium, partus ſeptimeſtris, imo etiam in fine ſexti menſis ſc. 182. die natus, (*L. 3. §. 12. de ſuis & legitim. hæred.*) pro legitimo habeatur, ita ut Parentibus ne quidem Juramentum purgationis deferri debeat. Und was noch mehr iſt, und demjenigen, ſo diſe Vexation nicht betrifft, lächerlich vorkommen muß, wird noch wohl Eheleuten, nachdeme ſie 10. und mehr Jahre ſchon im Eheſtand gelebet, dergleichen Juramentum purgatorium, daß ſie ante Copulationem nicht beygeſchlafen, angemuthet und würcklich abgenommen: Wird demnach gebeten, daß die Commiſſarii in Matrimonialibus ſo mögen inſtruiret werden, daß ſie wenigſtens Eheleute, da die Frauens etwa vor der Zeit in das Kindbett kommen, nicht gleich, als ob ſie in Fornicatione begriffen, ſondern allenfalls mit einer geringeren proportionirten Brüche anſehen; diejenige aber, ſo in fine menſis ſexti usque ad nonum & decimum menſem à die Copulationis ſacerdotalis darnider kommen, gänzlich ungemoleſtirt laſſen, auch mit dem widerrechtlichen Juramento purgationis verſchonen ſollen. “

Die Kayſerliche Reſolution darauf lautet: „ Zu Abſchaffung des 17den Gravaminis wird der Herr Fürſt angewieſen, dem Commiſſario in Matrimonialibus ſolche denen Rechten und der Billigkeit gemäſſe Inſtruction ertheilen zu laſſen, damit alle Exceſſen abgeſtellet werden mögen; inſonderheit aber, daß er die Eheleute, welche ſchon fünf Jahr mit einander gelebet, wegen vermeintlich zuvor geſchehener frühzeitiger Cohabitation nicht moleſtiren ſolle. “

In dem Vergleich von 1699. wurde darauf beliebt: „ Se. Durchlaucht wollen auch 3. die Landrichter dahin nachdrücklich anhalten,

halten, daß ſie ihren Inſtructionen, (welche den Rechten und Landesverträgen gemäß eingerichtet werden ſollen,) gebührend nachleben, und die Eingeſeſſene dawider mit keinen, auch nicht den geringſten, Exceſſen, (als welche ſo fort ohne Koſten der klagenden Partheyen würcklich redreßirt, und ernſtlich, ohne einige Connivenz, geſtraffet werden ſollen,) auch insbeſondere in der Erndtezeit in Sachen, ſo Verzug leiden können, mit Citationen nicht beſchweren, noch auch in Proceſſen, welche ex officio angeſtellet werden, den Partheyen ante condemnationem einige Sportuln abnehmen ſollen. Nicht weniger wollen Ihro Durchlaucht auch

4. wider des Commiſſarii in Matrimonialibus Exceſſen ernſtliche Verordnungen machen, auch keine Eheleute, wann die Frau am 182ſten Tage, à die Nuptiarum an zu rechnen, oder hernach, niderkommen, deßwegen citiren, oder mit Juramentis purgatoriis, noch in Delictis carnis wider die Præſcriptionem Quinquennii Jemanden, beſchweren laſſen. "

Der Würtembergiſche Landtags-Abſchid von 1583. beſagt: In allen fürfallenden Streitigkeiten, ſonderlich Schmachſachen, ſollen 1. Amtleut und Gericht die Güte ſuchen; 2. umſtändlich zur Canzley, ex officio darinn Beſcheid zu geben, berichten; 3. die Sachen alsdann erſt, da ſie etwas zweifelich, zu dem ordentlichen rechtlichen Weg und ſchleunigen Austrag gewiſen werden.

Hingegen iſt es auch nicht an Seiten des Landesherrens zu mißbrauchen, und, unter diſem Vorwand, denen Parthien der ordentliche Weg Rechtens abzuſchneiden.

§. 2.

Wann und in ſo ferne nun Proceſſe Plaz greiffen, iſt ebenfalls ein Landesherrliches Recht, und Schuldigkeit zu verordnen, wie es mit Unterſuch- und Entſcheidung der Rechtsſachen, das iſt, mit dem Proceß in peinlichen und bürgerlichen Sachen, gehalten werden ſolle: In ſo ferne nun diſes überhaupt durch die Landes-Verfaſſung beſchranckt oder unbeſchränckt iſt; in ſo weit iſt es auch in Anſehung der Gerichts- und Proceß-Ordnungen, beſchränckt oder unbeſchränckt. Sie zu ordnen.

Chur-Sächſiſche Proceß-Ordnungen, und darzu gehörige Mandaten hat LüNIG (1) geſammelt.

An. 1748. kame heraus ein Project des Codicis Fridericiani Marchici, oder eine nach des Königs in Preußen ſelbſt vorgeſchribenen Plan entworfene Cammergerichts-Ordnung, nach welcher alle Proceſſe in Einem Jahr durch drey Inſtanzen zu Ende gebracht werden ſollen und müſſen.

Im Magdeburgiſchen wurde An. 1686. eine Proceßordnung publicirt.

Eine Gerichts- und Proceß-Ordnung, wie ſich die Marckgräflich-Brandenburg-Onolzbachiſche verordnete Inſtanzen, ſo wohl bey denen Ober- und Aemtern in denen Stätten und auf dem Land, als auch bey dem Juſtiz-Collegio und Apellationsgericht, in denen vorfallenden Rechtsſachen zu verhalten haben, trate zu Onolzbach, 1730. fol. an das Licht.

Im Braunſchweig-Wolfenbütteliſchen ergienge An. 1711. 31. Mart. eine Verordnung, wie die Landgerichte zu hegen ſeyen.

Eine Fürſtlich Heſſen-Darmſtättiſche Ordnung, wie es in den Fürſtlichen Unter- und Ober-Gerichten mit denen Rechtsfertigungen und Appellationen gehalten werden ſolle, kame zu Darmſtatt, 1724. fol. heraus.

Wie nun ein Landesherr ſeinen Gerichten im ganzen Geſeze vorſchreiben kan; ſo darff er es auch in einzelnen Stücken. Die Beyſpile davon ſeynd faſt unzählig; ich will bloß zur Probe ein paar neuer gedencken.

Eine Chur-Bayriſche Verordnung wegen Communication der Proceßſchrifften, Signirung derer Exhibitorum von denen Advocaten, auch Zuſammenhefftung derſelben, von 1766. 27. Nov. findet man bey H. GEGEL (2).

Anmerckenswerth iſt auch, daß in Bayern und der obern Pfalz, die doch unter Einem Herrn ſtehen die Gantordnungen gar ſehr in der Claßification der Glaubiger verſchiden ſeye, man dennoch aber

(1) im Corp. Jur. Saxon. Tom. 1. Part. 1. Lib. 2. Cap. 1. pag. 1043. ſqq.

(2) in ſeiner Samml. landesh. Verordn. 1. Theil. S. 84.

aber bedencklich gefunden habe, eine durchgängige Gleichförmigkeit hierinn einzuführen (1).

Auf K. Preußiſchen Befehl, wurde von dem Ober-Appellationsgericht zu Berlin An. 1734. 12. Jan. ein gemeiner Beſcheid erlaſſen und gedruckt, wie es bey Uebergebung der Appellationen, Einbringung der Vollmachten, Ablegung der bißher gewöhnlichen Appellations-Eyde, Anſezung der Termine zur Inrotulation der Acten, und bißherigen Recluſion derſelben, auch ſonſten, gehalten werden ſolle.

Anno 1759. 9. Jul. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript an das Cammergericht, wegen deſſen Aufſicht über das Depoſitenweſen der Untergerichte.

Anno 1760. 3. Dec. lieſſe ein K. Preußiſches Circulare aus, wegen des Verfahrens bey Wiederklagen.

Anno 1760. 3. Dec. beſtimmete ein K. Preußiſches Circulare die Art und Weiſe des Gegenbeweiſes in erſter und zweyter Inſtanz, und ob ſolcher in der zweyten angetretten werden könne, wenn man ſich deſſen in der erſten begeben hat?

Und ein anderes von eben diſem Tag verordnete, wie das Appellatorium von einem Urthel inſtruiret werden ſolle, das über die Zuläßigkeit eines Zeugens erkannt hat.

Anno 1760. 6 Dec ergienge eine K Preußiſche normal-Reſolution wegen der Einwilligung des gröſſeren Theils der Glaubiger.

Anno 1761. 21. Aug wurde in einem K. Preußiſchen Reſcript vorgeſchriben, wie über Grundſtücke und Pertinenzien eines Schuldners, welche in verſchidenen Provinzen ligen, der Concursproceß zu eröffnen ſeye.

Eine Königlich-Preußiſche Verordnung von 1767. 31. Mart. wegen Verhütung des bißherigen Mißbrauchs bey Deſertions- und Präcluſions-Terminen, lifert Herr GEGEL (2).

Eine andere Verordnung von 1767. 28. Apr. wie es bey Weigerung eines Eydes, wann der, ſo ſchwören ſolle, einen Religionsſcrupel vorſchüzet, item wegen der Quacker und Mennoniſten

(1) Anmerck. über den Cod. judic. Bavar. p. m. 280.
(2) l. c. 2. Theil, S. 13.

Zeugenеyde zu halten ſeye, hat Herr GEGEL (1) ebenfalls aufbehalten.

Ferner ein Königlich-Preußiſches Circulare von 1767. 9. O. wegen Atteſtirung durch die Juſtizcollegia, daß eine Eheſcheidungsurtheil Rechtskräfftig worden ſeye (2).

Noch eine Verordnung von 1767. 17. Jul. was die Advocaten bey der an das Tribunal bringenden Reviſion in Anſehung der Koſten zu beobachten haben (3).

Eine Fürſtlich-Baden-Durlachiſche Verordnung von 1767. 15. Jul. gegen die ungebührliche Friſtgeſuche in Proceßſachen, iſt bey H. GEGEL (4) zu leſen

§. 3.

Und über der Ordnung zu halten.

Ferner iſt es ein Landesherrliches Recht ſo wohl, als auch eine Regenten-Pflicht, darüber zu halten, daß die Juſtiz-Collegia und Gerichte denen ihnen vorgeſchribenen Geſezen und Ordnungen auch würcklich nachleben: Noch vil weniger ſolle er alſo ſelbſten dagegen handlen.

In Mecklenburg wurde An. 1606. geklagt: Daß über der Hofgerichts-Ordnung nicht gebührlich gehalten, auch die gemeine Beſcheide nicht in Acht genommen würden, und An. 1610. ward gebeten: Die Hofgerichts-Ordnung wieder aufzulegen, auch die gemeine Beſcheide zu confirmiren und in Druck zu geben.

Darauf wurde den 26. Jun. 1610. reſolvirt: Der Herzog wolle ſeinen ſämtlichen Hof- und Landräthen befehlen, daß ſie ſich zu forderſamſter ihrer Gelegenheit einer Zuſammenkunfft vergleichen, die publicirte Gerichtsordnung und die darneben gegebene Beſcheide mit Fleiß überſehen, und dem Herzog ihr Bedencken zu ſeiner Verbeſſerung und Confirmation eheſter Möglichkeit einſchicken, wie die geklagte Mängel zu remediren ſeyen.

Die Stände replicirten: Sie bäten, daß ihnen vor der Publication die Canzley- und Hofgerichts-Ordnung ad revidendum möge communicirt, und der Landräthe, wie auch der anderen Stände,

(1) Daſelbſt, S. 114.
(2) S. 383.
(3) S. 448.
(4) l. c. 2. Theil, S. 436.

de, nothwendiges Erinneren in Acht genommen und allenthalben hinzugethan werden.

Die Herzoge antworteten: Daß ſie die Revidirung obiger, auch anderer Ordnungen, ſo ihnen von tragender Fürſtlicher Obrigkeit und Amts wegen allein zuſtehe, der Landſchafft einraumen ſollen, deſſen tragen ſie nicht unbillig Bedencken, wäre auch bißhero bey Chur- und Fürſtlichen Höfen unerhört, weniger hergebracht; dahero man ſie mit dergleichen Zumuthen wohl hätte verſchonen mögen.

Die Landſchafft verſezte nichts darauf.

Die Oſtfrieſiſche Stände verlangten An. 1619. der Graf ſolle wider des Hofgerichts Inhibition den Beamten kein Gebot thun.

Ferner: Der Graf ſolle, aus Landesobrigkeitlicher Macht keine gerichtlich eingeführte Proceſſe, (wie am 23. Mart. An. 1616. geſchehen,) aufheben:

Und die General-Staaten reſolvirten: Der Graf ſolle erſuchet werden, daß Derſelbe, wegen Landesobrigkeitlicher Macht, keine beym Hofgerichte introducirte Proceſſe aufheben und hemmen möge:

Der Graf antwortete: Es ſeye unwahrhafftig, daß er jemals, von hoher obrigkeitlicher Macht, einigen vor dem Hofgericht introducirten Proceß aufgehoben habe: Was aber im Merz 1616. geſchehen, ſolches ſeye in ardua cauſa Injuriorum zwiſchen vornehmen Partheyen, im Collegio des Hofgerichts, aus beweglichen Urſachen alſo gut gefunden worden, und ſalvo utriusque Partis honore geſchehen; welches nichts neues ſeye, ſondern man habe deren Exempel vil in Camera Imperiali, und andern wohlbeſtellten Gerichten.

Anno 1663. verlangte die Oſtfrieſiſche Ritterſchafft wieder: „Daß Jhro Fürſtl. Gn. (vermöge der Verträge,) belieben wolle, dem Hofgerichte ſeinen ſtarcken Lauff zu laſſen, und, wenn die Ritterſchafft unter ſich Streit hat, ſelbiger, vor dem Hofgericht zu procediren, nicht zu verbieten, vil weniger den Proceß aufzuheben. (v. Emd. Landt. de An. 1620. Cap. 1. Art. 6.)"

Nun ware zwar der Fürſt der Klage nicht geſtändig, ſondern wollte vilmehr der Ritterſchafft und Statt Emden dergleichen Schuld geben; indeſſen wurde dennoch in dem Hagiſchen Vergleich von

neuen beliebt: „ Es ſollen Ihre Fürſtl. Gn. dem Hofgerichte ſeinen ſtarcken Lauf nicht verhindern, noch, wenn die Ritterſchafft unter ſich Streit vor dem Hofgerichte hat, ſelbiger, ferner darinn zu procediren, verbieten, vilweniger aber auch, daß Sie ſelbige ganz aufheben ſollen, ſondern ſoll es (vermöge des 1. Cap. Emd. Landt. Schluſſes Art. 6.) verbleiben laſſen. “

In dem Würtembergiſchen Landtags-Abſchid von 1583. liſet man: „ Als Wir dann über diß etliche Zeit her aus allerhand Erfahrungen ſcheinbarlich und genugſamlich befunden, wie daß vil und mancherley Unordnungen in dem Juſtitienwerck und allen ſelbigen anhangenden Puncten und Sachen, zu nicht geringer Verhinderung des ſtracken und ſchleunigen Lauffs der Gerechtigkeit, etwan auch groſſer Beſchwerd und Verderbung Unſerer Unterthanen, in vil Wege eingeriſſen: ; ; ; Und aber alle heilſame Sazungen ganz verlohren und vergebens angerichtet, wo denſelben mit der That nicht ernſtlich und beſtändiglich gelebt und nachgeſezt: Damit nun durch fleißige Obſervation der nuzlichen Ordnungen in durchgehendem, ſchuldigem und willigem Gehorſam, ein beſtändiges Regiment rechtſchaffen angeſtellet und fortgepflanzet, und dadurch ſowohl jedes der Unterthanen inſonderheit, als des gemeinen Vaterlandes Frommen und Beſtes geſucht und befördert werde; ſo iſt dißfalls, auf derwegen mit Unſern gehorſamen Prälaten und gemeiner Landſchafft gehabte Handlung von Uns mit gutem Bedacht befohlen, und von ihnen gehorſamlich und billig bewilliget und angenommen, daß berührten Unſern municipal-Statuten, Sazungen und Befehlen in allem emſiges Fleiſſes, und ſo vil immer möglich, unveränderlich nachkommen werde. “

Wann Landesherrn darinn nachläßig ſeynd, oder es kommt in dergleichen zur Klage an einem höchſten Reichsgericht, erſezen dieſelbige den Mangel des Landesherrns, und entſcheiden die darüber entſtandene Streitigkeiten oder Beſchwerden.

In denen Mecklenburgiſchen Angelegenheiten erkannte der Reichs-Hofrath An. 1733. 23. Mart. Die Herzogliche Untergerichte und Aemter ſollen ſchleunig und unpartheyiſch Recht und Gerechtigkeit einem jeden, auch denen von Ritter- und Landſchafft, und derſelben Unterthanen, adminiſtriren, in allen und jeden Sachen richtige Protocolle halten, dieſelbe, auf Begehren, denen Intereſ-

ſirten communiciren, auch die von denen ihrer Jurisdiction untergebenen Bedienten und Unterthanen begangene Verbrechen und Exceſſe gebührend unterſuchen und beſtraffen: Widrigen Falles aber, in caſu protractæ aut denegatæ Juſtitiæ, nicht allein der Avocation der Sachen, ſondern auch einer Beſtrafung und Erſezung des Schadens, zu gewärtigen haben.

Und An. 1737. 11. Jan. Es ſolle denen Parthien, auf ihr Anſuchen, ſo weit es Rechtens ſeye, mit denen Acten an die Hand gegangen werden.

§. 4.

Insbeſondere iſt eine alte Klage, daß, ſeit deme die Römiſche und Päbſtliche Rechte in Teutſchland eingedrungen ſeynd, die Rechtshändel an denen Teutſchen Gerichten ſo unnöthig weitläufftig behandelt und offt unſterblich werden. Sonderlich in Verhütung der Weitläufftigkeit.

An Geſezen und Vorſchrifften in peinlichen und bürgerlichen Sachen fehlet es nicht; aber noch immer an denen mehreſten Orten an der erwünſchten Würckung.

Wegen Abbrevirung der Proceſſe in den Hinter-Pommerſchen und Camminiſchen Landen kame An. 1718. 6. Jun. eine K. Preußiſche Conſtitution heraus.

Anno 1732. 12. Jul. ergienge eine K. Preußiſche Verordnung, wie die Inquiſitions und Criminal-Proceſſe in allen Königlichen Landen auf das kürzeſte und legaleſte geführet und prompt zu Ende gebracht werden ſollen.

Der König in Preuſſen lieſſe ferner An. 1734. 8. Febr. eine allgemeine Ordnung und Declaration ausgehen, wie in denen Injurien-Sachen überall ſolle verfahren, und ſelbige auf das kürzeſte und ſchleunigſte ausgemacht und zu Ende gebracht werden.

Anno 1736. 9. Jan. folgte ein Edict nach, wie die mehreſte criminal-Proceſſe in wenigen Tagen oder Wochen zu Ende gebracht werden können und ſollen.

Eod. 2. Maj. lieſſe ein neues allgemeines Edict wegen Abkürzung und Beſchleunigung der Proceſſe aus.

Von An. 1739. 24. Febr. hat man ein Königlich-Preußiſches Edict: Daß bey allen Ober und Unter-Gerichten diejenige Sachen, welche Bagatellen concerniren, wenig oder nichts importiren, oder auch unter 50. Thl. ſich belauffende Schulden betreffen, niemals zum ordent-

ordentlichen Proceß verwiſen, ſondern bey mündlichem Verhör, ohne Advocaten und Koſten, auf einmal abgethan, die Präſidenten und Chefs derer Juſtiz-Collegiorum auch davon repondiren, und inſonderheit auf die Untergerichte beſſer Achtung geben ſollen.

Von der durch den Codicem Fridericianum zu bewerckſtelligen geſuchten Abkürzung derer Proceſſe iſt ſchon geredet worden.

Eine Braunſchweigiſche Verordnung wegen Exequirung untadelhaffter Brieff und Sigel kame An. 1617. 3. Nov. heraus.

Und in dem Braunſchweig-Hanoveriſchen Landtags-Abſchid von 1639. wurde, auf Anhalten und Bewilligung der Landſchafft, verordnet: Daß in klaren, richtigen, liquidirten, auf Hand und Sigel beruhenden Schuldſachen dem klagenden Theil ſchleunig verholffen, und dawider keine Appellationen, noch Inhibitionen, noch auch andere Exceptiones, als Solutionis, Compenſationis, und dergleichen in continenti liquidirliche, ſtatt finden und attendiret werden ſollen.

Die Mecklenburgiſche Landſtände klagten An. 1606. und 1610. Die Advocaten und Procuratoren trieben die Proceſſe zu weitläuffig; worauf der Herzog verſprache: Von ſeinen Hof- und Landräthen Gutachten zu erforderen: Wie in Entſtehung der Güte, der Proceß, ſo vil möglich, zu kürzen, denen muthwilligen Appellationen zu begegnen, und die Sache allenthalben anzuſtellen; damit ſich Niemand verweigerten oder verzögerten Rechtens mit Fug und Billigkeit zu beklagen habe?

In dem Würtembergiſchen Landtagsabſchid von 1583. wurde beſchloſſen: „ Daß in allen Rechtsſachen ſo vil zu geſchehen immer möglich, aufs förderlichſte zu verfahren, darinnen kein ſchrifftlicher Proceß, es erfordere es dann der Sachen Wichtigkeit, geſtattet, keine unnothwendige und gefährliche Dilationes und Aufzüg gegeben noch zugelaſſen, keine überflüßige, impertinente und undienliche Articul und Interrogatorien paßirt, ſondern mit gerichtlicher Erkenntniß abgeſprochen und verworffen, keine effrænata teſtium multitudo und übermäßige Zeugen-Verhör bewilliget, ſondern in allem, mit vernünfftiger wohlbedachter Erwägung aller Umſtände, dermaſſen ſo gebührlich und gleichmäßig fürgeſchritten und ſententiirt, daß die liebe Juſtiz zum beſten gefördert werde; in welchem auch die Gericht gegen diejenige, ſo temere litigirt und, über Ver-

warnen,

warnen, unbefugte Handlungen mit angeſtelltem rechtlichem Proceß beſtritten, mit Erkenntniß ernſtlicher Straffen, nach jedes Verſchulden, und wie das, nach jeder Sachen Beſchaffenheit, am füglichſten zu erwägen, gebührliches Einſehen zu thun, ſelbiges auch, zum Fall von ihnen noch ferner appellirt, den Acten, (dem Oberrichter zu mehrerer Information und Wiſſenſchafft,) einzuleiben wiſſen werden. "

Zuweilen werden auch einige civil-Sachen beſonders privilegirt, daß darinn ſchleunig verfahren werden ſolle; z. E. Wechſel-Handlungs-u. d. Sachen.

Eine Chur-Maynziſche Verordnung wegen der ausgeborgten Waaren, und daß auf derſelben unterſchribene Conto, gleich einem Wechſel, die ſtracke Execution erfolgen ſolle, kame An. 1749. 18. Dec. heraus.

Als ein anderweites Mittel, die Gerichte zum Fleiß anzuhalten, iſt hin und her angeſehen worden, daß man die Gerichte anhält, von Zeit zu Zeit wegen der von ihnen entſchidenen, oder vor ihnen noch rechtshängigen, Sachen Berichte zu erſtatten. Z. E.

Anno 1717. 11. Nov. ergienge eine K. Preußiſche Verordnung wegen einer jährlich einzuſendenden Tabell derer Proceſſe.

Und An. 1755. 4. Sept. befahl der K. in Preuſſen über die Criminal-Sachen Tabellen einzuſchicken, deren Innhalt diſer ware: 1. Name des Richters oder Landgerichts, 2. Name und Stand des Inquiſitens und ſeines Verbrechens, 3. wann der Inquiſit arretirt, und die Inquiſition ihren Anfang genommen; 4. wann die Inquiſition geendiget, oder wovon ſie ſich aufhalte; 5. Wann Acta diſtribuirt und wer Re- und Correferent ſeye; 6. wenn und was erkannt worden; 7. ob ulterior defenſio geſucht worden; 8. was zulezt auf ulteriorem defenſionem oder ſonſt confirmatorie erkannt, und wie das Erkenntniß vollzogen worden.

Und es iſt bekannt, daß bey wenigen Jahren her mehrere groſſe Herrn eben diſes Mittels ſich auch bedienet haben, die Gerichte dadurch zu vermögen, daß die Proceſſe bälder abgethan werden: Es hat aber auf beyden Seiten mehr als Eine Urſach, warum es dennoch meiſtentheils wenig hilfft.

§. 5.

Verſuch der Güte. Von dem Verſuch der Güte iſt zum Theil ſchon oben Cap. 1. §. 20. geredet worden; deme ich hier diſes beyfüge:

In der Chur-Sächſiſchen Erledigung derer Landesgebrechen von 1612. lautet es §. 21. „So ſollen ſie (die Beamte,) auch geringe und ſchlechte Sachen, nicht alſobalden, ihres Genieſſes halber, in Proceß weiſen, ſondern möglichen Fleiß anwenden, damit denenſelben, fürnemlich zwiſchen Obrigkeit und Unterthanen, amicabili compoſitione, oder durch gebührende Weiſung, abgeholffen werde: Da aber ihnen einiger Zweifel vorfiele; mögen ſie ausführlichen Bericht einſchicken, und, wie ſie die Partheyen entſcheiden ſollen, ſich Beſcheides erhohlen.“

Eine andere Reſolution für die Landſtände von 1718. beſagt: „In Juſtizſachen läſſet man ſich bey der Landesregierung die Pflegung der Güte aufferſten Fleiſſes angelegen ſeyn: Und ob wohl, alle Sachen ohne Unterſcheid in Vorbeſcheid zu ziehen, ohnmöglich; geſtalten auch in der neuen Erledigung §. 39. ſolches wohl erkannt, und die darinnen angezogene Verhinderungen ſeit der Zeit um ein groſſes vermehret worden; ſo wird doch in allen Fällen, da es ſich nur practiciren läſſet, das anbefohlene genau beobachtet.“

In dem Chur- und Märckiſchen Landtags-Abſchid von 1653. verſprache der Churfürſt: Er wolle dem Cammergericht zu Cölln an der Spree und der Neumarckiſchen Regierung zu Cüſtrin anbefehlen, zuforderſt die gütliche Handlung mit allem Fleiß zu verſuchen.

Anno 1717. 13. Mart. ergienge ein K. Preußiſches Edict wegen Abkürzung der Proceſſe, inſonderheit durch den Verſuch der Güte vor Anfang aller Proceſſe.

Die Mecklenburgiſche Landſtände baten An. 1609. daß bey dem Hofgericht allezeit erſtlich die Güte geſuchet werden ſolle: Sie erhielten auch den 26. Jun. 1610. zur Reſolution: Der Herzog wolle von ſeinen Hof- und Landräthen Gutachten erforderen, wie die ſtreitende Parthien durch gütliche Behandlung ohne Proceß zu entſcheiden ſeyn möchten, und ſollen fürnemlich bey dem extraordinari-Hofgericht gütliche Handlungen unter denen Parthien gepflogen werden.

§. 6.

In peinlichen, manchmalen auch in bürgerlichen, Sachen gehen vor dem formlichen Proceß ſummariſche Verhören vorher; auch diſen nun kan der Landesherr Ordnungen vorſchreiben. Summariſche Verhöre.

Eine gedruckte Fürſtl. Heſſen-Hanauiſche Hofgerichts-Verordnung wegen der ſummariſchen Verhören kame An. 1742. heraus.

§. 7.

In denen Kayſerlichen Lehenbrieffen für Reichsſtände und Andere über den Blutbann pflegen gewiſſe Reglen vorgeſchriben zu werden, wornach man ſich in peinlichen Sachen richten ſolle. Z. E. in einem von 1711. für den Abten zu Ochſenhauſen lautet es alſo: „Leihen ihme den (Blutbann) auch von Röm. Kayſerlicher Macht, „ alſo, daß er ſolches alles von Uns und dem heil. Reich in Lehenweis innehaben, und den jeztberührten Bann, über das Blut zu richten, fürters den Seinen, die ihn zu einer jeden Zeit darzu nützlich beduncken, und Vernunfft und Erbarkeit halber darzu ſchicklich und gut ſeyn, zu richten befehlen ſoll und mag, bey dem Eyd, ſo er Uns, als hernach ſtehet, darum gethan und von ſeinen Richtern und Amtleuten, denen er ſolchen Bann befehlen wird, auch nehmen ſoll, in allen Händeln, die für ſie kommen, gleich unpartheyiſche Richter zu ſeyn, gegen dem Armen als dem Reichen, und dem Reichen als dem Armen, und darinn nicht anzuſehen weder Muth, Gab, Gunſt, Furcht, Freundſchafft, Feindſchafft, noch ſonſt ganz keine andere Sachen, dann allein gerechtes Gericht und Recht; inmaſſen ſie das gegen GOtt dem Allmächtigen an dem jüngſten Gericht verantworten wollen.“ Peinlicher Proceß.

Uebrigens iſt die Art des peinlichen Proceſſes öffters durch die Landes-Geſeze und Verfaſſung beſtimmt. Z. E. ſo muß in Würtemberg gegen diejenige, welche der Landesfreyheiten fähig ſeynd, wie wir oben gehöret haben, ein formlicher Proceß angeſtellet werden, und es hat kein ſummariſcher Proceß ſtatt.

Hingegen iſt durch Schwäbiſche und andere Crays-Schlüſſe mehrmalen feſtgeſtellet worden, daß gegen Jauner, Zigeuner, und andere Diebsbanden, auch herrenloſes und herumſchweiffendes Geſind, nur ein ſummariſcher peinlicher Proceß gebraucht werden ſolle. vid.

MOEGLING (Joh. Frid.) de Circularibus Edictis contra Perſonas palantes, in ſpecie Zingaros, Jauner und Spizbuben. Tübingen, 1746. 4.

Und, vermöge einer Herzoglich Würtembergiſchen Reſolution von 1730. 5. Jun. ſollte ein aus dem Land gebürtiger Jauner ebenfalls nach diſen Crayſchlüſſen ohne Proceß behandelt werden.

Von anderen hieher gehörigen Sachen melde ich, über das bereits oben angeführte, noch folgendes:

Die Chur-Sächſiſche Erledigung der Landesgebrechen von 1612. enthält §. 5. eine Verordnung wegen des Inquiſitionsproceſſes.

An. 1720. 16. Oct. ergienge ein K. Preußiſches Edict, daß die Diebshehler, wann ſie überführet werden, ohne Weitläufftigkeit und Formalität des Proceſſes zu beſtraffen ſeyen.

In dem Braunſchweig-Hanoveriſchen Landtagsabſchid von 1639. wurde verglichen: Der zu peinlichen Sachen beſtellte Secretarius ſolle die vorfallende Sachen auf der Fürſtlichen Rathſtube unaufhaltlich anmelden, damit die Beamte mit ſchleunigem Beſcheid verſehen und es alſo angeordnet werde, damit die Delinquenten nicht lang in der Verhafftung gehalten, ſondern, nach Befindung, ſchleunigſt zu verdienter Straffe gezogen werden.

Hieher gehöret auch, was in denen Münſteriſchen Landesfreyheiten von 1570. §. 11. gemeldet wird: Der Landesherr wolle die Hafftung, nach Beſchaffenheit der Perſonen und Thaten, beſcheidentlich anſtellen und verordnen, ohne Gefährde.

Eine Baden-Durlachiſche Verordnung, wegen der, ſtatt der Beſiebnung, nochmaligen Vernehmung der Inquiſiten, kame 1755. 13. Dec. heraus.

Die Oſtfrieſiſche Stände verlangten An. 1619. Daß bey dem Hofgericht keine criminal-Proceß, „ erkannt werden mögen, es ſey dann demſelben durch vorgehende rechtliche Inquiſition kund und offenbar, daß eine Uebelthat begangen, und derjenige, ſo angeklaget werden will, deſſen aus redlichen Urſachen verdächtig ſeye.

Die General-Staaten aber reſolvirten darauf: Man muß denen Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren zutrauen, daß ſie ihrer Pflicht eingedenck seyn, und wiſſen, mit wie viler Circumſpection in criminalibus procediret werden müſſe. “

Die

Die Kennzeichen eines peinlichen Proceſſes ſeynd nicht überall einerley.

In gewiſſen Landen wird die Reſponſio ad articulos inquiſitionales dafür angeſehen.

In anderen Landen iſt die Läutung des Malefiz-Glöckleins ein Zeichen eines criminal-Proceſſes: Es wird aber zuweilen, gegen Erlegung eines gewiſſen Taxes, darin diſpenſirt.

In unſern Tagen hat man abſonderlich auch die Mißbräuche derer Hexen-Proceſſe abzuſtellen geſucht.

Wegen der Hexen-Proceſſe und deren Verbeſſerung ergienge An. 1714. 13. Dec. ein K. Preußiſches Edict

Und An. 1766. 5. Nov. erfolgte eine K. Böhmiſch-Oeſterreichiſche Verordnung wegen der Zauberey, Hexerey, Wahrſagerey, ꝛc.

Ingleichem haben einige Landesherrn in Anſehung der Tortur neue Grundſäze angenommen.

Die K. Preußiſche ſeit 1740. ergangene Verordnungen wegen Abſchaffung der Tortur, auſſer in gewiſſen ausgenommenen Fällen, ſeynd an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen.

Der Herzog zu Mecklenburg-Streliz ſchaffte An. 1770. die Folter, biß auf einige wenige auſſerordentliche und beſtimmte Fälle, ab.

Noch iſt die Frage: Ob es ſich zu einer Landesbeſchwerde qualificire, wann in peinlichen Proceſſen einem Inquiſiten nicht von Amtswegen ein Defenſor zugegeben wird?

In Sachen Baſel contra Baſel erkannte der Reichs-Hofrath den 10. Jan. 1736. ad Grav. daß in Criminalibus kein Defenſor geſtattet oder gebrauchet worden: Es lieſſen zwar Ihro Kayſerl. Maj. quoad modum defenſionis der Inquiſiten es bey dem alten, ſo wohl in dem Biſthum Baſel, als in vilen anderen Orten, üblichen Herkommen, (daß nemlich bey der Hauptrelation derer Inquiſitions-Acten in dem Fürſtlichen Hofrath & in pleno Conſilio, auch allenfalls mit Zuziehung des general-Advocati, die defenſio Inquiſiti ex officio ſorgfältig beobachtet und unterſuchet werde,) jedoch dergeſtalt, bewenden, daß, wann ein Inquiſit einen beſonderen Defen-

 ſorem

(1) in H. BEHMERS nov. Jur. controv. 1. Theil, p. 74.

ſorem verlangte oder gebrauchen wollte, ihme ſolche niemalen verſaget, und, wie der Herr Fürſt ſich ſelbſten gar billigmäßig erkläret hätte, ſolcher ſpecial-Defenſor unweigerlich zugelaſſen werden ſolle."

Wie Reichsſtände, welche in vermeinten oder angeblichen criminal-Fällen illegal verfahren, von denen Reichsgerichten in die rechtliche Schrancken gebracht werden, kan man aus Beyſpilen bey dem Freyherrn von CRAMER (1) erſehen:

Abſonderlich aber wird davon in meinem Tr. von der Teutſchen Juſtizverfaß. 2. Buch, 19. Cap. gehandelt.

§. 8.

Bürgerlicher Proceß.

Bey denen bürgerlichen Proceſſen und deren Gattungen kommt es abermalen lediglich auf das Landesherrliche Belieben, oder, wo dieſelbige nicht allein hinreichend iſt, auf die Vernehmung, oder auch Mit-Einwilligung, derer Landſtände, an:

Dahero findet man auch in denen verſchidenen Teutſchen Landen ſo vilerley Arten von civil-Proceſſen; die aus denen Schrifftenſtellern von Proceſſen und deren beſonderen Gattungen erlernet werden müſſen, wobey ich mich aber hier nicht aufhalten kan.

In dem Reichs-Abſch. von 1654. §. 137. iſt zwar verſehen: „Es ſollen auch Churfürſten und Stände des Reichs bey ihren Untergerichten die Verordnung thun, damit, ſo vil möglich, bey denenſelben die Norma des Cammergerichtlichen Proceſſes obſerviret werde:" Es ſtehet aber ſogleich dabey: „Jedoch mit diſem ausdrücklichen Vorbehalt: Dafern bey ſolchen Judiciis ein anderer Modus eingeführet, und biß dahero beſtändig hergebracht worden, daß es auch dabey ſein ungeänderter Verbleiben haben ſolle: Gleichwohl aber was von Abſchneidung der Productorum Weitläufftigkeit oben verſehen, in Acht genommen werde."

Es entſtehen auch manchmalen Landesbeſchwerden über Mißbräuche derer Gerichte in modo procedendi.

In denen Mecklenburgiſchen Reverſalien von 1572. wurde verſprochen: Es ſolle kein pönal-Mandat aus der Gerichts- oder Hofcanzley im Anfang ohne Juſtificatori-Clauſul ausgehen.

Unter

(1) Obſ. 172. Tom. 1. p. 443.

Unter Herzog Carl Leopolden zu Mecklenburg klagte deſſen Ritter- und Landſchafft bey dem Reichs-Hofrath (1): „1. Wie de Jure communi ab executione der Anfang nicht zu machen, noch ſo fort Mandata S. C. & quidem pœnalia, zu ertheilen; alſo ſollten ebenfalls 2. nach Inhalt derer Mecklenburgiſchen Landes-Reverſalen im Anfang keine Mandata pœnalia ſine clauſula juſtificatoria ausgehen.

3. Diſem iſt eine geraume Zeit her faſt in allen Fürſtlichen Gerichten, inſonderheit gegen dem Adel dergeſtalt zuwider gelebt, daß 4. wenn ſolchen Mandatis, etiam in cauſis privatis, nicht ſchlechterdings Folge geleiſtet, der Fiſcalis ſo fort wider die von der Ritterſchafft excitiret worden . . .

Weshalb 5. zu verfügen gebeten wird, daß künfftig im Anfang keine Mandata ſine clauſula juſtificatoria ausgelaſſen werden, oder ſelbige widrigen Falles unkräfftig ſeyn ſollen.“

Die darauf erfolgte Reſolution von 1724. 19. Oct. lautet: „Es ſolle von denen Fürſtlichen Judiciis im Anfang des Proceſſes kein Mandatum pœnale anderer geſtalt, als mit Einverleibung der Clauſulæ juſtificatoriæ, (auſſer in denen eximirten vier Fällen,) erlaſſen, ingleichem ſub pœna irriti & caſſationis, nicht mit gewaltſamer That, Zugriff und Einziehung derer Güter, oder Execution, auſſer in denen höchſt-ſträflichen peinlichen Fällen, ſondern mit Citation zu Verhör- und Erkundigung der Sachen, ordentlich verfahren werden.“

In denen Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten ſprach der Kayſer An. 1597. „Mandata executiva die ſollen dem Grafen in Fällen, da man de Jure à præcepto anfangen kan, unverwehrt, hingegen aber denen, ſo jezo oder künfftig dadurch gravirt, an gebührenden Orten den Grafen zu beſprechen, unbenommen ſeyn.

§. 9.

Ein Landesherr iſt befugt, zu verordnen, in was für Fällen ſummariſch ſolle verfahren werden, und wie? Summariſcher Proceß.

Dahin gehören z. E. die Proceſſe in Wechſel- und anderen Handlungs- wie auch in Policey-Sachen.

Anno

(1) KLüVERS Beſchreib. Mecklenb. Tom. 3. App. 6. p. 251.

Anno 1717. 8. Oct. wurde ein K. Preußiſches Reſcript wegen des Proceſſus ſummarii, und welche Sachen für ſummariſch zu halten, erlaſſen.

Anno 1718. 12. Apr. kame ein anderweites K. Preußiſches Edict zum Vorſchein wegen des ſummariiſſimi Poſſeſſorii, und wie die Streitigkeiten wegen der Poßeßion kurz auszumachen.

Der Herzog zu Br. Wolffenbüttel verordnete An. 1722. 16. Febr. Daß die vor das Landgericht gehörige Sachen ſummariter zu tractiren ſeyen.

Wann in Mecklenburg ein Proceſſus ſummariiſſimus ſtatt haben ſolle, wurde durch ein Reichs-Hofraths-Concluſum von 1724. 19. Oct. entſchiden.

Der Graf zu Oſtfrießland vergliche ſich mit ſeinen Landſtänden An. 1614. umſtändlich, wie in Pönfällen und Brüchſachen, wie auch in Teichſachen, an denen Obergerichten ſummarie procediret werden ſolle.

Die Stände verlangten An. 1618. ferner: „Daß in cauſis ſummariiſſimi Poſſeſſorii, vel aliis, quæ moram ferre non poſſunt, das Hofgericht die Parthien mündlich vorbeſcheiden, und, nach eingenommenem Verhör, proviſionaliter alsbald darauf entſcheiden möge.

Die General-Staaten meldeten, ſtatt einer Reſolution darauf: Der Gräfliche Canzler und Räthe hätten ſich declarirt, ſie hätten nichts darwider, daß diſes beſtändig alſo obſerviret werde:

Der Graf aber machte die Anmerckung dabey: „Es iſt zu verwundern, was die Poſtulanten zu diſer Klage verurſachet; ſintemal jederzeit es alſo gehalten worden, es auch der Hofgerichts-Ordnung gemäß iſt; darwider wann von Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren etwas geſchehen, hätte man es billig Ihro Gnaden, und nicht fremden Potentaten zu klagen.“

Diſe Stände klagten aber An. 1662. wieder: „Obwohl Ihro Fürſtl. Gn. in dem 19den Art. des Emdiſchen Landtagsſchluſſes de An. 1618. Cap. 1. Sich erkläret, zufriden zu ſeyn, daß die Herrn Hofrichter und Aſſeſſores in cauſis ſummariiſſimi poſſeſſorii, vel aliis, qui moram ferre non poſſunt, die Parthien mündlich verbeſcheiden, und geſchwind Recht ſprechen; ſo werden dennoch Partheyen, durch die Ferien, Dilationen, und langſame Ordnung de-

rer

rer Procuratoren, darinn zurückgeſezt, und ihnen in ſolchen privilegirten Sachen das ihrige lange Jahre vorenthalten: deßwegen die Stände begehren, daß, mit Ihrer Fürſtl. Gn. Conſens, die Verſehung gethan werden möge, daß in ſolchen Sachen, in ſpecie wenn in Judicio retinendæ Poſſeſſionis vel Spolii gehandelt wird, wie auch in Contraventionsſachen wider die Accorden, item in Teich- und Syhlſachen, von 14. Tagen zu 14. Tagen, derer Quartalen, Ferien und Procuratoren-Ordnung ohngeachtet, procediret, und darzu, wie in Landgerichtsſachen gebräuchlich, ein gewiſſer Tag, auſſer denen ordinairen Audientien, anberahmet werden ſolle.“

Der Fürſt antwortete: „Ueber diſen Punct haben Ihre Hochfürſtl. Gn. Dero Hofrichter und Aſſeſſoren unterthäniges Bedencken vernommen, welche dafür halten, daß diſes poſtulirter maſſen nicht zu practiciren ſey; erachten ſich auch nicht ſchuldig, derjenigen Zeit, ſo dieſelbe in den Ferien zu nothwendiger Verrichtung ihrer privat-Geſchäffte übrig haben, ſich zu begeben.“

Endlich vergliche man ſich An. 1663. dahin: „Es ſoll ſich das Hofgericht in denen obberührten Sachen præciſe nach dem 17den Art. des Emdiſchen Landtags-Schluſſes de An. 1618. richten: Was aber die Terminen, ſo in denen Proceſſen derer allegirten Sachen gehalten werden müſſen, anlanget; ſo wird die Verſehung deßwegen zu thun ausgeſtellet, damit bey der Viſitation des Hofgerichts gute Ordre zur kurzen Expedition der Juſtiz geſtellet werden möge: Und ſoll das lezte Membrum der obberührten (Beſchwerde,) zugleich ein Ingrediens in der Inſtruction für die Herrn Viſitatores des Hofgerichts ſeyn.“

Doch gehet es nicht an, in denenjenigen Sachen einen ſummariſchen Proceß anzuordnen, worin nach der Landesverfaſſung der ordentliche Weg Rechtens ſtatt haben ſolle; z. E. in Würtemberg in peinlichen Rechtsſachen derer Unterthanen, beſonders derer Burger.

§. 10.

Beſondere Gattungen des Proceſſes.

Wo es in einem Land auch ſonſt eigene Gattungen von Proceſſen hat, oder ein Landesherr gut findet, dergleichen anzuordnen, äuſſert ſich des Regentens Geſezgebungsrecht auf eine ſeiner Landes-Verfaſſung gemäſſe Art auch darinn. Z. E.

Anno 1706. 8. Maj. ergienge eine K. Preuſſiſche Verordnung an das Ober-Appellationsgericht, wie es in fiſcaliſchen Proceſſen zu halten ſeye.

Eine F. Baden-Durlachiſche Verordnung, wie die Gantproceſſe zu erkennen, iſt abſque dato im Druck.

Eine Inſtruction und Ordnung, wornach man ſich bey denen Aemtern und Gerichten des Fürſtenthums Brandenburg-Onolzbach bey ſich ereigneten Concurſen und Schuldaustheilungen, ſo wohl ratione Proceſſus, als Locationis Creditorum zu achten, kame zu Onolzbach, 1731. fol. heraus.

§ 11.

Inſtanzien. In allen Reichsſtändiſchen Landen, (auſſer denen, welche kaum in ein paar Dörffern beſtehen,) gibt es verſchidene Gerichts-Inſtantien, oder nidere und hohe Gerichte.

Solchen Falles nun wird es als ein Stück derer Landes-Freyheiten angeſehen, daß diſe Inſtanzien behörig beobachtet werden müſſen, und man keine derſelbigen übergehen darff:

Wo auch Landſaſſen, Stätte, 2c. die Erb- oder nidere Gerichte beſizen, haben ſie noch ein beſonderes Intereſſe dabey, daß dieſelbige nicht vorbeygegangen werden.

Anno 1726. 27. Apr. gienge ein K. Preußiſches Patent aus: Daß Niemand, er ſeye wer er wolle, mit ſeinen Klagen die geordnete erſte Inſtanz vorbeygehen ſolle.

Anno 1729. 1. Nov wurde ein K. Preußiſches wiederhohltes und geſchärfftes Edict bekannt gemacht, daß unter militair- und civil-Perſonen in allen Klagſachen die beyderſeits ordentliche Inſtantien, nach ihrem hierinn feſtgeſezten Unterſcheid, ohne einigen Eingriff, von allen und jeden genau beobachtet, und darinn, wie auch bey Judiciis mixtis, vorgeſchribener maſſen ponctuel verfahren, von Niemand einige eigenmächtige Execution vorgenommen, und der Mißbrauch der Commißionen abgeſtellet werden ſolle.

In Sachen: Baſel contra Baſel, ſprache der Reichs-Hofrath An. 1736. 10. Jan. Kayſerliche Maj. verſehen Sich zu dem Herrn Biſchoffen, er werde von ſelbſten dahin beſorgt ſeyn, daß hinkünfftig denen erſten Inſtanzien nicht präjudiciret werde.

Die Mecklenburgiſche Ritterſchafft und andere Begüterte beſchwerten ſich An. 1685. daß die Beamte und Andere, ſo Anſprach

an

an ſie zu haben vermeinen, ihre Unterthanen, und Andere, ſo in ihrer Bottmäßigkeit wohnen, irrequiſito Judice competente, darunter ſie wohnen, für Gericht ziehen und daſelbſt wider ſie erkennen; da doch dem Adel und Landbegüterten, weil ſie die Jurisdiction haben, prima Inſtantia gebühre.

Der Herzog erklärte ſich darauf: Daß er Ritter- und Landſchafft bey der ihnen cum Feudo und übrigen Gütern verliehenen Jurisdiction und deren Inſtanz, durch die Beamte oder Andere beeinträchtigen zu laſſen, nicht gemeint; ſolchergeſtalten der Herzog einem Jeden ſeine Jurisdiction, um die Sache zu erſt, (dafern er anderſt ſelbſt dabey nicht intereßirt,) wider die unter ſeiner Jurisdiction Befindliche, zu verhören und zu entſcheiden laſſen, vorher aber die Cognition vor die Juſtiz-Canzley, Land- und Hofgericht, auch Conſiſtorium, (es möchten dann ſimpliciter Conſiſtorialia, oder ſolche Sachen ſeyn, welche quoad primam Inſtantiam ans Conſiſtorium, oder jeztgedachte hohe Gerichte gehören,) zu ziehen nicht verſtatten wolle. Es müſſen aber auch die von Ritter- und Landſchafft den Parthien gebührlichen und forderſamſten Rechts verhelffen.

Diſes beſtättigte der Reichs-Hofrath An. 1733. 23. Mart. mit dem Anhang: Daß, extra caſum denegatæ vel protractæ Juſtitiæ, die Acten von denen adelichen Gerichten nicht avociret werden; hingegen aber auch die von Ritter- und Landſchafft bey ihren Gerichten denen Parthien gebührlichen und forderſamſten Rechtens verhelffen, und, dafern ſie gegen die in ihrer Jurisdiction Befindliche ſelbſt zu klagen haben, ſolche Sache vor und von geſchworenen Juſtitiariis, oder wenigſtens darzu beſonders vereydigten Notariis, inſtruiren, und in wichtigen Fällen, oder auch auf Verlangen einer Parthie, die Acta jedesmahl zum auswärtigen Rechtsſpruch verſchicken laſſen ſollen.

Der Fürſt zu Oſtfriesland und ſeine Stände verglichen ſich An. 1699. dahin: „Der Fürſt wolle es bey jedes Orts ordentlicher Juſtiz bewenden laſſen.“

Hinwiederum müſſen auch die Unterthanen nicht ſelbſt die behörige Inſtantien und ſich per ſaltum an ein höheres, oder gar ein

Reichsgericht wenden; davon an unten (1) angezeigtem Ort das mehrere nachzuſehen iſt.

Wann wegen des Rechts diſer oder jener Inſtanz Streit entſtehet, kommt es eigentlich dem Landesherrn zu, denſelbigen zu entſcheiden.

In dem Braunſchweig Hanoveriſchen Landtags-Abſchid von 1650. liſet man: „ Zum fünften wegen des Juris primæ Inſtantiæ in civilibus der kleinen Stådte über ihre Bürger, reſolviren S. Fürſtl. Gnaden ſich dahin: Daß diejenige kleine Stådte, welche ſolche Jura primæ Inſtantiæ beweislich haben, dabey ſollen geſchüzet, daſern aber hierunter zwiſchen den Beamten und kleinen Stådten Streit fürfiele, ſolle derſelbige für der Fürſtl. Rath-Stuben entſchiden, immittelſt aber ein jedweder bey ſeiner Poſſeßion, darinn er ſich beweislich befindet, bis zu Austrag der Sachen gelaſſen werden. “

Wie ferne aber erlaubt ſeye, ſolcher Perſonen, die unter einem Foro ſtehen, welches keine Rechtsſachen in gerichtlicher Form verhandelt, Proceſſe an ein hohes oder anderes Gericht, (ſo ſonſten der Regel nach nicht in der Sache zu erkennen håtte,) zu remittiren? kommt auf jeden Landes eigene Verfaſſung an:

So auch, ob, wann und wie ferne man bitten könne, eine Sache von ihrem ordentlichen Gericht abzuruffen, und an ein anderes Gericht zu verweiſen?

In Würtemberg muß für die Remißion einer Sache von der Regierung an ein Gericht ein gewiſſer Tax bezahlt werden.

Ferner iſt ein Landesherrliches Vorrecht, daß von derer Untergerichten derer Landſaſſen und Communen Sprüchen an ihn und an ſeine Gerichte appelliret werden kan, und in ſo weit muß, daß die Appellation ſonſten nirgends wohin ergehen darff.

In dem Halberſtåttiſchen Homagial-Receß von 1650. wurde §. 3. dem Domcapitul die Gerichtbarkeit in civilibus & criminalibus in prima Inſtantia, una cum Leuteratione, beſtåttiget, mit dem Anhang jedoch: „ Solle aber ein- oder anderer Theil durch die in prima Inſtantia ausgeſprochene Sentenz ſich gravirt befinden; ſtehet ihme in alle Wege frey, davon zu appelliren: Welche Appellation

(1) im Tr. von der T. Juſtiz-Verfaß. 2. Buch, 2. Cap.

lation alsdann an Niemanden anderſt, dann an Uns, als den Landesfürſten, immediate dirigiret werden muß. "

Doch gibt es auch Abfälle von diſer Regel; davon in dem Teutſchen nachbarlichen Staatsrecht nachzuſehen iſt.

§. 12.

Etwas beſonderes iſt, wann ein Beklagter Electionem Fori hat. Electio Fori.

So haben in Oſtfrießland, (Krafft Vergleichs von 1611.) die Perſonen bürgerlich- oder Bauren-Standes, (wegen derer von Adel ſtreitet man noch,) wann ſie criminaliter belangt werden, die Wahl, ob ſie ſich vor der Fürſtlichen Canzley, oder dem Hofgericht, wollen proceßiren laſſen.

Die Oſtfrieſiſche Stände klagten An. 1662. „ Ob wohl dem Reo, oder gefänglich Eingezogenen die Electio Fori abſolute freyſtehet; (Oſterhuſ. Accord. Art 23.) ſo will doch ſolche, unter allerley Prätexten, als, daß derſelbige, ob gleich gefangen, dennoch nicht angeklaget worden, und ſonſten, eludiret, auch dem Actori Fori electio geweigert werden „.

Darauf wurde An. 1663. verglichen: „ Diſer Punct wird bey dem allegirten 23ſten Art. des Oſterhuſiſchen Accords und bey dem Jure communi gelaſſen, damit in vorfallenden rechtmäßigen Klagen darinn, nach Befinden, wie ſichs gehöret, die Verſehung gethan werden möge. "

add. Cap. 3. §. 33.

§. 13.

Ob ein Landesherr und deſſen Gerichte ſeiner Landſaſſen Unterthanen unmittelbar vorladen, oder ſolches durch die mittelbare Obrigkeit verrichten laſſen müſſen? dißfalls kommt es auf jeden Landes beſondere Verfaſſung, Verträge und das Herkommen an. Citationen.

In der Sachſen-Gothaiſchen Erledigung der Altenburgiſchen Landesgebrechen von 1684 den Adel betreffend, heißt es Cap. 2. §. 5. „ Die Citationen an der ſchrifftſäßigen von der Ritterſchafft Unterſaſſen ergehen von der Regierung immediate, und läſſet ſich von dem dißfalls üblichen, auch in gemeinen Rechten gegründeten, Stylo nicht abweichen. §. 18. Und allermaſſen dann in Obergerichts-Fällen Unſerer und Unſerer Herrn Brüder Aemter nicht ſchuldig ſind, die auf Canzleyſchrifft ſizende Erbgerichts-Herren um Stel-

 lung

lung derer unter des Amts Obergerichten geſeſſenen Unterthanen zu requiriren; alſo hat es aber in Erbgerichts Sachen eine andere Gelegenheit, und werden die Beamten, wenn ihre Jurisdiction ratione cauſæ oder ſonſt fundirt, und ſie alſo in der Sache zu cognoſciren haben, gleichwohl die beſchuldigte, oder litigirende, oder auch zum Zeugen angegebene Perſon, unter des Amts Erbgerichten nicht geſeſſen, oder wohnhafft, den Erbgerichtsherrn, wenn derſelbe ſchrifftſäßig, gebührend zu requiriren wiſſen: wenn aber derſelbe amtſäßig, mögen ſie in obigen Fällen, wie Herkommens, auch ohne Requiſition citiren: Und weilen nicht zu zweifeln, daß ein und anderen Orts diſer Dinge halber richtige Verträge vorhanden, werden dieſelbe hierunter nicht unbillig in behörige Obacht gezogen.“

Naſſau-Saarbrücken vergliche ſich An. 1729. mit ſeinem Landſäßigen Cloſter Wadgaſſen: Daß die Clöſterliche Gemeinden und Unterthanen nicht unmittelbar vorbeſchiden, ſondern die Vorladung dem Prälaten zugeſchickt, und alsdann denen Citirten von ihme die Erſcheinung auferlegt werden ſolle: Doch werde der Landesherrſchafft die unmittelbare Vorladung in Appellationsſachen, auch Forſtfrevel-Fällen, ſo ſich in denen Landesherrſchafftlichen Waldungen ereignen, gelaſſen.

Und der Fürſt zu Oſtfrießland vergliche ſich An. 1699. mit ſeinen Landſtänden, 1. daß (wie wir bereits gehöret haben,) die Unterthanen zur Erndtezeit in Sachen, welche Verzug leiden, nicht mit Citationen beſchweret werden ſollen; 2. Sollen die Citationen ad reaſſumendum, nach dem Exempel des Kayſerl. Cammergerichts ceßiren, und die Mandata Procuratorum darnach eingerichtet werden; 3. daß bey der Hofcanzley denen Citationen ex officio (auſſer in pönal- und criminal-Sachen,) die Urſachen einverleibet werden ſollen.

§. 14.

Cautionen. Auch die gerichtliche Cautionen ſeynd zuweilen eine Materie der Landesverträge Z. E.

In denen Münſteriſchen Landesfreyheiten lieſet man §. 13. „Da einer ‹ ‹ ‹ flüchtig oder vagabund wäre, ſoll er, Bürgen, des Rechten Erkenntniſſes genug zu thun, zu ſtellen, ſchuldig ſeyn: Da er aber in Unſerm Stifft Münſter-begütert, ſollen ſeine Güter zum Pfande ſtehen und davor hafften.“

Was

Was die Würtembergiſche Landesverfaſſung wegen ſtellender Bürgſchafft derer, welche um Geld wollen geſtraft werden, mit ſich bringe, ſiehe oben Cap. 1.

§. 15.

Eine Baden-Durlachiſche Verordnung wegen des Perhorreſcenz-Eydes kame 1757. 10. Sept. heraus; Eyde.

Und eine gegen den Mißbrauch der Eyde, 1762. 9. Oct.

Eine K. Däniſche auch im Holſteiniſchen ꝛc. publicirte, Verordnung wegen Einſchränckung des überflüßigen Gebrauchs der Eyde, von 1758. iſt an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen.

§. 16.

Ob gleich die in Rechtsſachen zu beobachtende Fatalien entweder in denen Landesgeſezen beſtimmet ſeynd, oder, in deren Ermanglung, darinn denen gemeinen Rechten nachgegangen wird; ſo kan es doch auch darüber zu Landtags-Handlungen kommen. Z. E. Fatalien.

Nach dem Braunſchweigiſchen Landtags-Abſchid von 1770. ſolle es dabey ſein Verbleiben haben, daß die in der Hofgerichts-Ordnung usque ad proximam geſezte Fatalien und Friſten auf 4. Wochen eingeſchräncket worden.

§. 17.

Ferner hat ein Landesherr nicht zu verlangen, daß in denen ihne, ſeine Cammer, Fiſcum, u. d. betreffenden Angelegenheiten, zu Anderer Nachtheil, ermeldter Cammer oder Fiſco mehrere Vorzüge geſtattet werden, als ſich denen gemeinen oder Landes Rechten nach gebühret. Privilegia Fiſci.

In dem Chur- und Märckiſchen Landtags-Abſchid von 1653. liſet man: „Zum 27ſten begehren Wir dem Fiſco keine weitere Privilegia einzuraumen, als demſelben de jure communi zuſtehen, und gebühret ihm in pœnis kein jus prælationis.“

Anno 1709. 30 Mart. wurde ein K. Preußiſches Edict erlaſſen: Daß die Königl. Caſſen die Präferenz und hypothecam tacitam auch in feudalibus haben ſollen; welches den 11. Jun. auf die general-Hypothequen extendiret wurde.

In Sachen: Baſel contra Baſel, lieſſe es der Reichs-Hofrath An. 1736. 10. Jan. bey des Fürſtens Erklärung: Daß er bey Gant-

(1) in den nov. Act. hiſt. eccl. 2. Band, 470. S.

Gantſachen in privat-Sachen keine Prælation, auſſer mit Recht, verlangen werde, bewenden.

Von denen rechtmäßigen Gränzen derer Privilegiorum des Fiſcalis und Advocati Cameræ, wie auch derer cauſarum fiſcalium ſelbſt, in Mecklenburg, iſt die Kayſerliche Reſolution von 1724. 19. Oct. Art. 2. in fin. nachzuſehen.

§. 18.

Und Anderer. Ein Landesherr iſt befugt, auch anderen Corporibus, Collegiis, Societäten, oder einzelnen Perſonen, in Concurs- und anderen Sachen gewiſſe rechtliche Vorzüge als ein Privilegium zuzugeſtehen; wann anderſt ſelbige 1. nicht wider die Landesverfaſſung anſtoſſen, 2. noch zum Nachtheil eines Dritten gereichen, der ein älteres unwiderrufliches Privilegium hat, 3. noch auf eine widerrechtliche Weiſe auch rückwärts würcken ſollen:

Wie wir gleich jezo bey denen Concursſachen mit mehrerem vernehmen werden.

§. 19.

Concursſachen. Wer in Concursſachen vor andern Glaubigern ein Vorrecht haben ſolle, davon hat man allerley Landesherrliche Verordnungen in Landrechten, eigenen Concurs-Ordnungen und einzelnen Geſezen. Z. E.

In Bayern (1) iſt der Tuch-Niderlags-Compagnie zu München An. 1689. das jus Prælationis bey denen dahin hafftenden Schuldnern per Privilegium ſpeciale beygelegt worden; und An. 1730. wurde der Landſchafft bey damahliger Uebernehmung der innländiſchen Fabriquen das Privilegium Prælationis auf dem Vermögen der Kaufleute, welchen von der Fabrique creditiret worden, gleich nach denen Landſteuren und Aufſchlägen, vor allen übrigen Creditoren eingeraumt, dabey aber durch ein Generale declarirt, daß ſolches nur von jenen Creditoren zu verſtehen ſeye, deren Schuldverſchreibungen und Hypothequen jünger ſeyen, als obiges Privilegium.

In der Chur-Sächſiſchen Erledigung der Landesgebrechen von 1612. iſt §. 17. in Concurſen denen Stätten, in Anſehung vierjähriger Land- und Tranck-Steuern, die Priorität, nach dem Liedlohn,

(1) Anmerck. ad Cod. Judic. Bavar. p. m. 279. ſq.

lohn, aus Landesfürſtlicher Macht und Hoheit, zugeſprochen worden.

Anno 1707. 24. Jul. ergienge ein K. Preußiſches Edict wegen der Steuer-Caſſen juris Prælationis.

An. 1719. 20. Sept. wurde vom König in Preuſſen denen, ſo die Woll-Arbeiter mit Geld oder Wolle verlegen, ein jus Prælationis zugeſtanden:

Und An. 1727. 12. Nov. wurde es dahin ausgedehnet: Daß die denen Woll-Arbeitern vorgeſchoſſene Wolle, auch die den Kauffleuten von denen inländiſchen Fabricanten creditirte wollene Waaren, ſo vil davon noch in natura vorhanden, nicht zur Concurs-Maſſa gezogen werden ſollen.

Eine Königlich Preußiſche Verordnung von 1767. 17. Aug. wegen Locirung der Feuer-Societätscaſſen bey Concurſen, findet ſich bey H. GEGEL (1).

§. 20.

Anno 1763. lieſſe das Cammergericht in Sachen ſämtlicher Criechingiſcher Unterthanen contra Criechingen in eine Urthel einflieſſen: Der Gräflichen Canzley ſeye die Communication der original-Gerichts- und Contracts-Protocollen von der Gemeinde Büdingen, gegen abgebenden Schein, nicht zu verſagen: Nach genommener Einſicht aber ſollen ſolche auch wiederum gehörig zurückgegeben werden. Protocolle.

§. 21.

Zu theuerſt die Inſpectio Actorum hat zu Landesbeſchwerden und Verträgen Gelegenheit gegeben. Z. E. Inſpectio Actorum.

§. 22.

In dem Bayriſchen Codice criminali vor 1751. liſet man Cap. 6. §. 13. „Da hiernächſt das jus conducendi ein beſonderes Chur- und Landesfürſtliches Regale iſt, welches von dem Blutbann nicht abhanget; ſo ſollen ſich deſſenweder die Churfürſtliche Juſtiz-Dicaſteria, noch andere Obrigkeiten, ohne Churfürſtlichen ſpecial-Befehl, bey Vermeidung der Nullität eigenmächtig unterziehen, ſondern, wann das Geleit entweder von oder zum Rechten begehret wird, Salvi Conductus.

(1) in der Samml. Landesh. Verordn. 2. Theil, S. 667.

wird, den casum, nach eingenommener genugſamer Information, höchſter Orten einberichten, und Reſolution darüber erwarten. “

Und An. 1662 begehrten die Stände: „ Daß denen Fürſtlichen Miniſtern die Inſpectio Actorum Dicaſterii eben ſo wenig, als denen privat-Partheyen, zugelaſſen werden möge. “

Der Fürſt antwortete: „ Wäre ganz unerheblich und abſurd, daß den Fürſtlichen Miniſtris die Inſpectio Actorum Dicaſterii ſollte verweigert werden, zumalen ejusmodi Acta judicialia publica ſeynd, und deren Inſpectio & Communicatio keinem Menſchen verweigert wird, noch den Rechten nach kan verweigert werden; iſt derowegen diß kein Gravamen, ſondern ein novum & iniquum Poſtulatum. “

Darauf vergliche man ſich: „ Es ſoll obgedachte Inſpectio Actorum auf dem Hofgerichte in des Secretarii Gegenwart geſchehen. “

Der Graf zu Oſtfrießland klagte An. 1619. denen General-Staaten: Daß die von der Ritterſchafft, welche ihre eigene Herrlichkeiten haben, ſich unterſtehen, Maleficanten und Uebelthätern, ſo aus denen Stätten und Aemtern entwichen, ein frey Geleit zu geben:

Die General-Staaten antworteten: Die Ritterſchafft gebe vor, daß ſie in immemoriali poſſeſſione wäre, das Geleit zu geben, und man ihnen ſolches niemalen beſtritten hätte; ſie, General-Staaten, hielten alſo dafür, daß, woferne man ihnen obgedachtes Recht oder Poſſeßion ſtreitig machen wolle, ſolches durch die ordentliche Wege des Rechtens geſchehen müſſe.

Der Graf meinte aber: Er habe, als Landesherr, die Regel für ſich, und die Ritterſchafft müſſe alſo ihre prätendirte Exemtion beweiſen.

Und in dem Oſtfrieſiſchen Vergleich von 1699. heißt es: „ 8. Ihro Durchlaucht wollen denenjenigen, welche vor das Hofgericht citiret ſind, einen freyen Acceſſum und Receſſum, wenn ſie ſonſten ſich geleitmäßig verhalten, verſtatten. “

Die Oſtfrieſiſche Stände verlangten nemlich An. 1619. den Procuratorem generalem ſo wohl, als andere Procuratores, von denen Gerichts-Protocollen zu ſepariren, und keine Inſpection zu geſtatten.

Die

Die General-Staaten reſolvirten: Hofrichter und Aſſeſſoren ſollen ermahnet werden, die Protocollen alſo aufzuheben, damit durch derſelben Einſicht denen Partheyen kein Schade oder Nachtheil darob entſtehe.

Der Graf aber antwortete: Daß billig zu des Hofrichters und Aſſeſſoren Diſcretion ſtehen ſolle, wie weit denen Partheyen die Inſpection der Protocollen zu geſtatten ſeye; man verſtehe auch nicht, warum dasjenige, was publice gemeldet und receßiret worden, wann es die Procuratoren in ihrem Verbal ſo bald und vollkommen nicht aſſequiren können, ihnen ſollte verboten ſeyn, aus dem Gerichtsprotocoll zu compliren.

§. 23.

Wer ſich in Rechtscollegiis des Votirens enthalten ſolle, geben die gemeine Rechte an die Hand: doch kommet auch wohl etwas dergleichen bey Handlungen zwiſchen Landesherrn und deren Landſtänden vor, z. E. Votiren.

Die Oſtfrieſiſche Stände verlangten An. 1619. „ Daß in Sachen, da Advocati Partis Verwandter im Hofgericht ſitzen wird, derſelbe ſich des referirens und votirens gänzlich enthalten, und jederzeit, wann von ſolchen Sachen etwas vorkommt, und im Hofgericht gehandelt wird, auch ohnermahnt, aufſtehen und abtreten; ſonderlich in Ihrer Gnaden (des Grafens,) Sachen die Aſſeſſores, ſo ihre Verwandten an Ihrer Gnaden Hof haben, oder deren Diener ſind, ſich hiernach zu richten wiſſen ſollen. “

Die General-Staaten aber reſolvirten darauf: „ Wird bey dem 18. Art. des Oſterhuſiſchen Accords gelaſſen, und hält man davor, daß durch den 25. Art. obgedachten Vergleichs vor diejenige, ſo das Hofgericht ſuſpectiren, Verſehung gethan worden. “

Hinwiederum ſolle auch kein Mitglid eines Gerichts ſich derer odioſen, z. E. wider den Landesherren ſelbſten gehenden, Materien und Proceſſe entziehen.

§. 24.

Von denen Fällen, welche die Summ nicht erreichen, da an ein Reichsgericht appellirt werden kan, heißt es im R. Abſch. von 1654. §. 113. „ Auf den Fall die Summ nicht appellabel und den effectum devolutivum an das Cammergericht nicht gehaben könnte, daß alsdann der Parthey ordentliche Obrigkeit, auf derſelben gebüh- Verſchickung der Acten.

rendes Anſuchen und Begehren, die vollkommene Acta, vermöge des R. Deput. Abſchids de An. 1600. auf deren zuvor mit Zuziehung und in Gegenwart beyderſeits Partheyen oder deren Gewalthaber, vorgehende Inrotulation, (ohne nebenſeitige Recommendation,) durch gewiſſe unpartheyiſche Rechtsgelehrte revidiren, oder auf eine unpartheyiſche Univerſität, oder anderes Collegium juridicum, zu ſchicken, und dero rechtliches Gutachten darüber zu erfordern, ſchuldig ſeyn; jedoch abermals diſe Verordnung denen Ständen des Reichs an ihren erlangten und hergebrachten Privilegiis, Freyheiten, Landsordnungen, Statuten, und ſonſten, ohne Nachtheil verſtanden, ſondern dieſelbe in ihren Kräfften gelaſſen werden. "

In dem Oſtfrieſiſchen Final-Receß von 1663. liſet man: „ So iſt auch ferner, mit Ihrer Fürſtl. Gn. und der Stände Deputirten Vorwiſſen und Bewilligung reſolviret worden, daß forthin Niemand, es ſey Hofrichter, Vice-Hofrichter, oder Aſſeſſores, ſich derer Sachen, ſo ſchon vor ihrem Gericht anhängig ſind, oder noch anhängig gemacht werden ſollen, auf einige Recuſation, wie die auch Namen haben möge, nicht enthalten ſollen; ohne daß deſſen Urſachen, ſo entweder am nächſtfolgenden Gerichtstage, oder aufs höchſte innerhalb 14. Tagen ſub præjudicio beyzubringen ſind, vorhero exacte und vollkommen examiniret worden; worüber denn (aufs äuſſerſte in 6. Wochen) von gedachtem Hofgerichte ſo, wie es den Rechten und der Billigkeit gemäß befunden werden wird, judiciret werden ſoll, ohne daß davon weder revidiret, appelliret, oder Verſchickung der Acten geſuchet werden möge. "

Wie nun durch diſe leztere Clauſul die Landesgeſeze, wodurch dergleichen Verſchickung der Acten eingeſchräncket oder gar verbotten wird, bey ihrer Rechtskrafft erhalten werden; ſo ſcheinen eben dadurch auch die andere Reichsſtände, welche für gut finden möchten, dergleichen von neuem einzuführen, darzu berechtiget zu werden. Man ſchlage hiebey nach meine *Diſſ. de Transmiſſione Actorum* 2tes Capitel: De nullo vel exiguo Transmiſſionis Actorum uſu in nonnullis Provinciis vel cauſis (1).

In Bayern iſt die Verſchickung der Acten an auswärtige Rechtsgelehrte ſchon An. 1626. 20. Aug. verbotten worden.

Anno

(1) in meinen Opuſc. acad. p. 296. ſqq.

Anno 1704. 2. Dec. verordnete der König in Preuſſen: Daß dem Ravensbergiſchen Appellationsgericht die Verſchickung der Acten nicht mehr verſtattet werden ſolle.

Anno 1742. 14. Aug. reſcribirte der Kayſer an die Fürſtlich-Heſſen-Rheinfelſiſche geſammt-Canzley: Einem gewiſſen Kläger die gebetene transmiſſionem Actorum, Falls keine hergebrachte Privilegia oder Statuta dagegen vorhanden, angedeyhen zu laſſen.

Ferner iſt die Frage: Weil der Text die Verſchickung der Acten in dem Fall geſtattet, wann die Summ in Anſehung eines Reichsgerichts nicht appellabel iſt, ob dann die Verſchickung, auf Begehren, auch in dem Fall geſtattet werden müſſe, wann die Summ appellabel iſt? Es könnte ſcheinen: Nein! 1. weil ſonſt nicht nöthig geweſen wäre, die Verordnung auf diſen beſonderen Fall einzuſchräncken; 2. weil die Verſchickung ein Surrogatum der Appellation seyn ſolle: Wo nun die Appellation ſtatt findet, da fället das Surrogatum hinweg.

Indeſſen hat doch das Cammergericht davor gehalten: Es ſeye genug, daß in denen Reichsgeſezen nicht verboten ſeye, in caſu Summæ appellabilis, ſtatt der Appellation, das Remedium Transmiſſionis Actorum in vim Reviſionis zu ergreiffen, und im Jahr 1763. für eine ſolche Transmiſſion geſprochen (1).

* * *

Anno 1720. 30. Dec. ergienge eine K. Preußiſche allgemeine Verordnung wegen Verſchickung der Acten zum Spruch Rechtens durch die fahrende Poſt, nebſt einem Poſt-Reglement, ſo deßwegen ergangen.

Anno 1723. 17. Febr. wurde ein K. Preußiſches allgemeines Edict bekannt gemacht: Daß die Juſtiz-Collegia und Richter zum erſtenmal ſelbſt ſprechen, zum andernmahl aber die auswärtige Verſchickung ſtatt haben, auch andere Vorſichtigkeit gebrauchet werden ſolle.

Anno 1736. 20 Aug. aber wurde diſes dahin erläutert: Daß, wann das Gericht nur in einer einigen Perſon, als dem Richter, beſtehe, alsdann die Verſchickung der Acten auch in erſter Inſtanz zugelaſſen ſeyn ſolle.

(1) v. Freyh. von CRAMER Nebenſt. 37. Theil, 21. S.

Anno 1738. 19. Dec. ergienge ein K. Preußiſches Edict wegen ſchleuniger Abfaſſung derer Urthel in denen an die Königliche Univerſitäten und Schöppenſtühle zum Spruch Rechtens kommenden einheimiſchen Sachen.

Auf dem Braunſchweigiſchen Landtag Anno 1770. wurde angeſucht, daß bey Verſchickung der Acten den auswärtigen Sententionantibus facultas decidendi in puncto Expenſarum überlaſſen werden möchte; welches auch bewilliget und verſprochen wurde, die Verordnung ergehen zu laſſen, daß ſelbige den Acten jedesmal beygefüget werde.

In Mecklenburg klagten die Landſtände An. 1606. Wann es beym Hofgericht in einem Proceß zum Beſchluß käme, würden die Acten mit der Parthien groſſen Unkoſten auf weit-abgelegene Univerſitäten zum Spruch geſchickt, die Parthien mit groſſem Urtheil-Geld und Botenlohn beſchwert, und das Hofgericht nur ad dirigendum Proceſſum gehalten.

Und An. 1609. baten ſie wieder: Daß die Verſchickungen der Acten eingezogen, und bey dem Fürſtl. Hofgericht, Canzley oder im Land geſprochen werde, allwo die Gewohnheiten und Gebräuche beſſer, als an fremden Orten, bekannt ſeyen.

Daß in cauſis fiſcalibus das beneficium transmiſſionis Actorum, ſo wohl in prima als ſecunda inſtantia, ſumtibus petentium, verſtattet werden ſolle, iſt durch eine Kayſerliche Entſcheidung von 1724. 19. Oct. und 1738. 2. Maj. ausgemacht.

Was in Oſtfrießland An. 1611. wegen Verſchickung der Acten verglichen worden iſt, ſiehe Cap 3. §. 42.

In dem Würtembergiſchen Landtags-Abſchid von 1554. wurde beliebt: „Daneben laſſen Wir Uns, laut Unſerer Landſchafft beſchehenen Vermeldens, gnädiglich wohlgefallen, es iſt auch Unſer gnädiger Will und Meinung, wann in den Gerichten diſes Unſers Fürſtenthums ſich Malefizſachen zutragen, darinn die Richter was Bedenckens oder Zweifel haben, daß ſie deßhalb bey gemeldter (Juriſten-) Facultät (zu Tübingen) Rath ſuchen; die dann von Uns Befehl haben, den Gerichten in dergleichen Sachen treulich zu rathen.“

Was aber der Landtags-Abſchid von 1565. hievon enthalte, ſiehe Cap. 3.

§. 25.

Die Juſtiz-Collegia und Gerichte ſollen nach denen ihnen vorgeſchribenen Ordnungen und Geſezen ſelber und ohne Anfrage an höhere Orte, oder erſtattende Gutachten dahin, ſprechen; ausgenommen in Fällen, die ihnen nicht zum Spruch Rechtens überlaſſen ſeynd. Urtheile.

Anno 1729. 9. Mart. ergienge ein K. Preußiſcher Befehl an das geheime Juſtiz-Collegium: Daß es in denen an ſelbiges verwiſenen Sachen die Urtheile publiciren ſolle, ohne darüber ein Gutachten abzuſtatten.

Anno 1714. 13. Dec. hingegen wurde ein K. Preußiſches Edict erlaſſen: Daß die peinliche Urtheile zur Confirmation eingeſchicket werden ſollen; welches den 2. Mart 1717. erläuteret wurde, wann die Einſendung und Confirmation geſchehen ſolle.

Ein Landesherr kan nicht vorſchreiben, wie die Gerichte in particular-Fällen ſprechen ſollen, und eben ſo wenig in Rechtsſachen Machtſprüche ergehen laſſen:

Wohl aber gehet es an, daß, wie ſonſt, ſo auch überhaupt auf gewiſſe Fälle, denen Juſtiz-Collegiis und Gerichten in peinlichen und bürgerlichen Sachen vorgeſchriben werde, nach was für Grundſäzen ſie ſprechen ſollen; wann es nur die Reglen der Billigkeit und die Rechte eines Dritten nicht verlezet. Ob nun diſes allemal beobachtet werde? mögen Andere unterſuchen.

Anno 1723. 17. Febr. wurde vom König in Preußen dem Geheimen Juſtiz-Collegio zu Berlin aufgegeben, daß in ſtreitigen Gränzſachen zwiſchen den Aemtern und Städten in dubio für die Aemter geſprochen werden ſolle.

Ferner kan ein Landesherr wohl verordnen, wie es von ſeinen Juſtiz-Collegiis und Gerichten in Anſehung der Formalien auch Publicationen derer Urtheile, auch anderen damit zuſamenhangenden Puncten ſolle gehalten werden. Z. E.

In einer denen Chur-Sächſiſchen Landſtänden An. 1715. 30 Apr. ertheilten Reſolution heißt es: „ Alſo haben Sie (Se. Königl Majeſt.) nicht weniger dasjenige, was wegen Inſerirung derer rationum decidendi in die definitif-Urthel, und welche denenſelben gleich zu achten, ſonderlich bey Klagen die angebrachter

maſſen rejiciret werden, geſuchet worden, an Dero geiſt- und welt-liche Collegia, auch Facultäten und Schöppenſtühle, verfüget."

In der Reſolution vor die Landſchafft von 1716. wurde bewilliget: Daß die rationes decidendi denen Urtheln einverleibt, oder, (wann es mit wenigen Worten nicht geſchehen könnte,) ſelbigen beygelegt werden ſollten.

In der Ober-Lauſiz wurde An. 1742. 7. Jul. durch ein gedrucktes Oberamts-Ausſchreiben bekannt gemacht, was bey denen Landes-Verweiſungen vor ein Formular gebrauchet werden ſolle.

Anno 1717. wurde dem Ober-Appellationsgericht zu Berlin befohlen, die ergehende Verordnungen in Königlichem Namen abzufaſſen.

Anno 1735. 15. Nov. wurde der Magdeburgiſchen Regierung reſcribirt: Denen Parthien, auf Verlangen, entweder rationes decidendi, oder Apoſtolos refutatorios cum rationibus, zu ertheilen.

§. 26.

Rechts-mittel dagegen.

Bey der Materie von denen Rechtsmitteln gegen die gerichtliche Beſcheide und Erkenntniſſe kommt es, ſo vil meinen gegenwärtigen Zweck betrifft, auf zweyerley Gattungen derſelbigen an, nemlich 1. auf die, ſo von denen Untergerichten an höhere Landesgerichte, ſodann 2. auf die, ſo von denen höchſten Landesgerichten an die Reichsgerichte ergehen.

Von jenen bemercke ich diſes:

Wann eine Parthie mit einer Urtheil, ſo an einem nideren Gericht im Land ergehet nicht zufriden iſt, darff ſie ordentlicher Weiſe, (wann nemlich die Sache oder Summ nach der Landesverfaſſung darnach beſchaffen iſt,) an ein höheres Gericht im Land appelliren; und die Unterrichtere ſeynd nicht befugt, es zu verhinderen.

Der Fürſt zu Oſtfrießland bate An. 1691. am Reichs-Hofrath: „Daß die Ritterſchafft, und Bürgermeiſter und Rath zu Emden, in ihren Herrlichkeiten und der Statt, ihren Unterthanen, Bürgern und Einwohnern, die Appellationen und Provocationen an ihren Landesfürſten und deſſen beyde hohe Gerichte, benanntlich die Hofcanzley und das Hofgericht, (als welche in civilibus & mere ſecularibus cauſis concurrentem Principis ſui Juriſdictionem, ſalvo tamen jure Remiſſorialium & Præventionis, adminiſtriren,) den

den Rechten und des heil. Reichs Conſtitutionen, Kayſerl. Wahl-capitulation, auch den Juribus Superioritatis territorialis Principi Oſtfriſiæ indubitato competentibus zuwider nicht verbieten, vilweniger darwider unter der Hand mit ihren Unterthanen und Heuerleuten paciſciren, noch auch denen Procuratoren und Advocaten ſolche Appellationen bey arbitral Straf, ſo dann bey Verluſt des Burgerrechts und Expulſion aus der Statt zu inhibiren, oder die an ſie abgegangene und inſinuirte original-Proceſſe, (maſſen die von Emden ſich vor einiger Zeit unverantwortlicher Weiſe unternommen,) bey ſich behalten ſollen. "

Der Kayſer reſolvirte auch darauf: „ Wird denen Landſtänden, wie auch Burgermeiſtern und Rath der Statt Emden, ernſtlich anbefohlen, in ihren Herrlichkeiten und der Statt, ihren Unterthanen, Bürgern und Einwohnern, die Appellationen und Provocationen an ihren Landesfürſten und deſſen hohe Gerichte, benanntlich die Hofcanzley, und das Hofgericht, wann es ſich alſo befinden ſollte, nicht zu verbieten, vilweniger mit ihren Heuerleuten und Unterthanen zu paciſciren, noch auch denen Advocaten und Procuratoren, ſolche Appellationen, bey arbitrairer Straf, ſo dann bey Verliehrung des Burgerrechts und Expulſion aus der Statt zu inhibiren, oder die an ſie abgegangene und inſinuirte original-Proceſſe bey ſich zu behalten; bey Kayſerlicher Ungnad und anderer ſchärfferer Verordnung: Geſtalten Ihro Kayſerl. Majeſt. ſolche Verhinderung der Appellationen deſto weniger nachgeben können, als dadurch auch die fernere Provocation an Sie, und Dero höchſte Gerichte, aufgehoben würde. "

Beſonders wurde auch der Statt Norden befohlen: Die Appellationen an den Fürſten keineswegs zu hindern.

Weſſen das Haus Naſſau-Saarbrücken mit ſeinem landſäßigen Cloſter Wadgaſſen ſich An. 1729. wegen der Appellationen in cauſis Juſtitiæ ordinariæ & civilis verglichen habe, ſiehe in meiner Reichs-Fama. (1)

Wann nun an den Landesherrn appelliret wird, darf ſolche Appellation vor kein anderes Collegium gezogen oder allda erörtert wer-

(1) Tom. 9. p. 253.

werden, als welches zu Verhandlung derer Juſtizſachen verordnet iſt.

In Sachen derer Eingeſeſſenen des Mecklenburgiſchen Fürſtenthums, oder vormahligen Stiffts Schwerin wurde vom Reichs-Hofrath An. 1738. 2. Maj. und 1742. 15. Nov. befohlen: Die Appellationen ſollen nicht an den Fürſtl. Geheimen Rath oder Regierung gezogen werden, ſondern von der Schweriniſchen Juſtiz-Canzley an das Land- und Hofgericht ergehen.

Zuweilen collidiren auch die Gerichte mit einander darüber: Welches die höhere Inſtanz ſeye, wohin man ſich zu wenden habe?

Vom Reichs-Hofrath wurde An. 1766. 26. Aug. in Sachen: Von Wildenſtein contra Fränckels Erben, die Einwendung abermalen verworffen, als ob von denen beſchwerlichen Bayreuthiſchen Hofgerichts-Beſcheiden nicht, wie gleichmäßig von denen Sententien des Kayſerl. Landgerichts Burggrafthums Nürnberg, unmittelbar an die höchſte Reichsgerichte zu appelliren ſeye, auch die von denen Bayreuthiſchen Regierungs-Beſcheiden und Urtheln ſich gravirt erachtende Parthien immediate an das Fürſtliche Hofgericht ſich zu wenden hätten, ſondern denen Parthien freygeſtellt, nach ihrer Willkühr, an das Fürſtliche Hofgericht, oder das Kayſerliche Landgericht Burggrafthums Nürnberg zu gehen.

Da übrigens die Landesherrliche Verordnungen in Anſehung derer Rechtsmittel gegen die an ihren Juſtizcollegiis und Gerichten ergehende Erkenntniſſe ein Stück des Geſezgebungs-Rechts ſeynd; ſo kommt es auf eines jeden Landes eigene Verfaſſung an, was der Regent darinn für ſich allein thun dörffe, oder worinn und wie fern er das Gutachten oder Miteinwilligung ſeiner Landſtände nöthig habe.

Es ſeynd dabey mancherley Umſtände in Betracht zu nehmen, z. E. in welchen Sachen Rechtsmittel ſtatt haben ſollen oder nicht? was für? in welcher Ordnung? ob und was die, ſo ſich derſelbigen bedienen wollen, dabey zu beobachten haben? wohin die Beruffungen ergehen ſollen? wie vile Inſtantien erlaubt ſeyen? wer über diſe ergriffene Rechtsmittel erkennen dörffe? wie dem Mißbrauch derſelben vorzubiegen, oder er doch zu beſtrafen ſeye? u. ſ. w.

Ein Chur-Bayriſches Mandat von 1770. 23. Maji die Appellationen in Policey- und Confiſcations-Sachen betreffend, iſt an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen;

So auch eines vom 20. Jun. beſagten Jahres wegen der Appellationen in Mauth-Sachen.

Die Statt München (2) iſt von ihrem Landesherrn An. 1500. mit einem Privilegio de non appellando dergeſtalten begabet worden, daß man von des daſigen Magiſtrats Ausſpruch nicht weiter gehen darff, 1. in Streitigkeiten zwiſchen eheleiblichen Eltern und Kindern, 2. in Bauſachen, ohne Unterſchid, ob ſie in das Kundſchaffts- oder in ein anderes Recht einſchlagen. Des nemlichen Privilegii berühmet ſich die Statt auch in ewigen Geldſachen; wovon aber B. *Schmid ad Proc. edict. Tit 2. art. 28. n. 4.* nichts wiſſen will. An. 1669. haben ſich auch die Bayriſche Stände, auf den Fall, wann ſie gegen ihre Beamte eine Unterſuchung vornehmen, ein ſolches Privilegium ausgebeten; welches ihnen aber per Decretum vom 16. Aug. e. a. abgeſchlagen worden.

In der Chur-Sächſiſchen Reſolution für die Landſtände von 1716. wurden die Strafen wegen mißbrauchter Appellation auf das Duplum erhöhet; und zwar ſowohl in Anſehung der Parthien, als der Advocaten; mit dem Anhang: „Eine mehrere Licenz aber dem Judici, à quo appellatum, zu geſtatten, als bereits in dem Dippoldiswaldiſchen Mandat de An. 1691. enthalten, (wann nicht vorhero in einem aus hieſiger Landesregierung ergangenen Reſcript die Clauſula remotæ Appellationis enthalten,) fället aus vilen erheblichen Urſachen bedencklich.“

In der Ober-Lauſiz wird vom Landvogt, Amtshauptmann, Landesälteſten und Stattdeputirten an das Oberamtsgericht zu Budißin appellirt, darinn die Richter erſter Inſtanz wiederum mit ſizen.

Ein Chur-Brandenburgiſches Edict von 1697. 20. Febr. verordnete: Wann von einem Untergericht an das Berliniſche Cammergericht appellirt würde, ſolle zum wenigſten inner 8. Wochen à tempore latæ Sententiæ die Appellation daſelbſt introducirt und

(1) Samml. der Bayriſch. General. von 1771. S. 383.

(2) Anmerck. ad Cod. judic. Bav. Cap. 15. §. 4. p. 203.

Inhibitoriales & Compulſoriales ausgebracht, widrigen Falles aber die Appellation für deſert gehalten werden.

Anno 1701. 9. Dec. ergienge eine K. Preuſiſche Verordnung, wie in Franzöſiſchen Proceſſen in der Reviſions-Inſtanz verfahren werden ſolle: So auch An. 1715. 2. Sept. und 1716. 22. Jan.

Anno 1704. 23. Apr. wurde ein K. Preußiſches Reſcript an die Magdeburgiſche Regierung erlaſſen: Daß die Appellationen in Proceſſen, welche über 400. Rthl. biß 2500. Goldgulden im Petitorio betreffen, wie auch in Poſſeſſorio ordinario in höheren Sachen, an das Ober-Appellationsgericht zu Berlin geſchehen ſollen.

Anno 1705. 7. Apr. verordnete der König in Preuſſen: Daß auch die Advocaten den Appellations-Eyd abſtatten ſollen: An. 1707. 15. Nov. aber wurden die Advocati Fiſci davon diſpenſirt.

Anno 1707. 3. Nov. ergienge eine K. Preußiſche Verordnung, wie es mit der Appellation von denen vom Collegio Medico ertheilten Beſcheiden ſolle gehalten werden.

Und An. 1708. 16. Maj. eine wegen der Succumbenz-Gelder bey der Bau-Commißion, und An. 1717. 10. Dec. wegen der bey dem Geheimen Juſtizrath.

Anno 1709. 6. Apr. befahl der König dem Ober-Appellationsgericht: Keine Appellation in Policey- Statt- und Oeconomie-Sachen anzunehmen; und den 18. ej. auch keine in das general-Commiſſariat lauffende Sachen.

Anno 1710. 1. Apr. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript, daß die in denen Schweizer-Aemtern vorkommende Appellationen an das zum Schweizer-Etabliſſement verordnete Ober-Directorium gewieſen werden ſollen.

Anno 1713. 1. Sept. ſezte der König in Preuſſen die Summam appellabilem im Meurſiſchen auf 400. Rthl.

Anno 1717. 3. Maj. ergienge eine K. Preußiſche Verordnung, wie mit denen Remediis extraordinariis beym Cammergericht zu Berlin zu verfahren ſeye.

Anno 1717. 6. Jul. wurden die Cleviſche Regierung und Hofgericht beſchiden, wann die Nullitätsklagen an das Tribunal zu Berlin verwiſen werden ſollen.

Wegen der Succumbenz-Gelder bey dem geheimen Juſtiz-Rath kame An. 1717. 10. Dec. eine K. Preußiſche Verordnung zum Vorſchein.

Anno

Anno 1718. 18. Mart. ergienge ein Königl. Befehl an das Ober Appellationsgericht zu Berlin, daß der Appellations-Eyd, gegen 100. Rthl zur Straffe, erlaſſen werden ſolle.

Den 4. Apr. e. a. wurde eine K. Preußiſche Verordnung erlaſſen, daß hinfüro diejenige, ſo von denen Untergerichten an das Cammergericht appelliren, den ſonſt erforderten Appellations-Eyd zu ſchwören, nicht neceßitiret werden ſollen.

Den 19. Sept. e. a. hingegen folgte ein Reſcript nach, daß jeder Appellant, ſub pœna deſertionis ſchwören, oder 100. Rthl. legen ſolle.

Den 8. Dec. e. a. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript: Daß bey dem Geheimden Juſtiz-Collegio, wann hinkünfftig, ohne Reſtitution zu erwarten, 100. Rthl. erleget werden, die dritte Inſtanz verſtattet werden ſolle.

Anno 1719. 13. Dec. wurden die Succumbenz Gelder bey dem Cammergericht für beſtändig aufgehoben.

Anno 1720. 22. Jun. erfolgte eine Verordnung, daß das bey Appellationen eingeführte Jurament in der dritten Inſtanz nicht erfordert werde.

Anno 1722. 26. Jul. wurde verbotten, wider die bey dem Tribunal zu Berlin ergangene Urtheile Commißionen zu ſuchen.

Den 31. Aug. e. a. verordnete der König, wie es zu halten ſeye, wann von denen Sentenzien bey denen Pfälzer-Colonien appelliret werde.

Anno 1723. 11. Nov. wurde befohlen, daß in cauſis dividuis ſinguli Litis Conſortes den Appellations-Eyd ſchwören, oder jeder 100. Rthl erlegen müſſe.

Anno 1727. 7. Jul. verordnete der König in Preuſſen: Daß in Bauſachen der Freyhäuſer die Appellationen an das Kriegs-Hofgericht ergehen ſollen.

Anno 1729. 8. Nov. wurde vom König der Halberſtättiſchen Regierung befohlen: Wann nach der Ober-Leuterung appelliret werde, Apoſtolos refutatorios zu ertheilen.

Baden-Durlach gabe An. 1748. 10. Jun. eine Ordnung heraus wegen des Remedii Reviſionis gegen die von dem Fürſtl. Hofrathscollegio in bürgerlichen Sachen ergehende Urtheile.

Der Braunſchweigiſche Landtagsabſchied von 1770. Art. 11. beſagt: Da bereits An. 1755. und 1757. dem Fürſtl. Hofgericht

aufgegeben worden ſeye, daß in deſſen extrajudicial-Seßionen keine Erkenntniſſe ſuper relevantia Gravaminum, in Inſtantia ſo wohl Appellationis, als Supplicationis, geſchehen, oder die Annehmung oder Verwerffung der eingewandten Remediorum juris jemals beſchloſſen, eben ſo wenig definitive erkannt, noch ſolche Erkenntniſſe, die vim Definitivæ haben, oder den Partheyen ein mercklisches præjudicium bringen können, abgegeben, ſondern ſolches alles, nach Vorſchrifft der Hofgerichts-Ordnung im gemeinen Hofgerichtsrath vorgenommen werden ſolle: Von der Landſchafft Deputirten aber angezeigt worden, daß ſolches nicht in alle Wege befolget werde; ſo habe der Herzog diſerhalb abermalige Verordnung ergehen laſſen, und wolle deren ſträckliche Beobachtung handhaben.

In Pommern wurde An. 1566. durch den Landtagsabſchid beliebt, und hernach der Hofgerichts-Ordnung einverleibt: Daß vor Proſecution der Appellation der appellirende Theil das Juramentum malitiæ abſchwören und Caution beſtellen ſolle.

In einigen Landen ſeynd die Wechſelgerichts-Sprüche keiner Appellation unterworffen; in anderen hingegen hat man noch eine, oder wohl gar noch zwey Inſtantien, in dergleichen Sachen.

Bey dem Freyherrn von CRAMER (1) iſt der Saz ausgeführt, und mit einer Cameral-Urthel von 1750. beſtärcket: Das in einem Land zu interponirende Remedium Reviſionis ſupponiret eine ſolche Urtheil, welche von dem oberſten Gericht deſſelben ertheilet worden.

Auch hält er (2) davor, daß kein Reichsſtand befugt ſeye, Reviſionem Reviſionis zu geſtatten.

2. Was nun aber auch die Erkenntniſſe derer höchſten Gerichte eines Landes betrifft; ſo mercke ich davon folgendes an.

In Sachen, ſo nach denen Reichsgeſezen, oder beſonderen Freyheiten, nicht an die Reichsgerichte appellabel ſeynd, geſtatten 1. beſagte Reichsgeſeze kein weiteres Reichsmittel; es iſt ſich alſo mit denenjenigen zu begnügen, welche eines jeden Landes beſonderen Geſezen, Ordnungen und Herkommen gemäß ſeynd:

2. Iſt die Summ und Sache an ein Reichsgericht appellabel; ſo kan ordentlicher Weiſe kein Reichsſtand ſeinen Unterthanen, oder Fremden

(1) in ſeiner Wezlar. Beytr. 1. Theil, 4. S.

(2) in ſeiner Nebenſt. 94. Theil, 114. S.

Fremden, die Appellation an ein Reichsgericht abſchlagen, noch un- oder mittelbarer Weiſe beſchräncken, oder erſchweren; davon anderwärts das mehrere.

So gar dörffen die Reichsſtände, oder deren Gerichte nicht einmal beurtheilen: Ob die an ein Reichsgericht eingewandte Appellation zuläßig seye, oder nicht? ſondern müſſen ſolches dem höheren Richter überlaſſen.

In Sachen der Bentheimiſchen Vormundſchafft zu Steinfurt contra den Magiſtrat zu Steinfurt wurde der Vormundſchafft An. 1742. 17. Dec. vom Kayſer reſcribirt: Weil die Canzley zu Steinfurt ſich ſo gar ermächtigen wollen, ſuper admiſſibilitate der Appellation an den Kayſer zu cognoſciren; als ſollte ſie dieſelbe anweiſen, denen Unterthanen den Recurs ad ſumma Imperii Tribunalia auf keinerley Weiſe ſchwer zu machen, ꝛc.

Nur, wann ein Reichsſtand in Anſehung derer Appellationen gewiſſe Privilegien hätte, und eine Parthie dennoch gegen den klaren Innhalt derſelben appelliren wollte, hat man nicht Urſach, ſich daran zu kehren.

Vor wenigen Jahren ſtritten die Herzoge zu Mecklenburg und ihre Landſtände darüber (1): Die Herzoge klagten, die Ritterſchafft mißbrauche die Appellationen, und bediene ſich derſelbigen, ſo offt der Landesherr, als Landesherr, und nicht als Richter, etwas befehle, ſo ihro nicht anſtehe; da doch ein Regent in dergleichen keine Appellation zu erkennen habe: Sie, die Herzoge, wollten zwar in dergleichen Fällen allemal gerne Recht geben, aber, nach Anleitung der Reichsgeſeze, vor ihrer erſten Inſtanz, und ſo fort in rechtlicher Ordnung nach derſelben Stuffen weiter.

Ich finde diſen Streit in dem An. 1755. getroffenen Vergleich nicht erörtert; und iſt alſo derſelbe nach denen gemeinen Rechtsregeln von dem Gravamine judiciali & extrajudiciali zu beurtheilen; wobey man Herzoglicher Seits nichts gewinnen dörffte: Wie dann auch die Reichsgerichte dergleichen Appellationen, z. E. von Steuer- oder Duell-Edicten, u. d. häuffig angenommen haben.

Dörffen aber Reichsſtände, mit Bewilligung ihrer Landſtände, gewiſſe Solennien feſtſezen, welche einer, der an ein Reichsgericht appel-

(1) v. Mein Teutſch. Staats-Archiv. 1752. Tom. 1. p. 343. ſqq.

appelliren will, zu beobachten haben ſolle? Ich ſorge, die Reichsgerichte werden es nicht zugeben wollen, weil dadurch die Appellationen erſchweret, mithin der Reichsgerichte Jurisdiction eingeſchräncket werde: Indeſſen läſſet ſich doch auch für das Gegentheil viles ſagen.

Wann aber dergleichen etwas in einem Land alten ruhigen und nicht widerſprochenen Herkommens iſt, ſcheinen die Reichsgerichte ſolches ſelbſt zu erkennen; dahin diſer Fall gehören mag:

In Sachen: Baſel contra Baſel, ſprache der Reichs-Hofrath An. 1736. 10. Jan. „ Den Appellations-Gulden betreffend: Nachdeme ſich der Herr Biſchoff ſelbſten erkläret, daß er hinkünfftig nicht mehr den Appellations-Gulden von 10 Pfund, (ſo doch zu der Unterthanen Beſten angeſehen geweſen, mithin ſie, ſich dagegen zu beſchweren, keine befugte Urſach gehabt hätten,) begehren, ſondern, anſtatt deſſen, in Appellations-Fällen, nach dem alten Fuß, ein Mauth Haber in natura gelifert werden ſolle; ſo laſſen es Ihro Kayſerliche Maj. auch dabey gnädigſt bewenden "

3. Iſt endlich ein Reichsſtand von dem Kayſer gegen die Appellationen an die Reichsgerichte ganz befreyet; ſo findet ſich z. E. in dem Chur-Trieriſchen Privilegio de non appellando von 1721. daß bey deſſen Nachſuchung der Churfürſt ſich anerboten, daß er hingegen ſeines Erzſtifftes Gerichter nothdürfftiglich beſtellen, auch mit einem ordentlichen Judicio reviſorio, ſo mit einem Directore und Räthen verſehen, nicht weniger eine Reviſions-Ordnung gebührend verkünden laſſen werde, wohin die Partheyen ſich von berührten Gerichtern beruffen mögen, anordnen wollen; wie es dann auch hernach heißt: „ Jedoch ſollen Ihre Liebden und Dero Nachkommen, vorangeregter maſſen, feſtiglich gehalten ſeyn, Dero Unter- Ober- und Hof- wie auch das Official-Gericht nothdürfftig zu beſtellen, und ein Judicium reviſorium beſtändig anzuordnen. "

In dem Heſſen-Darmſtädtiſchen unumſchränckten Privilegio de non appelland. von 1747. hingegen findet ſich nichts dergleichen, ſondern es wird nur zufälliger Weiſe eines Ober-Appellationsgerichts gedacht;

Es iſt auch ein Reichsſtand, der ein ſolches Privilegium de plane non appellando erhält, allerdings ſchuldig, ſeinen Untertha-

nen

nen die ihnen dadurch entgehende Inſtanz, mittelſt eines Oberappellations- oder Reviſions-Gerichts, zu erſezen.

* * *

Unter denen im Druck vorhandenen, oder gar an ein höchſtes Reichsgericht gediehenen Beſchwerden verſchidener Landſtände und denen etwa darauf erfolgten Vergleichen finden ſich auch manche, welche den Punct der Rechtsmittel betreffen, wann nemlich ſolche verweigert oder erſchweret worden, oder andere Mißbräuche dabey vorgegangen seynd.

Unter Herzog Carl Leopolden zu Mecklenburg klagte deſſen Ritter- und Landſchafft beym Reichs-Hofrath: „ 1. Ob ſchon, juxta Reverſales de An. 1572. jedermann erlaubt, vom Conſiſtorio ans Land- und Hofgericht zu appelliren, und ſolchen Appellationibus der ſtracke Lauff gelaſſen werden ſoll; auch 2. diſes in dem Aſſecurations-Revers de An. 1621. §. 5. auf die Juſtiz-Canzley extendiret, und 3. in denen Fürſtlichen Reſolutionen noch weiter ratione Conſiſtorii & Cancellariarum verſichert worden; 4. ſo iſt doch von ſolchen Collegiis vilfältig dawider gehandelt worden, indem man

1) der Appellation vom Conſiſtorio ſimpliciter nicht deferiren wollen, - - oder man

2) die Diſtinctionem Proceſſus ſummarii & Petitorii dabey zu introduciren ſich bemühet, - - oder man

3) in cauſis, worinnen Fiſcalis agiret, die Appellation nicht admittiren, und 9. in cauſis fiſcalibus überhaupt bey keinem Fürſtlichen Judicio der Appellation deferiren wollen. 10. Von welchen Gravamine inſonderheit die Ritter- und Landſchafft um ſo vilmehr an Jhro Kayſerliche Majeſtät ſchon hiebevor zu appelliren gezwungen worden, je gefährlichere Suiten ſie daraus zuvoraus geſehen, und 11. man dadurch das Remedium Appellationis völlig abzuſchneiden intendiret, zumalen man faſt alle privat-Streitigkeiten zu fiſcaliſchen Proceſſen zu machen geſuchet, inſonderheit wann ſelbige die von Adel angegangen, e. g. entweder 12. in cauſis injuriarum, - - oder 13. ſo fort in cauſa civili Mandata S. C. emaniren läſſet, und in caſu der nicht gleich erfolgten Parition deshalb den Fiſcalem excitiret. - - - In cauſis fiſcalibus will transmiſſio

Actorum nicht anders, als poſt Sententiam in Supplicationis inſtantia verſtattet werden. 16. Soll der Appellation renunciret werden. 17. Ja man hat auch

4) in Judiciis à quo, ſub prætextu præſtationis Solennium, ſich der Cognition ſuper relevantia Gravaminum angemaſſet, die Appellationes abgeſchlagen, und die Decreta à quibus exequiret, ⸗ ⸗ 20 oder man hat

5) wenn gleich die Sache per Appellationem ſchon ans Land⸗ und Hof⸗Gericht gediehen, dennoch zuweilen ante publicationem Sententiæ die Acta nach einem anderen Fürſtlichen Collegio abgefordert, und daſelbſt in der Sache procedirt, ⸗ ⸗ ⸗ 27. oder es wird auch

6) dem Hof⸗Gerichte, auch Juſtiz⸗Canzleyen, aus der Regierung inhibirt, in denen ſchon zu Urthel ſtehenden Sachen nicht zu ſprechen, ⸗ ⸗ 29. oder es wird denen Gerichten per Reſcripta Regiminis vorgeſchriben, wenn ſie in der Sache ſelbſten ſprechen, oder die Acta transmittiren, oder 30. was und welchergeſtalt ſie in der Sache ſprechen oder verfahren ſollten. ⸗ ⸗ 32. Oder es werden

7) Gar noch wohl poſt Sententiam & rem judicatam die Acta aus dem Hofgerichte ad inſpiciendum abgefordert, und dadurch die Executio entweder gar verhindert, oder wenigſtens nach dem Willen des Hofs remoriret.

34. Welche Kränckung der Juſtiz, wodurch Herr und Land bißhero in ſo vile Weitläufftigkeit und verdrießliche Proceſſe geſtürzet worden, wider die Landes⸗Reverſalien lauffen; angeſehen es 35. mit denen verbis expreſſivis des Aſſecurations⸗Reverſes ſtreitet,

1. Die Appellationen an das Land⸗ und Hofgericht ſimpliciter abzuſchlagen. 36. Die erſonnene Diſtinction des Proceſſus in ſummarium & petitorium gehöret

2. nicht hieher, weil der Aſſecurations⸗Revers davon nichts im Munde führet, vilmehr 37. ſolche Land⸗ und Hofgerichts⸗Ordnung zuwider, und müſſen 38. die Appellationes ſine diſtinctione Proceſſus angenommen, 39. denenſelben

3. etiam in cauſis fiſcalibus deferiret werden, weil ſelbige 40. de Jure communi zuläßig. vid. *L. 6. ff. de Appell. recip. vel non L. 29. Cod. de Appell.* BRUNNEMANN *in Comm. ad hanc L. 29. n. 90. ſq.* PEREGRINUS *de J. Fiſci Lib. 4. Tit. 5. n. 9.* &

& *Lib. 7. Tit. 4. n. 1. & ſeq.* SCACCIA *Tr. de Appell. Quæſt. 17. lim. n. 4.* BERLICH *P. 2. Dec. 231.* FRID. MINDANUS *Tr. de Proc. Lib. 4. Cap. 9. n. 16.* L. B. à LYNCKER *Tr. de Grav. extraj. P. 2. Cap. 6. §. 16.* 41. in denen allgemeinen Landes-Reverſalien von der allgemeinen Freyheit, zu appelliren, nicht ausgenommen, 42. in der Fürſtl. Reſolution ad Grav. jud. 1. die Reſtriction annectiret, daß in cauſis fiſcalibus, ſtatt der Appellation, das Beneficium Supplicationis und alsdann Transmiſſio Actorum verſtattet werden ſollte, 43. auch ſolchemnach bey denen Gerichten in cauſis fiſcalibus bißher keine Appellation, ſondern nur das Remedium Supplicationis, 44. und die Transmiſſio Actorum nicht eher, als in ſecunda, nempe Supplicationis, inſtantia verſtattet werden wollen; indem man 45. vermeinet, daß dadurch der Appellation renunciiret ſey; 46. ſo redet doch ſolche Reſtrictio nicht von dem Conſiſtorio, ſondern nur allein von denen Juſtiz-Canzleyen; mithin mag ſelbige ad Appellationes à Conſiſtorio gar nicht extendiret werden; welches auch 47 die Fürſtl. Reſolution ad Grav. eccl. 3. beſtättiget; 48. das zweydeutige Wort: rechtlich, gegen dem rechten Verſtand der Reverſalien nichts releviren kan. Zu dem hat 49. Ritter- und Landſchafft wegen der zweyen Juſtiz-Canzleyen ſothane Reſtriction noch niemahls angenommen, ſondern es iſt 50. ſolcher Punct bey der vorigen Kayſerlichen Commißion, ſo An. 1685. in Mecklenburg gehalten, noch mit unter die Excepta gebracht, die biß zur Kayſerlichen Reſolution ausgeſetzet worden; biß dahin 51. es bey den klaren indiſtincten Diſpoſitionen der Reverſalien ſein Bewenden haben muß; geſtalt denn auch 52. Ritter- und Landſchafft ſich noch immer feſt an die Reverſales gehalten, und jederzeit, auch in cauſis fiſcalibus ans Land- und Hofgericht und von diſem an Kayſerl. Majeſt. appelliret haben, woſelbſt 53. die Appellationen angenommen worden, wovon neun Caſus nur exempli gratia ſpecificiret werden. 54. Es befindet ſich alſo die Ritter- und Landſchafft zwar annoch in Poſſeßion in cauſis fiſcalibus: 55. Dieweil aber die Fürſtliche Gerichte, ſelbige abzuſchlagen, noch immer continuiren; 56. ſo wird 57. um die gänzliche Abſtellung diſes Gravaminis angeſucht. Ferner iſt 58. denen Rechten und Landes-Reverſalien zuwider, daß

4. Die Judicia à quibus ſich der Cognition ſuper relevantia Gravaminum anmaſſen wollen, die 59. de jure nur dem Judici ad quem zuſtehet, 60. den klaren Worten der Landes-Reverſalien gemäß iſt, und 61. in der Fürſtlichen Reſolution ad Gravamen judiciale 1. verſicheret worden; da hingegen 62. die dem Judicio à quo vorbehaltene Ermäßigung: Ob daſſelbe die Appellations-Eyde ſo fort leiſten laſſen oder ausſezen laſſen wolle? ad poteſtatem rejiciendi ſich nicht erſtrecket. Am meiſten aber iſt 63. denen Reverſalibus zuwider, daß

5. Die Acta ante publicationem Sententiæ ex Judicio appellationis ab- und nach der Regierung gefordert werden; immaſſen auſſer dem, daß 64. die avocationes Actorum ab inferioribus Judiciis auch de Jure communi unzuläßig ſeyn; (vid. Cammer-Gerichts-Ordn. *P. 2. Tit. 55.* SCHRADER *Tr. de Feud. P. 10. Sect. 1. n. 280.* BERLICH *P. 1. Dec. fin.*) 65. der ſtracke Lauff der Juſtiz nicht mehr, als durch ſolche Avocationes der Acten gehindert wird: welches denen Worten der Reverſalien und 66. der Diſpoſition der Land- und Hofgerichts-Ordnung *P. 1. Tit. 1.* §. gemeldete Unſer ꝛc. contradiciret, und womit 67. noch mehr ſtreitet, wenn

6. dem Judici ad quem gar befohlen wird, wie und was er ſprechen ſolle: Obgleich das Land- und Hofgericht dergleichen Reſcripta de Jure nicht attendiren ſollte; per *l. pen. C de præcit. princ. tot. tit. C. de diverſ. Reſcript.* 68. Das Gerichte, da à Sereniſſimo daſſelbe ſalarirt, wird ſolchen Befehlen nicht widerſprechen dörffen. Und endlich 69 lauffet contra Reverſales, wenn

7. poſt Sententiam die Acta ſub ſpecie Reviſionis nach Hofe abgefordert und dadurch die Executiones gehindert worden, 70. der Diſpoſition der Land- und Hofgerichts-Ordnung und denen Fürſtlichen Reſolutionen ebenfalls zuwider iſt. 71. Sereniſſimus hat zwar in der Reſol. ad Grav. jud. 2. ſich 1. die Erforderung derer rationum decidendi und 2. die Reviſionem Actorum vorbehalten wollen: 72. Die erſtere aber gehöret, laut der Hofgerichts-Ordnung, nur zur generalen Viſitation, weßhalb 73. vorberührte Reſolutio mit unter die Excepta gebracht worden, und 74. unter der lezteren, nemlich der Reviſion der Acten, wird nur die Nachſicht

bey

bey der general-Viſitation, nicht aber das Remedium Reviſionis Actorum verſtanden.

75. Wird alſo Remedirung in denen vorher deducirten Beſchwerden geſucht "

Darauf erfolgte beym Reichs-Hofrath 1. in Anſehung derer Appellationen von denen Juſtiz-Collegiis diſes (1):

1. Verordnete der Kayſer: Daß allen und jeden Appellationen an das Land- und Hofgericht, ſowohl bey dem Fürſtl. Conſiſtorio, als denen Juſtiz-Canzleyen, nach Innhalt derer Reverſalen, der ungehinderte Lauff gelaſſen werden ſolle. Concl. 1724. 18. Oct. 1738. 2. Maj. 1739. 4. Maj. 29. Aug. 1742. 30. Aug. 1743. 26. Jul.

2. Mithin ſollen gedachte Judicia à quibus einer Rejection derer bey ihnen eingewandten Appellationen, unter dem Vorwand, cauſam non eſſe appellabilem, vel Gravamen verum non adeſſe, oder einiger nichtiger Cognition ſuper relevantia Gravaminum & ratione Devolutionis, ſich nicht anmaſſen; dahero auch die Juſtizcanzleyen der Cognition: Ob die Appellation zuzulaſſen ſey, oder nicht? ſich nicht anzumaſſen hätten: Concl. 1724. 19. Oct. 1738. 2. Maj.

3. Sondern es ſoll die Cognition ſuper relevantia Gravaminum in puncto Devolutionis & ſuper admiſſibilitate Appellationis, und ob cauſa appellabilis ſeye, oder nicht? dem Judici ad quem und dem Land- und Hofgericht, vermöge der Fürſtl. Reſolution ad Grav. judic. 1. von denen Juſtizcanzleyen und dem Conſiſtorio gelaſſen werden. Concl. 1738. 2. Maj.

4. Die Judicia à quibus ſollen ohne Unterſchid, ſie mögen der Appellation deferiren, oder nicht, ſolche dennoch billig reſpectiren; Concl. 1724. 19. Oct.

5. Ingleichem die Acta primæ Inſtantiæ dem Judici ad quem gebührend und unweigerlich, præſtitis prius præſtandis, ediren und abfolgen laſſen. Ib. und Concl. 1738. 2. Maj. 1739. 4. Maj.

6. Da es denen Rechten und Mecklenburgiſchen Landesverordnungen nicht entgegen lauffe, von denen Canzleyen, als Judiciis à quibus, Bericht abzufordern; ſo habe das Land- und Hofgericht, nach

(1) v. Berber. zu den Deciſ. Imp. in cauſ. Mecklenb. p. 297. 199.

nach Beſchaffenheit der Sache und der angemeldeten Gravaminum, ſo offt daſſelbe es nöthig finde, von denen Canzleyen zuforderſt Bericht zu verlangen, diſe aber ſolchen ſo dann unverzüglich zu erſtatten; Concl. 1738. 2. Maj.

7. Es ſollen auch die Juſtizcanzleyen denen Appellirenden die præſtationem Solemnium nicht ſchwer machen. Ib.

8. Was hingegen das Land- und Hofgericht bey Annehmung der Appellationen und Vorerkennung derer Appellations-Proceſſe wegen derer Formalien und Materialien zu beobachten habe, wurde l. c. §. 7. verordnet.

9. Die Juſtiz-Canzleyen und das Conſiſtorium ſollen in Beſtraffung derer Appellanten denen dißfalls ergangenen Fürſtl. Conſtitutionen von 1654. und 55. wie auch der Fürſtlichen Reſolution ad Grav. judic. 1. ſich gemäß bezeugen, mithin nur in denen Appellationen, worinn ihre Erkenntniß derſelben pro frivolis zuſammt den Urtheln und Decreten ſelbiger Inſtanz, im Hofgericht confirmirt, und die Sache an ſie ad exequendum remittiret, anbeneben die Execution auf die deßfalls geſezte Straffe mit dirigiret wird, ſolche à Parte appellante beytreiben, und dasjenige, was demſelben zuwider etwa geſchehen ſeyn möchte, abſtellen. Concl. 1724. 19. Oct.

10. Als auch wegen der in der Fürſtl Conſtitution de An. 1654. anfänglich zwar geſezten nachgehends aber durch die Fürſtl. Conſtitution de An. 1655. wieder aufgehobenen Caution und Legegeldes in caſum Succumbentiæ, einiges Mißverſtändniß entſtanden; ſo ward vom Reichs-Vicariat erkannt, daß, die Juſtizcanzleyen, wie auch das Conſiſtorium, auf ſolche der älteren Conſtitution de An. 1654. derogirende, Conſtitution de An. 1655. in dergleichen Sachen lediglich zu verweiſen, und daß erwehnte Juſtizcollegia in Appellationsfällen an das Hofgericht, biß zu Entſcheidung der Hauptſache, ſich hiernach ſtracklich zu achten, ihnen gemeſſen aufzugeben: (Concl. 1741. 1. Dec. 1742. 3 Febr.) Als aber die Juſtiz-Canzley zu Schwerin dennoch, durch eine zu beſtellende Caution, oder durch ein zu beſtellendes Legegeld, denen Parthien die Appellationen ſchwer zu machen ſuchte; ſo improbirte es der Kayſer den 30. Aug. 1742. und verordnete: Die Appellationen keineswegs durch Abforderung der Caution und Legegeldes, noch ſonſt, zu behindern; es ſolle aber auch von dem Hofgericht deme, was in gedachter

dachter Conſtitution und Kayſ. Verordnungen wegen der frivole Appellirenden befohlen worden, genau nachgelebet werden.

11. 12. Der Kayſer improbirte auch ſehr, daß die Juſtizcanzley zu Schwerin in denen vorgekommenen Appellations-Fällen dem Hofgericht unbefugten Eingriff gethan habe, ib. Concl. 1739. 4. Maj. ꝛc.

15. Wegen der Appellationen in cauſis ſummariis wurde An. 1724. 19. Oct und 1738. 2. Maj eine Norm vorgeſchriben.

16. In cauſis fiſcalibus ſollen die Appellationen von dem Conſiſtorio und den Juſtizcanzleyen an das Hofgericht, (cauſas criminales proprie & cum effectu an Leib und Leben ſic dictas ausbeſchiden, jedoch mit Vorbehalt des dißfalls üblichen Remedii Defenſionis,) zugelaſſen werden; und iſt ſolchemnach auch das an das Hofgericht dißfalls ergangene Fürſtliche Inhibitorium vom 9. Aug. 1709. autoritate Cæſarea caßirt und aufgehoben worden, per Concl. 1724. 19. Oct. welches zu wiederhohlten mahlen beſtättiget worden iſt per Concl. von 1737. 12. Dec. und 1738. 2. Maj.

In Anſehung der Appellationen an die höchſte R. Gerichte aber wurde befohlen (1):

1. Wegen unterlaſſener Reſpectirung derer an die Reichsgerichte interponirt- und intimirten Appellationen, auch begangener Attentaten, hat der Kayſer ernſtlich verordnet, daß in Zukunfft von denen Fürſtl. Räthen und Bedienten, ins beſondere aber von denen Fürſtlichen Gerichten, denen aus den beyden höchſten Reichsgerichten an ſie abgelaſſenen und fernerhin abzulaſſenden Verordnungen und Judicatis der ſchuldige Gehorſam zu leiſten; inſonderheit die an ſelbige Reichsgerichte bereits eingewandte, oder auch in Zukunfft interponirte und intimirte Appellationen gebührend zu reſpectiren, und, ſo lange ſolche bey gedachten Gerichten in unentſchidenen Rechten ſchweben, von allen Innovationen gänzlich zu abſtrahiren; Concl. 1724. 19 Oct ꝛc.

2. Welches auch in beſonderen Fällen vilfältig anbefohlen worden iſt.

3. Ob zwar, was bey dem Kayſer gegen die Erkenntniſſe derer Juſtiz-Collegiorum per modum Appellationibus angebracht würde,

(1) v. Vorber. zu den Deciſ. Imp. in cauſ. Mecklenb. p. 303. ſqq.

würde, ob es admißibel ſeye, oder nicht? nach dem Mecklenburgiſchen Privilegio de non appellando zu beurtheilen ſeye, und der Kayſer demſelben keinen Eingriff thun, oder in Sachen, wovon nach demſelben nicht appelliret werden könne, Appellationen zulaſſen werden; ſo ſeye jedoch in dem, was vermöge Kayſerlicher Commißion verrichtet würde, auf ſolches Privilegium ſich nicht zu beziehen, ſondern darinn müßte jedem freygelaſſen werden, wann er ſich beſchweret zu ſeyn erachte, à Commiſſario ad Imperatorem appelliren zu können, es betreffe auch die Sache an, was es wolle. Concl. 1740. 11. Mart.

4. Wegen der Appellationen in denen Mecklenburgiſchen Cammerſachen hat das Chur-Sächſiſche Reichs-Vicariat es bey denen Mecklenburgiſchen Juſtiz- und Landes-Verfaſſungen, dem Privilegio de non appellando, und auf alles diſes ſich gründenden ehemals hierunter ergangenen Kayſerl. Verordnungen, bewenden laſſen. Concl. 1741. 17. Febr.

5. Als der M. Streliziſche Fiſcal wider den von Genzkon, wegen angeblicher Verlezung des Mecklenburgiſchen Privilegii de non appellando, eine Actionem fiſcalem angeſtellt; ward ſolche Anmaſſung von dem Kayſer nicht allein nachdrücklich verwiſen, und befohlen, dergleichen ungegründeten fiſcaliſchen Verfahrens hinfüro in ſo geſtalten Fällen, bey unausbleiblicher Kayſerlicher Ahndung, ſich zu enthalten; ſondern der Kayſer reſcribirte auch an den Herzog zu Strelitz: Wie Er, der Kayſer, daraus die unzuläßige und zu ſeiner ſonderbaren Empfindlichkeit gereichende Abſichten des Fiſcals gar wohl wahrnähme, als welche dahin zu gehen ſchienen, durch dergleichen ungegründete Actiones fiſcales die Parthien von denen an den Kayſer zu interponirenden Appellationen abzuſchrecken, mithin dieſelbe zu hemmen, und dadurch die Kayſerliche Jurisdiction einzuſchräncken; dergleichen aber der Kayſer keineswegs verſtatten, ſondern ſein obriſtrichterliches Amt im Reich dagegen nachdrücklich vorkehren würde; laut Concl. 1742. 16. Nov. welches 1744. 16. Mart. nochmals wiederhohlet worden.

An. 1752. hat die Mecklenburgiſche Ritter- und Landſchafft an den Reichs-Hof-Rath deßwegen appellirt, weil die Appellation von einer Fürſtlich-Mecklenburgiſchen Canzley-Verordnung an das Land- und Hofgericht verbotten worden iſt.

Es

Es wurde darauf den 10. Jul. d. J. von dem Judice à quo Bericht erfordert, mit dem Anhang: Biß auf weitere Kayſerliche Verordnung mit allem ferneren Verfahren inne zu halten.

Was der Oſtfrieſiſche Vergleich von 1611. wegen der Rechtsmittel gegen die von unpartheyiſchen Rechtsgelehrten gefällte Urtheile enthalte, ſiehe Cap. 3. §. 42.

Ferner wurde An. 1611. verglichen: „ Dasjenige, was in cauſis poſſeſſoriis bey dem Hofgericht ausgeſprochen und geurtheilt ſeyn wird, ſoll, etiam non obſtante Reviſione, vel Appellatione ad Cameram, exequiret werden.“

Anno 1614. vergliche ſich der Graf mit ſeinen Landſtänden dahin: „ Daß die nach Landrecht an den Untergerichten und von dem Landrichter (in Pönen und Brüche) condemnirte Parthien, da ſie beſchweret, (electivè,) an Ihro Gnaden Canzley oder Hofgericht, als beyde von Ihro Gnaden, ein jeder in ſeiner Ordnung, (vermöge der Kayſerlichen Reſolution und anderer Receſſen;) zur Adminiſtration der Juſtiz verordnete Räthe und Diener, ſich mögen beruffen, und daſelbſten diſe Sache revidiren laſſen.“

Die Stände verlangten An. 1619. Daß Niemand die Reviſion geſtattet werde, er habe dann zuforderſt in Supplicatione pro ea impetranda der Appellation renunciirt, und deren ſich begeben.

Die General-Staaten reſolvirten: Es ſoll der Herr Graf erſuchet werden, diſen Articul zuzuſtehen, und Niemanden die Reviſion, wie in dem Articul gemeldet, zu wegern.

Der Graf aber antwortete: „ In diſem Punct ligt es nicht am Erſuchen, oder der Poſtulanten Begehren; ſintemal das Kayſerl. Cammergericht, in ſui & Imperii præjudicium, unſere Receſſe, Abſchide und Verträge nichts achtet, iſt auch, wie in dem Articul geſucht wird, nicht practicabel: Nichts deſto weniger aber haben Ihre Gnaden, mit Rath Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren, in einer erneuerten Hofgerichts Ordnung, allbereits lang zuvor, ehe diſe Poſtulata gebohren worden, hierinnen eine nüzliche Proviſion gemacht, worinnen Sie Sich von denen Poſtulanten nicht können meiſtern laſſen.“

Um eben diſe Zeit ſtritte der Graf mit der Statt Emden: Ob diſer erlaubt ſeye, Statuten zu machen, welche zum Nachtheil derer Appellationen gereicheten? (1)

Die Oſtfrieſiſche Stände klagten ferner An. 1662. Ob wohl in Criminalibus die Reviſionen keinen Plaz haben; ſo gebrauchen ſich derſelben dennoch die Fürſtliche Miniſtri, und verweigern ſolche dem Gegentheil in eben derſelben Sache.

Endlich beliebte man An. 1663. „Es ſoll in Criminalibus keine Reviſion erkannt werden: Da aber ſolche der einen Parthey über Vermuthen zugeſtanden würde; ſo ſoll ſolche dem andern Theil ingleichem vergönnet werden.“

Ferner wurde geklagt: „Da einer, durch des Hofgerichts Urtheil oder Spruch beſchwert, ſich des Beneficii Reviſionis bedienen will; ſo können Ihre Fürſtliche Gnaden ſolches nicht wegern; wie ſolches offtmals zu der Stände Präjudiz geſchehen: Wann aber wider Ihre Fürſtliche Gn. oder Deroſelben Procuratorem generalem, oder ſonſten, Reviſio erſucht wird; ſo ſoll ſolche gleichfalls unverwegert zugelaſſen werden, oder in deſſen Entſtehung ſoll das Hofgericht die Reviſionen erkennen: Und ſoll der Procurator generalis ſeine erhaltene Reviſionen innerhalb 10. Tagen à die latæ Sententiæ, ſub pœna deſertionis dem Hofgericht andeuten ꝛc.“

Der Vergleich darauf lautet: „Es ſoll nach dem Emder Landtags-Schluß de An. 1618. Cap. 1. Art 17. reguliret werden, ohne daß obberührte Reviſionen verweigert werden ſollen: Im Fall aber ſolches, über Vermuthen, geſchähe; ſo ſoll das Hofgericht nichts deſtoweniger procediren.

Endlich meldeten die Stände auch noch: „Ob wohl bey Erkennung der Reviſion Ihro Fürſtl Gn. oder Deroſelben Canzley die Judicatur über die Materialia Proceſſus gar nicht zuſtehet; ſo laſſen ſich dennoch die Fürſtlichen Miniſtri dann und wann die Acta des Hofgerichts dabey geben: Welches abgeſchaffet werden muß.“

Es wurde aber verglichen: „Es ſoll dem Hofgericht nicht verwegert ſeyn, wenn Reviſion geſucht wird, die Schrifften, Acta und Munimenta des Proceſſes der Canzley zu überſenden.“

Ferner klagten die Stände: „Ob wohl à Sententiis in puncto Reviſionis, und in ſpecie cauſis poſſeſſoriis, latis, nicht appelli-

(1) Oſtfrieſ. Hiſtor. ꝛc. 2. Theil, S. 476.

pelliret werden mag; (Oſterhuſ. Accord. Art. 26. Hofger. Ord. Tit 44) ſo wird dennoch, ſowohl von Ihro Fürſtl. Gn. als auch Andern, dawider gehandelt; welches aber abgeſchaffet werden muß.“

Der Vergleich darüber lautet: „Es wird diſer Punct bey denen allegirten Texten gelaſſen, und, ſo dawider etwas gethan ſeyn, oder nachmals unternommen werden möchte, ſolches ſoll ſo gleich reparirt werden: Und iſt zur Elucidation oder Erklärung des 17den Art. Emdiſch. Landtagsſchluſſes de An. 1618. die Meinung, daß der Petitor, vermöge eines Eydes, in iſto puncto der Appellation ſowohl ad Cameram, als Aulam Imperialem renunciiren müſſe.“

Anno 1699. verglichen ſich der Fürſt und ſeine Stände dahin: Es ſollen bey beyden Obergerichten in Sachen, deren Hauptſtuhl unter 50. fl. iſt, keine Appellationen angenommen werden.

§. 27.

Von denen Straffen, derer hier auch hätte können gedacht werden, will ich in dem Tr. von der Landeshoheit in Cameralſachen handlen. Strafen.

Vom Nachlaß, Milderung oder Verwandlung derer Straffen aber wird in dem Tr. von der Landeshoheit in Gnadenſachen geredet werden.

Denen Chur-Sächſiſchen Landſtänden wurde An. 1716. zur Reſolution ertheilt: Es ſolle ſo fort in die Rechts-Collegia Befehl ertheilet werden, daß in den Fällen, wo alternative auf Gefängniß- oder Geldſtrafe geſprochen werde, die Urthel auch durchgehends mit, (ohne Unterſchid, ob es Amts- oder andere Unterthanen betreffe,) auf drey Tage Arbeit, ſtatt Eines Tages Arbeit, abzufaſſen.

§. 28.

Bey der Vollſtreckung derer Urtheile und derer darzu benöthigten Perſonen oder Werckzeuge, kan ſich die Landeshoheit wiederum auf allerley Arten äuſſeren, durch Vorſchreibung der Art derſelbigen in peinlichen und bürgerlichen Sachen, u. ſ. w. Z. E. Executionen.

Eine K. Preußiſche verbeſſerte Landreuter-Ordnung der Chur-Marck Brandenburg iſt von 1709. 4. vorhanden.

Anno 1718. 22. Oct. ergienge eine K. Preußiſche Verordnung wegen der ohne Unterſchid der Jurisdiction zu verrichtenden Execution in Policey-Sachen.

Anno 1724. 21. Sept. wurde ein K. Preußiſcher Befehl an das Cammergericht zu Berlin erlaſſen: Daß es in Schuldſachen wider die Beamte, ohne Vorwiſſen der Kriegs- und Domainen-Cammer, keine Execution veranlaſſen ſolle.

Anno 1733. 12. Apr. aber wurde es wieder abgeändert, und erlaubt, Executionen gegen die Beamte zu vollſtrecken, ohne bey der Kr. und Dom. Cammer anzufragen.

Anno 1750. 15. Jan. ordnete der König zwey Landreuter in Clev- und Märckiſchen an, um die rechtliche Urtheile und Beſcheide zu vollſtrecken, und lieſſe die denſelben vorgeſchribene Ordnung durch den Druck bekannt machen.

Wann aber eine Execution vorgenommen werden ſolle, muß die Sache, denen Rechten nach, reiff darzu ſeyn.

In dem Halberſtättiſchen Receß von 1653. §. 10. wurde beliebt: „So wollen auch Se. Churfürſtliche Durchl. ohne vorgehende Erkundigung der Sachen, auch eingehohlten Bericht der Regierung und Landſchafft, ſo ferne es dieſelbe betrifft, hiernächſt keine Execution und dahin zilende Befehle ergehen laſſen.“

Und ſo erſtrecken ſich auch die Landesherrliche Rechte auf die Art und Folgen einer Execution, und was ſonſten damit einen Zuſammenhang hat. Z. E.

Ein K. Preußiſches Edict von 1730. 2. Nov. erlaubet zwar denen Handwerckern, bey Erbauung der Galgen ꝛc. ihre übliche Gebräuche zu beobachten; jedoch daß ſie denen Gerichtsobrigkeiten, auſſer dem Arbeitslohn, keine beſondere Unkoſten verurſachen.

Anno 1733. 31. Aug. ergienge ein K. Preußiſches Edict: Daß keine Halbmeiſter oder Abdecker ſcharffrichterliche Executionen verrichten, ſondern darzu allein rechte Scharff- und Nachrichter gebraucht werden ſollen.

Anno 1735. 2. Nov. befahl ein K. Preußiſches Edict: Daß keine Gerichts-Obrigkeit ſich unterſtehen ſolle, ohne Königliche beſondere Erlaubniß, die Cörper derer hingerichteten Delinquenten ihren Verwandten abfolgen zu laſſen.

Ein Landesherr ſelbſt darff keine widerrechtliche Executionen vornehmen, oder darinn die Maaß überſchreiten.

Der

Der reformirte Fürſt zu Naſſau-Siegen wurde dahero vom Cammergericht An. 1727. 26. Sept. angewiſen: Die Executionen nicht zu hart anzulegen.

Auch kan ſonſt die Materie von Executionen Stoff zu Landesverträgen und Landtagshandlungen, ja zu Streitigkeiten und Proceſſen an den höchſten Reichsgerichten, abgeben. Z. E.

Im Br. Wolfenbütteliſchen ſolle dem Collegio des engeren Ausſchuſſes und Schazraths in dem, was de modo exequendi, und inſonderheit wegen der in allen Diſtricten verordneten perpetuirlichen Executoren vorgeſchlagen, gewillfahret werden. Landesfreyh. von 1770. Art 15.

In dem Oſtfrieſiſchen Vergleich An. 1611. wurde bedingt: 1. Der Graf ſolle in peinlichen Sachen nicht härter, als nach Innhalt der Hofgerichts-Urthel, ſtrafen oder exequiren laſſen.

2. Se. Gnaden, (der Graf,) ſoll dem Hofgericht die ſtarcke Hand bieten; als warum Dieſelbe erſuchet werden, damit alle Urtheile, welche von vorbeſagtem Hofgericht, oder von vorhin gedachten erwähleten Perſonen, (ab Impartialibus) ausgeſprochen, und die Krafft Rechtens erhalten, vollzogen werden mögen; und ſind zufriden, daß die Urtheile, welche zu Dero Nachtheil ausgeſprochen ſeyn ſollten, auch ihren vollkommenen Effect haben, und nach der Hofgerichtsordnung die Execution darinn vollſtrecket werden möge: Und daferne in vorhin erwehntem Mangel erſcheinen ſollte, und Se. Gnaden, nachdeme Dieſelbe zu zwey- oder dreyen mahlen vom Hofgericht vermahnet worden, um zu machen, daß die Urtheile vollſtrecket werden, dennoch im Verzug wäre; ſo ſollen die vom Hofgericht gehalten ſeyn, ſolches denen Landſtänden zu remonſtriren, welche dem Hofgericht, zu Handhabung guter Juſtiz und deſſen Autorität, ſo aßiſtiren mögen, wie es die Gelegenheit der Sachen erfordern wird."

Die Oſtfrieſiſche Stände verlangten An. 1619. „Daß Hofrichter und Aſſeſſores, wann Ihro Gnaden (der Graf,) in einigen Sachen niderfällig werden, und 3 mal, von 8. zu 8. Tagen, unterthänig ermahnet, dem Judicato vollkommene Parition unverzüglich zu leiſten, oder in cauſis Privatorum die Execution hemmen würde, das Collegium Deputatorum & Adminiſtratorum, (welches die Stände hierinn repräſentiren ſoll,) darüber imploriren und

anruffen mögen; welches der Juſtiz die Hand bieten und der aus-geſprochenen und in rem judicatam erwachſenen Urtheil Execution befördern helffen ſolle. "

Die General-Staaten bezogen ſich auf die bald folgende Reſolution:

Der Graf hingegen meldete: „ Es iſt noch nie kein Exempel geſehen oder gehört worden, daß Ihro Gnaden ſich geſperret oder verweigert hätten, dem Judicato zu pariren; vilweniger ſeynd Ihro Gnaden von Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren darzu erſucht oder ermahnet worden, oder haben denen Poſtulanten zu diſer Klage Urſach gegeben: Daß aber die Erſuchungen und Ermahnungen ad parendum an Ihro Gn. von 8. zu 8. Tagen 2. oder 3. mal geſchehen ſollen, wird im Text nicht geſagt; ſondern ſtehet im Gutbefinden Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren, welchen die Poſtulanten keine Regel oder Maaß haben vorzuſchreiben. So iſt ebenfalls kein Exempel beyzubringen, daß Ihro Gnaden in cauſis Privatorum die Execution hemmen und aufhalten laſſen. Das Collegium Aſſignatorum iſt allein auf die gemeine Landescontributiones beſtellt; worzu es Ihro Gnaden confirmirt: Aber daß ſelbiges Collegium in allen anderen Sachen die Landſtände repräſentiren, auch über Ihro Gnaden regieren, und, anſtatt ordinarii Superioris, nemlich der Kayſerlichen Majeſt. prætoriam poteſtatem in Executionibus exerciren ſolle, ſolches können, wollen noch haben Ihro Gnaden nicht nachgeben. "

Die vorhin gedachte Staatiſche Reſolution gienge dahin: Die Stände können ihren ordinairen Deputirten committiren, daß ſie, (im Fall der Graf, nach dem Innhalt des Oſterhuſiſchen Accords Art. 27. vom Hofgericht, die Sententien zu exequiren, oder effectuiren zu laſſen, erinneret worden, und doch darinn ſaumſelig geweſen, (beſagte Stände repräſentiren, dergeſtalt, daß, in der Stände Abweſen, das Hofgericht ſich an die Deputirte addreßiren, diſe aber, in der Stände Namen, dem Hofgerichte, zur Handhabung guter Juſtiz und deſſelben Autorität, nach Gelegenheit der Sachen, aßiſtiren, und darzu den Commendanten der Völcker der General-Staaten, ſo in Emden ligen, gebrauchen, oder, in deſſen Abweſen, Jemand anders, ſo von den General-Staaten hierzu zu autoriſiren, welche inſtruiret werden ſollen, ihnen die hülffliche Hand hierinn zu bieten: Jedoch müſſen ſie vorhero die General-Staaten davon avertiren.

Der Graf aber machte die Anmerckung darüber: „ Diſer Articul iſt zu keinem anderem Ende angeſtellt, als alleine dem Collegio die Superintendentenſchafft über Jhro Gnaden und deren Regierung zuzuſchanzen; welches die Herrn Staaten ſelbſt in denen • • Reſolutionen von dem 22. Jan. An. 1611. und 3. Apr. An. 1613. und 12. Jun. An. 1619. vor unbillig, unziemlich und ungebührlich ermeſſen haben. Diſes aber hat man ſich Gräflichen Theils am höchſten zu beſchweren, daß den Herrn Staaten gefallen, daß den ordinariis Deputatis der Landſchafft zu der Inſpection des Collectenwercks Macht und Gewalt möge gegeben und aufgetragen werden, den Commandeur über das Kriegsvolck in Emden, mit ſeinen unterhabenden Soldaten, zur Execution derer Urtheile, welche etwan wider Jhro Gnaden am Hofgericht ausgeſprochen, zu gebrauchen; jedoch nicht ohne Jhro Hochmögenden Vorbewußt und Zulaſſung: Dann dieweil alle Executiones, præſertim militares, prætoriæ ac ſupremæ poteſtatis ſeyn; ſo muß folgen, daß hiedurch entweder beſagten Deputirten das jus Superioritatis über Jhro Gnaden Grafſchafft, (quæ Provincia tamen Romani Imperii eſt,) gegeben, oder den Herrn Staaten angeheimſcht werden wolle: Quorum neutrum ſalvo ſtatu noſtro fieri poteſt vel debet; iſt auch deſtoweniger vonnöthen geweſen, einen ſolchen Eingriff in die Superiorität diſes Landes zu thun, dieweil kein einziges Exempel ſoll beygebracht werden, daß Jhro Gnaden Jemand Recht geweigert, oder ſich des Hofgerichts Urtheilen de facto opponiret hätten. “ u. ſ. w.

Die Stände verlangten ferner An. 1619. Der Graf ſolle wider des Hofgerichts anbefohlene Execution den Beamten keine Verhinderniß thun:

Was ſie aber wegen Exequirung derer gegen den Grafen ſelbſten ausgefallenen Urtheile geſuchet haben, kommt anderwärts vor.

Graf Rudolf Chriſtian erklärt ſich An. 1626. „ Wenn ein Urtheil für den Landesherrn am Hofgericht ausgeſprochen, ſoll Procurator generalis nicht gehalten ſeyn, Executoriales oder Mandatum executoriale zu bitten und auszubringen; ſondern Jhre Gnaden, als hohe Landesobrigkeit, mögen Selbſt die Execution verrichten laſſen: Mit dem Verſtand gleichwohl, da ſich Jemand beklagen würde, daß man modum Executionis überſchritten, Hofrichter und Aſſeſſoren darüber zu erkennen haben ſollen. “

Der

Der Fürſt zu Oſtfrießland bate An. 1691. beym Reichs-Hofrath:

„ Daß die Landſtände ins gemein, und in ſpecie das Collegium Aſſignatorum & Deputatorum, ſich wider die Landgerichtsſachen und Urtheile, auch Executionen, welche ex officio getriben und erkannt werden, nicht ſperren, vilweniger ſich dawider mit Gewalt und Zuziehung fremder militar-Völcker, (gleich in dem Amte Gretſyhl, unterm vermeinten Namen als Beſchüzern der gemeinen Freyheit geſchehen,) legen ſollen.“

Der Kayſer reſolvirte darauf: „ Die Landgerichts-Urtheile und Executionen ſollen, gegen die Accorden, von denen Landſtänden, und dem Collegio Aſſignatorum oder Deputatorum, nicht geſtöhret werden; oder daferne der Herr Fürſt einige billige Beſchwerung dagegen zu führen hätte, und es bey Jhro Kayſerl. Majeſt. anbringen würde, ſoll darauf erfolgen, was Recht iſt.“

Anno 1699 verglichen ſich der Fürſt und die Landſtände: „ Es ſollen die nach Teich- und Syhlrecht vorzunehmende Executionen nicht gehindert, noch auch den Teich- und Syhl-Officianten das Abgepfändete ohne förmlich Recht wieder abgenommen werden.“

§. 29.

Gerichts-Sportuln ꝛc. In Anſehung der Gerichts-Sportuln kan der Landesherr zwar befehlen, wie es ſolle gehalten werden: Wann aber die Landſtände und Unterthanen glauben, dadurch beſchweret zu ſeyn, können ſie bey dem Landesherrn, und, im Fall allda entſtehender Hülffe, bey einem Reichsgericht, dagegen Vorſtellung thun: Bringt es endlich die Landesverfaſſung mit ſich, daß auch dergleichen Dinge zwiſchen dem Landesherrn und den Landſtänden verglichen werden müſſen, verbleibet es billig dabey.

Nach der Chur-Sächſiſchen Erledigung derer Landesgebrechen von 1612. §. 20 ſolle die Tax derer Gerichtsgebühren auf eine Tafel vor der Amtsſtube affigiret werden.

Und in einer Chur-Sächſiſchen Reſolution für die Landſtände von 1716. wird gemeldet: Es ſolle denen Dicaſterien Andeutung geſchehen, bey Abforderung derer Urthelsgebühren ſich aller ungebührlichen Steigerungen zu enthalten, auch eine Specification mit einzuſchicken, in was Proportion dieſelbe angeſezet zu werden pflegeten.

Anno 1717. 15. Junii kame eine Königlich-Preußiſche Franzöſiſche Ober- und Unter-Gerichts-Sportul-Taxe zum Vorſchein.

Durch ein K. Preußiſches Reſcript von 1726. 3. Apr. wurden die unvermögende Soldaten Sportul-frey erklärt.

Anno 1736 12. Mart. ergienge ein K. Preußiſches Reglement wegen der Sportuln bey dem Ober-Appellations-Gericht zu Berlin, wodurch alle dabey eingeſchlichene Mißbräuche abgeſchaffet worden.

Anno 1738. 2. Mart. wurde ein K. Preußiſches Edict wider den Mißbrauch derer übermäßigen Sportuln bey denen Juſtiz-Collegiis und anderen Gerichten, auch bey denen Advocaten bekannt gemacht.

In dem Halberſtättiſchen Homagial-Receß von 1650. wurde §. 13. verſprochen: „So ſoll auch a) die bißhero gewöhnliche Canzley- und Gerichts-Taxa nicht erhöhet, b) auch die Hülffgelder (Executions-Gebühren,) ehe nicht, biß die realis Immiſſio vollſtrecket, gezahlet, c) auch in den Taxationibus der verholffenen Güter ein billiger Reſpect, nach Qualität und Austrag derſelben, gehalten werden. “

Und in dem Halberſtättiſchen Receß von 1653. §. 10. lieſet man: „Mit den Sportel- und Sigel-Geldern bey der Canzley und andern Untergerichten ſollen die Parthien inskünfftige gar nicht beſchweret, ſo wohl auch die Taxe der Canzley, des Stattgerichts, des Amts der Majorey, und was in Aemtern desfalls erfodert, ſoll es bey dem, was die diſerhalb in Fridens-Zeiten errichtete und revidirte Taxa mit ſich bringt, überall gelaſſen, und Niemand überſezt, auch dabey nullo modo einiger abuſus admittiret, ſondern was in una Supplicatione gebeten, die Expenſen und Canzley-Gebühr nicht multipliciret werden. “

In dem Braunſchweig-Hanoveriſchen Landtags-Abſchid von 1650. wurde beliebt: „Zum 2. die Juſtiz-Canzley-Taxa betreffend, reſolviren :,: Se. Fürſtl. Gn. dahin, daß die in An. 1629. gemach-

gemachte und renovirte Canzley-Taxa hinfüro feſtiglich gehalten, und dieſelbige nicht überſchritten werden ſolle: "

In Sachen: Schwarziſche Kinder ꝛc. contra Schwarzin ꝛc. reſcribirte der Reichs-Hofrath An. 1761. 23. Maj. ", Reſcriba-tur dem Herrn Biſchoffen zu Bamberg: Es hätten zwar Ihro Kayſerliche Maj. aus des Herrn Biſchoffs unterm 9. Febr. 1758. erſtatteten allergehorſamſten Bericht ganz gerne erſehen, wie das von ihme neuaufgeſtellte Pupillar-Appellations-Gericht denen Pupillen ohnentgeldlich und ohne einige Sportuln-Aufrechnung die Proceſſe fertigen laſſe: Da aber auch zugleich der Herr Biſchoff in dem angezogenen Bericht mit vorkommen laſſen, wie daß von daſiger Regierung, beſonders bey Auslöſung der Acten, wann an die höchſte Reichsgerichte appelliret worden, keine ordentliche Sportulntax beobachtet, ſondern bald mehr bald weniger vom Bogen genommen, und ſonſt an den Appellanten übermäßige Forderungen gemacht werden; dergleichen Mißbrauch hingegen den ſtreitenden Partheyen zu groſſer Beſchwerde und zu Hemmung der Gerechtigkeit gereiche; als befehleten Ihro Kayſerliche Majeſtät ihme, Herrn Biſchoffen, hierinnen die gebührende Vorſehung zu thun, und deſſen nachgeſezten Inſtantien eine leidentliche und beſtändige Taxam, worüber nicht geſchritten werden dürffte, vorzuſchreiben, und darüber veſt zu halten, auch, wie ſolchem nachgelebet worden, zu ſeiner Zeit bey Kayſerl. Majeſt. allergehorſamſt anzuzeigen ꝛc. "

Zu Onolzbach ſeynd bey dem Juſtiz-Collegio Reviſions- und Succumbenz-Gelder üblich.

Von Braunſchweig-Wolffenbüttel iſt im Druck eine Verordnung wegen der Amts- und Gerichts-Gebühren, d. d. 1720. 2. Aug.

Die Br. Wolfenbüttelische Landesprivilegien von 1770. enthalten Art. 13. Es ſolle über der Sportulordnung nachdrücklich gehalten, der Armuth die Juſtiz ohne Entgeld adminiſtriret, jedoch, zu Verhütung des daher etwa zu beförchtenden Mißbrauchs, Niemand leichtlich zu dem Juramento paupertatis gelaſſen werden.

Und

Und auf dem Braunſchweigiſchen Landtage An. 1770. hat von denen Landſchafftlichen Deputirten davor gehalten werden wollen, als ob die bey der Fürſtl. Juſtiz-Canzley ſeit einigen Jahren geordnete Berechnung und Vergütung der Sporteln den intendirten Nuzen nicht beſchaffet; dahero ſie deren Wiederabſchaffung abgerathen: Es wurde aber bloß beſchloſſen, nach dem Landtage ſolches Gutachten nochmals auf das genaueſte prüfen zu laſſen, und darauf, in ſo fern es nüzlich befunden werden werde, gn. Bedacht zu nehmen.

Unter dem Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg klagte deſſen Ritter- und Landſchafft bey dem Reichs-Hofrath: „ 1. Sind die in denen Reverſalien und der Hofgerichts-Ordnung befindliche Taxen mit Genehmhaltung der Ritter- und Landſchafft gemacht. 2. Iſt in der Fürſtlichen Reſolution ad Grav. jud. 7. verſprochen, daß ante publicationem der zu machenden Renovation der Tax die Ritter- und Landſchafft mit ihren Monitis gehöret werden ſollte.

3. Solchem entgegen iſt An. 1703. eine Verordnung, worinn einige Sportuln erhöhet, ohne Zuziehung der Ritter- und Landſchafft herauskommen, und auſſer dem die Sportuln gar ſehr geſteigert worden; 4. deſſen Remedirung nicht erfolget.

5. Weil nun Ritter- und Landſchafft dadurch contra Reverſales beſchweret, wird 6. gebeten, es bey der alten Taxa zu laſſen, was der zuwider eingeführet werden wollen, zu caßiren, und über die Renovation der Tax-Ordnungen die Ritter- und Landſchafft vorhero zu hören. “

Was darauf von dem Kayſer wegen der Gerichtsſportuln und Abſtellung derer neuerlich eingeführten Collations-Gebühren, auch Verfertigung einer neuen Taxordnung, mit Zuziehung Ritter- und Landſchafft, nach Maaßgab derer Landesgeſeze, und inſonderheit derer Fürſtlichen Reſolutionen ad Grav. judic. 7. & ad Grav. addit. de An. 1701. verordnet worden iſt, erſiehet man aus der Kayſerlichen Reſolution vom 19. Oct. 1724.

Der reformirte Fürſt zu Naßau-Siegen wurde Anno 1727. 26. Sept. vom Cammergericht angewiſen: Die übermäßige Schöpfengebühren leidlich einzurichten.

Was die Oſtfrieſiſche Concordaten von 1599. wegen der Gerichtskoſten enthalten, ſiehe Cap. 3. §. 46.

Der Fürſt zu Oſtfrießland und ſeine Landſtände verglichen ſich ferner An. 1699. „Es ſollen bey den Untergerichten die Eingeſeſſene mit übermäßigen Sporteln und Immißionskoſten nicht beſchweret, ſondern nach Einhalt der Untergerichts-Ordnung verfahren werden.“

In denen Schwarzburg-Rudolſtättiſchen Streitigkeiten wurde vom Reichs-Hofrath An. 1724. 10. Oct. einer Kayſerlichen Commißion aufgegeben: Die eingeklagte Beſchwerde wegen der übermäßigen Sportuln und abgeforderten Inquiſitions-Unkoſten zu unterſuchen.

Eine Cameral-Urthel von 1763. in Sachen ſamtlicher Criechingiſcher Unterthanen contra Criechingen, die Vergröſſerung der Canzleyſportuln und Proceßkoſten betreffend, liſet man bey dem Freyh. von CRAMER (1).

Endlich ſo könnte hier auch noch einiger in neuen Zeiten entſtandener Cameral-Gefälle gedacht werden, welche die ſinnreiche Erfindung derer Cameraliſten zum Vorſchein gebracht; wohin abſonderlich der Gebrauch des Stempel-Papiers in gerichtlichen Verhandlungen gehöret, ſo auch die Befreyung oder nicht Befreyung davon. Z. E.

Anno 1720. 21. Febr. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript, daß kein Soldat in gerichtlichen Sachen vom Stempelpapier befreyet ſeyn ſolle.

Und An 1726. 6. Mart. wurde ein K. Preußiſches Edict erlaſſen: Daß in der ganzen Chur-Marck keine andere, als mit der Re-

(1) in ſeiner Nebenſt. 106. Th. 93. S. u. f.

Recruten-Caſſe Stempel beſtempelte und von gewiſſen Procuratoren unterſchribene Vollmachten, das Stück à 6. gr. gelten und gebraucht werden ſollen.

§. 30.

Was endlich die in peinlichen Fällen aufgehende Koſten anbelangt; ſo kommt es auf jeden Landes oder Orts beſondere Verträge oder Herkommen an, wer ſolche zu tragen habe? Andere Koſten.

Sie werden, je nachdeme es in einem Land hergebracht, oder verglichen, oder befohlen iſt, 1. entweder von der Herrſchafft übernommen, getragen, der Delinquent mag ſie bezahlen können, oder nicht, oder 2. von dem Delinquenten, 3. oder die Unterthanen, müſſen ein ſo genanntes Henckergeld entrichten.

Wo die Fraiſchliche Obrigkeit üblich iſt, müſſen offt die Fraiſch-Eingeſeſſene an denen Unkoſten mit tragen.

Die Chur-Sächſiſche Erledigung der Landesgebrechen von 1661. enthält Tit. von Juſtizſachen, §. 117. eine Verordnung wegen der Gebühren der Nachrichter.

Anno 1735. 10. Dec. wurden durch ein K. Preußiſches Edict die bey denen criminal-Proceſſen nöthige Koſten regulirt.

Im Brandenburg-Onolzbachiſchen iſt ein verſchidener Maleſiz-Tax üblich, je nachdeme 1. entweder der Delinquent kein Vermögen hat, und die Herrſchafft, oder die Unterthanen, die Koſten zu zahlen hat, oder 2. der Delinquent die Koſten zahlen oder abverdienen kan.

Die Würtembergiſche Landſtände brachten An. 1764. die unterblibene Bonificirung derer von denen Stätt- und Aemtern präſtirten criminal- und Inquiſitionskoſten und Conſulenten-Gebühren unter die Landesbeſchwerden:

Der Herzog antwortete: Wann dergleichen Koſten, ſo dem Fiſco und der Rentcammer zukommen, ſpecificirt würden, ſolle die Rentcammer darüber vernommen und nach dem Erfund Remedur verſchafft werden.

Der Vergleich von 1770. enthält Cl. 4. §. 26. diſes: „ Die von der Herzogl Rentcammer denen Stätt- und Aemtern wieder zu erſezen ſchuldige criminal-Inquiſitionskoſten und Conſulenten-Gebühren werden denenſelben pro præterito nach der Schulden-Zahlungs-Claßification richtig abgeführet: In Zukunfft aber ſoll denen Lagerbüchern und dem Herkommen hierunter nachgegangen werden. “

§. 31.

Ober-Aufſicht des Kayſers.

Gleichwie ſchon oben angemercket worden iſt, daß dem Kayſer, und in Deſſen Namen denen Reichsgerichten, oblige, überhaupt die Oberaufſicht zu tragen, daß die Juſtiz in denen Landen derer Reichsſtände gebührend verwaltet werde; alſo verſtehet ſich diſes auch ins beſondere von der Oberaufſicht über die Proceſſe in einzelnen Fällen.

1. Nemlich kan ein Reichsgericht, aus genugſamen Urſachen, von Amtswegen, zum Voraus dafür beſorgt ſeyn, und verordnen, daß entweder überhaupt legal in der Sache verfahren werden ſolle, oder auch namentlich anzeigen, worinn und wie? Z. E. ſo habe ich anderwärts (1) eine groſſe Menge Reichs-Hofräthlicher und Cammergerichtlicher Sprüche angeführt, darinn, ſo wohl in civil- als criminal-Sachen, befohlen worden iſt, nach geſchloſſenem Proceß die Acten behörig zu inrotuliren, ſo dann aber ſelbige an auswärtige unpartheyiſche Rechtsgelehrte zum Spruch Rechtens zu verſchicken.

2. Eben ſo wohl kan diſes auch geſchehen, auf Anruffen einer Parthie, wann dieſelbige entweder würcklich in modo procedendi beſchweret worden iſt, oder auch vernünfftiger Weiſe beſorgen muß, daß dergleichen künfftig geſchehen möchte.

Anno 1747. (2) erkannte das Cammergericht in einer Appellations-Sache: „ Noch zur Zeit abgeſchlagen; ſondern verſiehet man

(1) in meinen Opuſc. acad. p. 305. ſqq.

(2) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 50. Th. 146. S.

man ſich zu Richtern voriger Inſtanz, daß derſelbe zu Herbeyſchaffung deren in denen zwey erſteren Inſtanzen abgehandelten Acten alle erſinnliche Mühe anwenden, hierwegen Regiſtratores und andere Canzleyperſonen ihrer Eyd und Pflichten erinneren, und, Falls ſothane Acta weiter nicht vorzufinden, ſelbe aus der Partheyen ſo wohl, als ihrer Procuratoren, manual-Actis, previa Citatione, jurato redintegriren zu laſſen, den Appellanten, prævia Reſtitutione in integrum, in ſo weit es allenfalls erforderlich, diſer Sache beſonderen Bewandniß nach, ad Beneficium Reviſionis zuzulaſſen, und hiernächſt, nach der Sache Befund, in Reviſorio zu ſprechen, von ſelbſten bedacht ſeyn werde: widrigen Falls dem Appellanten der weitere Recurs an diſes Kayſerliche Cammergericht ohnbenommen, ſondern vorbehalten bleibt. "

Anno 1766. ergienge in Sachen: Rheinfelder wider die Fürſtl. Onolzbachiſche Regierung die Cameral-Urthel unter anderem dahin: „ Dann wird beklagte Regierung, Klägern = = wegen der 1753. ex capite imputati Criminis von ihm eingebrachte Strafgelder nochmals mit ſeiner Defenſion genüglich zu hören, ſo fort in der Sache per Extraneos impartiales erkennen zu laſſen, hiermit angewiſen. "

Mehreres anderes dergleichen iſt ſchon oben hin und her vorgekommen.

Fünftes

Fünftes Capitel.

Von Collegien zu Rechts-Belehrungen.

Innhalt.

§. 1. Landesherrns Recht, §. 2. bey Juriſten: Facultäten, §. 3. und Schöppenſtühlen. §. 4. Noch einiges. §. 5. Parere gewiſſer Perſonen.

§. 1.

Landesherrns Recht.

Wann ein Landesherr will, iſt er befugt, autoritate publica eines oder mehre Collegia anzuordnen, bey welchen Einheimiſche und Ausländer in zweifelhafften Rechtsfällen ſich des Rechtens belehren, oder auch in geſchloſſenen Acten Bey- oder End-Urtheile einhohlen laſſen können:

Schuldig aber iſt kein Landesherr, dergleichen Collegia aufzuſtellen; es wäre dann in einem Land etwas deßwegen insbeſondere verglichen: Wie dann auch würcklich in denen allerwenigſten Teutſchen Landen ſich dergleichen Rechts-Collegia befinden.

§. 2.

Bey Juriſten-Facultäten.

Forderiſt gehören nun hieher die ſo genannte Juriſten-Facultäten, oder das Corpus derer öffentlichen und ordentlichen Lehrere derer Rechten auf jeder Teutſchen Univerſität; wiewohl hin und her entweder nicht alle ordentliche Lehrer derer Rechten Beyſizere der Juriſten-Facultät ſeynd, oder auch Andere, als ordentliche Rechtslehrer dergleichen Facultäts-Beyſizere abgeben.

Uebrigens werden keine beſondere Juriſten-Facultäten errichtet; ſondern ſie ſeynd ein Stück einer Univerſität: Von diſen aber iſt

iſt bekannt, daß ſelbige von einem Reichsſtand nach freyem Belieben geſtifftet werden, von dem Kayſer aber beſtättiget werden müſſen, wann ſie anderſt befugt ſeyn ſollen, die Academiſche Würden zu ertheilen.

Zu Herborn iſt zwar keine Univerſität, aber doch eine Oranien-Naſſauiſche Landesherrliche Academie, oder academiſches Gymnaſium, wobey ſich auch eine Juriſtenfacultät befindet, welche Rechtsſprüche und rechtliche Gutachten ertheilet.

Und bey dem Freyherrn von CRAMER (1) liſet man eine Rechtsbelehrung, welche die Unterſchrifft hat: „ Decanus Doctores und Profeſſores der Juriſten-Facultät zu Burgſteinfurth, „ in der Grafſchafft Bentheim-Steinfurt.

Da auch etwas gar gemeines iſt, daß bey denen Juriſten-Facultäten die dahin gelangende Rechts-Sachen nicht mit behörigem Fleiß oder Unpartheylichkeit ausgearbeitet, oder auch die Arbeiten gar an andere nicht darzu behörige, öffters junge und unerfahrene, Leute gehänget werden; ſo iſt eine Regentenpflicht, ſelbigem vorzubauen oder abzuhelffen.

Zu Franckfurt an der Oder durffte die Juriſten-Facultät kein rechtliches Gutachten, ſo in das Staatsrecht einſchluge, ausfertigen laſſen, ohne das Concept zuvor an das Königliche Staats-Miniſterium zu Berlin eingeſchickt zu haben.

In dem Würtembergiſchen Landtags-Abſchid von 1680. liſet man: „ Nachdeme bey gehaltener Haupt-Viſitation Unſerer Univerſität zu Tübingen im Jahr 1652. in die neue Statuta deroſelben Juriſten-Faclultät Cap. 3. § 2. auch diſes eingeſtellet worden, daß ſelbige Facultät nicht allein einige Sach, worinnen Unſer Intereſſe verſiret, ohne Unſere Verwilligung nicht annehmen, ſondern auch Niemanden in dergleichen Sachen avociren ſolle; als haben Un-

(1) in Supplem. Opuſc. p. 551.

Unſere Vormundſchafftliche treu gehorſamſte Prälaten und Landſchafft bereits im Jahr 1662. den 18. Dec. ſich darab beſchweret, und ſolches als eine Neuerung, wider die Landtags-Abſchide lauffende, und ſo wohl der Conſulenten einſchränckende Libertät, als der Unterthanen erlangte Gerechtigkeit und die Juſtiz hemmende Hinderung abzuſtellen, und es wieder in den alten Stand zu ſtellen, unterthänigſt gebeten; welche Bitte ſie auch den 4. Mart. 1665. item den 28. Jan. 1667. wiederhohlet haben; worauf endlich den 30. Dec. 1675. die Erläuterung dahin erfolgt: Daß von gemeinen Prälaten und Landſchafft, Communen und Unterthanen, in deren Angelegenheiten, ſo nicht in die Regiments- und Staats-Sachen einlauffen, (als in welchen ohne Unſere ſpecial-Reſolution ſich des Conſulirens zu enthalten,) bey mehrbeſagter Tübingiſcher Juriſten-Facultät die Conſilia eingehohlet werden mögen: Und obwohlen von dem gröſſeren Ausſchuß unterm dato den 28. Nov. 1676. ein ferner unterthänigſtes Anbringen übergeben, und darinnen weitere Conſiderationes vorgeſtellet worden, iſt doch, nach reiffer Berathſchlagung und genauer Ueberlegung diſes Gravamen unterm dato den 20. Nov. 1679. von Uns dahin gnädigſt reſolviret worden: Daß Wir weder Unſern Vormunds-Prälaten und Landſchafft, noch andern Communen und Unterthanen, in ihren privat-Angelegenheiten, da es auch ſchon wider Unſerer Fürſtlichen Cammer Intereſſe gehen würde, an bedürfftiger Rechts-Belehrung, (nach weyl. Unſers freundlich geliebten Herrn Bruders Lbden weyl. Herzog Wilhelm Ludwigen zu Würtemberg ꝛc. hochſeel Ged. bereits ertheilter Fürſtlicher Reſolution,) benöthigte Conſilia einzuhohlen, nicht hinderlich ſeyn wollen; alſo Wir auch nicht geſtatten mögen, daß, auf zutragende Fälle, wider das Fürſtliche regierende Haus in denen demſelbigen allein zukommenden Regierungs- und Staats-Sachen, ohne ſonderbare Schmälerung des Fürſtlichen Reſpects, bey der Juriſten-Facultät zu Tübingen, als Unſern verpflichteten Dienern, rechtliche Bedencken eingehohlet werden ſollen; allermaſſen es auch vor An. 1652. an Seiten der Landſchafft nicht prätendirt, weniger üblich oder Herkommens geweſen, und alſo vor keine Neuerung angezogen werden kan;

kan; dannenhero es nochmals bey vorangezogener Fürſtlicher Erläuterungs-Reſolution verbleibt, die vorhin ertheilte gnädigſte Declaration, (als wodurch das Statutum, ſo auf die Staats- und Regierungs-Geſchäffte niemalen angeſehen geweſen, gänzlich aufgehoben worden,) hiemit confirmirt und damit diſem Gravamini abgeholffen ſeyn ſolle; welches auch gleichbalden bemeldter Juriſten-Facultät Unſerer Univerſität zu Tübingen gnädigſt notificirt worden iſt. "

§. 3.

Ferner gehören daher die ſogenannte Schöffen oder Schöppen-Stühle: Welche aber meines Wiſſens nur in denen nördlichen Gegenden Teutſchlands bekannt ſeynd; wo hingegen man in denen ſüdlichen Theilen deſſelbigen nichts davon weißt. Und Schöppenſtühlen.

Schöppen- oder Schöffen-Stühle ſeynd von der Landesherrſchafft angeordnete Collegia von Rechtsgelehrten, bey welchen inn- und ausländiſche Parthien, ſo es freywillig thun wollen, entweder ſich des Rechts belehren, oder auch ihre habende Streitigkeiten entſcheiden laſſen können: Einige haben auch, nach der Landes-Verfaſſung, gewiſſe Sachen cumulative oder privative zu erörtern.

Von dem Chur-Sächſiſchen Schöppen-Stuhl zu Leipzig berichtet Herr D. WABST (1): „Die Sachen, in welchen die Schöppen zu ſprechen und zu erkennen Macht haben, ſind entweder bürgerliche, oder peinliche, und zwar, ſo vil die Cognition derer letzteren betrifft, ſcheinet ihnen ſolche, nach angezogener Fundation, cum excluſione derer übrigen Rechts-Collegiorum, zugetheilet zu ſeyn; immaſſen ſie denn auch denenſelben, wenn ſie in dergleichen Fällen erkannt, diſerwegen von Zeiten zu Zeiten litem moviret. Aber diſes Privilegium wurde zuerſt limitiret, als auf dem Landtage zu Torgau An. 1593. der Churſachſen Adminiſtrator, Herzog Friderich Wilhelm, auf derer Landſtände Anlangen, denen Doctoren des Hof-Gerichts zu Wittenberg in peinlichen Sachen, gleich denen Schöppen zu Leipzig,

(1) von der Chur-Sächſ. Juſtiz-Verfaß. p. m. 295.

zig, hinführo zu ſprechen, verſtattete, welches jedoch, auf derer lezteren dargegen gethane Vorſtellung, dahin reſtringiret wurde, daß es lediglich auf derer Landſtände Perſonen und Gerichte zu verſtehen ſeyn, die Amtleute und Schöſſer hingegen bey denen Schöppen zu Leipzig alleine, in dergleichen Fällen Urthel und Recht ſich erhohlen ſollten. Ja, es ſind endlich gar die Schöſſer und Beamte im Chur-Crayß, derer peinlichen Urthel halber, gänzlich nach Wittenberg gewiſen worden. “

In der Chur-Sächſiſchen Erörterung der Landesgebrechen von 1612. Tit. von Juſtizſachen heißt es unter anderem: „ Ferner ſo haben zum 11ten, die von Adel und Stätte beſchwerlich en angezogen, daß in denen Schöppenſtühlen ſonderlich die peinliche Sachen ſehr nachläßig befördert, die Boten lange aufgehalten, und bißweilen ohne Urtheil zurück geſchicket würden; dahero nicht allein denen Erb- und Gerichts-Herrn, ſondern auch denen Unterthanen und Einwohnern groſſe Unkoſten verurſachet, die Uebelthäter mit langem Gefängniß gequälet, und bißweilen dieſelbigen, weil man nicht an allen Orten verwahrte und verſchloſſene Thürne haben kan, gar entbrechen, und hierdurch die Nachbarn in beſorgliche Gefahr geſezet werden: Damit nun auch diſem beſchwerlichen Mißbrauch abgeholffen werde; ſo befehlen Wir hiermit obgedachten Unſeren zu denen Schöppenſtühlen verordneten Aſſeſſoren, daß ſie forthin ihre geſetzte Stunden in denen Schöppenſtühlen richtig halten, vor allen Dingen die peinliche Sachen befördern, auch ſonſten in Verfaſſung derer Urtheile gebührenden Fleiß anwenden, und die Fundation und ihre Pflicht in Acht nehmen ſollen, damit obangedeutete Ungelegenheiten verhütet, und die Landſchafft dergleichen Klagen und Beſchwerungen ſich anderweit zu gebrauchen, nicht Urſach bekomme. “

Anno 1715. 5. Aug. ergienge ein K. Preußiſches Reſcript, daß die Acten beym Juſtizrath und Cammergerichte ſowohl an die Schöppenſtühle, als an die Juriſten-Facultäten, verſchicket werden können.

Herr von BALTHASAR ſchreibt aber (1): Weilen die Schöppenſtüh-

(1) von den Landesger. und Ordn. in Pommern, p. 301.

penſtühle in Teutſchland nicht allemal, wie ſichs gebühre, pflegen beſtellet zu ſeyn; ſo ſeye bey Verſchickung derer Acten, ſo wohl in Hinter-Pommern, nach dortiger Hofger. Ordn. *Tit.* 65. §. 15. als auch, nach der Obſervanz, in Vor-Pommern und andern Orten erlaubt, wider alle Schöppenſtühle in Teutſchland zu excipiren.

Zu Aachen iſt eine beſondere Gattung eines berühmten Schöppenſtuhls, welcher nicht unter dem Stattmagiſtrat, ſondern unmittelbar unter dem Kayſer und Reich ſtehet. Mehreres davon habe ich an denen unten (1) angezeigten Orten gemeldet.

Es gibt auch Gattungen von Schöppenſtühlen, welche nur zu gewiſſen beſonderen Geſchäfften gewidmet ſeynd, z. E. zu Bergſachen.

Die Geſchichte des Bergſchöppenſtuhls zu Freyberg in Chur-Sachſen ſeynd an unten (2) angezeigtem Ort beſchriben.

§. 4.

Wie viles übrigens ſich auch nur von diſer einigen Materie ſagen lieſſe, wann ich alle dahin einſchlagende Landesgeſeze aller Reichsſtände anführen wollte, kan daraus erſehen, da es z. E. in LüNIGS real-Regiſter über den *Codicem Auguſteum*, (ohne der Articul: Juriſten Facultäten und: Schöppenſtühle zu gedencken,) allein unter dem Articul: Rechts-Collegia heißt: „Sollen ſich keiner Interpretation der Landesgeſeze anmaſſen, ſondern die Caſus dubii eingeſchickt werden, l. 227. in Sachen der Selbſtmörder nicht ſprechen, ſondern ſolche an die Conſiſtoria verweiſen. l. 1011. Wie ſich ſelbige in Inquiſitions-Sachen zu verhalten. l. 1048. Sollen im ſprechen und erkennen Gleichheit halten. l. 1051. Von ſelbigen wird wegen un- Noch einiges.

 gleicher

(1) im Tr. von den R. Ständen ꝛc. Lib. 3. Cap. 2. § 104. pag. 1519. abſonderlich aber in dem Staatsrecht der R. Statt Aachen. Cap. 8. §. 37. ſqq. p. 110. ſqq.

(2) in der Samml. verſchid. Nachr. zur Sächſ. Geſchicht. 3. Band, n. 3. v. H. SCHOTTS Critik, 3. Band, 557. S.

gleicher Meinungen, die Münzſorten bey Löſung der Obligationen betreffend, ein Bedencken erfordert l. 1068. Wenn geraubte Sachen vindiciret werden, ſollen die Collegia darinn nicht ſprechen, ſondern es nach Hofe einberichtet werden. l. 1128. Wie ſelbige hinfüro ratione des Staupenſchlags und ewiger Verweiſung ſprechen ſollen. l. 1139. Diſes wird wieder aufgehoben, und ſollen wieder nach denen Landesconſtitutionen ſprechen, l. 1151. bey Gefängniß und Geldſtrafen zugleich auf Handarbeit mit erkennen. l. 1167. Wohin und in welches die Acten zu verſchicken. l. 2453. Leichte Sachen ſollen darinn nicht über 3. Wochen, und weitläufftige nicht über 6. Wochen, aufgehalten werden. l. 2453. Sollen denen Urtheln die Rationes decidendi beyfügen. l. 375. 1185. Wie ſie wider die eingefangene Diebs- und Räuber-Rotten erkennen ſollen l. 1171. 1172. Wie dieſelben wider die Gottesläſterer wegen der Strafe des Prangers gleichförmig ſprechen ſollen. l. 1805. Sollen in Injurien- und Duellſachen nach dem §. 22. und 59. des Duellmandats ſprechen, ſich keiner Interpretation anmaſſen, und Gleichheit in Urtheln halten. l. 1854. 1855. 1857. Wie ſie beym Hausdiebſtahl, wenn der Inquiſit vor der Inquiſition das Factum geſtehet, pönitiret und reſtituiret, ſprechen ſollen. l. 1929. Wo ſie gleich definitive zu erkennen haben l. 2388. Sollen ſo gleich auf die in der Ladung enthaltene Communication in contumaciam erkennen. l. 2401. Sollen ohne Anſehen der Perſon auf pœnam Inficiationis ſprechen, l. 2423. über die neue Tax-Ordnung halten, l. 2517. die darnach liquidirte Gebühren nicht weiter moderiren. l. 2518. Wie ſie in Steuerſachen über zweiffelhaffte Fälle erkennen ſollen. l. 1580. Deren Reſponſa in Poſtſachen ſollen ſich auf die Poſtordnung gründen. ll. 1076.

§. 5.

Parere gewiſſer Perſonen.

Endlich ſo geſchiehet es auch, daß, wann Streitigkeiten über Sachen vorfallen, die eine beſondere Kenntniß von etwas erforderen, welche von einem Rechtsgelehrten nicht erforderet werden kan, alsdann entweder Perſonen, die eine Erfahrung darinn haben, mit zu Entſcheidung der Sache gezogen werden, oder doch ihr Gutachten, oder ſogenanntes Parere, in der Sache erforderet wird.

So

So haben wir theils in dem Tractat von der Landeshoheit in Regierungs-Sachen Cap. 2. theils oben Cap. 2. vernommen, daß verſchidene Reichsſtände ihre Juſtiz-Collegia angewieſen haben, in gewiſſen Fällen mit dem Ober-Jägermeiſter zu communiciren.

Anno 1668. verlangten die Reichsſtätte, daß in Kauff- und Handels-Sachen bey den höchſten Reichsgerichten, vor Eröffnung der Urtheln, verſtändiger und erfahrener Handelsleute Gutachten circa factum mercantile zu hören und nicht beyſeit zu ſezen: Die Chur- und Fürſten hingegen wollten es dem arbitrio derer höchſten Reichs-Tribunalien überlaſſen: Der Kayſer trate aber denen Reichs-Stätten bey.

In dem zweyten Reichsgutachten vom 22. Jun. 1669. wurde replicirt: Daß die Reichsgerichte, beſchaffenen Dingen nach, verſtändige Kauffleute mit ihrem Gutachten vernehmen mögen und ſollen: Der Kayſer beharrete aber nochmals darauf, daß in Gewerb-Meß- und Handels-Sachen vor Eröffnung der Urtheil verſtändiger Kauffleute Gutachten circa factum mercantile vernommen, und im bevorſtehenden Reichsabſchid behörige Verordnung deßwegen beſchehen ſolle.

Eben diſes iſt nun auch auf die Gerichte derer Reichsſtände applicabel: Es werden auch würcklich öffters zu denen Handlungs- und Wechſel-Gerichten Kauffleute als Beyſizer ernannt, oder von denen ordentlichen Gerichten in dergleichen Fällen Gutachten von angeſehenen Kauffmanns-Collegiis erfordert, oder von denen Parthien eingehohlt und gerichtlich vorgelegt.

Ein gleiches geſchiehet auch in Bau-Sachen.

Nicht weniger werden in Münzſachen, wo es auf den Werth alter Geldſorten und deren Vergleichung mit denen jezigen ankommt, die Münzwardeine zu Rath gezogen.

In Rechnungsſachen, zumalen die verwirrt ſeynd, wird öffters von denen Reichs- und anderen Gerichten darauf geſprochen,

daß Rechnungs-verſtändige Perſonen die Sache unterſuchen und Bericht erſtatten, oder auch die Streitigkeiten ſelbſt entſcheiden.

In des Freyherrns von CRAMER Nebenſtunden findet man hin und her Beyſpile von Proceſſen, die in ſolcherley Sachen von der Reichsſtände Gerichten an das Cammergericht gediehen ſeynd, und diſe Säze erläuteren und beſtättigen.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Moser, Johann Jacob,

Johann Jacob Moser, Königlich-Dänischer Etats-Rath, von der Landes-Hoheit in Justiz-Sachen Nach denen Reichs-Gesezen und dem Reichs-Herkommen, wie auch aus denen Teutschen Staats-Rechts-Lehrern, und eigener Erfahrung; Mit beygefügter Nachricht von allen dahin einschlagenden öffentlichen und wichtigen neuesten Staats-Geschäfften, so dann denen besten, oder doch

Franckfurt und Leipzig 1773

4 J.publ.g. 789-2#Beibd.1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10813927-8
VD18 1213547